Mittwoch, 25. Juli 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 172 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Treffen Kohl-Strauß: Bundeskanzler Kohl und der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Strauß haben sich gestern in Oberbayern zu einer gemeinsamen Wanderung getroffen, bei der aktuelle politische Fragen vertraulich besprochen wurden. Einzelheiten wurden zunächst nicht bekannt. Kohl tritt am Freitag seinen dreiwöchigen Sommerurlaub am Wolfgangsee an.

Iran will Kontakt zum Kreml: Außenminister Genscher hat bei seinen Gesprächen in Teheran den Eindruck gewonnen, daß der Iran seit dem Frühjahr Fühler nach Moskau ausstreckt, um den Ring seiner Isolation zu durchbrechen. Der iranische Außenminister Velayati beabsichtige, Moskau zu besuchen, verlautete aus dem Auswärtigen Amt in Bonn. (S. 10)

NATO: Der neue NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat die Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder in der Verteidigung begrüßt. In einem Interview des „Figaro", räumte er ein, daß dabei die Kernwaffen immer in der nationalen Verantwortung bleiben müßten. (S. 5)

Bangemann: Der Bundeswirtschaftsminister hat gestern zum Auftakt mehrtägiger Gespräche in Washington mit US-Handelsminister Baldrige konferiert.

CSU lehnt Narjes ab: Die CSU bestehe auf Ablösung des bisherigen deutschen EG-Kommissars Narjes (CDU) wegen dessen Haltung in der europäischen Diskussion um das Reinheitsgebot beim Bier, erklärt der frühere CSU-Generalsekretär Stoiber. CSU-Chef Strauß hat Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen, den bayerischen Bundesratsminister Schmidhuber an Stelle von Narjes auf diesen EG-Posten zu berufen.

Zimmermann: Der Bundesinnenminister zieht eine positive Bilanz seiner bisherigen Amtsführung. In „15 Monaten ist mehr geschehen, als in den 13 Jahren" der *sozialliberalen Regierung zuvor*, erklärt er in einem WELT-Gespräch. (S. 3)

Hausbesetzer: Das letzte noch vorhandene Hausbesetzer-Zentrum in Berlin, das sogenannte „Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg" ist gestern früh von der Polizei durchsucht und geräumt worden. (S. 4)

Polen: Präsident Reagan will die in Polen verkündete konditionierte „Amnestie" für politische Gefangene nach Angaben aus Regierungskreisen offenbar nur mit der Aufhebung eines Teils der amerikanischen Sanktionen beantworten. (S. 5)

Heute: Bundeskabinett befasst sich mit Kraftwerk Buschhausen.

ZITAT DES TAGES

„An seinen lateinamerikanischen Erben, an den Afrikanern ebenso wie an uns Europäern ist es, Bolivars Vision von vereinigten Erdteilen zu verwirklichen"

Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern in Bonn bei der Enthüllung eines Denkmals für den lateinamerikanischen Befreier Simon Bolivar FOTO: KNIPPERTZ

WIRTSCHAFT

Brinkmann: Der viertgrößte deutsche Zigarettenhersteller wird bis Mitte kommenden Jahres knapp 1000 Beschäftigte entlassen. Die Mitarbeiterzahl soll von 3100 auf 2150 reduziert werden. (S. 12)

Neuzulassungen: Der Streik in der Metallindustrie hat ausländischen Pkw-Herstellern Vorteile gebracht. Ihr Anteil an der Zulassung von 1,36 Millionen Fahrzeugen im ersten Halbjahr: 30,1 Prozent (1983: 25,6 Prozent).

Flachbild-TV: Die Siemens AG und die Standard Electric Lorenz AG (SEL) kooperieren bei der Herstellung von farbfernsehtüchtigen Flachbildschirmen.

Börse: Nach den Verlusten der letzten Tage kam es am deutschen Aktienmarkt zu einer markttechnischen Erholung. WELT-Aktienindex 135,4 (134,7). Am Rentenmarkt notierten öffentliche Anleihen schwächer. Dollar-Mittelkurs 2,8791 (2,8705) Mark. Goldpreis je Feinunze 338,50 (335,00) Dollar.

KULTUR

Bayreuth: Zum 73. Mal seit 1876 heißt es heute abend Vorhang auf für die Richard-Wagner-Festspiele. Zur Eröffnung wird „Der fliegende Holländer" in der 1978er Inszenierung von Harry Kupfer gegeben. Die 34. Nachkriegsspielzeit bringt keine Neuinszenierungen.

München: Die Ausstellung „Von der Aufklärung zur Romantik – Geistige Strömungen in München" in der Bayerischen Staatsbibliothek versucht diese geistesgeschichtliche Epoche mit 300 Exponaten (Drucke, Handschriften, Graphiken und Gemälde) präzise zu dokumentieren. (S. 17)

SPORT

Fußball: Teamchef Beckenbauer hat sich mit dem Hamburger Magath über eine Rückkehr in die Fußball-Nationalmannschaft geeinigt. Er soll schon im Länderspiel gegen Argentinien am 12. September in Düsseldorf eingesetzt werden. (S. 8)

Olympia: Das Exekutiv-Komitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hat für die 88. IOC-Session einstimmig die Empfehlung verabschiedet, künftig alle Nationalen Olympischen Komitees zur Teilnahme an den Spielen zu verpflichten.

AUS ALLER WELT

Streit um Papst-Urlaub: Der Ausflug von Papst Johannes Paul II. zu einem kurzen Ski-Urlaub in den Alpen ruft die Kritiker auf den Plan. Zwar gönnt man dem sportlichen Oberhaupt der Kirche das Vergnügen, ist aber weder mit dem Aufwand – Absperrung eines ganzen Skigebiets für zwei Tage – noch mit der „Vermarktung" des Ski-Trips einverstanden. (S. 18)

Stau-Warnung: Am kommenden Wochenende werden die süddeutschen Autobahnen von Urlauberströmen in beiden Richtungen belastet, warnt der ADAC. In Baden-Württemberg beginnen die Ferien, für viele norddeutsche Urlauber gehen sie zu Ende.

Wetter: Von Norden wolkiger; 20 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Komplizierte Lage in Israel. Kommt es zur großen Koalition?

Arbeiterpartei stärkste Kraft / Gewinne der kleineren Gruppen bei den Wahlen

R. SELIGMANN, Tel Aviv

Mit langwierigen und schwierigen Koalitionsverhandlungen muß nach dem Ausgang der israelischen Wahlen gerechnet werden. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Bildung einer stabilen Regierungskoalition unter der Führung der Arbeiterpartei oder des Likud-Blockes erheblich erschwert worden ist. Dies hängt damit zusammen, daß kleinere Parteien und politische Splittergruppen ihre Position erheblich verbessern konnten, die großen Parteien gleichzeitig teilweise empfindliche Verluste hinnehmen mußten. Auf Zurückhaltung bei *der Arbeiterpartei ist das Angebot* des bisherigen Ministerpräsidenten Shamir gestoßen, eine große Koalition zu bilden.

Der Likud unter der Führung von Shamir wird in der neuen Knesset nur noch mit 41 Mandaten vertreten sein. 1981 konnte der Likud unter Führung des damaligen Premiers Menachem Begin noch 48 Sitze im 120köpfigen Parlament erringen. Auch die Arbeiterpartei unter Führung von Shimon Peres mußte Stimmenverluste hinnehmen. Die Zahl ihrer Mandate beträgt nun 45 (1981: 47 Sitze). Damit konnte die Arbeiterpartei ihre Position als führende politische Kraft wiedererlangen. Peres unterstrich die Absicht seiner Partei, „den Versuch zur Bildung einer Regierung zu unternehmen". Trotz der erheblichen Stimmeneinbußen des Likud bekräftigte auch Ministerpräsident Shamir seinen Anspruch, die nächste Regierung zu bilden.

Die größte Überraschung ist das hervorragende Abschneiden der kleineren Parteien. Der seit der Bildung des Likud im Jahre 1973 sich abzeichnende Trend zu den großen Parteien wurde diesmal umgekehrt. Beobachter erklären dies vor allem mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den großen Parteien. Für den Likud haben sich vor allem die katastrophale Wirtschaftssituation sowie das Fehlen Begins negativ bemerkbar gemacht. Seinem Nachfolger Shamir fehlt die Überzeugungskraft Begins. Das fehlende Charisma von Shimon Peres war auch ein entscheidendes Manko der Arbeiterpartei. Ein anderer Negativposten war das unklare Programm der Partei. Es ist daher verständlich, daß viele sich den kleineren politischen Gruppierungen zuwandten. So gewann die religiös-orthodoxe Moroscha-Partei, die den forcierten Ausbau von Siedlungen in den besetzten Gebieten befürwortet, auf Anhieb zwei Mandate. Auf der linken Seite erhielten die Schinui-Partei von Professor Rubinstein und die Bürgerliste von Shulamit Aloni jeweils drei Mandate (zuvor jeweils ein Sitz). Drei Knesset-Sitze erhielt *auch die liberale Jachad-Partei des* früheren Verteidigungsministers Weizman. Die religiös-ethnische Gruppe Schas, die von orientalischen Juden gewählt wurde, erhielt auf Anhieb vier Mandate.

Es ist anzunehmen, daß die kleinen Parteien zunächst extreme Forderungen in den Koalitionsverhandlungen stellen werden. Premier Shamir hat die Bildung einer großen Koalition vorgeschlagen, die von den meisten Israelis gewünscht wird.

SEITE 3: Der Kampf fängt erst an

Neuer Kursschub für den Dollar

Konjunkturaufschwung in den USA auslösendes Moment / Weiterer Zinsanstieg?

LEO FISCHER, Bonn

Der Höhenflug des Dollars setzt sich weiter fort. Nachdem die amerikanische Währung am Montag mit 2,8705 Mark im Fixing einen Höchstpreis für die letzten zehn Jahre erreichte, zwischenzeitlich im Handel sogar die Marke von 2,88 überschritt, kletterte der amtliche Mittelkurs gestern auf 2,8791 Mark und damit auf einen neuen Höchststand seit dem 22. Februar 1973, als die US-Währung bei 2,9395 Mark notierte. Die Bundesbank, die am Vortag fast 52 Millionen Dollar an den Markt abgab, um dem Kursanstieg der amerikanischen Währung Einhalt zu gebieten, mußte gestern wieder 35,9 Millionen Dollar verkaufen.

Gewinnmitnahmen hatten den Dollarkurs am Montagabend in New York leicht auf 2,8750 Mark und im Fernen Osten am Dienstagmorgen auf 2,8675 Mark gedrückt. In Frankfurt hatte der Handel am gestrigen Morgen bei rund 2,88 Mark je Dollar begonnen.

Ausgelöst wurde der neue Kursschub durch die teilweise schon am späten Montagnachmittag bekanntgewordenen Zahlen über das hohe Tempo des Konjunkturaufschwungs in den USA: Im zweiten Quartal dieses Jahres nahm das Bruttosozialprodukt real um 7,5 Prozent zu. Diese hohe Zuwachsrate, die um 1,8 Prozent höher ausfiel, als allgemein erwartet worden war, weckte neue Befürchtungen, daß die US-Notenbank die Kreditzügel strafft mit der Folge eines weiteren Zinsanstiegs, der den Dollar weiter nach oben treiben würde. Am US-Anleihemarkt fielen die Kurse prompt zurück, und die Zinsen zogen an.

Am Frankfurter Devisenmarkt herrscht die Ansicht vor, daß ein Anstieg des Bruttosozialprodukts um sechs bis sieben Prozent in den Dollarkursen bereits vorweggenommen war, also zu keinem neuen Kursauftrieb für die amerikanische Währung geführt hätte. Aber 7½ Prozent seien zu viel gewesen. Zum anderen wirke sich die starke Konjunkturerholung auch psychologisch günstig für den Dollar aus. Sie signalisierte wieder einmal die im Vergleich zu den europäischen Ländern ungebrochene Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten.

Auch die Aufhebung der Quellensteuer für Ausländer und die in der Diskussion befindliche Möglichkeit für Ausländer, in den USA anonym Anleihen zu erwerben – also ohne die bislang übliche Registrierung – stärken die Attraktivität der US-Währung.

Auch gegenüber dem Schweizer Franken gewann der Dollar weiter an Boden. Nachdem der Dollar am Montag mit 2,4358 Franken einen neuen Höchststand seit sieben Jahren erreicht hatte, mußten gestern sogar *2,4490 Franken für die US-Währung* gezahlt werden.

Daß die Dollarhausse nicht auch gleichzeitig eine D-Mark-Schwäche bedeutet, zeigt die Tatsache, daß der Schweizer Franken auch gegenüber der D-Mark im Kurs nachgab. Mit 85,03 Franken für 100 Mark erreichte die D-Mark gegenüber dem Franken einen neuen Jahreshöchststand.

Seite 11: Alle Hoffnungen zerstört

US-Armee Streitpunkt im Wahlkampf

Diskussion um Verteidigungsbereitschaft / Weinberger warnt vor Manipulation

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die amerikanische Nation muß sich mit einem neuen Phänomen auseinandersetzen: Im Wahlkampf um die Präsidentschaft und die Mehrheiten im Capitol gelten die Streitkräfte nicht mehr als unantastbar. Seit dem vergangenen Wochenende wogt in Washington der publizistische Kampf um die Frage, ob Heer, Luftwaffe, Marine und Marinecorps der USA in der Lage wären, einen längeren konventionellen Krieg gegen die Sowjetunion durchzustehen.

Ausgelöst wurde die Auseinandersetzung durch einen umfangreichen Bericht des Haushaltsausschusses des von den Demokraten beherrschten Repräsentantenhauses. Die umfangreiche Studie, insgesamt 376 Seiten stark, kommt zu dem, wenn er denn richtig wäre, alarmierenden Schluß, daß der Bereitschaftsgrad der US-Streitkräfte negative Tendenz aufweise und sie nicht in der Lage wären, den Kampf gegen die Sowjetunion oder gar gegen kleinere Staaten zu bestehen.

Diese in der Tat weitreichenden Bewertungen riefen sogleich den Verteidigungsminister und die Vereinigten Stabschefs im Pentagon auf den Plan. In einer von Weinberger und den vier Generalen und dem Admiral unterzeichneten Erklärung wird vor „der ernsten und potentiell gefährlichen Natur dieser falschen Darstellung und der Interpretationsfehler" gewarnt. Wichtig sei, so der Politiker und die hohen Offiziere weiter, daß sich niemand falsche Vorstellungen über die Einsatzbereitschaft der US-Streitkräfte mache. Vor Journalisten wurde Weinberger noch deutlicher. Ungeschminkt stellte er die Vermutung an, wegen des beginnenden Wahlkampfes sei wohl der Bericht jetzt veröffentlicht worden.

Weinbergers Vermutung liegt nahe. Immerhin sind die Ergebnisse des Berichts, der nach anderthalbjährigen Recherchen in den USA und bei amerikanischen Verbänden im Ausland zustande kam, unter dem Einfluß der Demokraten so zusammengefaßt worden. Sie halten im Repräsentantenhaus die Mehrheit. Theoretisch gesehen könnte ihnen, die gerade in San Franzisko ihr Team Mondale / Ferraro als Wahlkampfherausforderer für den amtierenden Präsidenten und seinen Vize Bush kürten, daran gelegen sein, die Versprechungen von Reagan zugunsten der Stärkung der Streitkräfte mit Zweifeln zu verwässern. Letztes Jahr noch bekräftigte der Präsident vor der „American Legion" seine Politik. „Eine sicherere Welt", so sagte Reagan, „läßt sich nicht nur mit ehrenwerten Absichtserklärungen und gutem Willen erreichen ... Frieden, Menschenrechte, wirtschaftlicher Fortschritt und nationale Unabhängigkeit wie internationale Stabilität verlangen *fortdauernde* Anstrengungen zur Unterstützung unserer Freunde und zur Verteidigung unserer Interessen." Nicht zuletzt meinte der Präsident damit auch Aufwertung der US-Streitkräfte, die unter seinem Vorgänger Carter im Schatten gestanden hatten.

Daß die unter den Republikanern neue Wertschätzung für die Soldaten

● Fortsetzung Seite 10

Europa-Parlament wählte Pflimlin

DW. Brüssel

Der 77jährige französische Christdemokrat Pierre Pflimlin ist gestern zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt worden. Die Entscheidung zugunsten des ehemaligen Ministerpräsidenten und Straßburger Bürgermeisters fiel erst im zweiten Wahlgang.

Am britischen Widerstand sind gestern die Bemühungen der EG-Außenminister zur Schließung des Etatdefizits 1984 der Europäischen Gemeinschaft (EG) gescheitert. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher beschuldigte dabei Großbritannien, um eines finanziellen Vorteils willen eine Einigung zu blockieren. Die zehn Außenminister beauftragten die Finanzminister, sich im September erneut mit der Schließung der erwarteten Etatlücke von über 4,5 Milliarden Mark zu befassen.

Seite 11: An London gescheitert

Werbung für Autos oft zu aggressiv

DW. Koblenz

Die Werbung für Autos ist nach Auffassung des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, in vielen Fällen zu aggressiv. Schulte erklärte in einem vorab veröffentlichten Interview für die in Koblenz erscheinende „Rhein-Zeitung", die Werbung fordere die Autofahrer geradezu auf, die Möglichkeiten ihres Wagens bis zur letzten Leistungsreserve auszuschöpfen. Werbesprüche wie „Volle Kraft voraus" oder „Wer bietet mehr beim Überholen?" oder „Start frei zur Kraftprobe" oder die Aufforderung, sportliche Ambitionen auszuleben, seien alles andere als förderlich für die Verkehrssicherheit. Vor allem junge Fahrer seien allzu leicht bereit, sich und anderen zu beweisen, daß ihr Wagen das in der Werbung gezeigte Image zu Recht verdiene. Dies gehe entscheidend zu Lasten der Verkehrssicherheit.

Stuttgart will keine neuen Schulden

X. H. KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland voraussichtlich ab 1986 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Dies sieht der Entwurf zum Haushaltsplan 1985/1986 vor, den das Stuttgarter Kabinett verabschiedet hat. Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) erklärte, damit sei der Nachweis erbracht, daß „der Staat mit seinen Einnahmen auskommen kann". Finanzminister Guntram Palm (CDU) teilte mit, daß der Doppelhaushalt Gesamtausgaben in Höhe von fast 36,2 für 1985 und 37,4 Milliarden Mark für 1986 aufweise. Das Wachstum der baden-württembergischen Staatsausgaben liege mit 2,5 Prozent „deutlich" unter der Drei-Prozent-Marke.

Gefährdet könnte die Absicht der Landesregierung durch einige „Unwägbarkeiten" werden: wenn etwa keine „vernünftigen" Abschlüsse bei den noch laufenden Tarifverhandlungen erzielt werden.

DER KOMMENTAR

Schwankende Wähler

HERBERT KREMP

Israel hat gewählt, aber die Zersplitterung in zwei große Blöcke und dreizehn kleine Gruppierungen ist nicht überwunden. Fast alle Parteien können sich als Sieger oder Verlierer bezeichnen. Die oppositionelle Arbeiterpartei hat zum drittenmal keinen überzeugenden Erfolg errungen, auch wenn sie jetzt die meisten Sitze im neuen Parlament zählt. Die so günstig klingenden Prognosen haben getrogen. Likud erlitt Verluste, er mußte offenbar an die Splitterparteien rechts und in der Mitte abgeben. Ein gefährlich unklares Resultat.

Die Arbeiterpartei unter dem Gespann Peres und Rabin ist einer Fehlkalkulation zum Opfer gefallen: Sie hatte dem Idealkandidaten vieler Israelis, Itzhak Navon, nur den dritten Platz überlassen. Und sie ging, was noch schwerer wiegt, mit falschen Themen und Thesen in das Rennen gegen den konservativen Likud-Block, der die Siedler unterstützt. Die Mehrheit der Israelis will sich offenbar nicht andauernd sagen lassen, in Libanon seien die Soldaten umsonst gefallen. Diese Mehrheit, zu der die breitgestreute national-religiöse Gruppierung gezählt werden muß, will keinen einseitigen Rückzug und keinen Siedlungsstopp. Daß Oppositionsführer Peres noch am Wahltag Verhandlungen mit König Hussein von Jordanien über die besetzten Gebiete, also über Judäa und Samaria, anbot, ohne die kleinste arabische Gegenleistung in der Hand zu haben, war sicher ein schwerer Fehler.

Likud und seine kleinen Alliierten haben die Grundstimmung im Lande besser eingeschätzt, vor allem die Stimmung in der Armee. Doch die Wähler schwankten. Sie sahen in Ministerpräsident Shamir die Vaterfigur, sie gaben ihr den Vorzug vor der experimentierfreudigen Opposition. Gleichzeitig vermißten sie aber die charismatische Kompetenz Begins, *der sich aus vielen, auch persönlichen Gründen am Wahlkampf* nicht beteiligte. Ihren Ausdruck fand die Unsicherheit schließlich in der Abwanderung zu den Klein- und Kleinstparteien. Diese haben im Vergleich zu den letzten Wahlen um ein Drittel, von 22 auf 34 Sitze, zugenommen.

Was ist zu tun? Die Wirtschaftskrise mit Inflation und einem alarmierenden Abfluß von gepumpten Devisen brennt auf der Haut. Regierungschef Shamir hat Peres in der Wahlnacht wiederum eine Regierung des nationalen Notstands angeboten. Darüber droht es zu Abspaltungen bei der Arbeiterpartei und beim Likud-Block zu kommen. Aber es gibt keinen schnelleren und vernünftigeren Ausweg aus der Sackgasse nach dieser Wahl.

Honecker wird in Gymnich empfangen

ms. Bonn

SED-Generalsekretär Erich Honecker soll bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland vom 26. bis 29. September nicht in Bonn empfangen werden. Nach WELT-Informationen ist die Begegnung zwischen Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Honecker auf Schloß Gymnich, rund 40 Kilometer von Bonn entfernt, vorgesehen. Durch diese Ortswahl will die Bundesregierung schon vorab der „DDR" signalisieren, daß Bundeskanzler Helmut Kohl einen eventuellen Gegenbesuch nicht in Ost-Berlin absolvieren würde.

Das Bundeskabinett wird heute dem 950-Millionen-Mark-Kredit für die „DDR" zustimmen. Die Bundestagsfraktionen wurden gestern von Staatsminister Jenninger darüber unterrichtet. Als Gegenleistungen der „DDR" werden eine Reduzierung des Zwangsumtauschs für Rentner von 25 auf 15 Mark pro Tag, eine Verlängerung der Tagesaufenthalte, Reisemöglichkeiten auch zu Freunden und Bekannten sowie Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr erwartet.

Was das Besuchsprogramm Honeckers betrifft, so sind inzwischen weitere Absprachen mit Ost-Berlin getroffen. In Bad Kreuznach wird es ein Gespräch zwischen Kohl und dem SED-Chef geben. Weitere Besuchsstationen werden das Saarland, das Marx-Geburtshaus in Trier und die Krupp-Stiftung in Essen sein. Die Bundesregierung spricht von einem „Arbeitsbesuch". Ob Honecker auch nach Bayern kommt, ist offenkundig noch nicht entschieden.

Buschhaus: Widerstand in der FDP

DW./E. N. Bonn

Die Ankündigung von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU), das Kohlekraftwerk Buschhaus zunächst auch ohne Entschwefelungsanlagen in Betrieb zu nehmen, stößt bei der SPD und den Grünen in Bonn auf Ablehnung. Auch aus den Reihen der FDP werden kritische Stimmen laut. So erklärte der FDP-Abgeordnete und Umweltexperte Wolfgang Rumpf, Buschhaus dürfe ohne Entschwefelungsanlage nicht in Betrieb gehen. Er verwies auf den Ende Juni nahezu einstimmig gefaßten Beschluß des Bundestages, die Anlage erst nach Einbau einer Filteranlage in Betrieb zu nehmen. Der niedersächsische FDP-Fraktionsvorsitzende Walter Hirche sagte, er wolle bei der Führungsspitze seiner Partei gegen die Entscheidung Zimmermanns intervenieren.

Im Zuge des mit dem Land Niedersachsen und den Betreiberunternehmen vereinbarten Konzepts zur Inbetriebnahme von Buschhaus wird das Kraftwerk Offleben I stillgelegt. Diese ältere Anlage soll „in Kaltreserve überführt werden", hieß es in Bonn.

Zur Entscheidung Zimmermanns sagte Regierungssprecher Boenisch gegenüber der WELT: „Die Zielsetzung des Bundestagsbeschlusses im Falle Buschhaus wird noch übertroffen. Durch verschiedene Maßnahmen wird der Schwefelausstoß außerdem sofort von jährlich 145 000 Tonnen auf 125 000 Tonnen gesenkt werden." Der Einbau der Filteranlagen werde auf 1987 vorgezogen werden, danach werde der Schwefelausstoß 40 000 Tonnen ausmachen.

Duarte ersucht Reagan um verstärkte Militärhilfe

CIA soll weiter Geheimaktionen in Nicaragua finanzieren

DW. Washington

Der Präsident El Salvadors, José Napoleon Duarte, hat in Washington in einem Gespräch mit Präsident Reagan um erweiterte Militärhilfe der USA für sein Land ersucht. Dabei verwies Duarte, wie offiziell verlautete, auf den Erfolg seiner Bemühungen um Wirtschaftshilfe in Bonn, Paris, Brüssel, London und Lissabon.

Inzwischen hat der US-Kongreß seine Beratungen über eine Erweiterung der Militärhilfe für El Salvador wiederaufgenommen. Die Reagan-Administration wünscht die Zustimmung der Abgeordneten für eine Erhöhung der bereits bewilligten 62 Millionen Dollar um weitere 117 Millionen bis zum Abschluß des laufenden Rechnungsjahres Ende September. Für die folgende Periode fordert Reagan 132,5 Millionen Dollar.

Bei dem Treffen mit Duarte bekräftigte Reagan auch seinen Wunsch, eine weitere Finanzierung „geheimer" Aktivitäten der antisandinistischen Guerrilla in Nicaragua durch den US-Geheimdienst CIA zu erreichen. Duarte habe dem Präsidenten seine Zustimmung zu dieser von den Demokraten stark kritisierten Maßnahme versichert, hieß es weiter. Die beiden Staatspräsidenten sehen darin ein Druckmittel, um Managua zu einer Aufgabe der ihrer Ansicht nach bedeutenden nicaraguanischen Waffenlieferungen an die Guerrilla in El Salvador zu bewegen.

Nach seinem Gespräch mit Reagan erklärte Duarte, er sei unter bestimmten Bedingungen zu einem Abkommen mit Nicaragua bereit. Zunächst müßte die sandinistische Regierung in Managua aber ihre Waffenhilfe für die linke Guerrilla in seinem Land einstellen. Duarte befürwortete die Absicht Reagans, die amerikanische Militärhilfe für El Salvador zu erhöhen. Die amerikanische Unterstützung der antisandinistischen Rebellen in Nicaragua sei wichtig, weil sie dazu beitrage, die linken Guerrilleros in El Salvador von der Versorgung mit Waffen abzuschneiden, sagte Duarte. Er sprach sich jedoch nicht ausdrücklich dafür aus, daß die US-Gelder eingesetzt werden sollten, um die Regierung in Managua zu stürzen. Er werde aber nicht den Export der sandinistischen Revolution akzeptieren.

F


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es wird tatsächlich gespart

Von Heinz Heck

Der Vorgang hat etwas Atemberaubendes: Seit der Finanzminister Gerhard Stoltenberg heißt, wird in Bonn gespart. Die Zuwachsraten der Vergangenheit zeichnen sich seit Ende 1982 dadurch aus, daß sie auch der Vergangenheit angehören. Wer sich an jährliche Ausgabensteigerungen von sechs, acht oder zehn Prozent gewöhnt hatte, muß kräftig umdenken, auch als Minister.

Erfolgserlebnisse der Ressortchefs können sich allenfalls an der Frage entzünden, ob sie über oder unter dem Durchschnitt „abgekommen" sind. Der aber ist – in absoluten Zahlen – bescheiden genug. Die Bundesausgaben bewegten sich im ersten Halbjahr praktisch auf Vorjahresniveau; real lagen sie folglich darunter. Stoltenberg macht also Ernst mit seiner Absicht, den Staatsanteil – zumindest, soweit er dafür verantwortlich ist: den des Bundes – Jahr für Jahr zurückzudrängen.

Angesichts der Flut von Ausgabenwünschen, die in sein Haus hineinschwappt, erfordert dies überdurchschnittliches Stehvermögen. Das dürfte mit dem Näherrücken wichtiger Wahltermine immer stärker gefordert werden. Vielleicht kommt Stoltenberg allerdings bis dahin zugute, daß auch dem sprichwörtlichen Mann auf der Straße die ersten Früchte der Stabilisierung bewußt geworden sind. Dazu gehört nicht nur die so schnell halbierte Geldentwertungsrate, sondern vor allem die geplante Zwanzig-Milliarden-Entlastung in einer zweistufigen Steuerreform, der in der Tat größten in der Geschichte der Bundesrepublik.

Oder könnte uns ein SPD-Politiker erklären, wie angesichts der zusätzlichen Ausgabenwünsche seiner Partei oder Fraktion überhaupt ein Gedanke auf Steuerentlastungen sinnvoll hätte verwandt werden können?

Sicher ist im Detail an der „Reform" manches kritisiert worden, auch mit guten Argumenten. Der künftige Einkommensteuertarif hätte getrost etwas leistungsfreundlicher ausfallen können. Dies ist der Hauptansatz der Kritik, vor allem aus der Wissenschaft. Nur: Mit einer Sparpolitik à la SPD wären die Kritiker ihrer Bemühungen enthoben worden – mangels (Entlastungs)-Masse.

Vorsprungrekord

Von Eugen Wolmarshof

Es gehört zu den Peinlichkeiten der Wende, daß das hessische Possenspiel mit den Stimmen der CDU zustandekam. Der Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks hat beschlossen, zwanzig Minuten Werbung im Dritten HR-Programm zuzulassen.

Damit wird nicht nur wieder ein gewaltiger Betrag an Werbung aus dem Bereich der freien Presse abgezogen. Es wird auch ein Präjudiz geschaffen – ein weiterer Vorsprung vor dem freien Fernsehen, ehe dieses überhaupt starten kann. Wie ja auch allenthalben vollendete Tatsachen durch die Gründung neuer Regionalsender geschaffen werden, ehe die Freien sich überhaupt in den Wettbewerb einschalten können.

Die Summe dessen, was das Fernsehen an Werbung bringen soll, ist 1961 durch das Schlußprotokoll zum ZDF-Staatsvertrag beschränkt worden, aber leider nicht rechtsverbindlich. Freilich hat die Union immer beteuert, sie werde keine Ausweitung der TV-Reklame zulassen. Toll, wie ihre Vertreter sich da wieder einmal geschlagen haben. Auf wessen freundliche Gegenleistungen hat man da gehofft?

Doch muß das nicht das letzte Wort dazu sein. Die freien TV-Unternehmer könnten vor dem Bundesverfassungsgericht die Grundsatzfrage stellen: Entspricht es unserer Verfassung, daß das öffentlich-rechtliche Fernsehen vor der privaten Konkurrenz einen Vorsprung bekommt?

Man darf davon ausgehen, daß das Bundesverfassungsgericht die offensichtliche Antwort geben wird: So wenig, wie etwa der Staat einen Reichsstaatsanzeiger gründen, dafür eine Zwangsgebühr von jedem Zeitungsleser abkassieren, den Hauptteil des Anzeigenaufkommens absaugen und der freien Presse dann gnädig den kläglichen Rest der jeweiligen „Kulturbudgets" überlassen darf, so wenig kann es ein privilegiertes Fernsehen mit Vorsprung vor der Konkurrenz geben.

Damit würde die Frage einer „Bestandsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk", von der neuerdings so viel die Rede ist, auf der Stelle geklärt. Und wenn die Union den Mut nicht aufbringt, hier für Chancengleichheit zu sorgen, so kann das doch jeder einzelne Betroffene durch eine Klage in Karlsruhe tun.

Skiheiligkeit

Von Horst Stein

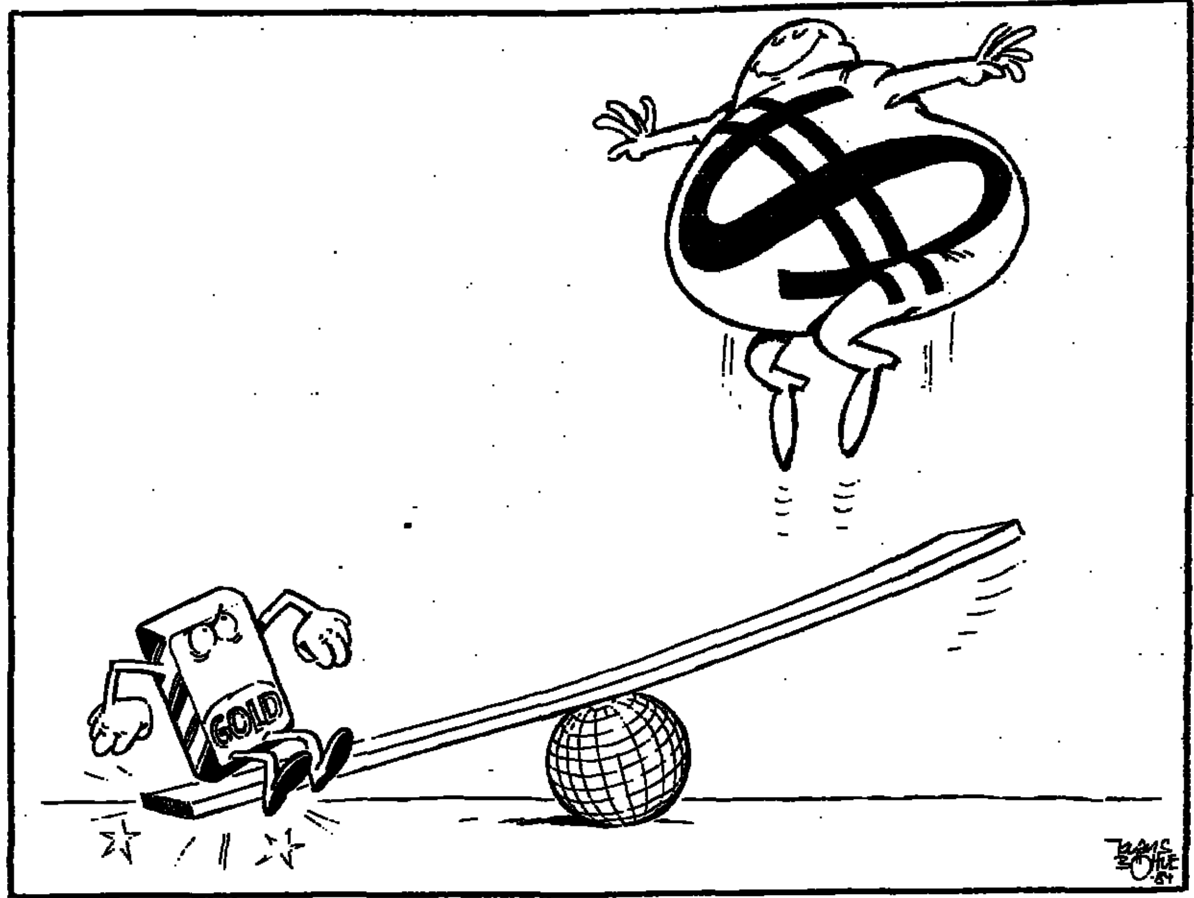
Manch einer ahnte schon, daß die Gazetten rumoren würden, wenn das Oberhaupt der Katholischene Kirche die Brettl anschnallt, um – ach, mal wieder! – jenem Sport zu frönen, den der Beskiden-Bub namens Karol Wojtyla so gern ausgeübt hat: sich in den Steilhang zu stürzen, schwingend und stemmend talwärts zu gleiten, Firn unter den Füßen und Gottes weite Himmel über sich.

Wohl hat der heilige Thomas von Aquin seinerzeit angemerkt, daß die Fähigkeit zum Sich-Vergnügen-Können eine Tugend sei, doch das lassen viele eben nur gelten, wenn damit die eigene Lustbarkeit rechtfertigt werden soll. Denn nicht jeder besitzt die souveräne Natürlichkeit Sandro Pertinis, jenes würdevollen Mannes, den Italien zum Staatspräsidenten hat. Der nämlich war fasziniert, als er den Papst da, Skikluft statt der Soutane am Leib, seine Spuren über die Piste ziehen sah. „Heiligkeit", rief er, „Sie schweben ja wie ein Engel!"

Nun mag Johannes Paul, wir wollen's vermuten, auf das artige Kompliment etwa erwidert haben, daß selbst Engel schon mal zu Boden gehen. Das weiß er als Papst, und das hat er auf den Brettern erfahren. Eines vermutlich hat auch ihn überrascht: daß ihm „seine" Italiener öffentlich vorrechnen würden, was der harmlose Bergausflug – der Sicherheit halber – summa summarum gekostet hat. Daß er gar „die Glaubwürdigkeit gewisser kirchlicher Sozialpostulate" erschüttert habe.

Ein zu törichter Verdacht, dem sich vieles entgegnen läßt. Was wohl wäre dies Rom, wenn es sich nicht einen Hauptplatz der Christenheit nennen dürfte? Und, ganz simpel: Wie erginge es denn der Weltstadt-Wirtschaft, wenn da nicht dieser „Papst zum Anfassen" wäre, der die Pilgerscharen mit seinem charismatischen Magnetismus auf die Beine bringt?

Eigentlich ist es unitalienisch und diesem noch in der Bedrängnis splendiden Volke ganz und gar ungemäß, einen solchen Papst mit der Kosten-Elle und dem Lira-Limit zu konfrontieren. Denn der Mann auf der Straße, gleichviel, was er wählt, hält es mit dem Nachfolger Petri wie die Briten mit ihrem Monarchen: Wenn es ihn nicht gäbe, so müßte er erfunden werden.



Vorolympischer Rekord KLAUS BÖHLE

Wir fordern eine Stärkung

Von Enno v. Loewenstern

Es kreißte der Berg und gebar einen Vorschlag der Union und einen Aufschrei der SPD. Lange genug hat der Bundestag in Anhörungen die innere Sicherheitslage der Nation untersucht. Den Rechtspolitikern der Union muß man bescheinigen, daß sie das Problem erkannt haben. Sie leiten ihren Forderungskatalog mit diesen Worten ein:

„Die Kriminalität muß bei den geistig-moralischen Wurzeln kriminellen Verhaltens ansetzen. Sozialstaat und hoher Lebensstandard haben keineswegs die Kriminalität verringert. Die grundlegenden Werte und Normen unseres Staatswesens müssen wieder gefestigt und dürfen nicht durch Ungehorsams- und Verweigerungskampagnen untergraben werden. Wir fordern eine Stärkung des erzieherischen Elements und der Wertorientierung in Bildung und Ausbildung und entsprechende Weichenstellungen etwa für die Schulen."

Über die Vorschläge im einzelnen kann man gesondert reden. Wenn beispielsweise die Union den Rechtskundeunterricht an den Schulen zu verbessern empfiehlt, so ist das sicher ein verfehlter Ansatz. Die geistig-moralischen Wurzeln junger Kaufhausexpropriateure werden nicht erreicht, indem man die §§ 242 ff. des Strafgesetzbuches, den Diebstahl betreffend, auswendig lernt, sondern indem man die Erinnerung an ältere Rechtsbestimmungen mobilisiert, etwa die Zehn Gebote. Problematisch ist und bleibt auch der pseudonyme V-Mann als Zeuge vor Gericht, bei aller Einsicht, daß Bandenkriminalität, etwa auf dem Gebiet des Rauschgifts, nur schwer durch bloße Hinweise solcher Zeugen allein zu bekämpfen ist. Und den Vorschlag einer „Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen und Behörden durch Gründung von 'Räten zur Verbrechensbekämpfung" sollte die Union vergessen. Was für Ratschläge mag wohl so ein gesellschaftlich relevanter Gruppendynamiker von der Evangelischen Kirche Berlin geben, wenn die Räumung besetzter Häuser ansteht? Die Polizei weiß selber, was sie zu tun hat, solange man sie nur nicht behindert.

Nein, das Entscheidende ist erst einmal geistige Führung; ist ein Staat, der die Werte und Begriffe wiederherstellt und kundtut, daß er mit ihnen – und mit sich – nicht spaßen läßt. Man braucht nicht einmal viel Geistvolles dazu zu sagen. Allenfalls könnte es wohl nützen, wenn die führenden Kräfte dieses Staates sich einmal mit dem Phänomen auseinandersetzten, das uns jahrhundertelang gepredigt wurde: der Hauptgrund für Kriminalität ist die Not; ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein; wenn nur erst jeder genug zu essen hat, wird das Verbrechen von selber dahinschwinden. Siehe da, in der reichsten und fürsorglichsten aller Wohlstandsrepubliken, wo auch die Ungehorsamen und Verweigerer wie die Lilien auf dem Felde von Vater Staat ernährt werden, nimmt die Kriminalität in gespenstischer Weise zu. 1967 waren es zwei Millionen Straftaten, 1983 waren es 4,3 Millionen, die Aufklärungsquote ist auf 45 Prozent gesunken. Was immer die Ursache ist, Hunger ist es nicht. Es kann nur die allgemeine Werteverschnödung sein, gekoppelt mit gezielter Lähmung von Polizei und Strafjustiz.

Wobei das eine aus dem anderen folgte. Jene Propheten einer Schöneren Neuen Welt, die in jenem statistisch erfaßten Zeitraum den Machtwechsel und damit auch einen Geisteswechselbalg veranstalteten, sie gingen ja eben von der Annahme aus, daß der Mensch gut sei und daß es folglich nur einer Umverteilung, aber keiner Polizei



Bekämpfung der Gewalt: Polizei beim Räumen in Berlin FOTO: STARK-OTTO

bedürfe. Sie haben das Recht in eine Umverteilung der Werte hineinreformiert, daß es seither nur so auf den Straßen kracht; sie sind es, die jetzt protestieren: „CDU-CSU-Konzept 'Kriminalitätsbekämpfung': weniger Bürgerrechte, mehr Repression". Denn: „Der Datenschutz soll zu Lasten des Bürgers eingeschränkt werden." Und: „CDU und CSU machen sich für den maschinenlesbaren Personalausweis stark."

Der Datenschutz ist zu Lasten des Bürgers ausgeweitet worden, der Bürger weiß es, und er wäre heilfroh, wenn es hier eine Wende gäbe. Er fühlt sich nicht von irgendwelchen Datenbanken gefährdet, und schon gar nicht vom maschinenlesbaren Ausweis. Er fühlt sich von Verbrechern gefährdet. Er ist völlig einverstanden mit dem Wort Wolfgang Zeidlers, des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, daß die Kriminalität eines Tages für den Bürger dieselbe Rolle spielen werde wie im Mittelalter die Pest – mit der Maßgabe, daß „eines Tages" heute schon da ist.

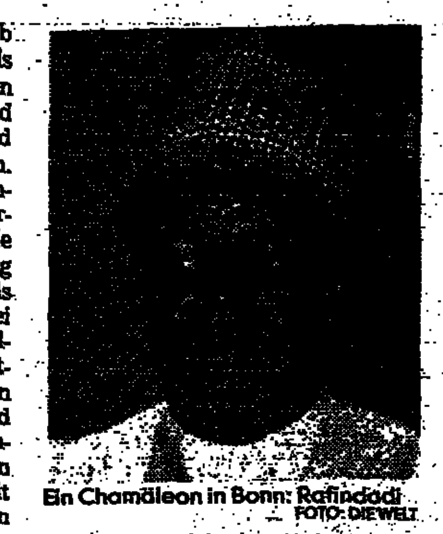
Dabei interessieren den Bürger auch Wirtschafts- und Umweltkriminalität nur in zweiter Linie. Vor allem interessiert ihn seine Sicherheit. Ihn interessiert, daß er als Besitzer eines Einfamilienhauses kaum noch in Urlaub fahren kann, wenn er nicht bei der Rückkehr sein Haus ausgeplündert vorfinden will. Daß er sein Auto kaum noch über Nacht stehen lassen kann, ohne einen Aufbruch zu riskieren; daß er (oder sie) als älterer und gebrechlicher Mensch zumindest in der Großstadt kaum noch auf die Straße gehen kann, ohne mit einem Handtaschenraub rechnen zu müssen (die emanzipierten Justizfortschrittler sind meist kräftige Männer mittleren Alters und in der Lage, ihr Eigentum zu schützen; das läßt sie gänzlich unbeschwert gegenüber den Alltagssorgen der Alltagsbürger). Und keineswegs last oder least interessiert den Bürger, daß er in einem starken Staat leben möchte und nicht in einem schwachen, wo Rechtsbruch und Gewalt die fortschrittliche Mode sind und seine Kinder wie eine Pest anstekken. Hier sind die geistig-moralischen Wurzeln zu suchen.

IM GESPRÄCH Rafindadi

Wessen Kisten-Trick?

Von Achim Remde

Muhammad Lawal Rafindadi gab dieser Tage seinen Posten als Botschafter Nigerias in Bonn eben rechtzeitig auf, um seinem Gastland einige peinliche Überlegungen und womöglich Rückfragen zu ersparen. Denn Rafindadis Name ist untrennbar mit einem anderen Umzug verbunden – mit den beiden Kisten, die angeblich eine Kücheneinrichtung enthielten, in Wirklichkeit aber, als die mißtrauische Londoner Polizei sie öffnete, einen nigerianischen Exilpolitiker mit drei dazugehörigen Entführern. Es gibt viele Menschen in Deutschland, Nigerianer und Deutsche, die allen Grund haben anzunehmen, daß Rafindadi mit ihnen ebenso verfahren möchte, wie mit dem ehemaligen nigerianischen Landwirtschaftsminister Umaru Dikko verfahren wurde – ob nun per Kiste oder wie immer.



Ein Chamäleon in Bonn: Rafindadi FOTO: DIE WELT

Rafindadi, der im Oktober 1981 als nigerianischer Botschafter in Bonn 1981 als nigerianischer Botschafter in Bonn akkreditiert wurde, war dies seit Januar 1984 nur noch nebenberuflich. Denn unmittelbar nach dem Putsch des Generals Buhari entpuppte sich Rafindadi als Mitglied von dessen innerem Zirkel, während er bis dahin als glühender Gefolgsmann des von Buhari gestürzten Präsidenten Shagari aufgetreten war. Während er Presseberichten über Wahlfälschungen Shagaris noch im Oktober mit Eifer entgegentrat, rechtfertigte Buhari seinen Coup mit eben diesen Fälschungen.

Angesichts der tatsächlich existenten Korruption unter Shagari kam den Putschisten zu Beginn ein beträchtliches Maß an Sympathie, fast Begeisterung von seiten der Bevölkerung entgegen. Zum Chef des nigerianischen Geheimdienstes – Nigerian Security Organization (NSO) – ernannt, sorgte Rafindadi dafür, daß diese Stimmung schnell verflog. Jeder, der aufgrund seiner Intelligenz und seiner inneren Unabhängigkeit eine Gefahr darstellte, wanderte aus Sicherheitsgründen ins Gefängnis und wurde hinter verschlossenen Türen abgeurteilt. Vor allem Journalisten waren betroffen. Rafindadi, der sich schon in Deutschland darüber geärgert hatte, was eine freie Presse sich erlauben durfte, führte ein neues Presserecht ein, das jede Kritik an Inhabern öffentlicher Ämter unter Strafe stellte. Seine neue Machtfülle benutzte er vor allem auch dazu, sich an ehemaligen Mitarbeitern, die ihm unliebsam aufgefallen waren, zu rächen. Sein früherer Vertreter in Bonn hat inzwischen den nigerianischen Auswärtigen Dienst verlassen müssen.

Nachdem Rafindadi sich Ende Juni noch einmal in aller Stille in Deutschland aufgehalten hatte, fuhr er Anfang Juli nach London, wo am 5. Juli der Entführungsversuch stattfand. Ob seine persönliche Beziehung zu Buhari – beide sollen aus Katsina in Nordnigeria stammen – den Geheimdienstchef, der zusehends zu einer Belastung der Regierung wird, auch weiterhin im Zentrum der Macht halten wird, bleibt nach dieser Affäre abzuwarten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE NEW YORK TIMES

Die Zeitung meint, es sei Zeit „für einen Versuch mit Zuckerbrot für Polen":

Eine Politik der Sanktionen ist notwendigerweise eine Schattenpolitik. Wirtschaftliche Verweigerungen allein können eine souveräne Nation niemals zwingen, die Wege der Dunkelheit abzulegen. Unausweichlich kommt eine Zeit des Abwägens, für mehr Zuckerbrot und weniger Sanktionen. Diese Zeit ist für die US-Politik gegenüber Polen gekommen. Polen ist kein freies Land und bleibt ein unmenschlicheres Land als vor der Verhängung des Kriegsrechts 1981. Aber nun werden alle politischen Gefangenen freigelassen ... Nun scheint die Zeit reif für weitere Schritte, zum Beispiel für das Wiedergewähren von Landerechten für die polnische Fluggesellschaft und die Wiederaufnahme des von den USA finanzierten wissenschaftlichen Austausches.

LE SOIR

Das Brüsseler Blatt kommentiert Warschaus Amnestie-Angebot:

Obwohl dem General Jaruzelski erlaubt wurde, mit unorthodoxen Methoden die Gunst des Westens wiederzuerlangen, lehnte Moskau es bisher ab, zur Amnestie in Polen Stellung zu nehmen, zumal dieser Begriff in der UdSSR offiziell nicht existiert und dort, wo offiziös von ihm die Rede ist, er bestimmt nicht für politische Häftlinge gilt. Genaue Berichte über die Amnestie könnten bei Dissidenten die Hoffnung entstehen lassen, daß auch in der UdSSR anläßlich eines 40. Jahrestags, nämlich dem des Sieges über das Nazi-Deutschland, ein Gnadenerlaß verkündet werden könnte. Doch zunächst ist der Kreml über die Auswahl der Begnadigten verärgert. KOR und „Solidarität" waren schon immer von der sowjetischen Propaganda als wichtiges Instrument der imperialistischen Subversion gebrandmarkt worden.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit Frankreichs Opposition, die auf Kollisionskurs gegangen sei:

Mit seiner Herausforderungsgeste entreißt Chirac aber auch den Rechtsextremen Le Pens das Monopol eines solchen Kollisionskurses und überrumpelt ferner seinen künftigen Präsidentschaftsrivalen Barre, der auf mehr Zeit spielen möchte und zunächst eher positiv auf Mitterrands Referendumscoup reagiert hatte, allerdings unter Hinzufügung der Bedingung, daß der Volksabstimmung über die Verfassungsrevision sogleich ein Schulgesetzreferendum zu folgen hätte.

Die Presse

Zum Ausschluß der südafrikanischen Berichterstatter von den Olympischen Spielen in Los Angeles schreibt das Wiener Blatt:

Da Südafrika seit dem Jahr 1968 dem olympischen Bannstrahl verfallen ist, dürfen folgerichtig seine Athleten heuer auch nicht nach Los Angeles. Doch auch Südafrikas Journalisten fallen unter die strengen Bräuche der Anti-Apartheid-Front, ganz gleich welcher (ausnahmsweise politischen) Couleur sie angehören. Eine spezielle Begründung fehlt. Jedoch auch amerikanisches Verständnis für diese Entscheidung. Denn trotz Kreml-Boykott dürfen sowjetische Medienleute selbstverständlich zu dem Weltereignis kommen, so sie das Bedürfnis haben, und keinem von ihnen wurde etwa ein politisches „Führungszeugnis" abverlangt.

Jonas Savimbi marschiert und Bonn hinkt hinterher

Eine Befreiungsbewegung, die wirklich eine ist / Von Günter Poser

Der Bürgerkrieg in Angola, der seit der sowjetisch-kubanischen Militärintervention im Januar 1975 bereits neun Jahre dauert, scheint einer kritischen Phase entgegenzugehen. Die Widerstandsbewegung der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (Unita) hat durch größere Offensiven im Herbst 1983 und Frühsommer 1984 ihre Kontrolle auf alle ländlichen Gebiete mit etwa achtzig Prozent der Bevölkerung ausgedehnt und die Grenzübergänge nach Sambia und Zaire eingenommen.

Sie hat zudem die Kampfhandlungen in die Provinzstädte getragen. Die am Atlantik liegende Hauptstadt Luanda ist von der Zufahrt aus dem agrarischen Hochland so gut wie abgeschnitten. Die Zentralregierung kann ihre Verwaltungen und Garnisonen in den Städten kaum noch anders als über See oder auf dem Luftwege erreichen. Die kritische Zuspitzung der Lage ist jedoch dadurch eingetreten, daß am 13. Juli dieses Jahres in der Enklave und Ölprovinz Cabinda trotz starker Bewachung die erste Ölleitung gesprengt wurde.

Dieser Vorstoß der Unita weit nach Norden in das Schatzhaus der Regierung bedroht den Lebensnerv des MPLA-Regimes; denn nach dem Verlust der Diamantfelder im Vorjahr an die damit finanziell erstarkte Unita bleiben dem Staatshaushalt fast nur noch die Erlöse aus den Cabinda-Ölfeldern. Sie müssen zum größten Teil für die Bezahlung des Kriegsmaterials und der Söldner vor allem aus Kuba, der Sowjetunion und der „DDR" verwendet werden.

Für das sich als marxistisch-leninistisch bekennende Regime in Luanda ist das Jahr 1984 reich an schweren Rückschlägen. Vom Lusaka-Entflechtungsabkommen mit Pretoria war auch eine Schwächung der von Südafrika logistisch unterstützten Unita erwartet worden. Diese Wirkung trat nicht ein, da die Widerstandsbewegung inzwischen sowohl im Lande selbst als auch in anderen afrikanischen Staaten tatkräftige Helfer gewonnen hat. Es scheiterte dann auch eine größere Frühjahrsoffensive mit Kubanern und Regierungstruppen unter Einsatz schwerer sowjetischer Waffen. Sie stieß ins Leere, erlitt Niederlagen oder zerbröckelte; denn sie fand anstelle von Unterstützung der Landbevölkerung deren stillen Widerstand. Die Unita-Truppen bewegen sich „wie der Fisch im Wasser".

Dieser Erfolg der Unita ist vor allem auf zwei Maßnahmen zurückzuführen, die für den Führungsstil Savimbis bezeichnend sind. Er hat, ethnische Barrieren überspringend, einen kollektiven Führungskreis mit Repräsentanten der großen Stämme des Landes gebildet und mit ihnen die friedensmäßige Verwaltung der „befreiten Gebiete" aufgenommen, und zwar unter Konzentration auf Landwirtschaft, Schule, Fachausbildung und Wiederaufbau. Die dafür praktizierte „Demokratie" folgt afrikanischer Mentalität und Tradition.

Für die Völker Angolas, für welche die Unita am 3. März 1984 eine „Regierung nationaler Einheit und Versöhnung" durch eine bis Ende 1984 befristete „Verhandlungslösung" unter Einschluß der MPLA proklamiert hat, scheint Savimbi große Glaubwürdigkeit zu besitzen. Die Tatsache, daß er einen unideologischen afrikanischen „Sozialismus" mit echter Blockfreiheit ansteuert – er hat nie einem Ostblock-Politiker Reverenz erwiesen – und sein Programm auf die Erfüllung der Alltagsbedürfnisse der Menschen durch eigene Entwicklung des potentiell so reichen und klimatisch begünstigten Landes konzentriert, verschafft ihm viele Anhänger bei der bürgerkriegsmüden Bevölkerung.

Die Regierung in Lusaka, deren moskauhörige Gruppe an Übergewicht zunimmt, glaubt anscheinend, ihre städtischen Positionen auf Dauer halten zu können. Sie kann über See versorgt werden und verfügt über die Luftherrschaft und über genug Truppen, den zur Festung ausgebauten Raum um Luanda zu halten. Der Kreml wird voraussichtlich diese Position wenigstens als Brückenkopf nicht aufgeben, wie übrigens auch das plötzliche abweisende Verhalten von Swapo-Chef Nujoma in Lusaka Mitte Mai nach seinem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vermuten läßt.

Die Angola-Frage wird die Welt in den kommenden Monaten beschäftigen; denn ihre Entwicklung wird nicht nur die Unabhängigkeit Namibias bestimmen, sondern auch für die weitere Befriedung des gesamten Subkontinents von Bedeutung sein, wie das diplomatische Engagement der USA, Südafrikas, Portugals und der Staatschefs von Sambia und Zaire zugunsten der Verhandlungslösung Savimbis erkennen läßt.

Bonn hingegen verhält sich in „Kontinuität" seiner Afrikapolitik zu Angola weiter einseitig orientiert. Dabei haben die eilfertige Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1979 und die Entsendung eines deutschen Botschafters ohne Reziprozität ganz und gar nicht zur gewünschten „Freundschaft und Zusammenarbeit" geführt.

Konteradmiral a. D. Günter Poser war zuletzt bei der NATO tätig.

„Auf die FDP ist zuviel Rücksicht genommen worden"

Es sollte ein Bilanz-Gespräch zur Sommerpause werden. Doch was Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zu sagen hatte – zum Kanzler, zu Strauß, zum Koalitionspartner FDP – ging weit darüber hinaus. Am Ende meinte er: „Ich bin doch sehr aus mir herausgegangen."

Von MANFRED SCHELL

Das Gespräch mit dem Bundesinnenminister – seine Freunde nennen ihn Fritz – findet in der schmalen Bibliothek in der 11. Etage statt, gleich neben dem Ministerbüro im Bonner Norden. Die sekundengenaue Pünktlichkeit von Friedrich Zimmermann ist in Bonn bekannt; er haßt es, wenn Zeit verplempert wird.

Die Urteile, die Zimmermann begleiten, sind breit gefächert. Getroffen hat ihn die Aussage seines Kabinettskollegen Engelhard (FDP), er sei ein „Ankündigungsminister". Gut, dieser Vorwurf ist auf dem Parteitag in Münster gefallen, aus dem Mund eines Ministers, der selbst keinen Glanz verbreitet. Aber Zimmermann hat das nicht vergessen: „Ankündigung ist ein Feindwort, das leichtfertig und achtlos gebraucht wird, das aber, auf mich bezogen, jeder Grundlage entbehrt."

Der CSU-Politiker *fühlt „sich zur* Verteidigung herausgefordert". In diesen Tagen hat er Bilanz gezogen. Die Stichworte füllen fünf Schreibmaschinenseiten. Ganz obenan steht der Umweltschutz. „Hier darf ich sagen, daß in diesen 15 Monaten mehr geschehen ist als in den 13 Jahren vorher." Es haben mehr Bundestagsdebatten stattgefunden, es hat noch niemals zuvor eine internationale Umweltschutzkonferenz auf deutschem Boden stattgefunden, die Gesetze, zum Beispiel zu Großfeuerungsanlagen, gegen hartnäckigen Widerstand der Betroffenen durchgesetzt, haben weitreichende Bedeutung. Das alles, so sagte Zimmermann kühl, „hat nichts mit Ankündigung, aber alles mit Quantität und Qualität in gleichem Maße zu tun".

Die Einführung abgasarmer Autos ist im Kabinett noch streitig. Hier sei es zwischen dem FDP-Vorsitzenden Genscher und „seinem designierten Nachfolger zu erheblichen Auffassungsunterschieden gekommen". Bangemann hatte in seiner ersten Kabinettssitzung dem Bundesinnenminister widersprochen. Ein „unfreundlicher Akt"? Zimmermann: „Ich habe es für verständlich gehalten, daß er den bisherigen Standpunkt des Wirtschaftsministeriums einnimmt. Nur habe ich es für unverständlich gehalten, daß er hier gegen die große Mehrheit seiner eigenen Partei und gegen seinen Parteivorsitzenden votiert hat." Also, das abgasarme Auto kommt? Zimmermann knapp: „Ja".

Zimmermann will „politische Linie" halten, auch in der Ausländerpolitik. Selbst wenn er damit in der politischen Diskussion „unterliegen" sollte. „Mir kommt es darauf an, zu zeigen, wer wo steht." Im Herbst, so sagt Zimmermann, werde er seinen Entwurf zur Ausländerpolitik vorlegen. „Abstriche", sollte es sie dann in der parlamentarischen Beratung geben, wären „kein Unglück". Auch ein neues Volkszählungsgesetz werde es geben, „unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der datenschutzrechtlichen Erfordernisse". Vorbereitet wird im Haus Zimmermann außerdem eine Novelle zum Datenschutzgesetz.

Das alles sind Felder, auf denen sich Union und FDP intensiv reiben. Steht Streit ins Haus? Zimmermann: „Möglicherweise geht es so, nur keinen Streit vermeiden." Fühlt er sich als der „starke Mann" im Kabinett Kohl? Nein. „Ich glaube, daß ich nach Lage der Gegebenheiten und der bis jetzt zur Verfügung stehenden Zeit mein Ressort so geführt habe, wie man es von einem Mann erwarten konnte, der 27 Jahre dem Deutschen Bundestag angehört und der sich ein beträchtliches Maß an politischer Erfahrung, an politischem Gewicht und auch Wertschätzung erringen konnte." Und er fügt hinzu: „Ich war ja niemals bequem oder im Rufe gestanden, überhöflich zu sein."

Sehr schnell wechselt das Gespräch zu weiter gefaßten Themen. Es geht um das Gewicht der CSU in Bonn, um die FDP und um Franz Josef Strauß.

WELT: Verstehen Sie sich als Wortführer der fünf CSU-Minister im Bundeskabinett?

Zimmermann: Ja. Das bin ich manchmal schon. Ich habe das Ressort mit der größten Breitenwirkung und ich fasse meine Aufgabe als Bundesminister so auf, daß ich zu allen politisch relevanten Themen im Kabinett meine Meinung sage. Und drittens bin ich einer der beiden stellvertretenden CSU-Vorsitzenden. Im übrigen hat mein Nachfolger im Amt des Landesgruppenvorsitzenden, Theo Waigel, seinen Part, den er hervorragend absolviert.

WELT: Sind Sie mit der Resonanz, mit dem Gewicht der CSU in dieser Kabinettskonstruktion zufrieden?

Zimmermann: Die CSU hat ihr Gewicht. Daß es in einer Koalitionsregierung mitunter nicht möglich ist, sich so darzustellen, wie das in der Opposition möglich war, das ist pure Selbstverständlichkeit. Und daß wir mit dem Koalitionspartner FDP besonders viele Themen strittig haben, ist auch kein Wunder. Vor mir hat es auf meinem Stuhl seit 1969 nur FDP-Minister gegeben. Die FDP ist ja über den Verlust dieses Ressorts wohl nie ganz hinweggekommen.

WELT: Der Kanzler und Sie duzen sich. Helmut Kohl ist zugleich ein Mann, der mit und über Personen Politik macht. Profitieren Sie davon?

Zimmermann: So würde ich es nicht sagen. Ich gehe zum Bundeskanzler nur dann, und das war schon immer meine Methode, das gilt für Franz Josef Strauß in gleichem Maße, wenn ich etwas unmittelbar vorbringen will, was nicht in einem größeren Kreis erledigt werden kann. Ich gehe also nur direkt zum Kanzler, wenn Handlungsbedarf besteht. Aber ich glaube schon, daß er mich respektiert.



„Ich gehe also nur direkt zum Kanzler, wenn Handlungsbedarf besteht": Friedrich Zimmermann.
FOTO: SVEN SIMON

WELT: Wäre es richtig zu sagen, Ihre Loyalität zu Kohl ist ebenso groß wie zu Strauß?

Zimmermann: Ja, das ist richtig.

Natürlich hat es im Verhältnis zwischen Zimmermann und Kohl Eintrübungen gegeben. Zum Beispiel in der Bewertung der Ereignisse auf Grenada oder in der Diskussion, die Zimmermann ausgelöst hatte, als er einen Besuch des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO zunächst platzen ließ. Er hatte sich maßlos über einen unkorrekten Bericht der UNO über Asylanten in der Bundesrepublik Deutschland geärgert.

Zimmermann antwortet freimütig: „Es gibt nicht nur den Fall Hartling, wo ich mich für einige Tage nicht ausreichend vom Bundeskanzler unterstützt gefühlt habe." Es gebe auch andere Fälle, „wo wir nicht der gleichen Meinung gewesen sind oder wo ich glaubte, daß rascher hätte gehandelt werden müssen". Aber das seien „ganz normale Vorgänge. Der Bundeskanzler hat eben das Ganze zu sehen". Es habe sich „daraus nie eine nachhaltige Trübung" im gegenseitigen Verhältnis gegeben. Da ist also nichts zurückgeblieben? Zimmermann: „Überhaupt nichts. Im übrigen habe ich auch mit meinem eigenen Parteivorsitzenden selbstverständlich im Laufe einer so langen Zeit in verschiedenen Bereichen Auseinandersetzungen gehabt." Das „ist das Normalste von der Welt".

WELT: Herr Zimmermann, hat Sie gestört, was sich in den letzten Monaten zwischen CDU und CSU abgespielt hat? Behandeln sich Kohl und Strauß gegenseitig falsch?

Zimmermann: Gestört, wäre zu weitgehend. In der gegenwärtigen Politik ist nach meiner Meinung des öfteren auf die FDP zuviel Rücksicht genommen worden. Die politische Geschlossenheit der FDP läßt zu wünschen übrig. Es gibt in der FDP, anders als in der CSU, nach wie vor Personen, die diese Koalition nicht gewollt haben und das nach wie vor deutlich machen. Auf der anderen Seite war und ist es ein Fehler, daß Franz Josef Strauß nicht in das Bundeskabinett gegangen ist, was ich immer gewollt habe. Das hat sich im Oktober 1982 durch die bayerischen Landtagswahlen verboten, aber es wäre im März 1983 möglich gewesen. Denn wenn es schon drei Parteivorsitzende in der Koalition gibt, dann sollten sie am gleichen Tisch sitzen. Das kann auch nicht durch regelmäßige oder unregelmäßige, nicht einmal durch institutionalisierte Gespräche der Parteivorsitzenden ersetzt werden. Aber das ist die persönliche Entscheidung von Franz Josef Strauß. Ich verstehe natürlich, daß es nicht damit getan ist, daß er irgendein Ressort erhält, denn die Auswahl ist nicht sehr groß für das, was für ihn in Frage kommt.

WELT: Es gibt wohl nur ein Ressort, das Außenministerium. Oder ist vorstellbar, daß Strauß ohne Ressort als Vizekanzler nach Bonn kommt?

Zimmermann: Das kann ich mir nicht vorstellen.

WELT: Was machen Kohl und Strauß im gegenseitigen Umgang falsch?

Zimmermann: Der Hauptgrund ist die Nichtteilhabe von Strauß an einer wichtigen Kabinettsposition. Alles andere würde sich aus der Sache heraus selbst ergeben. Ein weiterer Grund ist natürlich, daß Strauß, der zu den kompetentesten Politikern unseres Landes gehört, auf dem Gebiet der Außenpolitik die Auffassungen von Hans-Dietrich Genscher nicht kopieren würde.

WELT: Nun gibt es ja den Vorbehalt, Strauß, einmal in Bonn, wäre bald der heimliche Kanzler?

Zimmermann: Ich darf Sie daran erinnern, wie das in der Großen Koalition von 1966 bis 1969 gewesen ist und in welcher Harmonie sich Franz Josef Strauß damals in das Kabinett Kiesinger eingefügt hat. Das würde heute nicht anders sein.

Auf welchen Feldern hat man zu viel Rücksicht auf die FDP genommen? Zimmermann erinnert, als Beispiel gedacht, an die Beantwortung der Großen Anfrage zur Südafrika-Politik. Hier habe es viel Mühe gekostet, einen „unmöglichen Entwurf" des Auswärtigen Amtes neu zu formulieren. Es gebe auch innenpolitische Themen, bei denen Genscher sein Gewicht „anders in die Waagschale" hätte werfen oder der Bundeskanzler es „einmal auf streitige Entscheidungen im Kabinett" hätte ankommen lassen sollen. Differenzen gebe es nicht bei der Haushaltspolitik, „wo wir ja mit der FDP ganz und gar einig sind". Umso „sonderbarer" berühre ihn jetzt die Kritik, die Graf Lambsdorff übe, kaum daß er das Kabinett verlassen habe.

Überhaupt sei das Bild, das die Koalition zu bieten habe, „wesentlich besser, als es manchmal draußen aussieht". Die Neuverschuldung sei drastisch nach unten gedrückt worden, mit der niedrigen Inflationsrate stehe Bonn weltweit an der Spitze. Das habe sich positiv auf den Zins ausgewirkt. „Wenn uns die Tarifreform gelingt, woran ich keinen Zweifel habe, dann werden wir uns auch auf diesem Gebiet sehen lassen können." Zimmermann verwies auf das Verhältnis zu Frankreich, das noch nie so gut gewesen sei. „Es ist in vielen praktischen Auswirkungen besser wie zur Zeit Adenauers und de Gaulles." Gegenüber östlichen Nachbarn gebe es „vernünftige Verhältnisse". Auch im innerdeutschen Bereich gebe es Entkrampfungen. Zimmermann: „Ich möchte wissen, auf welchem Gebiet man uns gravierende Vorwürfe machen will?"

WELT: Es gibt Spekulationen über eine Kabinettsumbildung. Wie denkt die CSU, wie denkt ihr Stimmführer im Kabinett darüber?

Zimmermann: Es ist viel spekuliert worden. Es hätte einige Gelegenheiten gegeben, die Kabinettsumbildung vorzunehmen. Ich habe aber Verständnis, daß der Bundeskanzler so etwas möglicherweise erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode vornehmen wird.

WELT: Wo liegen die Hauptschwachpunkte?

Zimmermann: Sie können mir viele Fragen stellen. Ich äußere mich dazu nicht. Es wäre kein guter Stil, wenn ich Kabinettskollegen charakterisieren, vielleicht auch kritisieren würde.

In Jerusalem fängt nun der Kampf erst an

Für die Opposition in Israel wurde es eine Nacht der Enttäuschung. Doch auch der Likud-Block hat wenig Grund zum Jubeln. Eigentliche Sieger der Wahlen sind die Splitterparteien, die als Koalitionspartner hohe Preise fordern können – wenn es nicht zu einer Großen Koalition kommt.

Von PETER M. RANKE

Im Festsaal schmetterte eine junge Sängerin immer wieder den Halleluja-Song. Die „Jerusalem-Post", ein der Arbeiterpartei nahestehendes Blatt, hatte zur Wahlnacht in ein neueröffnetes Luxushotel eingeladen. Es gab Bier und Saft zu billigen Preisen. Aber was eine Siegesfeier werden sollte, wurde zu einer Nacht der Enttäuschungen.

Um 22.20 Uhr erschienen auf den großen Fernsehschirmen in der Halle die ersten Hochrechnungen. Und von nun an hopste der bekannteste Hochrechner Israels, Hanoch Smith, auf seiner Meinungsleiter herauf und hinunter wie ein Frosch. Mal sah er den regierenden Likud-Block mit seiner bisherigen Koalition unter Shamir in Front, mal die oppositionelle Arbeiterpartei unter Peres. Noch um Mitternacht erklärte sich Peres zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung bereit.

Aber die Gesichter auf der Wahlparty wurden länger und länger. Schließlich stand es um 2.30 Uhr nach Auszählung der Hälfte aller abgegebenen Stimmen fest: Die Opposition hat den Durchbruch nicht geschafft, sondern sogar ein Mandat verloren. Nur 45 Sitze in der neuen Knesset statt der erwarteten 50. Der Likud-Block büßte mit 41 Mandaten auch eines ein, hat dank der kleinen Partner aber die besseren Aussichten zur Bildung der Regierung. Vielleicht kommt es aber auch zu einer Großen Koalition.

„Und dann so ein blödes Ergebnis"

„Da haben wir nun wirklich eine jüdische Regierung, Juden lenken die Banken und die Presse in Israel – und dann so ein blödes Ergebnis", jammerte ein Teilnehmer der Fernseh-Diskussionsrunde, die eigentlich auch die Parteichefs versammeln wollte. Aber Shamir und Peres blieben in ihren Hauptquartieren in Tel Aviv.

In Jerusalem aber zog Rabbi Meir Kahane mit 40 Getreuen und mit Gesang zur Klagemauer. Seine radikale „Kach"-Partei, die alle 1,2 Millionen Araber aus Gaza, Judäa und Samaria vertreiben will, war zunächst verboten, dann aber vom Obersten Gericht doch zugelassen worden. Prompt errang sie ein Mandat. Der bärtige Rabbi schwor: „Wir werden Israel wieder jüdisch machen." Dies erscheint ihm wohl notwendig, nachdem sich am Wahltag in Tiberias eine Frau mit nackten Brüsten sehen ließ, an die sie Parteiparolen geheftet hatte.

„Kach" gehört wie die anderen „Kleinen" zu den eigentlichen Gewinnern der Wahl; 15 Fraktionen und Grüppchen werden im Parlament sein. Kahane zählt zu den jüdischen Fundamentalisten, mit denen man jetzt stärker rechnen muß. Die National-Religiöse Partei mit ihren Gruppierungen, die bisher bei keiner Koalitionsbildung fehlte, hat ihre Mandate sogar von zehn auf zwölf erhöhen können. Sie wird auch bei etwaigen Verhandlungen über eine Große Koalition mitreden. Mit der von der Arbeiterpartei propagierten Freigabe der Abtreibung und dem Ende des Flugverbots am Sabbat wird es also wohl nichts werden.

Begin blieb zu Hause und wählte nicht

Auch die der Arbeiterpartei nahestehenden Persönlichkeiten wie Frau Schulamig Aloni haben mit ihren „Parteien" zwei bis drei Mandate dazugewonnen. Aber zur Regierungsbildung reicht es nicht. Dagegen hat die ethnisch orientierte „Tami"-Partei, die gezielt auf die nordafrikanischen Einwanderer setzte und die vorgezogenen Neuwahlen erzwang, zwei Mandate verloren und verfügt nur noch über einen Sitz. Der angeblich so beherrschende Gegensatz zwischen orientalischen und westlichen Israelis spielte bei der Wahl kaum eine Rolle.

Im Likud-Hauptquartier, dem Diplomat-Hotel am Strand von Tel Aviv, gab es nach Mitternacht nur zufriedene Gesichter. Denn der Wahlerfolg wurde ohne den früheren Regierungschef Begin errungen, die Vaterfigur Shamir erwies sich offenbar als vertrauenerweckend. Begin leidet unter Depressionen, er verläßt seine Wohnung in Jerusalem überhaupt nicht mehr. Immer wieder hatten die Wahlredner der Arbeiterpartei spekuliert: Kommt er nun zur Wahl oder nicht? Fotografen lauerten Tag und Nacht vor dem Haus. Begin wählte nicht.

Aber von den rund 110 000 arabischen Einwohnern Jerusalems wählten nur knapp 2400, die die israelische Staatsbürgerschaft angenommen haben. Bei den Kommunalwahlen, bei denen die Staatsbürgerschaft keine Rolle spielt, waren es knapp 18 000.

Die israelischen Araber und Drusen im Norden des Landes gaben ihre Zurückhaltung kaum auf, schicken aber mit einigen Israelis zusammen wieder vier kommunistische Vertreter der Rakah-Partei ins Parlament. Ezer Weizmans neue Yahad-Partei, die besonders um arabische Stimmen geworben hatte, blieb mit nur drei Mandaten hinter den Erwartungen zurück. Auch die zwei Mandate der neuen „Progressiven Liste für Frieden", die für Zusammenarbeit mit der PLO und einen arabisch-jüdischen Staat eintritt, sind nicht gerade ein Erfolg. Das Ergebnis besagt: Die PLO hat bei den israelischen Arabern keinen Rückhalt. (SAD)

„Die besondere Seelsorge dient der Versöhnung“

KNA, Bonn

Die Deutsche Bischofskonferenz hält die besondere Seelsorge für Heimatvertriebene und Flüchtlinge „weiterhin für geboten“ und empfindet sie „nicht als hinderlich für die Versöhnung. Diese besondere Seelsorge dient im Gegenteil der Versöhnung“. Mit dieser gestern in Bonn veröffentlichten Stellungnahme hat das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz die Kritik der polnischen Regierung zurückgewiesen, durch die besondere Seelsorgestruktur für die Umsiedler aus Polen werde die Illusion einer möglichen Rückkehr für diese genährt. Dadurch werde der Revanchismus in Deutschland unterstützt.

Ausdrücklich wies das Sekretariat in seiner Erklärung darauf hin, daß die besondere Seelsorge für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach Kriegsende vom Heiligen Stuhl eingerichtet wurde. Die Apostolischen Visitatoren, denen von Warschau vorgeworfen wurde, sie beteiligten sich an revisionistischen, antipolnischen Landsmannschaftstreffen, nähmen ihre Aufgabe im päpstlichen Auftrag wahr.

„Historische Wahrheit und Gerechtigkeit verbieten auch, die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat als 'Umsiedlung' zu bezeichnen“, heißt es weiter in der Erklärung. Die Heimatvertriebenen könnten nicht als Revanchisten bezeichnet werden. In ihrer Charta sei schon 1950 eine deutliche Absage an Rache und Vergeltung erteilt worden. In den letzten Jahren hätten die Verbände der Heimatvertriebenen immer wieder die Bereitschaft zur Aussöhnung und Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk in Wort und Tat bezeugt.

Franke-Erlaß wird neu verhandelt

DW. Frankfurt

Das Frankfurter Sozialgericht wird am 9. August über den Antrag der Arbeitgeberverbände der Metallindustrie befinden, die am 6. Juni 1984 verfügte einstweilige Anordnung gegen die Bundesanstalt für Arbeit im Zusammenhang mit der Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer wieder aufzuheben.(WELT v.13.7.)

Die IG Metall hatte bei dem Gericht und beim Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt eine Aussetzung des sogenannten Franke-Erlasses erreicht, in dem der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitsämter angewiesen hatte, kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Eine förmliche Zahlungsverpflichtung sprachen die Gerichte aber nicht aus. Dennoch hatte sich die Bundesanstalt für die Zahlung unter Vorbehalt entschieden.

Geißler für Pille auf Krankenschein

dpa, München

Die Abgabe der „Anti-Baby-Pille“ auf Krankenschein hat Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) befürwortet. Die „Pille auf Krankenschein“ wäre eine richtige Entscheidung, sagte Geißler in einem Interview mit der Illustrierten „Quick“. Dagegen sei die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen „schon eher problematisch“. Geißler bekräftigte, daß er am „Abtreibungsparagraphen“ 218 nicht rütteln wolle. In diesem Paragraphen heiße es, die Beratungsstellen sollten vor allem über solche Hilfen beraten, die das werdende Leben erhalten könnten. Solange sich das Bewußtsein nicht ändere, helfe auch eine Rechtsänderung nicht.

Gericht stufte Schulleiter zurück

dpa. Lüneburg

Der wegen rechtsradikaler Aktivitäten bekannt gewordene Leiter des *Grotefend-Gymnasiums* in Hannoversch Münden (Kreis Göttingen), Oberstudiendirektor Karl-Heinz Kausch, ist mit sofortiger Wirkung zum Studiendirektor zurückgestuft worden. Mit der „mittelschweren Disziplinarmaßnahme“ ist eine Gehaltskürzung von rund 500 Mark monatlich verbunden. Zudem ist davon auszugehen, daß das niedersächsische Kultusministerium einen neuen Schulleiter berufen wird. Der erste Disziplinarsenat am Oberverwaltungsgericht Lüneburg löste mit seinem Urteil einen Spruch des Braunschweiger Verwaltungsgerichts ab, das Kausch nach einem dreieinhalb Jahre dauernden Disziplinarverfahren im Frühjahr 1982 wegen „rechtswidriger Veröffentlichungen“ zu einer einjährigen zehnprozentigen Gehaltskürzung verurteilt hatte. Das Ministerium war gegen das Braunschweiger Urteil vorgegangen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die letzte Bastion der Berliner Hausbesetzer wurde geräumt

Neffe Karl Eduard von Schnitzlers dabei / Lummer: Bis Jahresende kein besetztes Haus mehr

F. DIEDERICHS, Berlin

Das letzte noch vorhandene Hausbesetzer-Zentrum in Berlin, das sogenannte „Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg“ (Kukuk) ist gestern früh von der Polizei durchsucht und geräumt worden. Das seit dem 23. Januar 1981 besetzte Haus im Bezirk Kreuzberg stand als Kommunikationszentrum der *Hausbesetzer-Bewegung* wiederholt im Blickpunkt. Der Gebäudekomplex war in der Vergangenheit 13mal durchsucht worden. Nach Angaben der Berliner Staatsanwaltschaft werden Bewohnern des Gebäudes mehr als 80 Straftaten zur Last gelegt.

Bei der Räumungsaktion waren zuvor alle notwendigen Voraussetzungen der „Berliner Linie“ erfüllt worden, die einen Strafantrag des Hausbesitzers sowie Modernisierungs- und Finanzierungskonzepte für das Haus vorsahen. Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) bekräftigte gestern die Absicht des Berliner Senats, das Hausbesetzerproblem noch vor Jahresende zu lösen. Die jetzt erfolgte Räumung solle für die Besetzer in den verbliebenen zehn Häusern Anlaß sein, über ein freiwilliges Verlassen der illegal bewohnten Bauten nachzudenken, forderte Lummer.

Im gestern geräumten „Kukuk“ sollen nach den Vorstellungen der Eigentümer 25 modernisierte Großwohnungen entstehen. Direkt nachdem die letzten Besetzer das Haus verlassen hatten, begannen erste Bautrupps mit den Arbeiten. Die Polizei war bei Beginn des Großeinsatzes um 5 Uhr 54 auf keinerlei Widerstand gestoßen. „Die Besetzter waren überrascht und ahnungslos“, resümierte nach der Aktion der Einsatzleiter der Polizei gegenüber der WELT.

Auf dem Grundstück wurden 40 Personen angetroffen, darunter 14 Frauen und fünf Kinder. Sie wurden nach Feststellung der Personalien bis auf einen Mann wieder auf freien Fuß gesetzt und planen nun, auf einem an den Gebäudekomplex angrenzenden Bereich Zelte aufzuschlagen.

Über das Schicksal des „Kunst- und Kulturzentrums“, das sich den Polizisten als völlig verwahrlostes Haus darstellte, war in der CDU/FDP-Koalition eine heftige Kontroverse entbrannt. Kreise um den eher liberalen Kultursenator Volker Hassemer (CDU) hatten ursprünglich dafür plädiert, das Haus in legalen Besitz der Besetzer zu überführen und zu einem wirklichen Kulturzentrum auszubauen.

Innensenator Lummer (CDU) wie auch Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) und Bausenator Klaus Franke sahen jedoch eine Räumung als sinnvollere Lösung an, da das Haus vor allem dem militanten Kern der Hausbesetzerbewegung als Planungszentrum diente. So war bei polizeilichen Durchsuchungen in einem Buchladen des „Kukuk“ eine zum Kopieren ausgelegte Schrift der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) sichergestellt worden, die unter dem Titel „Kriegsanleitung für jedermann“ auf Hilfsmittel für militante Gewaltaktionen hinwies. Ebenfalls wurde in allen Einzelheiten der Bau eines Sprengsatzes geschildert. Die schweren Auseinandersetzungen anläßlich der Berlin-Besuche von US-Präsident Ronald Reagan und US-Außenminister Alexander Haig waren zudem im „Kukuk“ vorbereitet worden.

Bei der Überprüfung der Personalien der im „Kukuk“ angetroffenen Personen wurde gestern nach zuverlässigen Informationen der WELT ein 25jähriger Mann angetroffen, der nach Erkenntnissen der Berliner Sicherheitsbehörden ein Neffe des Chefkommentators des „DDR“-Fernsehens, Karl Eduard von Schnitzler, ist. Schnitzler hatte zuletzt im Juni 1983 für Schlagzeilen gesorgt, als seine Ehefrau in einem Westberliner Warenhaus als Ladendiebin entlarvt worden war.

Die Berliner Behörden waren auf den jungen Mann aufmerksam geworden, weil dieser seinen Raum im besetzten Haus mit einer großen „DDR“-Fahne geschmückt hatte. Bei weiteren Ermittlungen stellte sich heraus, daß der Mann mit dem angeblichen Namen „Andreas Lehel“ am 29. September 1959 in Ost-Berlin geboren wurde und Weihnachten 1973 mit seiner Mutter, Jutta von Schnitzler, über Zirndorf mit einem ungarischen Fremdenpaß als Asylbewerber in die Bundesrepublik eingereist war. In dem blauen Paß, der den Mann heute als anerkannten Asylbewerber ohne Staatsangehörigkeit ausweist, befinden sich zahlreiche Einreisestempel der „DDR“. Die Ermittlungsbehörden zu dem Fall: „Eine hochpolitische und komplizierte Angelegenheit. Wir versuchen, über den *Mann und seine Tätigkeit in Berlin* Klarheit zu gewinnen.“

Der Abbau der Bremer Gymnasien nimmt nun endgültig seinen Lauf

SPD setzt ihr Schulkonzept durch / Schülermangel als bildungspolitisches Instrument

W. WESSENDORF, Bremen

Mit dem Beginn der Sommerferien in Bremen wird eines der aufregendsten schulpolitischen Kapitel der Nachkriegszeit im kleinsten Bundesland geschlossen. Bildungssenator Horst-Werner Franke (SPD) hat sein umstrittenes Konzept zum Abbau Bremer Schulen gegen heftige Proteste von Eltern, Schülern und Lehrern *sowie der größten Oppositionspartei* CDU durchgesetzt. Dazu wurden die einschlägigen Schulgesetze geändert.

Behutsam ging es dabei nicht zu. Die bremischen Schulen müßten nach Frankes Worten im Übergang zu den neunziger Jahren vor allem mit Einbrüchen fertig werden: „Sie müssen sich auf den Schülerrückgang einstellen, der im Durchschnitt ein Drittel beträgt. Und sie werden beeinträchtigt durch die Finanzkrise des Staates.“ Die Schule könne sich diesen gesellschaftlichen Bedingungen nicht entziehen.

Von den rund 200 Schulen in der Halbmillionenstadt Bremen werden ab Schuljahr 1985/86 nun drei Dutzend abgebaut. Nur noch zwei Gymnasien bleiben bestehen. Damit haben die allein regierenden Sozialdemokraten einen weiteren Schritt zur Umsetzung ihres 1975 eingeführten Schulgesetzes geschafft. Es bildet nach Auffassung politischer Gegner, insbesondere der CDU, die Grundlage der Schulmisere, denn es ziele auf die integrierte Gesamtschule als einzige Schulart in Bremen ab. Franke macht daraus auch keinen Hehl: „Nicht nur die Strukturen des bremischen Schulwesens, auch die Inhalte werden Veränderungen erfahren.“ Er, Franke, werde im Jahre 1985 eine ausführliche inhaltliche Konzeption seiner Schulpolitik vorlegen.

Damit ist die Perspektive der Schulpolitik im kleinsten Bundesland klar. Die Christdemokraten, die die Schulpolitik ihrerseits stets zum Hauptthema gestempelt haben, stehen ihr ohnmächtig gegenüber. Seit zehn Jahren kämpft die größte Oppositionspartei vergeblich gegen diese Entwicklung an, machte dabei Fehler, die teilweise ihre Glaubwürdigkeit in Frage stellten. Die CDU hatte beispielsweise wegen erkennbar rückläufiger Schülerzahlen Investitionen des Senats in neue Schulgebäude kritisiert, die nun geschlossen würden, und dabei verschwiegen, daß sie in der Deputation für Bildung aus stadtteilpolitischen Gründen zum Teil Schuleröffnungen zugestimmt hatte. Ihr bildungspolitischer Sprecher Bernt Schulte zu Berge: „Wir haben Fehler gemacht, werden aber weiterhin der sozialdemokratischen Schulpolitik erbitterten Widerstand leisten.“

Die jüngsten Änderungen des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes sowie des Privatschulgesetzes bezeichnete Schulte als „bildungspolitisches Ermächtigungsgesetz“. Dem „Bildung für alle“ der SPD-Mehrheitsfraktion hielt die CDU ihre „freie Wahl des Schulortes“ entgegen.

Der Senator für Bildung stützt sich auf ein Urteil vom 6. Februar 1984 des Bundesverfassungsgerichts, um seine eingeschlagene Schulpolitik durchzusetzen. Danach bestätigte das höchste Gericht die Praxis der Schülerzuweisungen. Franke: „Nach wie vor besteht in Bremen das Recht der freien Schulwahl ... Was es allerdings in Bremen nicht gibt, ist die völlig freie Wahl des Schulortes.“ Die Behörde müsse für eine gleichmäßige Verteilung der Schüler auf die Standorte sorgen.

„Das Zuweisungsrecht ebnet den Weg zur Gleichschaltung aller Schulen“, konterte Schulte. „Die Schüler werden zu Schachfiguren auf dem Spielbrett und die Eltern werden schachmatt gesetzt.“ Der Senat müsse jetzt damit rechnen, daß sich die Betroffenen von den öffentlichen Schulen ab- und den Privatschulen zuwenden würden. Die erfolgte Änderung des Privatschulgesetzes sieht indes vor, die Zuschüsse nicht zu erhöhen, sondern „wegen der Haushaltslage“ bei 75 Prozent zu belassen. Schulte: „Die Privatschulen haben nur noch die Chance, gerichtlich dagegen anzugehen – und das wird auch so kommen.“

Die Gesamtschulen hingegen sollen konsolidiert werden. Der Senator: „Schulleiter, Stellvertreter, Jahrgangsleiter und Fachbereichsleiter an Gesamtschulen werden künftig einheitlich für die Dauer von acht Jahren bestellt werden.“ Dies werde den Gesamtschulen zugute kommen.

BGS vor neuer Personalpolitik?

Ein Erlaß-Entwurf aus dem Innenministerium stößt beim Grenzschutz auf Kritik

BERND HUMMEL, Eschwege

Beförderungsbeschränkungen und ein weitreichender Verzicht auf das Angebot von Qualifikationslehrgängen sollen beim Bundesgrenzschutz bewirken, daß die sogenannte „Abgabefähigkeit“ der etwa 17 000 Beamten des mittleren Dienstes an die Polizeien der Länder erhalten bleibt. Ein Erlaß-Entwurf des Bundesinnenministeriums dieses Inhalts stieß jetzt bei der Truppe allerdings auf heftige Kritik. Demgegenüber erklärte ein Sprecher des Ministeriums, die Funktionsfähigkeit des BGS verlange, daß „stets die notwendige Anzahl von Vollzugsbeamten in die Landespolizei versetzt werden kann“.

Die Abgabe von BGS-Beamten war 1976 durch das Inkrafttreten des BGS-Personalstrukturgesetzes im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern geregelt worden.

Längere Verweildauer

Doch statt der erforderlichen Rate von jährlich 900 bis 1100 Beamten, die an die Polizeien „abfließen“ sollten, nahmen die Länder nur einen weit geringeren Teil ab: In diesem Jahr werden es knapp 400 Beamte sein. Die damit verbundene Überalterung der Truppe soll nun durch eine Verlängerung der Verweildauer beim BGS – von bislang acht Jahren auf jetzt 12 Jahre – aufgefangen werden.

Für den Erlaß-Entwurf, der das Aktenzeichen „P III 3-660.350“ trägt, zeichnet der für neun Monate in das Ministerium abgeordnete Kasseler BGS-Direktor Joachim Poddig verantwortlich. Er fordert in seinem Papier eine „strikte Einhaltung einer abgabeorientierten Personalwirtschaft“. Eine Forderung, die beim Bundesgrenzschutzverband in Bonn Empörung auslöste. Bundesvorsitzender Helmut Pfeffer: „Das bedeutet im Klartext, daß auf die bislang aufgabenorientierte Personalpolitik verzichtet wird.“

Zumindest in diesem Punkt stößt Poddigs Papier, das mittlerweile dem BGS-Hauptpersonalrat zur Beratung vorgelegt wurde, auf den Widerspruch des Dienstherren. Ministeriums-Sprecher Hans-Günter Kowalski korrigiert: „Die Personalpolitik ist unverändert darauf gerichtet, die Leistungsfähigkeit und Einsatzfähigkeit des BGS zu stärken, also aufgabenorientiert.“

Umstrittener noch ist bei Personalräten, Bundesgrenzschutzverband und innerhalb der Truppe eine andere Forderung. Sie besagt, daß der BGS-Beamte während seiner 12jährigen Dienstzeit über den Dienstgrad „Meister“ (Besoldungsgruppe A7) nicht hinauskommen darf, weil er sonst für die Übernahme in die Länderpolizeien nicht mehr in Frage kommt. Wörtlich: „Personalwirtschaftlich muß sichergestellt sein, daß die Abgabefähigkeit ... nicht beeinträchtigt wird ... Darüber hinaus ist auch das Entstehen bloß subjektiver Beförderungserwartungen durch Übertragung höherwertiger Dienstposten tunlichst zu vermeiden.“

Und um den nicht erwünschten Aufstieg in höhere Dienstränge zu vermeiden, *soll auch die Möglichkeit* zur Qualifikation nicht mehr angeboten werden. Zitat: „Es muß davon ausgegangen werden, daß Verwendungslehrgänge, die die Qualifikation zu einer Verwendung auf einem Dienstposten der Bewertung A7/A8 und höher vermitteln, künftig in den ersten zwölf Dienstjahren nicht mehr angeboten werden können.“

„Nicht über A 7 hinaus“

Während beim Innenministerium die Auffassung vertreten wird, nur so könnten die Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern erfüllt werden, nach denen ein Bewerber für den Polizeidienst „nicht ein Amt über Besoldungsgruppe A7 hinaus innehaben darf“, spricht der Bundesgrenzschutzverband von einem „Verstoß gegen geltendes Recht“ und „Diffamierung einer ganzen Berufsgruppe“.

Bundesvorsitzender Pfeffer, der bereits BGS-Inspekteur Karl-Heinz Amft aufgefordert hat, den Entwurf zurückzunehmen, vermutet, daß „dieses Papier nur durch eine Panne in den Geschäftsgang geraten sein kann.“ Vorsorglich hat der Verband rechtliche Schritte angekündigt.

Die Bürger sind als Ideen-Spender gefragt

Von HERBERT SCHÜTTE

Für eine konservative Partei ist das ungewöhnlich“, umreißt Landesvorsitzender Jürgen Echternach den Feldzug, der die Hamburger CDU – mehr als alle Aktionen und Reaktionen der Tagespolitik – in den nächsten Monaten am stärksten beschäftigen wird. Womit die hanseatischen Christdemokraten in eine – so Echternach – „sonst klassische Domäne der *Linksparteien“ eingedrungen* sind, enthält ein Aktenordner mit einem 299 Seiten umfassenden Papier. Titel: „Hamburg 1990“. Was die Union an der Elbe darin auflisten will – bisher bewußt „ohne Schwerpunkte oder Grundlinien, um der Kreativität keine Grenzen zu setzen“ – hat die erste Phase durchlaufen. Anfang September tritt eine unter Echternachs Leitung stehende Kommission zusammen, um einen Diskussionsentwurf daraus zu schneidern.

Landesbericht Hamburg

Papiere werden von Parteien pausenlos produziert – gewiß. Doch diese breit angelegte, langfristig konzipierte Perspektive der Zukunft des Stadtstaates fällt aus dem Rahmen, Echternach hält sie für so etwas wie ein Pilot-Projekt der Union. Der Ausgangspunkt war im vergangenen Herbst die Erkenntnis bei der CDU, daß „neue Ideen und Impulse“ in der Hansestadt „Mangelware“ seien.

Der zündende Gedanke bei dieser Aktion war der Appell an alle Bürger, mit ihren Vorschlägen auf den Inhalt des Programms Einfluß zu nehmen. Von der Handelskammer bis zum Sportbund, vom ADAC bis zu unzähligen Vorschlägen von Hamburgern, die nicht der Partei angehören, reicht das Ideen-Reservoir, das die Auswertung der Kommission bestimmen soll. Echternach, mit zehn Jahren Amtszeit einer der erfahrensten CDU-Landesvorsitzenden der Bundesrepublik, wollte die Problemschau nicht auf die Hamburger Kirchturmspitzen begrenzen: Er bat die CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann (Frankfurt) und Manfred Rommel (Stuttgart) um Erfahrungsberichte und Vorschläge – zum Beispiel auf dem Felde der Kulturpolitik. Er holte sich schriftlichen Rat bei Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, bei Wohnungsbauminister Oscar Schneider und Bildungsministerin Dorothee Wilms, er spannte sämtliche Länder-Kultusminister der CDU für die Hansestadt ein. „Ich habe mich schon immer für Programmfragen engagiert“, betont Echternach und weist auf Aktivitäten während seiner Zeit als Bundesvorsitzender der Jungen Union (1969 bis 1973) hin, als er in der CDU-Führungsspitze zu den Initiatoren einer Programm-Diskussion gehörte. In Hamburg will er jetzt nach eigenen Worten „deutlich machen, daß die Probleme der Zukunft lösbar sind und daß wir auch Lösungsvorschläge haben“. Die Schau auf „Hamburg 1990“ will Antwort auf drei zentrale Fragen geben: Welche politischen Probleme werden Hamburg Ende des Jahrzehnts prägen, welche Ziele soll die CDU nach ihren Wertvorstellungen anstreben? Welche Maßnahmen müssen dazu ergriffen werden? Die Aussagen und Informationen, die auf die Antworten zu diesen Fragen hinführen sollen, stecken eine Perspektive ab, die von Freizeitgewohnheiten bis zur Entwicklung der Kriminalität, von den Beziehungen zwischen Hamburg und dem Umland bis zur Lage des Außenhandels, von der Subventionspolitik bis zu den Lagermöglichkeiten von Baggergut reicht. Das letztgenannte, im Binnenland sicher etwas befremdliche Problem beschäftigt gerade in den letzten Wochen außerordentlich stark die offizielle Wirtschaftspolitik und berührt zum Beispiel ganz erheblich das Verhältnis zwischen Hamburg und Niedersachsen. Fragen der Privatisierung bisher öffentlicher Dienstleistungen, der Weiterbildung und der Kulturpolitik gehören ebenso dazu wie die Konfrontation mit dem Bevölkerungsschwund, der Hamburg im Jahr 1990 auf eine Großstadt von 1,49 Millionen Einwohnern schrumpfen lassen dürfte, gut 350 000 weniger als 1963. In zehn Jahren – so hat die CDU errechnet – werden drei von zehn Hamburger Bürgern älter als 60 sein – eine Stätte der Senioren, der immer mehr jüngere (finanzkräftige) „Aufsteiger“-Familien mit Kindern den Rücken gekehrt haben.

Die Perspektive, die in gut einem Jahr nach ausführlicher Diskussion in der Partei endgültig verabschiedet werden soll, hat also schon für jeden Bürger Bedeutung. Initiator Jürgen Echternach hatte noch einen weiteren Grund für die Aktion. Er gesteht ihn freimütig. „1983 war eine schwierige Situation“, bekennt er, „wir hatten die Bürgerschaftswahl verloren. Jetzt ging es darum, der resignierenden Stimmung entgegenzutreten. Wir mußten der Partei eine konkrete Aufgabe geben“.

Wußte der „Stern“ von der dubiosen Recherche?

Die Staatsanwaltschaft ermittelt im „Fall Johnson“

UWE BAHNSEN, Hamburg

Das redaktionelle Innenleben der Illustrierten „Stern“ beschäftigt zunehmend die hamburgische Strafjustiz – nicht nur in Sachen „Hitler-Tagebücher“, sondern nun auch im Zusammenhang mit der Berichterstattung des Bilderblattes über den *kürzlich verstorbenen Schriftsteller* Uwe Johnson. Die Staatsanwaltschaft in der Hansestadt wird die Akten eines Rechtsstreites prüfen, der in der vorigen Woche vor der Zivilkammer 24 des Landgerichts zwischen dem „Stern“ und der Illustrierten „Bunte“ ausgetragen (und mit einem Vergleich vorläufig beendet) wurde.

Der Grund für das Einschreiten der Anklagebehörde: In diesem Verfahren wurden von drei Journalisten eidesstattliche Versicherungen abgegeben, von denen zwei der dritten diametral widersprechen. Nach der Sachlage kann nur eine der beiden Versionen wahr sein. Da die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar und zudem ein Offizial-Delikt ist, muß die Staatsanwaltschaft den Vorgang unter die Lupe nehmen.

Hauptfigur dieser verwickelten Sache ist der frühere Literatur-Redakteur des „Stern“, Tilman Jens (30), ein Sohn des Tübinger Rhetorik-Professors Walters Jens. Der junge Journalist ist am 11. April bei Recherchen zu einem Artikel über Uwe Johnson in dessen Haus in Sheerness eingedrungen, um an Material zu gelangen. Er habe dies, so seine eidesstattliche Versicherung, nach der Rückkehr von dieser Reise, aber vor Veröffentlichung des Beitrags, seinen Vorgesetzten in der „Stern“-Redaktion, Gerhard Krug und Michael Jürgs, berichtet.

Beide hätten also von dieser unrechtmäßigen Art der Recherche gewußt und den darauf basierenden Artikel dennoch in das Blatt genommen. Die beiden „Stern“-Ressortleiter bestreiten das hingegen entschieden – ebenfalls mit eidesstattlichen Versicherungen.

Der Fall hat seine eigene Delikatesse, und zwar nicht nur vor dem Hintergrund des bevorstehenden Prozesses gegen den früheren „Stern“-Reporter Gerd Heidemann, in dem einiges über Arbeitsmethoden in der „Stern“-Redaktion zutage treten wird. Als im Herbst 1980 Journalisten der „Bild“-Zeitung vor einer Strafkammer des Landgerichts Frankfurt angeklagt waren, unrechtmäßig in eine Wohnung eingedrungen zu sein, war das für den „Stern“ Anlaß zu breiter und schadenfroher Berichterstattung mit erhobenem Zeigefinger. Daß nun Vater Jens, als linksliberaler Geist dem „Stern“ bislang verbunden, der Illustrierten die Freundschaft und der Jury für den Egon-Erwin-Kisch-Journalistenpreis die Mitarbeit aufgekündigt hat, weil er findet, man sei mit seinem Sohn nicht anständig umgegangen, rundet die Sache in pikanter Weise ab.

Jens junior ist inzwischen aus der „Stern“-Redaktion ausgeschieden, wobei der Journalist versichert, mit dem Artikel über Johnson habe das nichts zu tun; er habe das Blatt ohnehin aus privaten Gründen verlassen wollen. „Stern“-Chefredakteur Rolf Winter hingegen will vor der „gegenseitigen Vertragsaufhebung“ gegenüber Tilman Jens klargestellt haben, daß „andernfalls eine fristlose Kündigung erfolgen würde“.

Recherchiert hat Literaturredakteur Jens seiner eigenen Darstellung zufolge in der Weise, daß er „durch ein Fenster in das Johnson-Haus eingestiegen“ ist. Die Reaktion seines Ressortleiters Gerhard Krug (die dieser entschieden bestreitet) schildert Tilman Jens mit der Feststellung Krugs: „Das macht maximal 20 000 Mark. Die kann der 'Stern' aufbringen.“ Schwerwiegende juristische Konsequenzen für den „Stern“ seien nicht zu erwarten.

Der Fall hat inzwischen sogar Vater Walter und Mutter Inge Jens veranlaßt, ebenfalls eidesstattliche Versicherungen zu fertigen. Darin stellt der Professor süffisant fest, sein Sohn habe ihm schon Anfang Mai von dem Vorgang berichtet. Jürgs sei „beim Durchsehen“ des Johnson-Artikels „über *den Einstieg ins Johnson'sche* Haus“ informiert worden und habe „dieses Vorgehen ... durch die Spesenerstattung notifiziert“. Was „die Art der Materialbeschaffung“ angehe, so habe sein Sohn ihm erklärt, er könne „des Rechtsbeistands des 'Stern' gewiß sein“. Die beiden Illustrierten haben sich in dem Vergleich verpflichtet, auf den Fall nur bei einem „aktuellen Anlaß“ zurückzukommen.

China-Politik des Vatikans zwischen Taiwan und Peking

JOHNNY ERLING, Bonn

Mit einer Grußbotschaft hat Papst Johannes Paul II. den Gläubigen auf Taiwan versichert, daß er sie nicht vernachlässige oder vergesse, wenn er seine Gedanken an die in der Volksrepublik China lebenden Katholiken richte (WELT v. 23.7.). Die päpstliche Versicherung kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die Politik des Vatikans *sowohl Verwirrung bei* den Katholiken Taiwans als auch bei den „offiziellen“ und „nicht offiziellen“ Christen in China ausgelöst hat.

Im März 1984 hatte der Papst nach zweijährigem Abwarten seit seiner letzten, den chinesischen Katholiken gewidmeten Messe (1982) sein Schweigen zur Lage seiner Glaubensbrüder in der Volksrepublik China gebrochen. Überraschend ermutigte er während einer Audienz für sieben Bischöfe aus Taiwan die taiwanesischen Katholiken, sich als Vermittler zwischen dem Heiligen Stuhl und den Festlandchinesen zu verstehen.

Papst-Appell überraschte

Offenbar wurde auch Peking, das seit 1980 wieder eine freizügigere Religionspolitik zugelassen hat, von dem Papst-Appell überrascht. Spontan begrüßten Mitglieder der von Rom getrennten „Katholischen Patriotischen Vereinigung“ in Shanghai und Peking den „Einheitsgedanken“ des Papstes, der mehrfach seinen Wunsch betont hatte, daß sich die Einheit aller chinesischen Katholiken „auch in äußerer Form“ realisieren möge. Taiwans Katholiken zeigten sich dagegen tief beunruhigt, zumal auch Vatikan-Kreise von Anzeichen einer neuen China-Politik sprachen.

So berichtete die römische Zeitung „Il Tempo“, der Vatikan plane, die bisher auf Botschafter-Ebene bestehenden Beziehungen zu Taiwan abzubauen und die Nuntiatur Taiwan in eine „Apostolische Delegation“ ohne diplomatischen Rang umzuwandeln. Ebenso fiel auf, daß im Päpstlichen Jahrbuch für 1984 die bisher dort genannten Missions-Bischöfe, die seit 1951 von Peking des Landes verwiesen worden waren, nicht mehr als ordentliche Bistumsleiter erwähnt werden. (Allerdings wurden diese Kirchenführer, die meist älter als 75 Jahre alt sind, im normalen vatikanischen Verfahren „emeritiert“.)

Doch der Papst hatte während seines März-Empfangs Bedingungen genannt, die für Peking unannehmbar waren: Prinzipiell lehne der Vatikan eine Anerkennung der von Peking zugelassenen „Katholischen Patriotischen Vereinigung“ – sie hatte sich von Rom losgesagt – ab: „Die geistige Solidarität (der Katholiken) in der Verbindung mit dem Nachfolger Petri ist eines der Kriterien für die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche.“

Die „Katholische Patriotische Vereinigung“ *reagierte darauf im Mai* eindeutig: Der Heilige Stuhl zeige „Feindschaft gegenüber der Kirche Chinas und dem sozialistischen System“. Deshalb gebe es „zur Zeit weder die Bedingungen noch die Grundlage für einen Dialog“. Der 1979 als Bischof von Peking eingesetzte Bischof Fu Tieshan warf dem Papst ein Doppelspiel vor, zudem da dieser den von Rom ernannten und von Peking *nicht anerkannten Erzbischof* von Kanton, Dominic Tang, in Privataudienz empfangen hatte. „In den letzten Jahren tat der Vatikan so, als ob er sich mit uns versöhnen wolle. Gleichzeitig aber verdoppelte er seine Bemühungen, offene und geheime Spaltungs- und Sabotagemanöver gegen unsere Kirche zu betreiben.“

Isolierung der Romtreuen?

Die China-Politik des Vatikans gerät in die Gefahr, zwischen allen Fronten zu stehen. Dabei scheinen diejenigen Berater des Papstes wieder an Einfluß zu gewinnen, die das Werben Roms um Peking schon immer als Diskriminierung und Isolierung der Katholiken auf Taiwan angesehen haben. „Es wäre besser, die Kurie überließe die Sorge, wie die Kirche im kommunistischen China wieder aufgerichtet werde, den Christen in Taiwan“, hatte Erzbischof Luo Kuang, ehemaliger Sekretär der Bischofskonferenz Taiwans, kurz nach dem ersten Versöhnungsappell, den Johannes Paul II. 1981 von Manila aus an Peking gerichtet hatte, dem Vatikan geraten. Der Papst werde von europäischen China-Spezialisten unter Druck gesetzt. Beziehungen zu Peking würden vor allem jene Mehrheit der chinesischen Katholiken in „seelische Bedrängnis und Gewissensqualen stürzen, die auf dem Festland eben wegen ihrer Romtreue 30 Jahre Verfolgung erlitten“.

Dagegen wird insbesondere in Kreisen der Franziskaner befürchtet, daß der Papst schlecht beraten ist, im 400. Jahr der Missionierung Matteo Riccis die Türen zu einem direkten *Dialog mit Peking zu schließen*. Der Jesuit Ricci hatte 1583 eine erfolgreiche Mission in China in Gang gesetzt, die erst Anfang des 18. Jahrhunderts durch die Qing-Dynastie unterbunden wurde. 150 Jahre später kehrten die Missionare im Gefolge der westlichen Eroberung Chinas zurück. Auf diese zweite Phase beruft sich Peking, wenn es nur eine „von ausländischen Mächten“ unabhängige Kirche zuläßt.

Der Lord bestimmt selbst, wie er seine NATO-Rolle ausfüllt

Die unpräzisen Vollmachten des Generalsekretärs / Carrington im Lernprozeß

dpa, Paris

Lord Carrington, der neue NATO-Generalsekretär, hat die Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder in der Verteidigung begrüßt. In einem Interview der Pariser Zeitung „Le Figaro", das gestern veröffentlicht wurde, räumte er zugleich ein, daß dabei die Kernwaffen immer in der nationalen Verantwortung bleiben müßten. Er sagte: „Die Kernwaffen sind ihrem Wesen nach national. Sie gehören den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien." Es müsse noch geklärt werden, was eigentlich unter einer europäischen Verteidigung zu verstehen ist, meinte Carrington. Bisher seien die Vorstellungen verschwommen. „Deshalb glaube ich, daß es gut ist, die Westeuropäische Union wiederzubeleben." Die WEU ist das einzige westeuropäische parlamentarische Gremium, das für Verteidigungsfragen zuständig ist. Sie soll nach dem Willen ihrer Mitgliedsländer ein stärkeres Gewicht als Mittel zur gegenseitigen Absprache *und als europäischer Pfeiler* im nordatlantischen Bündnis erhalten.

*

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Es gibt wahrscheinlich wenige Funktionäre auf dieser Welt, die für ihre Arbeit so knappe und unpräzise Vollmachten besitzen wie der NATO-Generalsekretär. Seine Stellenbeschreibung liest sich wie die Regieanleitung für einen Superstar, dem der Regisseur die Gestaltung seiner Rolle selbst überlassen will.

Aber es gibt eine Direktive für den ersten Generalsekretär der Allianz, Winston Churchills Freund aus Kriegszeiten, Lord Ismay. Sie enthält den Schlüsselsatz für den Mann, der sich nach Joseph Luns als die „höchste Autorität einer Allianz freier Völker" versteht, die sich „mit dem Bündnis keine supranationale Organisation geschaffen haben". Der Schlüsselsatz lautet: „Er (der Generalsekretär) hat das Recht, im NATO-Rat jedes ihm beliebige Thema zur *Diskussion zu stellen.*"

Damit sind Macht und Vollmacht des NATO-Generalsekretärs nach angelsächsischer Mentalität ohne juristische Finessen derart definiert, daß es der Persönlichkeit des Amtsinhabers überlassen bleibt, aus seiner Stellung etwas zu machen. Bei einer derartigen Formulierung kommt es nur vorher auf das Geschick der Nationen an, sich einen Mann zu suchen, der mit diesem Satz als Werkzeug die Entscheidungen von inzwischen 16 souveränen Nationen in die von ihm gewünschte Richtung lenken kann.

Natürlich ist mit dem „Regie-Satz" nicht alles ausgesagt, was der neue Generalsekretär, Lord Carrington, auf einem knapp dreiseitigen Papier über die Aufgaben seines Amtes erfahren hat. Aber hinter ihm verblassen alle anderen Ausführungen zu Nebensächlichkeiten. Auf die Erfahrung, die analytischen Fähigkeiten, den politischen Instinkt, den Willen, die Durchsetzungsfähigkeit, das Geschick des Generalsekretärs kommt es an, aus seiner Stellung etwas zu machen.

Er ist es, der dem Nordatlantikrat vorsitzt, gleichgültig, ob er aus den Außen- oder Verteidigungsministern oder deren Ständigen Vertretern, den in Brüssel bei der NATO akkreditierten Botschaftern, gebildet wird. Die letzteren sind es übrigens, die in Brüssel den Ton angeben, nicht die Militärs. NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers residiert 70 Kilometer von Brüssel entfernt im westbelgischen Mons in einem eigenen riesigen Hauptquartier. Er befehligt das Instrument, das der NATO Freiheit in der Politik gibt.

Vieles von dem, was Peter Carrington in Brüssel vorgefunden hat, gründet sich auf einer über lange Jahre entwickelten Tradition des Selbstverständnisses und der Ziele der Staaten, die sich in der Allianz zusammengefunden haben. Später Dazugestoßene akzeptierten diese Grundstimmung aus freiem Willen, sie hätten nicht beizutreten brauchen.

Im Bericht der „drei Weisen" von 1956, den Außenministern Lester Pearson (Kanada), Halvard Lange



Lord Carrington ist seit 25. Juni NATO-Generalsekretär
FOTO: JUPP DARCHINGER

(Norwegen) und Gaetano Martino (Italien), den die Allianz-Staaten damals einstimmig annahmen, wird die Grundstimmung beschrieben: „Die fundamentale historische Tatsache ist die, daß der Nationalstaat an sich und ausschließlich auf nationaler Politik und nationaler Macht aufbauend, im Atomzeitalter für den Fortschritt oder auch nur für das Überleben nicht ausreicht."

Dieser Satz sagt mehr über das Wesen des Nordatlantikpakts als lange Vorträge. Die Allianz hat sich immer und in erster Linie als eine von gemeinsamen politischen Grundwerten getragene Gemeinschaft von Völkern angesehen *und nicht nur als Fortsatz* ihrer Militärorganisation. Den Blick dafür hat in den zurückliegenden Jahren die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß verstellt, übrigens ein von der NATO hausgemachtes Problem, denn er ermöglichte der Sowjetunion jede Art der Einwirkung auf die öffentliche Meinung: Ein ungleiches Spiel, denn eine öffentliche Meinung gibt es im Ostblock nicht.

Wie sehr die NATO sich selbst dazu verpflichtet hat, *stets* und immer auf ein besseres politisches Zusammengehen mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Ostens bedacht zu sein, haben die „Weisen" damals auch gesagt: „Was nicht verstanden werden würde, wäre jede fehlende Bereitschaft auf unserer Seite, Wege und Mittel zu suchen, die Schranken niederzureißen, um dieses Vertrauen zu schaffen."

Die Weisen waren aber keine Träumer. Ihr 28 Jahre altes Testament liest sich wie eine Leitlinie aus jüngsten Tagen: „Daß wir den friedlichen Charakter irgendwelcher sowjetischer Schachzüge vorsichtigerweise nicht unbestritten als gegeben hinnehmen, daß wir uns weigern, unsere Verteidigung aufzugeben, ehe wir davon überzeugt sind, daß die Bedingungen für ein internationales Vertrauen wiederhergestellt sind, wird von allen aufrichtigen und gutwilligen Menschen verstanden werden."

Lord Carrington wird, dessen darf man sicher sein, auf diesen Vorgaben aufbauen. Es zeichnen sich zwei Schwerpunkte ab, die er in seiner britisch stillen, aber zähen Art verfolgen wird. Dabei ist die Reihenfolge der Schwerpunkte nicht Ausdruck unterschiedlicher Bewertung:

1. *Verbesserung der Ost-West-Beziehungen.* Das Bündnis ist nicht nur eine Militärallianz, es ist ein politisches Bündnis.

2. Die amerikanisch-europäischen Beziehungen in der Allianz müssen so eng wie möglich sein. Negativen Tendenzen ist entschlossen entgegenzuwirken. Dies beruht auf der tiefen Überzeugung, daß die Verteidigung des Westens ohne die Vereinigten Staaten unmöglich ist.

Carrington ist erst seit dem 25. Juni im Amt. Er ist noch mitten im Lernprozeß, aber mit einer Intensivität, die NATO-„Oldtimer" überrascht hat. Sein Arbeitstag dauert gewöhnlich zwölf Stunden. Er zeigt schon jetzt, daß er neue Anstöße geben will, die Richtung der Papiere, die sein Stab *von 1200 Mitarbeitern im NATO-*Hauptquartier vorbereiten helfen muß, deutet das an. Seine Erfahrungen als früherer Verteidigungs- und später Außenminister und damit als Leiter umfangreicher Verwaltungsapparate helfen ihm dabei.

Wichtigste Informationsquelle Carringtons, der Weg, wie er den Willen der Nationen ermittelt, über die er nicht frei verfügen kann, ist der ständige Kontakt mit den Botschaftern, den nordatlantischen Ratsmitgliedern. Er kann sie in offizieller Runde am Ratstisch treffen oder beim traditionellen „Tuesday luncheon", dem Mittagessen, an dem an jedem Dienstag Botschafter und Generalsekretär miteinander essen. So manche wichtige politische Initiative der Allianz geht auf diese Einrichtung zurück.

Das Instrumentarium ist vorhanden, Carrington kann die NATO auf seine Spur führen. Was er von ihr erwartet, hat er so gesagt: „Erfahrung und Wissen über die Geschichte geben uns die Antwort: Der Weg, den Krieg zu vermeiden, bedeutet, klar und ohne jeden Zweifel zu verstehen zu geben, daß wir die Mittel besitzen, uns zu verteidigen und den Willen dazu." (SAD)

USA: Begrenzte Aufhebung der Sanktionen?

AP/rtr, Washington/Warschau

US-Präsident Ronald Reagan will die in Polen verkündete Amnestie für *652 politische Häftlinge und* rund 35 000 sonstige Gefangene offenbar nur mit der Aufhebung eines Teils der amerikanischen Sanktionen honorieren. Regierungsbeamte in Washington erklärten, man erwäge eine Wiederaufnahme des Linienflugverkehrs und eine begrenzte Wiederaufnahme des wissenschaftlichen Austausches zwischen den USA und Polen. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erwartet, daß die Entscheidungen Reagans binnen weniger Tage bekanntgegeben *werden. Zu* den Sanktionen der USA gehören unter anderem die Verweigerung von Krediten sowie der Meistbegünstigungsklausel für Polen, dessen Exporte dadurch hohen Einfuhrzöllen unterliegen.

Die Haftentlassungen liefen gestern in Polen nur zögernd an. Seit der am Samstag verkündeten Amnestie sind nach einer Meldung der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur PAP erst 82 Gefangene entlassen worden. Darunter sollen sich auch *zehn politische Häftlinge* befinden.

„DDR"-Zeitungen kürzen Krenz-Rede

AP, Berlin

Das SED-Organ „Neues Deutschland" und andere „DDR"-Zeitungen haben gestern eine Rede des Politbüromitglieds Egon Krenz in auffällig gekürzter Form veröffentlicht. Vor allem fehlte der Ausdruck „imperiali*stische BRD" für die* Bundesrepublik Deutschland. Nach einem Bericht der amtlichen „DDR"-Nachrichtenagentur ADN hatte Krenz, der die SED-Delegation zu den Feiern des 40. Jahrestags der Volksrepublik Polen leitete, vor Fabrikarbeitern in Breslau erklärt: „An der Grenze zur imperialistischen BRD lassen wir zu keiner Stunde und in keiner Situation zu, daß das Rad der Geschichte jemals wieder zurückgedreht wird." Die Zeitungen sowie auch die Nachrichtensendungen des „DDR"-Fernsehens veröffentlichten jedoch andere Passagen aus der Rede Krenz', darunter die Feststellung, daß die „DDR" immer eine „unüberwindliche Barriere für alle imperialistischen Träume von einem Großdeutschen Reich in den Grenzen von 1937" bleiben werde.

Neue Offensive in Afghanistan

AFP/dpa, Islamabad

Sowjetische und reguläre afghanische Truppen bereiten nach Angaben westlicher Diplomaten in Islamabad eine neue Großoffensive auf das Logar-Tal südlich der Hauptstadt Kabul vor. Während es im strategisch wichtigen Pandschir-Tal seit Wochen relativ ruhig sei, hätten die Sowjets und die afghanische Armee nach massiven Luftangriffen auf eine Reihe von Dörfern umfangreiche Truppen in Bewegung gesetzt, um südlich von Kabul mit weiteren aus dem Norden anrückenden Einheiten zusammenzutreffen. Auch sei vom Flughafen Kabul aus eine starke Aktivität von Militärhubschraubern in Richtung Logar-Tal zu beobachten.

Madrid will den Terror politisch bekämpfen: Etarras begnadigt

Polizeiaktionen gehen dennoch weiter / Kooperation mit Frankreich greift

ROLF GÖRTZ, Madrid

Einen Tag nachdem Spaniens Innenminister Barrionuevo wieder einmal am Grabe eines von der baskischen Separatistenorganisation ETA erschossenen Polizisten stand, erhielten die ersten zwei Etarras im Madrider Gefängnis Alcala-Meco bei Madrid ihre Entlassungspapiere. Insgesamt können 36 baskische Terroristen, denen jedoch keine „Blutverbrechen" vorgeworfen werden, mit ihrer Begnadigung durch die Regierung rechnen.

Friedensrichter Ruiz-Jimenez, Spaniens erster Ombudsmann, hatte diese Gnadenaktion vor Monaten mit einem „Reue-Brief" eingeleitet. Er zog einen Vergleich zu den ehemaligen Mitgliedern der italienischen Roten Brigaden, die mit der Justiz zusammenarbeiten wollen. Aber in dem Schreiben, das von insgesamt 70 Etarras unterschrieben worden ist, erscheint das Wort Reue kein einziges Mal.

Rat per Telefon

Die Etarras erklären sich lediglich bereit, ihre Waffen – Maschinenpistolen, Handgranaten und Sprengkörper – niederzulegen, wenn auch nicht auszuliefern. Sie erklären ausdrücklich, daß sie ihre „politischen Ziele" – also die Diktatur der marxistisch-leninistischen Volksrepublik – auch in Zukunft, nur eben „mit anderen Mitteln" weiter verfolgen werden.

Barrionuevo richtete außerdem eine besondere Telefonnummer ein, über die jeder Etarra, der aussteigen möchte, beraten wird. Allerdings, das Telefon wird nur „recht tropfenweise" benutzt, wie der Minister enttäuscht feststellte.

Er ist ehrlich genug, seine persönliche Skepsis über die Resozialisierung von Terroristen, die seit der Demokratisierung Spaniens 400 Menschen töteten, zuzugeben. „Es scheint nicht einfach zu sein, die Maschinenpistolen mit der Mauerkelle zu tauschen", sagte er nach langen Gesprächen mit mehreren Etarras in verschiedenen Gefängnissen. Dennoch befürwortet er die Doppelgleisigkeit polizeilicher Kampfmaßnahmen und politisch bedingter Gnadenerweise.

Die Regierung in Madrid glaubt sich dieses Entgegenkommen erlauben zu können, seit die Anweisungen aus dem Hauptquartier der ETA in Südfrankreich an ihre in Spanien operierenden Kommandos nervös werden: „Macht was ihr wollt, aber macht was; sonst machen die mit uns Schluß", stand in einer dieser Anweisungen, die die Polizei nach einem Feuergefecht bei einem Etarra fand. Seit sie von französischer Seite unterstützt werden, rieben spanische Sondereinheiten mehrere ETA-Kommandos auf. Ohne zu zögern schossen Polizisten vier Mann eines schwerbewaffneten ETA-Kommandos zusammen, als sie sich in einem Schlauchboot von Frankreich kommend der Hafeneinfahrt von Pasajes in der Nähe der Grenze näherten.

Die Aussicht, diesen von beiden Seiten erbarmungslos geführten Kampf zu beenden, stieg jedoch erst mit der Bereitschaft der französischen Regierung, die spanische Polizei zu unterstützen. Der baskischen Presse teilten ETA-Terroristen aus Frankreich mit: „Die dramatische Situation der baskischen Flüchtlinge, die ständigen Überfälle der parapolizeilichen GAL, die Ausweisung und Festnahme von *Dutzenden* von Flüchtlingen durch die Pariser Regierung hat eine wirklich unerträgliche Situation geschaffen."

Mehrere französische Minister äußerten sich bei Besuchen in Madrid *zu dem ETA-Problem:* „*Terroristen* gegen ein demokratisches System sind vor dem Gesetz keine Flüchtlinge, sondern Gewalttäter, die das Gastrecht mißbrauchen."

Für Verhandlungen

Als jetzt die belgische Regierung zwei Etarras, die dort dutzendweise Maschinenpistolen aufkauften, nach Spanien auslieferte, reagierte der baskische Landesministerpräsident Carlos Garraikoetxea betrübt und ungehalten: „Auf diese Art kann man das Problem der Gewalttätigkeit nicht lösen." Er ist fürs Verhandeln.

Wütend antwortete der baskische Landesparteichef der sozialistischen Regierungspartei, Txiki Benegas: „*Die Etarras sollen also nach der Meinung* von Garraikoetxea weiterhin frei in Europa herumspazieren, um aus einer so gesicherten Position heraus ihre Morde wie bisher ungehindert vorbereiten zu können." Er nannte die Äußerung Garraikoetxeas „eine Schande für die *Demokratie*".

Garraikoetxea reagierte durchaus logisch. Und der baskische Unternehmersprecher Luis Olarra sprach offen aus, was man in Madrid längst vermutet: „Garraikoetxea braucht die ETA als Argument" – um die Trennung des Baskenlandes von Madrid und damit die staatliche Selbständigkeit auch gegen die Verfassung vorantreiben zu können. (SAD)

Schlüter bildet sein Kabinett um

Der bisherige Finanzminister geht nach Brüssel / Streit bei den Sozialdemokraten

R. GATERMANN, Kopenhagen

Erst wollte er seinen Posten als Finanzminister Dänemarks nur verlassen, wenn er ihn gegen den des höchsten EG-Kommissars eintauschen kann. Nun ist dies nicht mehr möglich, dennoch verläßt Henning Christophersen (44) das Mitte-Rechts-Kabinett, um nach Brüssel zu gehen. Heute ist ihm *offenbar* jeder Kommissionsposten gut genug. Damit verstärkt sich das Gerücht, daß der zweite Mann im Kabinett Schlüter und Vorsitzender der liberalen Venstrepartei nur ausscheidet, um sich ein besseres Privateinkommen *zu verschaffen.* Kritik kommt daher auch aus den eigenen Reihen.

Mit Christophersen verliert Dänemark nicht nur einen guten Verwalter der arg strapazierten Staatsfinanzen; er macht mit seiner Abwanderung auch deutlich, wie schwach der Führungsunterbau der Liberalen ist, zumal dem einzigen Nachfolger von Format, Außenminister Uffe Ellemann-Jensen augenscheinlich Lust und Motivation fehlen, das Amt des Parteivorsitzenden zu übernehmen. Die Entscheidung wird auf dem Parteikongreß im September fallen. Als Spitzenkandidat wird derzeit Innenministerin Brita Schall-Holberg genannt. Mit ihr würde Dänemark immerhin den ersten weiblichen Parteivorsitzenden bekommen.

Der konservative Regierungschef Poul Schlüter hat das Ausscheiden von Henning Christophersen nicht zum Anlaß eines größeren Kabinettsrevirements genommen. Damit will er offenbar bis zum Herbst warten, wenn bei der Venstre die Würfel gefallen sind. Denn traditionsgemäß bekommen die Vorsitzenden der Koalitionspartei auch einen Platz in der Regierung. Eine Umbildung wird erwartet, seit die Konservativen bei der Wahl im Januar ihre Position auf Kosten ihrer Partner, der Venstre, *den Zentrumdemokraten* und der Christlichen Volkspartei erheblich stärken konnten.

Auch wenn das Finanzressort jetzt von dem Konservativen Palle Simonsen, dem bisherigen Sozialminister, besetzt wird, behalten die Liberalen ihre bisherige Kabinettsstärke. Außerdem wurden das Sozial- und das Kirchenministerium neu besetzt. Schlüter wäre auch bereit gewesen, die Finanzen in liberaler Hand zu belassen, unter der Voraussetzung, daß sie von Ellemann-Jensen übernommen werden. Aber dieser fühlt sich in der Außenpolitik wohl.

Im September halten auch die Sozialdemokraten ihren Kongreß ab. Trotz der allgemeinen politischen Sommerflaute ist in der größten Oppositionspartei bereits ein heftiger Positionskampf entbrannt. Es geht um den Posten des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, für den die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und frühere Ministerin Ritt Bjerregaard, Helle Degn vorschlug.

Als der von Männern dominierte geschäftsführende Ausschuß dann jedoch eine andere Frau, die Vorsitzende des Rundfunkrates, Birte Weiss, nominierte, bezeichnete Ritt Bjerregaard dies als „Diskriminierung" der sozialdemokratischen Frauen. Im Grunde wird hier ein ideologisches Gefecht ausgetragen, Ritt Bjerregaard ist Gründerin und Triebkraft im linksorientieren „Kaffeeklub".

Im September gilt es, die Startposition für den Kampf um die Nachfolge des Parteivorsitzenden Anker Jörgensen zu beziehen. Jörgensen, kürzlich 62 Jahre alt geworden, ist auf der Suche nach einem Kronprinzen. Nach eigener Aussage sei es an der Zeit, den Übergang vorzubereiten. Daraus muß man schließen, daß er *den Sozialdemokraten für die nächste* Parlamentswahl, die voraussichtlich Ende 1985 oder 1986 stattfindet, nicht mehr als Spitzenkandidat zur Verfügung steht.

Wir haben die traurige Pflicht, den Tod unseres hochverehrten Senior-Gesellschafters

Dr. Heinrich Riensberg

19. Februar 1896 – 16. Juli 1984

bekanntzugeben.

In dankbarer Erinnerung trauern wir um eine große Persönlichkeit, die über viele Jahrzehnte die Geschicke unserer Firma maßgeblich beeinflußt hat.

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Hamburg, im Juli 1984

Gesellschafter, Geschäftsführung und Mitarbeiter der Firma
ERNST RUSS

Am 16. Juli 1984 verstarb Herr

Dr. Heinrich Riensberg

im Alter von 88 Jahren.

Der Verstorbene gehörte von 1955 bis 1975 dem Aufsichtsrat der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG und von 1962 bis 1978 dem Aufsichtsrat der Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG an. Ausgezeichnet durch ein fundiertes Wissen, ein abgewogenes Urteil und durch seine menschlichen Eigenschaften, war er uns ein kluger Ratgeber und guter Freund.

Das Andenken an Herrn Dr. Riensberg wird in unserem Hause lebendig bleiben.

Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG
Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG
Aufsichtsrat und Vorstand

Der Verband Deutscher Reeder trauert um

Dr. Heinrich Riensberg

Dem Verstorbenen kommen herausragende Verdienste für den Wiederaufbau der deutschen Seeschiffahrt zu. In den schwierigen Jahren 1946 bis 1951 und erneut im Jahre 1956 stand Heinrich Riensberg als Vorsitzender an der Spitze des Verbandes Deutscher Reeder. Seinem abgewogenen Urteil, seiner Unerschrockenheit, seiner Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für die Gesamtheit der deutschen Reeder und seiner beispielhaften Entschlußkraft ist es wesentlich zu danken, daß der deutschen Handelsflotte nach dem Kriege der Wiedereintritt in die Weltseeschiffahrt gelang. Die deutschen Reeder haben mit Heinrich Riensberg einen bedeutenden Repräsentanten verloren. Wir gedenken seiner großen Persönlichkeit mit Respekt und Dankbarkeit.

Verband Deutscher Reeder
Präsidium Geschäftsführung

Wir trauern um Herrn

Dr. Heinrich Riensberg

der seit Gründung unserer Bank im Jahre 1948 bis 1966 stellvertretender Vorsitzender unseres Aufsichtsrats und danach bis 1978 stellvertretender Vorsitzender unseres Verwaltungsrats war. Dem Aufsichtsrat der Deutsche Schiffspfandbriefbank AG, Berlin/Bremen, gehörte er von 1941 bis 1950 an.

In den nahezu vierzig Jahren war Herr Dr. Riensberg unseren beiden Banken als kluger Ratgeber freundschaftlich verbunden. Sein hanseatischer Geist, seine menschliche Haltung und sein unbeugsamer Wille werden uns stets Vorbild bleiben.

Wir werden Herrn Dr. Riensberg als einen der großen Repräsentanten der deutschen Seeschiffahrt in dankbarer Erinnerung behalten.

Bremen, im Juli 1984

Aufsichtsrat, Verwaltungsrat und Vorstand
der
DEUTSCHE SCHIFFAHRTSBANK
Aktiengesellschaft
und
DEUTSCHE SCHIFFSPFANDBRIEFBANK
Aktiengesellschaft

Wir betrauern das Ableben von Herrn

Dr. jur. Heinrich Riensberg

geb. 19. 2. 1896

der dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft von 1948 bis 1971 angehörte.

Seiner Tatkraft und seinem Einsatz verdankt der Germanische Lloyd – besonders in den Jahren nach dem Kriege – entscheidende Impulse für den Wiederaufbau.

Wir werden das Andenken von Herrn Dr. Riensberg stets in Ehren halten.

Germanischer Lloyd
Aufsichtsrat und Vorstand

Am 16. Juli 1984 verstarb

Dr. Heinrich Riensberg

der zu den großen Baumeistern des Wiederaufbaus der deutschen Seeschiffahrt nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte und der sowohl als Vorsitzender und Mitglied unseres Aufsichtsrates wie auch als Reederpräsident den Unternehmen Hamburg-Amerika Linie und Norddeutscher Lloyd sowie Hapag-Lloyd AG wesentliche Impulse vermittelt hat.

Mit seiner Familie und seinen Reederpartnern trauern wir um eine großartige und unvergeßliche Persönlichkeit, deren unverbrüchliche Haltung in Kriegs- und Vorkriegswirren und deren Wille zum Neubeginn nach dem Kriege Vorbild bleiben werden.

Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

Wir trauern um Herrn

Dr. Heinrich Riensberg

Gesellschafter der Firma Ernst Russ, Hamburg

der am 16. Juli 1984 im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

Herr Dr. Riensberg war unserem Unternehmen eng verbunden, von 1962 bis 1974 als Mitglied des Aufsichtsrates. Wir werden uns stets an die Jahre gemeinsamer Arbeit erinnern und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

NORD-DEUTSCHE
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Die Trauerfeier findet auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.

Nach kurzer Krankheit verstarb im 85. Lebensjahr unser Vater, Schwiegervater und Großvater

FRIEDRICH STEVES

* 11. 8. 1899 † 20. 6. 1984

Helmut und Ursula Steves
Berlin-Zehlendorf

Kurt Steves und Familie
Bonn-Meckenheim

Die Urnenbeisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Stiftungs-Tod?

„Warum keiner wollte, daß Radcvornwald Spitze wird"; GEISTIGE WELT vom 7. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

von hoher Warte aus beleuchtet Hermann Lübbe in der „GEISTIGEN WELT" vom 7. Juli 1984 „Probleme und Chancen der wissenschaftlichen Elitebildung". Dabei kreidet er „dem Eigensinn der Finanzbehörden" mit Recht an, die notwendige Kapitalerhöhung durch Verwendung eines Teils der Erträgnisse des Kapitals bei Stiftungen zu verhindern.

Der Vorwurf muß meines Erachtens noch weiter ausgedehnt werden. Die meisten Stiftungsaufsichtsbehörden verlangen sogar die Verwendung der Wertberichtigungen – etwa infolge Kurssteigerung von Wertpapiervermögen – für die laufenden Stiftungsaufgaben und verurteilen damit die Stiftungen dazu, ihr Vermögen im Zuge der Geldentwertung zeitweise nur geringfügig, in Zeiten stärkerer Inflation aber rapide aufzubrauchen.

Diese Praxis der Stiftungsaufsicht bedarf meines Erachtens dringend der Überprüfung, ggf. durch die Verfassungsgerichte.

Dr. Ludger Baumeister, Münster

Neu? – Schon sehr alt!

„Abgasarmer Bus erprobt"; WELT vom 18. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem o. g. Bericht und dem vom Forschungsministerium favorisierten neuen Bus-Antriebssystem darf ich darauf hinweisen, daß diese Art kombinierten Antriebs (ein Verbrennungsmotor plus diverse Elektro-Motore an den jeweiligen Achsen) schon sehr alt ist! Kein anderer als Porsche hat dieses System bereits im 1. Weltkrieg (!) für schwere Zugmaschinen der österr.-ungarischen Armee, z. B. für den Transport der damaligen schweren Mörser, erfunden und damit den Transport des schweren Geräts auch mit vielachsigen Transportfahrzeugen ermöglicht. Durch Abkoppelung der mit diesen E-Motoren betriebenen Anhänger und Verbindung zum Generator-Motor mit längeren Kabeln konnten sogar z. B. Brücken überquert werden, die ansonsten die Belastung durch das Gesamt-Fahrzeug nicht ausgehalten hätten. Es ist doch verwunderlich, daß dieses in der Tat geniale und so bewährte System offensichtlich ganz in Vergessenheit geriet.

Mit freundlichen Grüßen
W. Scharnagl
Bonn 2

Egoistische Schnoddrigkeit

„Pro extinctione"; WELT vom 18. Juli

Herrn Schell für seinen offenen, informativen und sachlichen Beitrag meine vollste Anerkennung. Meines Erachtens müßte der eigentliche Grund für die „Bagatellisierung der Abtreibung" und die „egoistische Schnoddrigkeit" des Gebrauches der sozialen Indikation stärker betont werden. Ich meine, es ist die noch immer vorhandene Unwissenheit sehr vieler Mitbürger über die Existenz vor unserer Geburt.

Es ist noch nicht lange her, da glaubte man, das ungeborene Kind sei den ausgedehntesten Teil seiner Zeit im Mutterleib ein unempfindsames, dumpfes, primitiv vegetierendes Etwas. Bei dieser Vorstellung wirkte Ernst Haeckels Lehrsatz aus dem Jahre 1866 nach, der bis vor kurzem als unumstößlich galt: das sog. Biogenetische Grundgesetz, nach dem die menschliche Entwicklung im Mutterleib in verkürzter Form die ganze Stammesgeschichte der Menschen wiederhole. Wenn diese These stimmte, wäre eine Abtreibung – zumindest bis kurz vor der Geburt – in der Tat keine Tötung menschlichen Lebens, sondern nur Vernichtung eines tierischen Lebewesens.

Die Embryologie, die medizinische Lehre vom Ungeborenen, widerspricht dieser Haeckelschen These. Der Göttinger Anatom Erich Blockschmidt, der über 40 Jahre lang die Entwicklung des menschlichen Embryos studiert hat, kommt zu diesem Schluß: „Die menschliche Individualität existiert in der persönlichen Entwicklung, also der sog. Ontogenese (Keimesentwicklung) des Menschen, von Anfang an." Das aber bedeutet: Die Tötung eines Keimes, ob gerade eben erst befruchtete Eizelle oder Embryo, ob Foetus oder schon äußerlich als menschlich in aller Deutlichkeit erkennbare Leibesfrucht, ist Tötung eines Menschen. Und noch ein weiterer Gedanke sollte erwähnt werden. Die Menschen haben sich seit jeher bei auftauchenden Schwierigkeiten durch das Töten von Menschen Luft zu schaffen versucht, nachdem man sie vorher abqualifizierte. Und so gibt es auch heute viele Erwachsene, für die das Wort „Embryo", „Foetus" oder „werdendes Leben" nicht zur Kennzeichnung des Alters von Menschen dient, sondern zur Feststellung, daß es sich nicht oder vielleicht noch nicht um einen Menschen handelt.

Heute lautet die Konsequenz: Wenn es gelingt, den Menschen in bestimmten Phasen seiner individuellen Existenz als „Noch-Nicht-" oder vielleicht bald als „Nicht-Mehr-Mensch" abzugrenzen, dann werden viele der uns heute zunehmend bedrückenden sozialen Probleme spielend gelöst werden. Dementsprechend kennzeichnet unser Sprachgebrauch mit Begriffen wie „einen unheilbar Kranken erlösen", „eine Leibesfrucht abtreiben", „werdendes Leben unterbrechen", „eine Schwangerschaft unterbrechen", „einen Foetus in sittlicher Verantwortung beseitigen" in verhüllender Umschreibung den gleichen Tatbestand: die Tötung des Menschen durch den Menschen. Mit der Umschreibung wird versucht, entweder diesen Tatbestand als erlaubt hinzustellen oder aber vorzugeben, daß es sich bei dem, was da geschieht, gar nicht um Menschen, sondern um ein nicht sonderlich bedeutendes Objekt handelt.

Ehrfurcht vor dem Leben und sittliche Verantwortung vor Gott und den Menschen sind das Gebot der Stunde!

Gerhard Tesch, Rengsdorf

*

Endlich ein Artikel über das Problem, in dem Klarheit geschaffen werden soll. Sine ira et studio gehen Sie sachlich das Thema an. Sie schreiben: „Es wird höchste Zeit, daß Wahrheit in die Begriffe einkehrt und die Hintergründe vollständig aufgehellt werden." Das kann nicht nachdrücklich genug betont werden. Offensichtlich ist es in der Bevölkerung nicht hinreichend bekannt, daß es sich hier um das Töten eines Menschen handelt. Vor einiger Zeit las ich in einer medizinischen Zeitschrift folgendes: Amerikanische Ärzte haben dem amerikanischen Präsidenten Reagan ein Untersuchungsergebnis zugeleitet. Bei dieser Untersuchung wurden Versuche gemacht, um das Nerven- und Schmerzzentrum ungeborener Kinder zu testen. Es stellte sich dabei heraus, daß ein Kind von 12 Wochen auf das Berühren mit einem spitzen Gegenstand insofern reagierte, als es zusammenzuckte. Daraus wurde geschlossen, daß sowohl das Nervenzentrum wie das Schmerzzentrum in diesem Stadium bereits voll entwickelt sind. Die Folgerungen brauche ich wohl nicht zu erwähnen.

Ihnen sei Dank und Anerkennung für Ihre Ausführungen!

Dr. A. Steiner, Berlin 45

Nicht Ouvertüre

„Die Ouvertüre der Teilung Zyperns"; WELT vom 16. Juli

Was E. Antonaros schildert, war nicht die Ouvertüre, sondern waren Nachwehen der Teilung Cyperns. Diese Teilung hatte Makarios 1963/64 vollzogen, als er sich mit den Griechen Cyperns von der 1959/60 gegründeten Republik lossagte und ein separates Griechen-Cypern gründete, das seinen ungerechtfertigten Anspruch auf uneingeschränkte Herrschaft über die ganze Insel niemals durchsetzen konnte. Die griechische Aktion von 1974 war ein „Putsch" nur innerhalb des griechischen Teilstaates, verbunden allerdings mit dem Versuch, die ganze Insel zu erobern.

Dr. Christian Heinze, München 2

Wort des Tages

„Nicht alles zu können, ist keineswegs schädlich. Allein solche Dinge auf sich zu nehmen, zu denen man weder Kräfte noch Geschicklichkeit hat, und sich mit Gewalt dazu zu drängen, ist schändlich und bringt obendrein großen Verdruß."

Plutarch; griech. Historiker (46–125)

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Die Regierung der Solomonen, einer Inselgruppe vor der Küste von Papua-Neuguinea, hat dem deutschen Botschafter **Bruno Spengler** das Agrement erteilt. Der Münchener, Jahrgang 1927, war zunächst in den Justizdienst eingetreten und 1958 in das Auswärtige Amt. Er war in der Türkei und in Pakistan tätig und gehörte seit 1981 der deutschen Botschaft in Paris an. Sein Dienstsitz ist heute Port Moresby, Papua-Neuguinea, wo er ebenfalls als Botschafter akkreditiert ist.

BERUFUNGEN

Die Staatsanwältin Dr. **Kirsten Graalmann** bei der Generalstaatsanwaltschaft in Bremen tritt die Nachfolge von Generalstaatsanwalt **Gert Postel** an, der zum Richter am Bundesgerichtshof gewählt wurde. Frau Dr. Graalmann ist Bremerin und Absolventin der Universität Bremen und war bisher als Spezialistin für Revisionsrecht bei der Generalstaatsanwaltschaft tätig. Sie ist ledig, 32 Jahre alt und gilt in Bremen als große Hoffnung innerhalb der Justiz.

UNIVERSITÄT

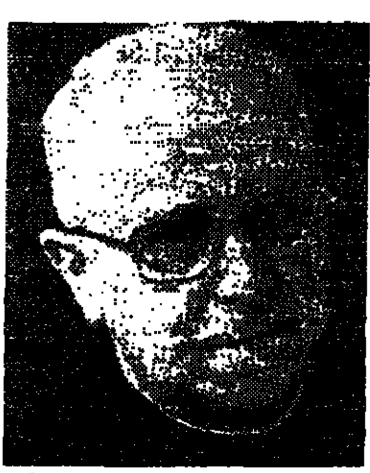
Der 1945 in Konstanz geborene Professor Dr. **Joachim Heinzle** von der Gesamthochschule Kassel ist zum ordentlichen Professor auf die neugeschaffene C-4-Professur für Germanische und Deutsche Philologie der Universität Marburg berufen worden. Er war zuletzt auch Dekan des Fachbereichs Germanistik der Gesamthochschule. In Marburg wird er sich vor allem auch mit der deutschen Literatur des hohen und späten Mittelalters beschäftigen. Zu seinen zukünftigen Forschungsschwerpunkten gehören eine Edition mittelhochdeutscher Texte sowie die Überlieferungsgeschichte der deutschen Literatur des Spätmittelalters in sozial- und zivilisationsgeschichtlicher Hinsicht.

KIRCHE

Der Nürnberger Dekan und Vizepräsident der bayerischen Landessynode, **Hermann von Loewenich**, wird am 1. März 1985 Oberkirchenrat des Kirchenkreises Nürnberg. Er tritt die Nachfolge von Oberkirchenrat **Johannes Viebig** an, der in den Ruhestand geht. Im Kirchenkreis Nürnberg leben rund 700 000 evangelische Christen. Mit seiner Ernennung zum Oberkirchenrat wird von Loewenich auch Mitglied der Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

*

Am Sonntag begeht Bischof **Heinrich Maria Janssen**, der 75jährig Ende 1972 das Amt des Oberhirten der Diözese Hildesheim abgab, in Hildesheim sein 50jähriges Priesterjubiläum. Das Geheimnis seines Erfolges liegt wohl darin, daß Bischof Janssen ein Priester aus Leidenschaft ist. Er war einer der ganz wenigen Diözesanbischöfe in Deutschland, die unmittelbar aus der Seelsorge kamen.



Bischof Heinrich Maria Janssen FOTO: DPA

Darum betrachtete er auch sein Bistum immer als eine große Gemeinde. Am 9. Mai 1957 in Hannover als er – fünf Tage vor seiner Weihe zum Bischof von Hildesheim – den Treueeid auf die niedersächsische Landesverfassung ablegte, hatte er erklärt: „Ich bin vor allem Seelsorger, der meist verpflichtete Seelsorger meines Bistums." 25 Jahre später, anläßlich seines silbernen Bischofsjubiläums erklärte Janssen, er sei ein Pastor unter Pastoren, ein Hirte, und habe niemals etwas anderes sein wollen. Zwischenzeitlich hatte er 500 000 Flüchtlingen und Vertriebenen in seinem Bistum eine neue kirchliche Heimat gegeben, 250 Kirchen bauen lassen, maßgeblich am Zustandekommen des Niedersachsen-Konkordats mitgewirkt und als erster deutscher Oberhirte nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine Diözesansynode durchgeführt.

*

Bischof und Domkapitel des Bistums Rottenburg-Stuttgart haben bei einer kleinen Feier in Rottenburg Weihbischof **Anton Herre** verabschiedet. Der 73jährige legt sein Amt als Domkapitular (Kanonikat), als Referent für Liturgie, Kirchenmusik und Orden und als Gebietsreferent der hohenlohischen Dekanate Crailsheim, Künselsau, Merkentheim und Schwäbisch Hall nieder, bleibt aber weiter aktiv als Weihbischof bei Firmungen und anderen Pontifikalhandlungen.

*

Das Rücktrittsgesuch, das der Münchner Weihbischof **Ernst Tewes** anläßlich seines 75jährigen Geburtstages 1983 an Papst **Johannes Paul II.** gerichtet hatte, ist jetzt angenommen worden. Tewes wird zum 31. dieses Monates von seiner Aufgabe als Weihbischof des Erzbischofs von München und Freising und damit auch als Regionalbischof in der Seelsorgeregion München entpflichtet. Tewes wird bis zur Ernennung eines neuen Weihbischofs seine Arbeit wie bisher weiterführen.

RUNDFUNK

Walter Ayass, Sozialarbeiter aus Karlsruhe, ist vom Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks in seinem Amt als Vorsitzender dieses Aufsichtsgremiums ohne Gegenstimme wiedergewählt worden. Er vertritt im Rundfunkrat die Jugendorganisationen. Ebenfalls wieder gewählt wurde ohne Gegenstimme als stellvertretender Vorsitzender Dr. **Heinz Glässgen**, Vertreter der katholischen Kirche. Der 33köpfige Rundfunkrat vertritt die Interessen der Allgemeinheit, er kontrolliert die Programmgestaltung und berät den Intendanten. Außerdem genehmigt er den Jahresabschluß.

Ernst Sieglin, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Eckardt AG in Stuttgart ist im Alter von 90 Jahren verstorben. Nach dem Studium der Chemie und Betriebswirtschaft begann er seine berufliche Laufbahn bei den Doktor Thompson Seifenfabriken in Düsseldorf, deren Geschäftsführung er später angehörte. 1935 übernahm er die Eckardt AG Stuttgart-Bad Cannstatt, als deren Vorstand er viele Jahre tätig war. Im kulturellen Bereich trug er durch großzügige Förderungen und Stiftungen zum Ausbau der archäologischen Sammlungen in Württemberg bei.

Tiefschüttert betrauern wir den schmerzlichen Verlust meines langjährigen Freundes, unseres unvergessenen Mitarbeiters

Herrn Peter Schäfer

19. 5. 1929 21. 7. 1984

Prokurist des Hauses 4711

Sein Lebensinhalt war geprägt von treuester Pflichterfüllung. Sein Charakter und seine Schaffenskraft bleiben dem Hause, dem er Vorbild ist, unvergessen.

Alle, die ihn kannten, mit ihm arbeiteten und sich ihm verbunden fühlen, werden ihm ein ehrendes und bleibendes Andenken bewahren.

Ferdinand Mülhens
Familie Mülhens
Geschäftsleitung, Mitarbeiter und Betriebsrat der Eau de Cologne & Parfümerie-Fabrik Glockengasse 4711
gegenüber der Pferdepost von Ferd. Mülhens

Die Exequien werden gehalten am Donnerstag, dem 26. Juli 1984, um 10.30 Uhr in der Pfarrkirche St. Cornelius in Rath-Heumar.

Die Beisetzung findet anschließend um 11.15 Uhr von der Trauerhalle des Friedhofes Rath-Heumar aus statt.

Am Samstag, dem 21. Juli 1984, verstarb nach schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit der langjährige geschäftsführende Arzt der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Dr. med. Günter Schulz-Klee

Durch sein großes Fachwissen sowie seine ausgesprochene Toleranz und Fairneß hat er sich Achtung und Wertschätzung erworben.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung trauert um Dr. Günter Schulz-Klee. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den Vorstand: Dr. H. W. Muschallik
Für die Geschäftsführung: Dr. E. Fiedler

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Gunter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

FUSSBALL

Magath kehrt zurück, auch Kaltz bereit

sid/dpa, **Erbismühle/Brixen**

Manfred Kaltz hat nach einem Gespräch mit Teamchef Franz Beckenbauer seine Bereitschaft erklärt, wieder in der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zu spielen. Nach einem Besuch Beckenbauers im Trainingslager des Hamburger SV in Erbismühle sagte der Verteidiger: „Wenn Beckenbauer mich braucht, spiele ich wieder."

Schon in New York hatte der Nachfolger von Jupp Derwall die Rückkehr von Felix Magath ins Nationalteam perfekt gemacht. Beckenbauer will den Hamburger Spielmacher bereits im nächsten Länderspiel am 12. September gegen Argentinien einsetzen. „Spieler von seinem Format sind derzeit dünn gesät", lobt der Teamchef seinen ehemaligen Mannschaftskameraden beim HSV.

In den Planungen Beckenbauers soll Magath nicht nur kurzfristig, sondern bis zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko eine Rolle spielen. Morgen wird Felix Magath 31 Jahre alt. „Das besagt nichts bei einem Spieler, der sich stets voll auf den Sport konzentriert hat und in seiner Lebensweise immer ein Vorbild war", erklärt Beckenbauer.

Karl-Heinz Rummenigge hat derweil seine Arbeit bei Inter Mailand im Südtiroler Trainingslager in Brixen aufgenommen. Insgesamt, so Rummenigge, sei er wohlwollend aufgenommen worden. Sein Zimmer in Brixen teilt er mit dem Iren Liam Brady. „Mit ihm kann ich mich auf englisch unterhalten", sagt er. Und bei den anderen Teamkameraden? Rummenigge: „Da wurschtele ich mich mit Händen und Füßen durch." Dabei hat er aber schon erfahren: „Der Hansi Müller war nicht sonderlich beliebt innerhalb des Teams." 15 Treffer hat Rummenigge den Fans in der nächsten Saison versprochen. Er sagt: „In der Bundesliga habe ich nie weniger als 20 Treffer erzielt."

STAND PUNKT

Neue Rolle

Barry Sheene, der ehemalige englische Motorrad-Weltmeister, hat ihn stets „das Motorrad-Tier" genannt, und die herabwürdigende Erklärung gleich mitgeliefert: Kenny Roberts könne nichts anderes als Motorradfahren, er sei eben stupide.

Jener Kenny Roberts, inzwischen 34 Jahre alt, war dreimal Weltmeister und gewann 24 Grand-Prix-Rennen. Im letzten Jahr verabschiedete er sich von der Weltmeisterschafts-Szene, nun trat er endgültig zurück. Roberts wird auch in den Vereinigten Staaten ab sofort keine Rennen mehr fahren. Der Grund: der inzwischen von seiner Frau Patty geschiedene Roberts hat das Sorgerecht für seine beiden kleinen Kinder erhalten. So etwas nimmt einer, der sich angeblich nur fürs Motorradfahren interessiert, überaus ernst. Wie könne er das Sorgerecht annehmen, wenn er ständig in Gefahren leben müßte? Also keine Rennen mehr.

Die Rennen habe er ohnehin nur zu zwei Zwecken gebraucht: Um nicht im Gefängnis zu landen und um genug Geld zu verdienen für ein Leben ohne Motorrad. Die Sache mit dem Gefängnis: Roberts hat schon mit 15 Jahren versucht, seine Schule in die Luft zu sprengen. Daraus wurde nichts, das Gebäude brannte nur lichterloh. Dem Schul-Attentat folgten ähnliche Taten – bis zum 18. Lebensjahr. Dann wurde Roberts Motorrad-Profi. Nun diszipliniert er sich für eine neue Rolle.

K.Bl.

NACHRICHTEN

Plessers nach Hamburg

Erbismühle (sid) – Gerald Plessers, belgischer Fußball-Nationalspieler von Standard Lüttich, wird wahrscheinlich ab 2. Januar 1985 beim Hamburger SV spielen. Plessers, der in den belgischen Fußball-Skandal verwickelt war und für ein halbes Jahr international gesperrt ist, trainierte schon beim HSV im Trainingslager Erbismühle.

Präsident Mast droht

Braunschweig (sid) – Günter Mast, Präsident des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig, überlegt, ob er auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung die Vertrauensfrage stellen soll. Als Begründung gibt Mast an, die Amateur-Abteilungen würden bei seinem Sparkurs nicht konsequent mitziehen. Die Verbindlichkeiten des Klubs betragen derzeit 5,5 Millionen Mark.

Große Karten-Nachfrage

Stuttgart (sid) – Der deutsche Fußballmeister VfB Stuttgart konnte schon vier Wochen vor dem Bundesligastart 7200 Dauerkarten verkaufen. In der letzten Saison waren es etwa 7000. Das Spiel gegen den Pokalsieger Bayern München wurde endgültig auf den 5. September (ursprünglich 29.9.) vorverlegt.

Archibald für Maradona

Madrid (dpa) – Der spanische Fußballklub FC Barcelona verpflichtete für den Argentinier Diego Maradona, der zum AC Neapel wechselte, den Mittelfeldspieler Steve Archibald von Tottenham Hotspur. Die Spanier bezahlen eine Ablösesumme von 3,5 Millionen Mark. Archibald, der einen Dreijahres-Vertrag erhält, kassiert im Jahr 350 000 Mark.

16jähriger Turniersieger

Brookline (dpa) – Der 16jährige Amerikaner Aaron Krickstein ist der jüngste Gewinner in der 57jährigen Geschichte der amerikanischen Profi-Tennis-Meisterschaften. Der an Nummer sechs gesetzte Amerikaner besiegte im Finale in Brookline (Massachusetts) den Argentinier Jose Luis Clerc mit 7:6, 3:6, 6:3.

Jelen besiegte Elter

Kitzbühel (dpa) – Der Neusser Eric Jelen besiegte beim Tennis-Turnier in Kitzbühel den Essener Peter Elter mit 6:2, 6:2 und erreichte damit die dritte Runde. Dagegen hatte Hansjörg Schwaier (München) keine Chance gegen den Amerikaner Kim Warwick und unterlag mit 3:6, 4:6. Schwaier hatte im Vorjahr als Qualifikant das Halbfinale erreicht.

Hagen übernahm Führung

Travemünde (sid) – Der frühere Starboot-Weltmeister Alexander Hagen aus Lübeck übernahm nach der zweiten Wettfahrt der 95. Travemünder Segel-Woche die Führung im Gesamtklassement. Mit seinem Vorschoter Thomas Bückel gewann Hagen die zweite Wettfahrt bei idealen Bedingungen auf der Ostsee.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Waldhof Mannheim – SV Kuppenheim in Rastatt 7:1 (3:0), SSV Ulm – VfB Stuttgart 3:1 (0:0), FV Lauda – Arminia Bielefeld 2:4 (1:2), Karlsruher SC – Offenburger FV 1:0.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Boston, Finale: Krickstein (USA) – Clerc (Argentinien) 7:6, 3:6, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Rang 1: 2 776 299,20 Mark, 2: 106 780,70, 3: 9673,50, 4: 150,10, 5: 10,90. – **Toto,** Elferwette: 1: 288 906,50, 2: 6566,00, 3: 528,10. – **„6 aus 45":** 1: unbesetzt, Jackpot: 528 902,15, 2: 39 859,20, 3: 5395,70, 4: 103,40, 5: 8,80. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 484,90, 2: 205,80. Rennen B: 1: 103,40, 2: 43,00. Kombinations-Gewinn unbesetzt, Jackpot: 284 540,60. (Ohne Gewähr)

Mary-Darling und die Angst vor dem Ruhm

M. HÄGELE, **Los Angeles**

Ende April schon wurde das Unglück angekündigt. „Ich kann ihre Erregung mit den Fingern spüren. Sie fühlt, zu viele Menschen kümmern sich um sie. Sie könnte jetzt jemanden niederschlagen."

Rich Phaigh liest mit seinen Händen seit Jahren und täglich eine Stunde in den Muskeln ihrer Majestät „Queen Mary". Nicht anders wird Mary Decker, die Weltmeisterin über 1500 und 3000 Meter, in den Überschriften der amerikanischen Zeitungen angesprochen.

Eine Kostprobe vom 24. Juni: „Wenn die Olympischen Spiele nicht Carl Lewis gehören, dann gehören sie Königin Mary." Ellenlang führte der Kolumnist Jim Murray in der „Los Angeles Times" dann über Mary Deckers Überlegenheit aus: „Wenn Mary läuft, sind das zwei Rennen. Eines findet vorne statt, das heißt Decker gegen Decker, das zweite weiter hinten. Darin geht es nur noch um die Plätze." Der Schreiber schlug vor, daß für Mary Decker das Lied von der Einsamkeit des Langstreckenläufers neu geschrieben werden müsse, „denn Mary sieht ihre Gegnerinnen nicht, sie hört sie nicht, Mary ist immer ganz allein".

Am Tag, an dem diese Eloge in der größten Zeitung am Ort stand, hätte sich der Verfasser jener Lobeshymne am liebsten im Wassergraben des Coliseums ertränkt, wenn er es gekonnt hätte.

Mary Decker verlor nämlich bei den Olympia-Ausscheidungen. Die souveräne Siegerin über 3000 Meter wurde tags darauf über 1500 Meter nur Zweite. Geschlagen von Ruth Wysocki.

Daß Queen Mary zum ersten Mal seit vier Jahren nicht mit Vorsprung durchs Ziel ging, konnten nur wenige begreifen.

Am wenigsten ihre Bezwingerin. „Ich habe immer auf Marys Spurt gewartet, doch er kam nicht", erklärte Ruth Wysocki das Wunder. Ruth Wysocki war zwölf Sekunden schneller über die dreidreiviertel Runden gerannt als jemals zuvor in ihrem Leben. Seine Frau sei verrückt geworden, meinte Tom Wysocki. Später sagte er: „Ruth ist gelaufen wie ein Mann."

Toms Meinung erhält in diesem Fall besonderes Gewicht: Erstens gehört er zu Amerikas besten 10 000-Meter-Läufern, zweitens trainiert er seine Frau und drittens hat er vor ein paar Jahren den boy-friend von Mary Decker gespielt.

Mary Deckers Statement: „Ich war müde. Sechs Rennen in fünf Tagen sind zuviel." Und deshalb beschloß



In vier Tagen findet in Los Angeles die Eröffnungsfeier statt. Heute berichtet die WELT über die zweimalige Weltmeisterin Mary Decker.

Mary Decker schon Augenblicke später, sich bei Olympia nur auf ein Ziel zu konzentrieren: „Eine Goldmedaille ist wertvoller als zwei silberne." Doppelsieg ade. Die Königin reihte ihre Ansprüche wieder unter die von normalen sterblichen Athleten ein.

Das Gefühl in seinen Fingern hatte den Masseur Phaigh also nicht betrogen. Mary Decker hatte sich selbst kirre gemacht, hatte auf einmal selbst Zweifel empfunden, Angst bekommen vor ihrem Thron und den Aufgaben, die ein ganzes Land ihr ständig gestellt hatten: Kannst du den Doppelsieg von den Weltmeisterschaften bei Olympia wiederholen? Ist diese geheimnisvolle Barfußläuferin Zola Budd wirklich eine Gefahr für dich?

Die Unschlagbare witterte auf einmal Konkurrenz, reagierte nervös und aggressiv auf die Kronprinzessin aus dem südafrikanischen Busch.

Ein Reporter des „Time-Magazine" flog nach drei Tagen in Eugene mit leerem Block retour nach New York. Das Millionenblatt „Los Angeles Times" bekam erst nach einem halben Jahr Warten sein Interview. Im Flugzeug. „Wenn ich bei den Olympischen Spielen verliere, werden 99 Prozent aller Leute, die mich jetzt dort als Siegerin sehen wollen, meinen Namen auf der Stelle vergessen", erzählte die zweimalige Weltmeisterin Mary Decker damals.

Vom 1. Mai an war Mary Decker nur noch in den offiziellen Pressekonferenzen nach Wettkämpfen zu sprechen. Doch aus ihren letzten Zitaten spricht nichts anderes als die nackte Furcht einer Frau, die realisiert hat, daß sie nicht mehr sich selbst gehört. „Wo ich bin, klicken Kameras, richten sich Mikrophone auf mich", so Mary. Und dieses Gefühl beschreibt Mary Decker „wie ein Messer an der Kehle".

Amerika ist vernarrt ins Laufen. Mindestens 25 Millionen joggen. Und die schlanke, zierliche Mary, in der sich eine ganze Nation wiedererkennt, dient als Symbolfigur.

All das drückt auf Mary Deckers schmale Schultern. Dazu wartet irgendwo draußen ein Mädchen, acht Jahre jünger, geheimnisumwittert. „Dieses Duell wird das Spektakel der Spiele", sagt Deckers Trainer Dick Brown, „ohne taktische Finessen, und wahrscheinlich wird die eine die andere zum Weltrekord jagen."

Deckers Trainer legt sich nicht fest mit den Namen. Die eine, die andere, das läßt beide Möglichkeiten offen: Budd oder Decker.

Olympia-Boykott – dann folgt auch eine Sperre für die nächsten Spiele

dpa/sid, **Los Angeles/Moskau**

Mit einem riskanten Kraftakt versucht Juan Antonio Samaranch, den drohenden sowjetischen Boykott der Olympischen Spiele von Seoul abzuwenden. In Los Angeles setzte der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) im Exekutivkomitee seinen Vorschlag einstimmig durch, künftig die Olympia-Teilnahme zur Pflicht zu machen. Fernbleiben von den Spielen soll demnach in Zukunft mit Ausschluß von den nächsten Spielen bestraft werden.

Der 64jährige Spanier nimmt mit seinem Vorhaben unabsehbare Risiken in Kauf. Noch ist völlig ungewiß, ob er für seine geplante Strafaktion gegen Boykotteure die notwendige Zweidrittel-Mehrheit der (insgesamt 87) persönlichen IOC-Mitglieder finden wird. Ein Scheitern in der Vollversammlung würde die bisher schwerste Niederlage in seiner nunmehr vierjährigen Amtszeit bedeuten. Außerdem scheint höchst fraglich, ob die internationalen Fachverbände mit olympischen Sportarten diesen Schritt mit Solidarität begleiten werden. In der Konsequenz könnte die olympische Gesetzesänderung zu einer völligen Teilung des Weltsports in einen Ost- und Westblock führen.

Indem der IOC-Präsident die Teilnahme-Pflicht zum obersten olympischen Gesetz erheben will, ist klar, daß er die anderen möglichen Wege der Boykott-Verhinderung nicht zu beschreiten gedenkt: Verlegung der nächsten Sommerspiele von Südkorea in ein von den Großmächten nicht umstrittenes Land oder die ständige Austragung der Spiele in Griechenland.

Wie aus der Entfernung der erkrankte Willi Daume, so raten auch in Los Angeles anwesende IOC-Mitglieder dringend von der Olympia-Pflicht ab. So der Finne Peter Tallberg: „Gerade umgekehrt müßte es sein. Das IOC müßte die Freiwilligkeit der Teilnahme unterstreichen." Nur durch eine solche Kür könnte der Politik das Interesse genommen werden, Olympia als Waffe einzusetzen.

Politischen Ärger gibt es weiter um den Start der 18jährigen Leichtathletin Zola Budd. Die Vereinigung des Afrikanischen Nationalen Olympischen Komitees (ACNOA) protestierte in einem Brief an das IOC gegen die Entscheidung des Exekutivkomitees, der ehemaligen Südafrikanerin die olympische Starterlaubnis für Großbritannien zu geben. Beim IOC wurde das Schreiben aber lediglich als Pflichtübung ohne Konsequenzen angesehen.

Die sowjetische Presse richtete indes gestern scharfe Angriffe gegen die USA und die Olympia-Veranstalter in Los Angeles. Der amerikanischen Regierung wurde vorgeworfen, sie habe „besonders aktiv" verbrecherische Aktionen gegen die olympische Bewegung geplant. Die „erzwungene Nichtbeteiligung" der osteuropäischen Sportler habe den Wert der Spiele fragwürdig gemacht. Auch wurde die Gefahr von Anschlägen in Los Angeles heraufbeschworen.

Der Flaggenstreit mit Moskau und die Beratungen des IOC über Pläne, die Olympia-Teilnahme künftig zur Pflicht zu machen, waren gestern keine Themen für die Moskauer Sportzeitung „Sowjetski Sport". Anatolij Kolesow, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des sowjetischen Sportkomitees, wies in der Zeitung „Sowjetskaja Rossija" auf westliche Presseberichte hin, nach denen die sowjetischen Sportler enttäuscht und unzufrieden darüber seien, nicht bei den Spielen in Los Angeles antreten zu können.

„Die sowjetischen Sportler sind nicht enttäuscht, sondern empört über die verbrecherischen Aktionen gegen die olympische Bewegung, die besonders aktiv von der US-Regierung geplant ... wurden – gestern von Carter, heute von Reagan, und morgen ...?" Er zweifele nicht daran, daß „das Morgen für den Sport besonders hell sein wird, weil bereits heute die Wettbewerbe ‚Freundschaft 84' eröffnet wurden." In den Arenen dieser Veranstaltung würden über 60 Prozent der stärksten Sportler der Welt auftreten.

Und Los Angeles? Nach einer Berechnung der westdeutschen Agentur dpa, so steht es im „Sowjetski Sport", „werden die Zuschauer mehr als fünfzig Prozent der heutigen Weltmeister nicht zu Gesicht bekommen". Das sei auf jeden Fall eine Folge der „erzwungenen Nichtteilnahme der Athleten aus der UdSSR und anderen Staaten".

Freundlich begrüßt von einer amerikanischen Zollbeamtin wurde der lange Dietmar Mögenburg. FOTO: DPA

Endgültig: Willi Daume nicht nach Los Angeles

DW. **München**

Nun steht es endgültig fest: Willi Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland und Chef der Zulassungskommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) wird nicht nach Los Angeles reisen können. Der 71jährige Daume hatte sich während einer Kanadareise einen fiebrigen Lungeninfekt zugezogen und wird seit 16 Tagen im Klinikum Großhadern in München behandelt.

Ein NOK-Sprecher zur WELT: „Herr Daume hat immer noch mit der Möglichkeit geliebäugelt, nach Los Angeles zu reisen, doch die Chancen sind nicht gegeben. Selbst, wenn er jetzt aus dem Krankenhaus entlassen würde, könnte er die wichtigsten IOC-Sitzungen heute und morgen nicht mehr erreichen. Aber nur zum Zuschauen hinüber nach Amerika zu reisen, das würde er nie machen."

An der Sitzung der IOC-Zulassungskommission, deren Vorsitzender er ist, konnte Daume schon nicht teilnehmen. Wichtige Tagungspunkte mußten deshalb gestrichen werden. Sie sollen nun im September bei einer IOC-Sitzung in Lausanne nachgeholt werden. Daume hatte zwar in München den behandelnden Ärzten anfangs immer wieder versucht klarzumachen, daß er unbedingt nach Los Angeles müsse und daß er ohnehin noch nie in seinem 71jährigen Leben ernsthaft krank gewesen sei – doch er hatte damit keinen Erfolg. Ein NOK-Sprecher: „Mittlerweile haben es die Ärzte nicht mehr ganz so schwer mit ihm."

Als Abiturient hatte Daume übrigens im Jahre 1932 auf einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten die Abschlußfeier der Olympischen Spiele von Los Angeles erlebt. Dieses Schlüsselerlebnis prägte sein ganzes späteres Leben als Olympier.

Mögenburg: „Endlich die lang vermißte Sonne"

Nach mehreren kleinen Abteilungen hat mit 200 Athleten und Betreuern nun auch die größte Gruppe der deutschen Olympia-Mannschaft Los Angeles erreicht. Während sich die Handballteams der Männer und Frauen, Judoka, Boxer, Radfahrer und die letzten Ruderer der umständlichen Akkreditierungsprozedur unterzogen, reisten die Leichtathleten gleich weiter. Vor dem Einzug ins olympische Dorf schlagen sie im südkalifornischen Irvine noch ein Traingslager auf. Entgegen der ursprünglichen Planung flog auch Hochspringer Dietmar Mögenburg in die USA. „Ich brauche jetzt die lange vermißte Sonne", begründete der Europarekordler die Umbuchung.

*

Berufung: Eberhard Gienger, ehemaliger Kunstturn-Weltmeister am Reck, wurde drei Jahre nach seinem Rücktritt vom Leistungssport auf dem Kongreß des Internationalen Turnerbundes (FIG) ins Technische Komitee gewählt.

*

Schweigeminute: Die Bitte Israels, bei der Eröffnungsfeier eine Schweigeminute für die elf Opfer des Attentats von 1972 in München einzulegen, ist beim Organisationskomitee auf Ablehnung gestoßen. Die Ausrichter fürchten, die arabischen Länder und mit ihnen befreundete Mannschaften könnten die Eröffnungsfeier boykottieren oder vorzeitig verlassen.

*

Aufgebot: Mit 597 Athleten (Maximalzahl) bieten die Amerikaner bei den Olympischen Spielen in ihrem Heimatland die mit Abstand stärkste Mannschaft auf. Hinter den USA folgen Kanada (440), Deutschland (412) und Großbritannien (370). An fünfter Stelle rangiert Italien mit 314 Teilnehmern vor China (300 geschätzt), Japan (260) und Frankreich (252).

*

Dopingtest: Rund 1500 Urinproben muß das für zwei Millionen Dollar eingerichtete Doping-Labor in Los Angeles während der 15 Wettkampftage analysieren. Erstmals wird neben den Medaillengewinnern auch der Viertplazierte zur Dopingprobe gebeten. Ebenfalls neu ist die Suche nach dem körpereigenen Hormon Testosteron und Koffein.

STELLENANGEBOTE

maxi
INTERNATIONAL MODEL'S AGENCY

MAXI, new Model's Agency in Paris is looking for pretty girls aged from 18 to 21 years, minimum height 1m75 (5'9) and french size 36/38.

Intensive training will be offered by international professionals: courses in haircare, make-up, grooming, photos, dance and psychology. Housing, salary and training will be paid by the Agency in Paris.

The Selection for candidates will be in Hamburg on July 27th from 9.30 AM to 6.00 PM
at Hotel ATLANTIC, An Der Alster 72/79
2000 HAMBURG 1
Ask for Mr VICENTE.

Future candidates should come well groomed and made-up and bring their swimsuit and a maximum of photos. All model's documentia will be returned after close study.

MAXI S.A. 10, rue de la Paix, 75002 PARIS (RC B 329 262 463)

Qualität schreibt man so: EURO-HAUS

Das individuelle Haus steht im Mittelpunkt unserer unternehmerischen Konzeption, und immer mehr Bauherren realisieren ihr Zuhause mit unseren schlüsselfertigen Häusern. Zum weiteren Ausbau unserer guten Marktstellung suchen wir ortsungebundene, zielstrebige

Verkaufsberater
für die Postleiträume 2, 3, 5, 7 und 8.

Sie haben eine fundierte Ausbildung und können Erfolge im Verkauf (am besten im Haus- oder Fertighausverkauf) nachweisen. Sie sind in der Lage, Bedürfnisse und Wünsche unserer Kunden zu erkennen und die ideale Lösung aufzuzeigen. Sie haben ein Persönlichkeitsprofil, das durch Leistungsbereitschaft, Eigeninitiative und Überzeugungskraft geprägt ist.

Wir bieten eine intensive Produkt- und Verkaufsschulung. Wenn Sie erfolgreich als "Unternehmer im Unternehmen" arbeiten möchten, haben wir für Sie das richtige Konzept.

Fühlen Sie sich angesprochen? Dann senden Sie bitte Ihre Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnissen zur ersten Kontaktaufnahme an unseren Personalleiter, Herr Rischar.

EURO HAUS GmbH
Personalabteilung
Postfach 1280, 6690 St. Wendel-Bliesen
Telefon 06854/790



Der SATELLIT von HI-WORK:

Macht Steckdosen zu Musikdosen und deshalb aus Ihrem Nebenverdienst ein Geschäft.

WELT-NEUHEIT

1. Zum Gerät
Es ist ganz einfach: Die Musik aus Hi-Fi-Turm oder Radio wird über einen Adapter ins Stromnetz von Wohnungen oder Häusern eingespiesen. Der HI WORK SATELLIT, also der portable Lautsprecher (10 Watt) mit eingebautem Verstärker, Lautstärkeregler und Aufhängevorrichtung, macht die Musik ab jeder elektrischen Steckdose hörbar. Dies in jedem beliebigen Raum mit Steckdose und völlig unabhängig von Stereoturm oder Radio.

2. Zu Ihnen, dem potentiellen Verkäufer des HI-WORK SATELLIT:
Es ist ebenfalls ganz einfach: Sie sind der Typ mit verkäuferischem Fleiß, kontaktfreudig, mit grossem Bekanntenkreis und einem Verständnis für technische Belange. Wenn Sie zudem im Nebenverdienst endlich einen Spitzenverdienst realisieren möchten, dann melden Sie sich mit einem schriftlichen Kurzportrait (Foto beilegen) unter folgender Adresse: HI WORK SA, Birmensdorferstrasse 55, CH-8004 Zürich.
P.S.: Falls Sie den HI WORK SATELLIT kennenlernen und testen möchten: Verrechnungsscheck über DM 249,- beilegen. (Preis des Gesamtsets inkl. Porto).

HI-WORK Musik aus allen Dosen.

Hauniker & Staan

Wir sind ein weltweit tätiges Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie und suchen für die Sparte **„Blech-, Profil- und Betonstahlbearbeitung"** einen dynamischen und erfolgreichen

EXPORT-LEITER
für englischsprachige Länder

Unser neuer Mitarbeiter sollte idealerweise zwischen Ende 20 und Mitte 30 Jahre alt sein.

Er soll unsere Produkte über verschiedene Vertriebswege weltweit verkaufen, ist für die Anleitung und Motivation der Auslandsvertretungen zuständig, wird selbst umsatzträchtige Kundenkontakte pflegen, Anlagenobjekte direkt akquirieren und für eine sachgerechte Auftragsabwicklung sorgen.

Dabei wird er zu einem Drittel seiner Zeit auf Reisen sein.

Die Position ist direkt der Geschäftsführung unterstellt.

Unser Unternehmen hat seinen Sitz in einer verkehrsgünstig gelegenen Kleinstadt im südlichen Sauerland mit hohem Freizeitwert und allen schulischen Möglichkeiten.

Bitte bewerben Sie sich unter B 8112 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen (Sperrvermerke werden selbstverständlich eingehalten), über die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Angabe Ihres frühesten Eintrittstermins und Ihrer Gehaltsvorstellungen.

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
**CPA, Postfach 11 04 41
6000 Frankfurt 11**



Bauen Sie Ihre Zukunft!
Energieeinsparung, Schalldämmung, Wohnkomfort – auf diesen Gebieten ist das Unternehmen erfolgreich tätig, das den Leiter seiner Werbung und Verkaufsförderung sucht. Haben Sie „Biß", neue Ideen, Elan und Ausdauer? Dann ist das eine Chance für Sie mit erstklassigen Konditionen.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, dem 28. Juli, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Exportkaufmann
35, in führender Position in Asien tätig, sucht neuen Wirkungskreis. Vierjährige Südamerikaerfahrung. Tätig im Verkauf von technischen Produkten und Anlagen. Marketing- und Managementerfahrung im Investitionsgüter- sowie im Konsumbereich.
Ang. unt. V 8304 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Frau übersetzt englische u. französische Korrespondenz. Tel. 02 31 / 8 28 01 59

Bauingenieur BDB
28 J., Dipl.-Ing. (FH), Dipl.-Ing. (TU), suche Anfangsstellung zum 1. Okt. Examen im konstruktiven Ing.-Bau (Statik, Massivbau, Grundbau) a. d. TU Braunschweig, EDV-Kenntnisse, Baustellenerfahrung d. 1jähriges Praktikum, Fremdsprache: Englisch. Zuschr. erb. unter P 8321 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leistungsfähiges, vielseitiges, pädagogisch ausgebildetes Ehepaar, z. Z. tätig als Heimleitung im Behindertenbereich, **sucht neuen Wirkungskreis** mit verantwortungsvoller, selbständiger Tätigkeit (Heimleitung, Geschäftsführung, auch Sportanlage mit Lokal etc.). Angeb. unter Z 8330 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein
Gastronomen-Ehepaar
mit besten Umgangsformen, Nichtraucher, FS. Kl. III, kinderfreundlich + tierlieb, zuverlässig + belastbar. Sie: eine herausragende Köchin + Botanikerin, Er: Hotel + Restaurant-Fachmann mit AEVO und suchen p. sofort oder später
Vertrauensstellung
in Hotel-Restaurant oder Villenhaushalt. Erste Kontaktaufnahme unter Z 8308 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Akademisch geprüfte
Übersetzerin und Fremdsprachenkorrespondentin
im Ausland ausgebildet für die Sprachen Englisch u. Französisch, möchte ihre theoretischen Kenntnisse in die Praxis umsetzen. Wünschenswert Raum Bielefeld.
Zuschr. erb. u. R 8322 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Groß- u. Außenhandels-Kaufmann
43 J., profitverantwortlicher NL-Leiter, ppa., im Großhandel für *Stahl-Rohrverbindungsteile* mit unternehmerischen Fähigkeiten und überdurchschnittl. Engagement im Verkauf, sucht neue Herausforderung in mittl. Unternehmen. Ist-Eink. TDM 100, angestrebt wird eine
FÜHRUNGSAUFGABE.
Zuschr. erb. u. B 8310 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist
32, einsatzfreudig u. belastbar. Schwerpunkte: Zivilrecht, Öffentliches Recht (Verwaltungshochschule Speyer), Strafrecht, gute Stationszeugnisse, sucht ausbaufähige Anfangsstellung in renommierter Anwaltskanzlei oder bei Verband, bevorzugsweise in NRW.
Zuschr. erb. u. F 8050 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Ing.
Fachrichtg.: Bauingw. – Wasserbau – Grundbau – Küstenwasserbau, 5jähr. Praxis im frz.-spr. Ausland, in ungekünd. Stellg., 33 J., sucht neuen Aufgabenbereich im In- od. Ausland.
Ang. unt. U 8303 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lebensmitteltechnologe
(Dipl.-Ing.) Agrarwissensch. Wageningen/Niederl.
26 J., m. Hauptfächern Lebensmittelphysik u. Lebensmittelchemie, su. inter. Aufgabenber. i. Lebensmittelindustrie od. verw. Gebieten. Gt. Dtsch. u. Engl.-Kenntn. sow. Grundk. d. franz. Spr. Angeb. erb. unt. PK 48201 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Wer hilft?
Abschluß höhere Handelsschule, Mädchen, 20 J., sucht Lehrstelle im kaufm. Bereich. Tel. 0 40 / 6 43 81 68

42jähriger sucht ab sofort interessante Tätigkeit als
Angestellter im Außendienst
für den Raum OL/Brem./Wilh.
Ang. u. X 8328 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ing. (grad.)
Anf. 30, umfangreiche Erfahrung (techn./Kaufm.), im Verkauf/Export von Verpackungs-/Kunststoffmaschinen, Auslandserfahrung Südostasien/Südamerika, sucht mehrjährige Position als
Verkaufsing.
in Auslandsnl. von Industrie/Handel für diese/artverwandte Maschinenbereiche.
Ang. u. G 8447 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Inkasso-Sachbearbeiterin
in ungekündigtem Arbeitsverhältnis, mit mehrjähriger Tätigkeit in einer Außenhandelsbank sucht neuen Wirkungskreis in Hamburg.
Angebote unter A 8441 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm., WP/StB.
Mitte Dreißig, bisher Prüfungs- und Beratungstätigkeit bei internat. (Big Eight) und dt. WPG und somit Erfahrung in US-/UK-Accounting und im dt. Beratungswesen, sucht Tätigkeit in WPG/StBG mit Langfristperspektive.
Ang. u. V 8326 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Wenn Sie eine
KREATIVE ALLROUNDKRAFT
suchen, die nicht nur top zeichnen und *entwerfen* kann, sondern auch weiß, was sich verwirklichen läßt – dann biete ich Ihnen:
Modegraphische Ausbildung/Diplom
Schnittechniker/Diplom
5 Jahre Praxis in der DOB-Industrie, davon 3 Jahre als alleinverantwortliche Modelldirektrice.
Gesucht wird:
Eine interessante, flexible und verantwortungsvolle Tätigkeit in Agentur, Atelier oder Industrie, wo ich Kreativität, Fachkenntnis und Engagement voll einbringen kann.
Bevorzugt in Süddeutschland – Raum München.
Zuschriften unter A 8331 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Südostasien
Viels. einsatzfreudiger dtsch. Dipl.-Ing., 33 J., ledig, seit 5 Jahren in Indonesien u. Thailand in verantwortl. Stellung in der Weiterverarb. landwirtsch. Produkte mit komplexen maschinellen u. chem. Anlagen, sucht neue interess. Aufabe im südostasiatischen Raum. Fremdspr. Engl., Indonesisch, malaisch u. Thai.
Angebote unter Z 8440 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Internationally experienced
Jurist and naval architect
German, 53, married, seeks new challenge in assisting MARITIME DEVELOPING COUNTRIES in their maritime interests. Qualifications in international law and classification/certification of ships. Special knowledge and experiences: international treaty *law, law of the sea, law of international* organizations (UN-GO-NGO), international maritime safety and marine pollution prevention law, supervision of shipping.
Please write under chiffre no S 8323 to WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Maschinenbau
Schweißfach-Ing., 42 J., verh., ungek., sucht verantwortungsv. Tätigk., auch im Ausland.
11 J. Berufserf., davon 6 J. Betriebsleiter u. Schweißfach-Ing. im Stahlbau, 2½ J. im Ausland als verantwortl. Schweißfach-Ing. (Offshore-, Brükken-, Behälter-, Rohrleitungs- u. Anlagenbau).
Ang. erb. unt. S 8301 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandsanzeigenleiter
Volkswirt, verkaufsstark, m. sehr gt. Kont. i. fast allen westeurop. Länd., m. nachweisb. Verkaufserf., fl. Engl. spr. u. m. gt. Franz.-Kenntn. ausgest., ortsungeb., su. z. 1. 1. 85 od. auch schon früher neuen Wirkungskreis; ggfls. wird auch Anzeigenvertretung übernommen.
Ang. erb. unt. PP 48 186 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

YOUNG BRITISH DESIGN GRADUATE (BA-HONS) SEEKS EMPLOYMENT (12-18 MONTHS) RELATED TO TABLEWARE/PRODUCT/DECORATIVE DESIGN TO GAIN A MUTUALLY INSPIRING EXCHANGE OF IDEAS. PHOTOGRAPHS OF WORK AND FURTHER INFORMATION AVAILABLE FROM: SUSAN APPLETON, 15 SEATHORN, WITHERNSEA, NORTH HUMBERSIDE, ENGLAND.

Gelernter Maschinenschlosser
Ing. grad.
für Produktions- u. Fertigungstechnik, Verkaufsaußendiensterfahrung, sucht Stellung im technischen Verkauf oder Kundendienst-Leitung.
Ang. u. Y 8307 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin/Assistentin
42 J., unabh., Span., Engl., langj. In- u. Auslandserf. sucht verantw. selbst. Tätigkeit – auch als Sachbearbeiterin.
Ang. unt. Y 8329 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Top-Sekretärin
Englisch-Korrespondentin IHK, ungek., unabh. u. gut auss., sucht Aufgabe im Ausland oder mit Reisen verbunden.
Zuschr. erb. u. X 8306 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Im Rahmen Ihrer intern. Geschäfte ist der ital. Markt für Sie von Bedeutung, und Sie suchen einen qualifiz. Mitarbeiter, ggf. vor Ort, der dort Ihre Ziele durchsetzt und gleichfalls den Überseehandel beherrscht. Dann schreiben Sie mir,
Außenhandelskfm.,
Ende 30, ungek., belastbar, mobil, erfolgsorientiert, kfm. u. techn. in allen Belangen des Maschinen- u. Ind.-Anlagengesch. versiert, Auslandserf., perf. Engl., ausbauf. Ital., unter *N* 8320 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Raum Hannover
Expedient u. stellvertr. Versandleiter, Mitte 40, korrekt u. zuverlässig, sucht *sofort* neuen Wirkungskreis. Zuschr. u. C 8399 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Selbständige Kauffrau
(Papierbranche) sucht z. 1. 9. 84 neuen Wirkungskreis. Angeb. erb. u. PF 48197 WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Bauingenieurin Dipl.-Ing. FH
Vertiefungsrichtung konstruktiver Ingenieurbau, mit umfangreichen Kenntnissen auf dem Gebiet Wasserbau-Wasserwirtschaft, gelernte Bauzeichnerin, sucht Anfangsstellung.
Angebote erbeten unter B 8332 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl-Ing. agr. (Uni)
30 J., wiss. Mitarbeiter, z. Zt. in einem bodenkundl.-ökologischen Forschungsvorhaben tätig, sucht neuen entsprechenden interessanten Aufgabenbereich. Interessengebiete: Bodenchemie, Umweltanalytik.
Ang. u. E 8445 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Leiter
Bilanzbuchh., 35 J., verh., dynam., erfolgsorient., Finanz- u. Rechnungsw., Personal, Org., Verw., Konzernerf., in ungek. Pos., sucht neuen inter. Wirkungskreis zum 1. 10.
Ang. erb. u. D 8444 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Polizeibeamter
sucht mangels Aufstiegschancen, adäquaten Job bei Privat oder Wirtschaft z. nächstmögl. Termin. Besondere Erfahrung im Personen- und Objektschutz vorhanden.
Ang. u. F 8446 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.



Wirtschaftswissenschaftler (HS/FH)
mit Neigung für die Bereiche Rechnungs- und Prüfungswesen beenden im August 84 ein 7-monat. praxisorient. Vertiefungsseminar
Rechnungswesen und EDV.
In Form von prakt. Übungen, Fallstudien, Einzel- und Gruppenarbeit, begleitet durch regelm. Leistungskontrollen, erarbeiteten sich die Teilnehmer ein fundiertes Basiswissen.
Bestandteil des Seminars war ein 6-wöchiges Betriebspraktikum.
Bewerbungsunterlagen fordern Sie bitte über den Fachvermittlungsdienst beim Arbeitsamt Hamburg an.
Auskünfte erteilen: Frau Krauel/Herr Lindner
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2331/-2423, FS 2163213

Geschäftsführer/Export
51 J., langjährige Erfahrung im intern. Vertrieb technischer Investitionsgüter aus Führungspositionen/Auslandstätigkeit für namhafte Hamburger Handelshäuser.
Verhandlungssicher auf allen Ebenen, auch in Englisch/Spanisch, pragmatisch kooperativer Führungsstil.
Suche neue Aufgabenstellung mit unternehmerischer Herausforderung, auch Auslandstätigkeit oder Beteiligung als geschäftsführender Gesellschafter.
Zuschr. erb. u. K 8317 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gelernter Büro-Kaufmann
(weibl.), mit Abitur und Kenntnissen in allg. Bürotätigkeit, Post, Bildschirmarbeit, Band-Diktat, Steno, Marketing, Buchführung, sucht Weiterkommen im DV-Bereich!
Zuschr. bitte u. C 8311 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-605

Bestellschein
Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige
________ mm hoch; _____spaltig zum Preis von DM ________
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ________
Straße/Nr.: ________
PLZ/Ort: ________
Vorwahl/Telefon: ________
Unterschrift: ________
Der Anzeigentext:

STELLENGESUCHE

Geschäftsführer, 42 J., verh.
ungekündigt, seit 6 J. erfolgreich in einem Dienstleistungsunternehmen (ca. 11 Mio. Umsatz, 40 Mitarbeiter) tätig. Alleinverantwortl. für den gesamten kaufm. u. techn. Bereich (bilanzsicher). Ausbildung: kaufm. sowie techn. Lehre, betriebswirtschaftl. Studium, su. aus pers. Gründen neues entsprechendes verantwortungsv. Aufgabengebiet.
Ausf. Angeb. mit Tätigkeitsnachweis erb. u. T 8302 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.
Inserent garantiert u. erwartet Vertraulichkeit.

Welches mittelständische Unternehmen bietet mir eine
Assistententätigkeit in der Geschäftsleitung?
Ich bin Betriebswirt und habe praktische Kenntnisse in Europa und Übersee erworben. Mein Vater, Inhaber eines Herstellungsbetriebes der Konsumgüterindustrie (60 000 000,– DM Umsatz) gibt Ihrem Sohn die gleiche Ausbildungsmöglichkeit.
Angebote unter B 8442 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verlagskaufmann
32 J., verh., 2 Kinder, 15jährige Erfahrung im Tageszeitungs- und Anzeigenblattgeschäft in den Bereichen Geschäftsstellenleitung, Anzeigenaußendienst, Personalführung, verantwortliche, selbständige Führung eines Anzeigenblattes *u.v.m.* sucht neuen Tätigkeitsbereich. Anzeigenblattbereich bevorzugt, evtl. mit Beteiligung. (Z. Zt. in ungekündigter Stellung)
Zuschriften erbeten unter S 7659 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGER
DR.-ING. Betriebswirtsch., 45 J., UNGEK. Produktion, Unterhalt, ENERGIE- u. MATERIAL-WIRTSCH., LOGISTIK, KO-RE, s. g. Englisch, sucht neue FÜHRUNGSAUFGABE, z. B. als Geschäftsführer i. mittl. Unternehmen in Nordbaden o. westl. Ruhrgebiet.
Angebote erb. unter M 8319 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsingenieur
Fach Fernmeldetechnik u. Examen BWL, sucht neuen Wirkungskreis. 45 J., verh., Fachgebiet: Projektbearbeitung nachrichtentechn. Anlagen (Kabelanlagen, Sicherheitsanlagen). Einsatz: *Bund, nordd. Raum* bevorzugt. Wunsch: Aufgaben Projektmanagement o. ä.
Ang. erb. u. A 8309 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

= Chance 84? =
Welche(r) Geschäftsfrau/-mann ist ohne Führerschein od. möchte nicht mehr selbst fahren?
Junger Mann, 36 J., unabhängig, ortsungebunden (wohnh. Nordd.), über 15 J. Fahrpraxis, bietet sich als Fahrer u. Gesellschafter an.
Freundl. ernstgemeinte Zuschr. mit Angebot unt. L 8318 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachen-Korrespondentin
für Englisch, Anfängerin, 22 Jahre, möchte sich in Hamburg oder Westdeutschland erste Sporen verdienen. Wer gibt mir eine Chance?
Angebote u. W 8327 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Freier Handelsvertreter
Büro u. evtl. Lager vorh., sucht in (50-53-537) neues Arbeitsfeld. Netto inkl. Spesen ab 4500.–, Firmenwagen angenehm, Voraussetzung: langfristige Zusammenarbeit.
Zuschr. u. M 8297 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing-/Vertriebsleiter
Industriekaufmann, 44 J., *kontinuierliche, zielstrebige Karriere* (über Verkauf und Verkaufsförderung, Werbe- und Marketingberatung, Marketingleitung zur Vertriebsleitung), überwiegend in Konzern mit fundierten Kenntnissen in Food-/Kosmetikmärkten, steht ab 1. 1. 1985 (evtl. früher) einem Unternehmen, das in heftigem Wettbewerb steht, als Marketing-/Vertriebsleiter zur Verfügung.
Sichtbare Absatz-, Diversifikations-, Stabilisierungs- und Organisationserfolge werden Sie überzeugen.
Angeb. erb. u. D 8312 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neues Programm zu Bekämpfung der Kriminalität

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bei der Kriminalitätsbekämpfung will die CDU/CSU der Vorbeugung und Prävention auf dem gesamten Polizeigebiet einen deutlich höheren Stellenwert geben. Dahinter steht, daß sich die Zahl der Straftaten innerhalb der letzten 15 Jahre mehr als verdoppelt hat. Dabei ging gleichzeitig die Aufklärungsquote zurück. So wurden allein im letzten Jahr 4,3 Millionen Straftaten registriert, von denen rund 45 Prozent aufgeklärt wurden. Die Kriminalitätsbelastung (Straftaten pro 100 000 Einwohner) lag 1983 bei 7000. Im Jahr 1967 betrug sie noch 3000.

Dazu meinte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl Miltner in einem WELT-Gespräch, die Polizei habe zwar in „absoluten Zahlen" mehr Delikte aufgeklärt. Prozentual sei aber eindeutig ein Rückgang zu verzeichnen. Die Union trete deshalb dafür ein, daß an den Schulen zum Beispiel innerhalb des Sozialkunde- und Geschichtsunterricht mehr Rechtskunde gelehrt werde. Es gehe um die „Wertevermittlung". Miltner: „Die Verwischung von Recht und Unrecht muß abgebaut werden." Hier seien natürlich „in erster Linie" die Eltern gefordert, aber auch der Staat könne so über die Schulen einwirken.

Außerdem sollten nach schwedischem Vorbild in den Kommunen „Räte für Verbrechensbekämpfung" gebildet werden. In ihnen sollten Vertreter der Wohlfahrtsverbände, Jugendämter, Polizei, Gerichte und Verwaltung zusammenarbeiten. Sie könnten aufgrund ihrer lokalen Kenntnisse zum Beispiel Hinweise geben, welche Gegenden wegen der *Infrastruktur besonders kriminali*tätsgefährdet sind und mit welchen Maßnahmen eine Eindämmung möglich sein könnte. Ähnlich wie die Polizei Unfallschwerpunkte auflistet, könnte ein solcher Rat Kriminalitätsschwerpunkte ermitteln.

Weiter fordert die CDU/CSU nach den Worten von Miltner, daß sich die Gerichte „stärker den Opfern zuwenden" sollen. So solle Wiedergutmachung und Schadensersatz gegenüber der Strafe „mehr in den Vordergrund gestellt werden". Die Stellung der Opfer von Verbrechen solle im Prozeß gestärkt und ihr Schutz vor Bloßstellung erhöht werden.

Um Polizei und Gerichte zu entlasten, tritt die Union laut Miltner dafür ein, daß die Kleinstkriminalität „mehr formularmäßig abgwickelt wird". In Baden-Württemberg seien mit einem solchen Modell bereits positive Erfahrungen gemacht worden. Es solle jetzt „auf breiter Front ausprobiert" werden.

Neben diesen Schwerpunktforderungen hat die CDU/CSU einen 34-Punkte-Katolog für eine bessere Kriminalitätsbekämpfung erarbeitet.

Bonn: Der Iran streckt Fühler nach Moskau aus

Teheran will offensichtlich „Ring der Isolation durchbrechen"

kr. Bonn

Bundesaußenminister Genscher hat bei seinen Gesprächen mit führenden Mitgliedern des Khomeini-Regimes in Teheran den Eindruck gewonnen, daß der Iran seit dem Frühjahr Fühler nach Moskau ausstreckt, um den Ring der Isolation, der selbst fundamentalistischen Politikern drückend erscheint, zu durchbrechen. Wie am Dienstag aus dem Auswärtigen Amt in Bonn verlautete, beabsichtigt der iranische Außenminister Velayati, Moskau zu besuchen. Nachdem er im Frühjahr bereits in der bulgarischen Hauptstadt Sofia vorgesprochen hatte, entsandte er im Juni den Leiter der politischen Abteilung im Teheraner Außenamt, Fadr, mit einer Botschaft an Gromyko nach Moskau. Im selben Monat war der sowjetische Energieminister Schtscherbin in Teheran erschienen.

Der Beobachtung dieser Kontakte mißt man im Auswärtigen Amt einen Wert bei, der ausreichen soll, um die Aufwartung Genschers im Iran – es war der erste Besuch eines westlichen Außenministers nach der Revolution von 1979 und der Besetung der amerikanischen Botschaft – ins Licht einer begründeten Erklärung zu setzen. Nach der bisher bekannten Lesart gelten die iranisch-sowjetischen Beziehungen als frostig und gespannt. Dies kommt in der offenen Unterstützung des kriegführenden Irak zum Ausdruck, den Moskau nach längerer Unterbrechnung wieder mit modernen Waffen (unter anderem SS-12-Raketen mit 800 Kilometer Reichweite) und Krediten in Milliardenhöhe ausstattet. Hintergrund für diese auffallende Option ist mit Sicherheit die Zerschlagung der kommunistischen Tudeh-Partei, deren Führer Kianuri und Genossen sich vor dem iranischen Fernsehpublikum selber als „Verräter" darzustellten hatten.

Obwohl die Sowjets seit 1982 gegen die Kommunisten-Verfolgung diplomatisch intervenierten, dabei allerdings auf taube Fundamentalisten-Ohren stießen, hat Genscher bei seinem Besuch den Eindruck gewonnen, daß die iranische Hartleibigkeit die neuen Moskau-Kontakte nicht behindert. Da die Initiative dazu von Teheran ausgehe, sei es für die westliche Politik von Belang, durch eigene Angebote die Richtung der Teheraner Kontaktsuche zu ändern. Günstig sei die Situation insofern, als sich der Iran tatsächlich in einer schwierigen Phase des Krieges befinde. Der Wille der Mullahs, den Rücktritt des für den Golfkrieg verantwortlichen irakischen Präsidenten Saddam Hussein zu erzwingen, sei zwar ungebrochen, doch schaffe die Luftüberlegenheit Bagdads und der vermutlich gewaltige Blutzoll einer neuen Großoffensive Tatsachen, die in Rechnung gestellt würden.

Genschers Gesprächspartner in Teheran hoben daher auch den Ernst ihrer um mehr Verständnis bemühten Diplomatie gegenüber Saudi-Arabien und den übrigen Golfstaaten hervor, die sich von den iranischen Fundamentalisten in ihrem inneren Bestand bedroht fühlen. Der Bundesaußenminister habe vernommen, daß Teheran keinen Revolutions-Export mit Gewalt betreibe, da nach der politisch-ideologischen Lehrmeinung von Qom die schiitische Version des Islam „aus eigener Substanz" ihre Wirkung tue. Der Abschuß eines iranischen Kampfflugzeuges durch die saudische Luftwaffe im Juni und die irakischen Erfolge im Tanker-Krieg haben in Teheran offenbar handauflegend gewirkt. Man habe Genscher versichert, daß man eine „Internationalisierung des Krieges" im Golf vermeiden wolle. Die Saudis seien daran genauso interessiert.

Streit um US-Streitkräfte

● Fortsetzung von Seite 1

letztlich auch bei diesen selbst ein neues Selbstwertgefühl und ein völlig verändertes Verständnis für die friedenssichernde Aufgabe von Streitkräften hervorbrachte, wird durch jüngste Umfrageergebnisse bei führenden Offizieren eindrucksvoll dokumentiert. Gallup fragte im Auftrag von „Newsweek" im Juni 257 Generale und Admirale, ob die US-Streitkräfte im Vergleich zur Zeit vor vier Jahren (unter Carter) stärker oder schwächer geworden oder gleich geblieben seien. 95 Prozent meinten „stärker". 80 Prozent sagten auch, die USA würden heute von anderen Ländern mehr geachtet. 73 Prozent der hohen US-Offiziere glauben, daß es für die USA möglich sei, einen Krieg mit der Sowjetunion auch ohne Atomwaffen zu führen.

Derartige Aussagen machen eher klar, daß die Feststellungen des Kongreß-Berichtes nicht unbedingt den Tatsachen entsprechen müssen. Weinberger selbst gestand in seinem Anfang Februar 1984 veröffentlichten Jahresbericht des Pentagons ein, daß die Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte zum Beginn der achtziger Jahre „ernstlich ausgelaugt" gewesen seien. Heute, drei Jahre später, stellt er fest, seien 39 Prozent mehr Verbände als seinerzeit als „voll oder im wesentlichen einsatzbereit" eingestuft.

Britische Bergleute blockieren Transporte von Eisenerz

Schlägereien und Festnahmen / Bislang 4 800 Arbeiter verhaftet

WILHELM FURLER, London

Streikende britische Bergleute haben gestern eine der größten Brücken des Landes, die Autobahn-Brücke über den Humber, mit ihren Autos blockiert. Sie fuhren die Wagen auf die nach Süden führenden Autobahn-Spuren und ließen sie dort stehen. Die Autobahn wird unter anderem von den Lastwagen-Kolonnen benutzt, die Eisenerz in das Stahlwerk Scunthorpe transportieren. Schon seit langem versuchen die Bergleute, das Stahlwerk in ihre Streikaktionen einzubeziehen und von der Rohstoffversorgung abzuschneiden – bisher vergeblich.

Die Polizei brauchte einige Stunden, um die Humber-Brücke zu räumen. Auch die Gegenspuren waren von den Bergleuten mit verlassenen Personenwagen blockiert worden. Wie üblich kam es zu Schlägereien und Festnahmen. In weiteren Auseinandersetzungen zwischen 600 Bergleute-Streikposten und 500 Polizeikräften vor der Bilston-Glen-Zeche in der Nähe von Edinburgh wurden 20 Bergleute festgenommen.

Damit hat sich die Zahl der in dem 20wöchigen Streik verhafteten Bergarbeiter auf 4 800 erhöht. Bei den meisten lautet die Anklage auf Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Indessen wächst unter den konservativen Abgeordneten der Ärger darüber, daß die Einleitung der Gerichtsverfahren gegen die angeklagten Bergleute ganz offensichtlich verschleppt wird. So haben mehr als 140 konservative Abgeordnete jetzt einen Antrag im Unterhaus unterzeichnet und darin „schwerste Bedenken" angemeldet, daß von den seit dem 10. März verhafteten 4 800 Bergarbeitern erst 656 vor Gericht gestellt worden seien.

Inzwischen läßt die Regierung Thatcher durchblicken, daß sie „freiwillige Zivilisten" und nicht Armeekräfte einsetzen würde, falls Kohle von den riesigen Halden vor den Zechen zu den Kraftwerken transportiert werden müßte. Sie ist beeindruckt von den guten Erfahrungen, welche die Stahlwerke in letzter Zeit mit dem Einsatz von Lkw-Kolonnen anstelle der gewöhnlich benutzten Eisenbahnzüge für den Kohle- und Erztransport gemacht haben. Etliche Stahlwerke werden von Bergleute-Streikposten besetzt, und ein Teil der Eisenbahner weigert sich in einer Sympathieaktion, Züge zu und von den Stahlwerken zu bewegen.

Gegenwärtig wird außerdem rund die Hälfte der 500 000 Tonnen Kohle, die pro Woche von den arbeitenden Bergwerken zu den Elektrizitätswerken gebracht wird, auf Lastwagen transportiert. Allerdings besteht keinerlei Zweifel daran, daß erst frühestens Anfang nächsten Jahres die Notwendigkeit eintreten könnte, Kohle von den Halden der bestreikten Bergwerke zu den E-Werken zu schaffen, falls der Bergleute-Streik so lange andauern sollte.

Nach Angaben von Energieminister Walker sind nämlich die Kohlevorräte der Kraftwerke immer noch sehr groß. Sie liegen bei 18,5 Millionen Tonnen und nehmen pro Woche lediglich um 1,5 Prozent ab. Zu Beginn des Streiks lagen bei den Kraftwerken rund 20 Millionen Tonnen Kohle auf Halde. Mindestens nochmal so viel Kohle liegt bei den Zechen selbst auf Halde.

Bonn: Dachschäden in Millionenhöhe

EVI KEIL, Bonn

Auch das Bundeskabinett zerbricht sich jetzt den Kopf darüber, warum Bonns Bauriesen rosten. Rost an den Kreuzbauten an der Bundesstraße 9, Rost im Langen Eugen, dem Abgeordnetenhochhaus, Rost in den Heizungsrohren der Villa Hammerschmidt, dem Amtssitz des Bundespräsidenten. Alarmiert über die Millionenschäden, ließ sich der Kanzler einen „Bauschadenbericht" vorlegen, für den Wohnungsbauminister Oscar Schneider verantwortlich zeichnete.

Der Bericht zeigt, daß der für Bundesbauten federführenden Bundesbaudirektion offenbar die Millionen nur so durch die Finger rieseln. „Die Bundesbaudirektion ist inzwischen auch in das Visier des Bundesrechnungshofes geraten", so der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Echternach. Daß die Bundesbauten „zum besonderen Problem wurden", liegt seiner Meinung mit daran, „daß die *Bundesbaudirektion in Berlin sitzt* und nicht in Bonn, wo sie eigentlich hingehört".

Was der Bauschadenbericht offenbart, hat aber nicht nur etwas mit Ortsferne zu tun, sondern eher mit mangelnder Aufsicht und der Schludrigkeit von Beamten. 1972 waren zum *Beispiel die Kreuzbauten an der Bun*desstraße 9 fertig. Kosten: 100 Millionen Mark. Hier sitzen Justiz sowie Forschung und Technologie. Jetzt heißt es im Baubericht: „Die Bewehrungsstähle haben an einigen Stellen eine zu geringe Betonüberdeckung."

Und: „Teilweise fehlte es dem Beton im oberflächennahen Bereich an ausreichender Festigkeit und Porendichte." Die Folge: Durch Regen begann der Stahl im Beton zu korridieren. Der Bericht sagt: „Die dabei entstehende 2,5fache Volumenerweiterung erzeugt Risse und Abplatzungen in der Betonüberdeckung und führt zur Freilegung der Bewehrungsstähle bis zur vollständigen Zersetzung."

Mindestens drei bis vier Millionen Mark werden zur Reparatur, zunächst für die Außentreppen, benutzt. Experten in den beiden Ministerien bestätigten inzwischen der WELT, daß solche Bauschäden auch an den beiden Baukörpern selbst festgestellt worden sind.

Als Faß ohne Boden erweist sich das neue Kanzleramt: Bausumme 110 Millionen Mark. Nachdem unter Bundeskanzler Helmut Schmidt die Dekke zur Tiefgarage repariert wurde, weil Regenwasser durchfloß, geht der Bauschadenbericht jetzt auch auf den „Dachschaden" im Kanzleramt ein. Angeblich behaupten Mitarbeiter, sie könnten am Schreibtisch nur noch mit Regenschirm arbeiten. Dazu heißt es im Bericht Schneiders: „Bei *den Sanierungsarbeiten wurde fest*gestellt, daß bei der Verlegung der Wärmedämmplatten und der Verklebung der Dampfsperre gegen anerkannte Regeln der Bautechnik sowie gegen die Dachdecker-Richtlinien verstoßen worden war." Den deutschen Steuerzahler kostete der Kanzleramtsdachschaden bisher 676 698,04 Mark.

Zum Bauschaden im Neuen Abgeordnetenhochhaus, Bausumme seinerzeit 80 Millionen Mark, heißt es unter anderem, daß „die Isolierglasfensterscheiben beschlagen, weil unter anderem" ein (regen-)wasserlöslicher Kleber verwendet wurde. Eindringende Feuchtigkeit begünstige unter anderem „den Nährboden für Mikroorganismen, Algen und dergleichen", die zum „Beschlagen" der Scheiben führen. Erforderliche Reparatursumme: bisher unbekannt.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wurde von der Bundesbaudirektion jetzt gedrängt, die angeblich rostenden Heizungsrohre in der Villa Hammerschmidt zu erneuern. Bis Ende des Jahres residiert der *Bundespräsident nun in der früheren* Außenminister-Villa auf dem Venusberg. Seine Bonner Amtsvilla macht einen traurigen Eindruck: Alle Scheelschen Einbauten, für Millionen Mark erstellt, gingen auf den Schutt. Die wertvollen Hölzer im früheren Präsidentenarbeitszimmer sind verschwunden, die kostbare Kassettendecke im Speisesaal ebenfalls. Graue Betonwände zieren zur Zeit auch das Entrée. Der Umbau soll 1,23 Millionen Mark verschlingen.

Gewaltverzicht soll konkreter gefaßt werden

hey, Bonn

Bonn und Ost-Berlin sollen sich nach Ansicht von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher für eine Bekräftigung und Konkretisierung des Gewaltverzichts einsetzen. Eine derartige Initiative könne unterstreichen, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten „europäische Friedenpolitik" sei. Auf einer Parteiveranstaltung im oberfränkischen Bad Berneck meinte Genscher weiter, ein entsprechender Vorstoß müsse sich auf Gleichgewicht und Vertrauensbildung sowie auf Dialog und Zusammenarbeit „auf breitester Grundlage" stützen.

Daneben müßten sich die innerdeutschen Beziehungen auf zwei weiteren Feldern auswirken. Dabei gehe es zum einen um Verbesserungen insbesondere bei den Reisemöglichkeiten, bei der Familienzusammenführung und bei humanitären Fragen „für die Bürger in West und Ost". Zum anderen müsse es zu Fortschritten im wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Bereich sowie beim Umweltschutz kommen.

Giscard stellt sich zur Wahl

A. GRAF KAGENECK, Paris

Valery Giscard d'Estaing, Vorsitzender der Republikanischen Partei und bis Mai 1981 Präsident der Französischen Republik, will sich im September zu einer Nachwahl in seinem Wahlkreis Chamalleres in der Auvergne stellen. Er will den Platz seines bisherigen Stellvertreters Claude Wolf einnehmen, der am 17. Juni ins Europa-Parlament nach Straßburg gewählt wurde. Gegner Giscards in der Auvergne wird der Führer der rechtsextremen Partei „Nationale Front", Jean-Marie Le Pen, sein, der sich ebenfalls aufstellen lassen will. Daher vermutet man, daß der frühere Präsident nicht gleich auf Anhieb gewählt wird, sondern in eine Stichwahl gehen muß.

USA wollen weiter Waffen verkaufen

rtr, Washington

Die USA wollen Thailand, Jordanien und Ägypten weitere Waffen verkaufen und ein Trainingsprogramm für Piloten aus Kuwait starten. Dies teilte das US-Verteidigungsministerium dem Kongreß mit. Thailand soll demnach zur Verbesserung seines veralteten Luftabwehrsystems militärische Ausrüstung im Wert von *rund* 297 Millionen Dollar (etwa 590 Millionen Mark) erhalten. Jordanien und Ägypten erwürben für ihre US-Hawk-Luftabwehrraten eine Zusatzausstattung.

Ein Paradies, das Besucher aus aller Welt anlockt: Der Park von Exbury der Familie Rothschild

Der Bankier, der eigentlich ein Gärtner war

Die Zeit der Hochkonjunktur englischer Gärten fällt ins 18. Jahrhundert. Bis heute werden Kreationen von Capability Brown wie organische Museen gepflegt. Es blieb einem Mitglied der englischen Linie des Hauses Rothschild vorbehalten, auch in unserem Jahrhundert einen Garten anzulegen, der eine alte Tradition aufgreift, aber um eine ganz neue Variante bereichert. Der Bankier Lionel de Rothschild stampfte im Jahre 1919 seinen zehn Hektar großen Garten „Exbury Gardens" praktisch aus dem Nichts: Er ließ erst einmal in großem Umfang Wald roden. Heute gilt „Exbury Gardens", südlich von Southampton gegenüber der Insel Wight gelegen, als einer jener Paradiesgärten, die Besucher aus aller Welt anlocken.

„Kommen Sie im April, Mai oder Anfang Juni. Das ist die beste Zeit", riet uns der älteste Sohn des Gründers, Edmund de Rothschild, der das Erbe des 1942 gestorbenen passionierten Gärtners antrat und „Exbury Gardens" der Öffentlichkeit zugänglich machte. „In diesem Jahr hatten wir 92 000 Besucher", sagte „Eddie" Rothschild stolz, der nach eigenem Eingeständnis erst in reiferen Jahren die Freuden der Freizeitgärtnerei entdeckte.

„Mr. Lionel", wie sich dieser hochgebildete, weitgereiste Bankier gerne nennen ließ, setzte eine 150 Mann starke Truppe von Gartenarbeitern ein, um Bäume roden, das Unterholz entfernen und den Boden für Blumenbeete und Zierpflanzen bereiten zu lassen. Er ließ eigens eine Bahnlinie mit Kleinbahn anlegen, um gewaltige Felsbrocken aus einem Steinbruch für einen Steingarten anrollen zu lassen. Um die Bewässerung sicherzustellen, ließ er einen Wasserturm bauen. Wasserrohre mit Sprinkler-Anlagen durchziehen den ganzen Garten auf eine Gesamtlänge von 35 Kilometern. Fünf Tage arbeitet Lionel in seiner Londoner Bank, um am Wochenende in „Exbury Gardens" die Ärmel hochzukrempeln und an seinem Garten zu dichten, der 1935 „fertig" war. König Georg V. und Königin Mary waren die ersten königlichen Besucher. Der Prinz von Wales landete im Privatflugzeug.

In dem Film, den Edmund de Rothschilds Sohn, der Filmproduzent Nicholas, diesem Gartenwunder widmete, sind große historische Augenblicke festgehalten: Man sieht, wie Königin Elizabeth, die Mutter der Queen, dort einen Baum pflanzt. Später erlebt man die Queen mit Spaten und Setzling, wie sonst nur bei Staatsbesuchen. Aus Exbury stammen einige der schönsten Rhododendren in den Gärten der Queen. Solches Filmmaterial fand Nicholas in dem bis in die Anfänge der Filmgeschichte zurückreichenden Archiv der Rothschilds.

„Einen Film über Exbury zu machen, lag in der Luft. Wenn ich mich nicht daran gegeben hätte, hätte es jemand anders getan. Mir ging es bei diesem Projekt darum, keinen Film *für Botanik-Experten zu drehen.* Ich zielte auf ein Massenpublikum ab, denn auch die Besucher von

Der Park von Exbury – III. Gemeinschaftsprogramm der Nordkette, 21.45 Uhr

Exbury Gardens sind in der Mehrzahl allgemein interessierte Gartenfreunde."

Nicholas de Rothschild ist ein unabhängiger Filmproduzent, dessen Gesellschaft „Studio Film and Video" im Herzen von London liegt. Sein Film über den Familiengarten, den heute ein fünfköpfiges Familien-Komitee verwaltet, ist schon in aller Welt in Fernsehen gezeigt worden, in Amerika, Südafrika und Australien.

Es ist mehr als eine Sinfonie der Farben über das Leitmotiv Rhododendron, dessen Schönheit Lionel in immer neuen Kreuzungen zu ergründen suchte. Von 1210 neuen Hybriden behielt er 452, denen er Namen gab und die er bei der Königlichen Gartenbaugesellschaft registrieren ließ. Nicholas' Film ist mehr als ein Augenschmaus für Gartenfans. Er erzählt ganz nebenbei die Geschichte der englischen Rothschilds und bietet damit ein Stück faszinierender Kulturgeschichte.

Auch eine Gartenschule gibt es in Exbury, was viele Gartenfreunde sehr begrüßen. Besucher können dort Samen und Setzlinge kaufen, darunter die preisgekrönten Züchtungen Lionel de Rothschilds, von dem man sagte, Bankier sei nur sein Hobby gewesen, seine wahre Berufung war die Gärtnerei.

Auf die Frage, was die Anlage des Paradiesgartens von Exbury, der von März bis Juli besichtigt werden kann, gekostet hat, sagte Nicholas de Rothschild lächelnd: „Das haben wir uns in der Familie schon oft gefragt. Die einen meinen: Es müssen in den zwanziger und dreißiger Jahren schon an die acht Millionen Pfund gewesen sein. Die Ansichten jedenfalls schwanken zwischen zwei und neun Millionen Pfund."

SIEGFRIED HELM

KRITIK

Wirkt die Adrenalin-Spritze auf Dauer?

Mit der Frage **Wer hat das Zeug zum Präsidenten?** haben sich die Herren Kronzucker, Ellgaard und Friedrichs im ZDF beschäftigt. Es ist nicht ihre Schuld, daß dieser objektive und kritische Bericht über den Parteikonvent der Demokraten in San Francisco genau das Gegenteil ergab: warum Amerikas zahlenmäßig stärkste Partei für Wahl wieder einmal einen Mann nominierte, der das Zeug zum Präsidenten durchaus nicht hat.

Walter F. Mondale erscheint als ein Kandidat ohne Ausstrahlung, ein typischer Vertreter des Partei-Apparates, der seinen Erfolg der emsigen Organisation verdankt, mit der er die kontroversen Minderheitsgruppen Amerikas zu einem Fleckenteppich zusammennähte, einer theoretischen Mehrheit, die in ihren Gegensätzen nur durch eine starke Persönlichkeit zu reinigen wäre.

Für die drei Analytiker ist Mondale diese Persönlichkeit nicht. Sie billigen ihm gegen den charismatischen Ronald Reagan nur eine *marginale* Chance zu. Daß Mondale mit Geraldine Ferraro erstmals eine Frau für die Vize-Präsidentschaft erkor, mag ihm viele weibliche Stimmen einbringen, aber die Unterstützung eines Teiles der Schwarzen kosten, die von ihm übergangen wurden.

Ob die Adrenalin-Spritze, die er mit dieser auf den Publicity-Effekt berechneten Entscheidung seiner Partei verpaßte, auf die Dauer wirken wird, ist zweifelhaft. Ohne diesen Griff in die psychologische Trick-Kiste wären die Demokraten auf jeden Fall aussichtslos geblieben. Der Widerspruch *ist weiter ungeklärt, warum Amerika,* die bestfunktionierende Demokratie der Welt, an der schlechtesten Auslese-Methode für seine Präsidenten festhält.

HEINZ BARTH



Die **Deutsche Welle** ist in Kenia die am meisten gehörte nicht-afrikanische Rundfunkanstalt. Das gilt sowohl für die Programme in Suaheli als auch in englischer Sprache. Wie aus einer von der BBC in London und der Deutschen Welle gemeinsam durchgeführten repräsentativen Umfrage hervorgeht, hat die Kölner Anstalt in Kenia eine regelmäßige Hörerschaft von 1,4 Millionen für ihre Sendungen in Suaheli. Die englisch-sprachigen Programme der Afrika-Redaktion werden von 400 000 Kenianern regelmäßig eingeschaltet.

DW.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Geheime Reichssache
11.50 Umschau
12.10 Monitor
Moderation: Klaus Bednarz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Die Geschichte vom Prinzen Achmed und der Fee Peribanu

15.30 Matt und Jenny
Die Schottenhochzeit
Matt, Jenny und Carston begegnen auf ihrem Weg durch die Wildnis des Ahornlandes zwei ehemals verfeindeten schottischen Farmerfamilien. Obwohl sich die beiden Clans in ihrer neuen Heimat schon lange wieder gut vertragen, wollen die Familienoberhäupter die Beziehung zwischen dem Sohn der einen und der Tochter der anderen Familie unterbinden.

16.00 Tagesschau

16.10 Daran stirbt man, niemals reden können
Maria Menz – eine Autorin im Schwäbischen Oberland

16.55 Die rote Zora und ihre Bande
Die Hexe Kata

17.25 Doctor Snuggles

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Rosen im Herbst
Deutscher Spielfilm (1955)
Mit Ruth Leuwerik, Bernhard Wicki, Barbara Born u. a.
Regie: Rudolf Jugert
Effi Briest ist voller romantischer Hoffnungen, als ihre Eltern sie *mit* Geert von Innstetten verheiraten. Als Landrat im pommerschen Kessin tut der ehrgeizige Baron alles für seine Karriere; so bleibt die junge Frau oft sich selber überlassen und verliebt sich in den sympathischen Major Crampas.

22.00 Brennpunkt
Wende in Israel?
Moderation: Wolf Feller

23.00 Show Bühne
Alfred Biolek stellt junge Unterhaltungskünstler vor

0.35 Tagesschau

ZDF

10.45 Aus Straßburg:
Heute im Europäischen Parlament
Wo steht die EG?

15.00 heute

15.05 Puff, der Zauberdrache
Amerikanischer Zeichentrickfilm

15.25 Trickbonbons
Calimero als Tänzer und Postbote

15.40 Ferienkalender
Moderation: Hansi Fischer

15.50 Madita
Alle Jahre wieder

16.20 Lassies Abenteuer
Die Malerin

16.40 Breakdance

17.00 heute / Aus den Ländern

17.50 Tele-Illustrierte
anschl. heute-Schlagzeilen

18.10 Der lange Treck
Der Vertrag

19.00 heute

19.30 Der internationale Jugendfilm
Ich bin Janet
Kanada (1981)
Regie: Rebecca Yates und Glen Salzmann

20.15 ZDF Magazin
Neuer Kredit für Ostberlin / KGB-*Gehirnwäsche für Sacharow?* / Umweltdreck kennt keine Grenzen / Jugoslawischer Geheimdienst gibt Mordbefehle
Moderation: Gerhard Löwenthal

21.00 Die 2
Der große Lomax

21.45 heute-journal

22.05 Mittwochslotto – 7 aus 38

22.10 Mystik und Macht
Norbert von Xanten
Versuche einer Wiederentdeckung anläßlich des 850. Todestages des Heiligen

22.40 Das kleine Fernsehspiel
Stranger than Paradise
Ein Film von Jim Jarmusch und John Lurie

0.10 heute

Selbst beim Drink werden Danny (Tony Curtis) und Lord Brett Sinclair (Roger Moore) von ihren Widersachern nicht in Ruhe gelassen (Die 2 – ZDF, 21.00 Uhr)

FOTO: TELEFUNK

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
19.00 Das polynesische Dreieck
19.30 Agrarland UdSSR
Von der Troika zum Traktor

WEST/NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
Bürger und Politiker in Rüdesheim
21.45 Der Park von Exbury
Ein englischer Garten der Familie Rothschild
22.30 Das Rattennest
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Regie: Robert Aldrich
Ein Zufall verwickelt Mike Hammer in eine mysteriöse Mordgeschichte, die deshalb so kompliziert und undurchsichtig ist, weil es kein Tatmotiv zu geben scheint.
0.10 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
Jugendmagazin
Aus Berlin kommen künftig Informationen aus der Szene, von neuen Trends und Machern wird berichtet
20.15 Sammelsurium
Aus dem Kulturleben
21.00 Der Schrecken vom Amazonas
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Ricou Browning, Ben Chapman, Richard Carlson
Regie: Jack Arnold
22.15 Jack Arnold erzählt
Der Regisseur des Films „Der Schrecken vom Amazonas" berichtet über die Dreharbeiten, über das Ungeheuer und das Wasserballett
22.25 Der unbekannte Chaplin
Verborgene Schätze
23.15 Letzte Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Rose vom Wörthersee
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Die wirklich Reichen
Was man den Armen gibt, bekommt man von Gott zurück
22.40 Z. E. N.
22.45 Washington DC
23.45 Rundschau

In der Wagenburg

HH. – Der Begriff „Wagenburg-Mentalität" – am Montag auf einer Veranstaltung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zu hören – wird die Runde machen. *Mit hoher Suggestivkraft* charakterisiert er die innere Abwehrhaltung, die sich die Buren auf ihren Trecks aufgrund der damaligen „Begleit"-umstände zu eigen machten, von der sie nun aber nicht mehr loszukommen scheinen.

Diese Mentalität paßt nicht zu einem Industrieland, das ein knappes Drittel seiner Güter jenseits eben dieser „Wagenburg" verkauft – verkaufen muß, wenn es den Lebensstandard halten will, an den sich seine Bürger gewöhnt haben.

Will man dieses Niveau halten, müssen die Barrieren schleunigst wieder abgebaut (ein Verdienst der Aktionsgemeinschaft, diesen Denkanstoß zu geben) und gleichzeitig die „Vollkasko-Mentalität" aufgegeben werden. Der Staat kann nur verteilen, was er seinen Bürgern zuvor aus der Tasche gezogen hat.

Umso erfreulicher, daß nach einer kürzlichen Umfrage der „Wirtschaftsjunioren Deutschland" jeder zweite Bundesbürger für seine soziale Sicherung mehr auf Eigenvorsorge statt auf Staatsfürsorge setzen möchte. Bedenklich allerdings, daß ausgerechnet bei den Jüngeren unter den Befragten (unter 30 Jahre) die Neigung zum weiteren Ausbau des staatlichen Sozialsystems besonders ausgeprägt ist. Ist die Versorgungsmentalität also im Vormarsch? Wird aus der vermeintlichen Ellbogengesellschaft eine – wie Johannes Gross gesagt hat – „Sitzfleischgesellschaft"?

Kaffeesatz

JB. – Am Kaffeemarkt wird weiter kräftig gerührt. Kaum hat der Filialist Tchibo seine Zahlen und Ansichten zum Marktgeschehen preisgegeben, meldet sich der Konkurrent Eduscho. In einem Fernschreiben an die Redaktionen setzen die Bremer den „Glaubenskrieg" der Röster fort. Während Tchibo behauptet, die Kurzzeitröstung sei das beste und ergiebigste Verfahren der Bohnen-Veredelung, spricht Eduscho von sinkendem Qualitätsstandard, der durch veränderte Röstverfahren eingeleitet worden sei. Die unterschiedlichen Meinungen machen natürlich bei technischen Fragen nicht halt. Die Daten zum Markt weichen in einem Maße voneinander ab, daß man meinen könnte, sie entstammen nicht statistischen Unterlagen, sondern der Kaffeesatz-Deuterei. Auch was das Verdienen mit Kaffee angeht, ist Gegensätzlichkeit Trumpf. Tchibo beklagt Renditeverfall, Eduscho freut sich über eine positive Ertragsentwicklung. Schade, daß man die unterschiedlichen Auffassungen am Ende des Geschäftsjahres nur schlecht überprüfen kann. Tchibo publiziert, Eduscho schickt Fernschreiben.

Kräftige Warenhäuser

Von *JOACHIM GELHOFF*

Walter Deuss, Vorstandssprecher des Branchenersten Karstadt AG, hat es in der nun abgeschlossenen Bilanzsaison der vier deutschen Warenhauskonzerne am deutlichsten ausgesprochen: Auch für den Rest dieses Jahrzehnts müsse sich der deutsche Einzelhandel eher auf Stagnation denn auf Wachstum einstellen. Dies vor allem, weil die Kaufkraft der immer älter werdenden Bevölkerung voraussichtlich nur noch wenig wachse und zudem vermehrt in „nicht einzelhandelsrelevante" Verwendungen gehe.

Keine schöne Aussicht zumal für das Warenhaus-Konzernquartett nach dem durch mieses Wetter, Streiks und allgemeiner Eintrübung der Konsumlaune geprägten ersten Halbjahr 1984. Es brachte dem „institutionellen" Einzelhandel (insbesondere ohne Auto- und Mineralölgeschäft) nur noch maximal 2,5 Prozent Umsatzplus und abzüglich Teuerungsrate die Rückkehr in ein (kleines) reales Minus. Die Warenhausgruppen erlitten sogar nominal ein Umsatzminus von 2,5 Prozent.

Gleichwohl waren in den letzten Wochen von allen vier Konzernvorständen statt Wehklagen Worte der Zuversicht zu hören. Sie gründete sich nicht nur auf die Chance, nach dem Ende der Streiks und nach dem „*Sommerloch*" im *stets* umsatzstärkeren zweiten Halbjahr zumindest den nominellen Umsatzverlust wieder aufholen zu können.

Die Zuversicht kommt vor allem aus der mit den 1983er Bilanzen und Divenden deutlich gezeigten Verbesserung der Ertragskraft. Bernd Hebbering, Vorstandssprecher bei der Horten AG, dem jüngsten und kleinsten der sonst schon mehr als hundertjährigen Warenhausunternehmen, nannte 1983 sogar eines der besten Jahre des letzten Jahrzehnts. *Das muß man in die richtigen Relationen setzen, um das volle Gewicht der Aussage zu erfassen:*

Gerade 1,2 Prozent nominales Umsatzplus, real also immer noch ein Prozent Minus, schafften die Warenhäuser 1983. Sie konnten damit ihren jahrelangen Marktanteilsverlust am Einzelhandelskuchen lediglich und erstmals deutlich abbremsen, hatten jedoch gegenüber den um weitere 8,8 Prozent im Umsatz gewachsenen SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten wiederum klar das Nachsehen.

Doch parallel zum bescheidenen Umsatzplus wurde in der Summe des Konzernquartetts der „Nettogewinn" (nach Finanzanalysten-Methode errechnet) gegenüber 1982 mehr als verdoppelt. Eine Umsatzgewinnmarge von gut einem Prozent, sieht man von immer noch nicht ganz aus den Betriebsverlusten herausgekommenen Branchendritten ab, dem Hertie-Familienkonzern, wurde verläßlich erreicht. Das ist zwar beileibe nach kein Signal des aussichtsreichen Rückwegs zu der vor einem Jahrzehnt noch doppelt so hohen Umsatzrendite. Aber doch Kennzeichen einer wiedergewonnenen Ertragskraft, die in der Vierergruppe angesichts kaum noch vorhandener lohnender Standorte für neue City-Häuser die Innenfinanzierungskraft (Netto-Cash-flow) doppelt so groß wie das Investitionsvolumen macht.

Vor allem drei Gründe gibt es für diesen im wesentlichen daueraft erscheinenden Ertragserfolg. Erstens eine seit Jahren intensiv betriebene Politik der Rationalisierung auch mit Personalabbau, der hauptsächlich die „rückwärtigen Dienste" (in den 70er Jahren noch die Hälfte vom Gesamtpersonal) erfaßt und die „Verkaufsfront" zum wichtigsten Posten des Personaletats macht. Zweitens eine Sortimentspolitik, die auf vielfältigen und stark „standort-spezifischen" Wegen Ertragsschwächen ausgemerzt *und Aussichtsreiches in* Marktsegmenten wie Freizeit/Urlaub/Erholung, Wohnkultur, Kommunikation und Unterhaltung um so stärker als nur im Warenhaus gebotene „Erlebniswelt" offeriert. Drittens schließlich die Diversifikation in andere Handels-Betriebsformen.

Letzteres geht, wie Karstadts langes Würgen am Neckermann-Versandhandel oder Kaufhofs Rückzug aus dem verlustreichen Aufbau einer Schnellimbißkette zeigen, nicht immer ohne Blessuren ab. Aber die Tendenz, daß die einst reinrassigen Warenhauskonzerne immer mehr zu „Handelskonzernen" werden (beim Kaufhof soll in wenigen Jahren schon die Hälfte vom Umsatz „warenhausfern" erzielt werden) ist unverkennbar. Vergleichbar in den Bilanzen bleibt für den Aktionär dann nur noch die Rendite. „Wenn alles vergleichbar wäre, hätten wir ja überhaupt keine Ausreden mehr", ironisierte schon in den 70er Jahren ein prominenter Warenhausmanager. Die mit den Abschlüssen von 1983 demonstrierte Ertragskraft läßt hoffen, daß man solche Ausreden auch nicht mehr braucht.

VEREINIGTE STAATEN / Konjunkturmotor läuft schneller als allgemein erwartet

Das hohe Wachstumstempo zerstört alle Hoffnungen auf sinkende Zinsen

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Stark verschlechtert hat sich die Aussicht auf niedrigere US-Zinsen, die zugleich den Dollarkurs drücken würden. Für eine solche Entwicklung wächst *die amerikanische Wirtschaft, angekurbelt durch riesige Haus*haltsdefizite und Steuersenkungen, einfach zu schnell. Immerhin nahm das US-Bruttosozialprodukt in der April-Juni-Periode real wieder um 7,5 Prozent zu – 1,8 Prozent mehr als zunächst vorausgesagt.

Nachträglich hat das US-Handelsministerium der Schubkraft dieses gewaltigen Konjunkturmotors Rechnung getragen und alle früberen Wachstumsraten nach oben revidiert. Für 1983, dem ersten Aufschwungsjahr nach langer Rezession, ist sie preisbereinigt von 3,4 auf 3,7, für das erste Quartal 1984 von 9,7 auf 10,1 Prozent angehoben worden. Mit einer Heraufsetzung der jüngsten, immer noch vorläufigen Rate muß gerechnet werden. Im Durchschnitt der ersten beiden Quartale 1984 betrug das Plus 8,8 Prozent. So etwas hat es seit 1949 nicht gegeben.

Besonders beeindruckend ist, daß sich dieses enorme Tempo bei gebremster Inflation vollzog. So erhöhte sich der Deflator auf Jahresbasis nur um 3,2 Prozent, gegenüber 4,4 Prozent im ersten Quartal 1984. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, daß in den USA seit Dezember 1982 auch mehr als sechs Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Für die anhaltend hohe Wertschöpfung sorgten im zweiten Quartal vor allem die Endverkäufe, die real von 3,6 auf 10,4 Prozent zunahmen. Demgegenüber wuchsen die Lagerbestände, die in der Januar-März-Periode geradezu explodiert waren, langsamer. Vor dem Hintergrund nominal gestiegener Einkommen erhöhte sich die reale Verbrauchernachfrage um stolze 17,6 (11,7) Milliarden Dollar, wobei das Schwergewicht auf Konsumgütern und Dienstleistungen lag. Die US-Sparrate, gemessen am verfügbaren Einkommen, fiel von 6,1 auf sechs Prozent.

Eine weitere wichtige Konjunkturstütze waren die betrieblichen Investitionen, die seit dem vierten Quartal 1982 real um 25,5 Prozent ausgeweitet worden sind. Die Masse entfiel auf *Ausrüstungsgüter. Der Effekt ist dreifacher Art:* Verbessert werden Angebot und Produktivität, was wiederum die Teuerung in Schach hält. Auf der Basis 72er Preise ist dieser Investitionsschub der stärkste nach den sechs Rezessionen, die Amerika seit 1945 erlebt hat. Im Quartalsvergleich erhöhten sich die Kapitalaufwendungen um 9,3 (8,8) Milliarden Dollar.

Nicht zu übersehen sind indes die Anstöße, die vom Staat ausgehen. So wuchsen die Käufe der Bundesregierung von April bis Juni um 11,5 Milliarden Dollar, verglichen mit minus 0,8 Milliarden Dollar zuvor. Rüstungsgüter stellen ein bedeutendes Konjunkturelement dar. Nominal hat das US-Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal 1984 um 10,9 Prozent auf 3646 Milliarden Dollar (Jahresrate) zugenommen; *zu Preisen von 1972* erreichte es 1640 Milliarden Dollar. Die realen Netto-Exporte schrumpften gegenüber dem ersten Quartal von 10,3 auf 1,7 Milliarden Dollar.

Für das zweite Halbjahr 1984 sagte US-Handelsminister Malcolm Baldrige eine reale Zunahme der Wertschöpfung um vier bis 5,5 Prozent voraus, wobei sich die Bremswirkung gegen Jahresende verstärken soll. Allerdings haben sich bisherige Prognosen als falsch erwiesen. Baldrige glaubt auch an einen Zinsrutsch – vielleicht nach der Präsidentschaftswahl Anfang November. Aber auch solche Voraussagen nimmt die Wall Street nicht ernst. Hier käme es darauf an, ob sich der im Juni herausgebildete Trend höherer persönlicher Einkommen und schwächerer Einzelhandelsumsätze fortsetzt. Dann müßte das Sparvolumen wachsen.

Laut Baldrige ist in den USA die Inflation unter Kontrolle. Als Preisbremse wirken auch die Steuergeschenke an Privatpersonen und Unternehmen sowie die wechselkursbedingten billigen Einfuhren. „In Amerika hat sich die gesamte Psychologie geändert; Firmen und Gewerkschaften wissen heute, daß die Arbeitskosten der Produktivität nicht davonlaufen dürfen", sagte der Minister. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Fed ihren Geldkurs nicht ändert.

AUF EIN WORT



„Das Vordringen des Staates in Entscheidungsspielräume der Wirtschaft hat nicht nur die Anpassungsfähigkeit beeinträchtigt, sondern auch zu zunehmender Verunsicherung beigetragen."

Curt Engelhorn, Geschäftsführungsvorsitzender der Boehringer Mannheim GmbH, Mannheim
FOTO: WOLF P. PRANGE

Reale Einbußen beim Einkommen

dpa/VWD, **Wiesbaden**

Die gewerblichen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik haben von Mai 1983 bis April 1984 leichte reale Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Bei den Angestellten konnten nur die Frauen eine Einkommensverbesserung um 0,1 Prozent real verbuchen. Wie das Statistische Bundesamt berichtete, erhöhte sich der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der männlichen Arbeiter um 2,6 Prozent auf 675 DM und bei Arbeiterinnen um 2,8 Prozent auf 470 DM. Die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik verteuerten sich jedoch um drei Prozent. Die Monatseinkommen der männlichen Angestellten stiegen um 2,8 Prozent auf durchschnittlich 3947 DM, die der weiblichen Angestellten um 3,1 Prozent auf 2513 DM.

FIRMENGRÜNDUNGEN

Der Ansturm auf die Bonner Finanzierungshilfen hält an

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Die staatlichen Finanzierungshilfen des Bundes für Existenzgründer sind gefragter denn je. Die Lastenausgleichsbank (LAB), die zinsgünstige langfristige Kredite für Firmengründungen, Übernahmen und tätige Beteiligungen vergibt, registrierte im ersten Halbjahr eine wahre Flut von Anträgen.

Besonders begehrt waren Kredite aus dem Eigenkapitalhilfe-Programm. 8050 Anträge über 440 Mill. Mark bedeuteten einen Zuwachs von 35 Prozent gegenüber der ersten Jahreshälfte 1983. Für ERP-Darlehen zur Förderung von Existenzgründungen gingen 11 800 Anträge über 760 Mill. Mark ein, 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Bewilligt wurden 240 Mill. Mark Eigenkapitalhilfe (plus 63 Prozent) und 450 Mill. Mark ERP-Darlehen (plus zwei Prozent). Im vergangenen Jahr hatten die Zusagen von Existenzgründungskrediten nach einer sprunghaften Zunahme von 69 Prozent das Rekordniveau von 1,4 Mrd. Mark erreicht.

Entschieden wendet sich die LAB in ihrem Jahresbericht für 1983 gegen die Kritik, der Nachfrageboom beim Eigenkapitalhilfe-Programm sei vor allem auf Mitnahmeeffekte aufgrund der verlockenden Konditionen zurückzuführen. Die Vorhaben würden sorgfältig geprüft, was sich in einer Ablehnungsquote von 23 Prozent widerspiegele. Auch der Vorwurf, es würden zu wenig innovative Vorhaben unterstützt, geht nach Ansicht der LAB-Experten ins Leere. Ziel sei es, tragfähige unternehmerische Existenzen schlechthin zu fördern. Unterstrichen wird die Notwendigkeit, neben Neugründungen auch Betriebsübernahmen durch Nachwuchskräfte einzubeziehen. Bei Betriebsübergaben würden mehr Arbeitsplätze erhalten als durch Gründungen neue geschaffen.

EG-AUSSENMINISTER

Lösung der Finanzprobleme scheitert wieder an London

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Finanzierung der EG bleibt weiterhin unklar. Auch im Rat der Außenminister haben sich die Briten allen Appellen der Partner verschlossen, der Gemeinschaft für das laufende Haushaltsjahr zusätzliche Geldmittel bereitzustellen.

Die EG-Kommission verabschiedete trotzdem ein Programm zur Entlastung des Rindfleisch- und Weinmarktes sowie zur Verringerung der Butterbestände. Der „Butterberg" von gegenwärtig 1,2 Millionen Ton*nen soll durch verbilligte Verkäufe an* die Nahrungsmittelindustrie und durch subventionierte Exporte (u.a. an die Sowjetunion) reduziert werden. Dagegen ist über eine neue „Weihnachtsbutter-Aktion" wegen ihrer besonders hohen Kosten noch nicht entschieden worden.

Im Rat hat auch Bundesaußenminister Genscher vergeblich versucht, seinen britischen Kollegen ins Gewissen zu reden. Dabei warf er London vor, von den Beschlüssen des letzten EG-Gipfels abzurücken. In Fontainebleau hatten die Regierungschefs Ende Juni „vom nächsten Rat" Maßnahmen zur Deckung des Haushaltsdefizits 1984 gefordert, „um das normale Funktionieren der Gemeinschaft sicherzustellen". Außerdem hatten sie die Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen zeitlich mit der Erweiterung der EG verknüpft, die für den 1. 1. 1986 geplant ist.

Die Briten weigern sich hartnäkkig, für 1984 zusätzliche Zahlungen zu leisten. *Statt dessen wollen sie die* unabweisbaren aber nicht aus dem bisherigen Budget zu finanzierenden Ausgaben in das Jahr 1985 schieben und notfalls die Erhöhung der Eigeneinnahmen vorziehen. Der Grund ist, daß ihnen in Fontainebleau für 1984 ein fester „Beitragsrabatt" von rund 2,23 Milliarden DM eingeräumt wurde. In den folgenden Jahren wird die Beitragsentlastung dagegen 66 Prozent der Nettozahlungen betragen.

BUNDESHAUSHALT

Die Ausgaben lagen bisher unter den Etat-Ansätzen

HEINZ HECK, **Bonn**

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat gute Aussichten, auch 1984 – wie schon im Vorjahr – noch größere Konsolidierungserfolge zu erzielen, als im Haushaltsgesetz ohnehin vorgesehen. Das zeigt der Haushaltsvollzug für das erste Halbjahr.

Die Ausgaben sind im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (Ist-Ergebnisse) nur um 0,6 Prozent auf 128,9 Milliarden Mark angestiegen. Bedenkt man, daß der bewilligte Ausgaberahmen für 1984 mit 257,1 Milliarden um 4,2 Prozent über dem Ist-Ergebnis des Vorjahres liegt, so wird das Ergebnis der Bonner Sparbemühungen noch deutlicher.

Nach Meinung des Finanzministeriums bestätigt die Ausgabenentwicklung im ersten Halbjahr daher die Annahme, daß die voraussichtlichen Ist-Ausgaben 1984 sich auf nur etwa 254 Milliarden Mark belaufen werden, also um etwa drei Milliarden Mark unter dem Soll-Ansatz bleiben.

Da die Einnahmeentwicklung bisher den Erwartungen entspricht, dürfte sich diese Ausgabenminderung voll in einer entsprechend verringerten Nettokreditaufnahme niederschlagen. Die Einnahmen im ersten Halbjahr sind zwar nur um 0,7 Prozent auf 105,1 Milliarden Mark gestiegen. Doch ist die Zuwachsrate dadurch verzerrt, daß der Bundesbankgewinn von 11,4 Milliarden Mark in diesem Jahr – anders als 1983 – in Raten ausgezahlt wird. Bis Ende Juni hat die Bundesbank erst 6,6 Milliarden Mark überwiesen. Die Steuereinnahmen lagen mit 91 Milliarden Mark um 5,3 Prozent über dem Vorjahresergebnis und damit in der Steuerschätzung.

Die Nettokreditaufnahme blieb mit 20,1 um gut eine Milliarde Mark unter dem Ergebnis des ersten Halbjahrs 1983 (darin enthalten etwa eine Milliarde Mark aus der sogenannten Investitionshilfeabgabe, die wegen der späteren Rückzahlbarkeit als Kredit ausgewiesen wird). Der Kreditrahmen für 1984 beläuft sich auf 33,6 Milliarden Mark, der damit also im ersten Halbjahr bereits zu knapp 60 Prozent ausgeschöpft wurde. Stoltenbergs Ehrgeiz ist es jedoch, die tatsächliche Neuverschuldung unter der 30-Milliarden-Grenze zu halten (nach Meinung zahlreicher Haushaltsexperten dürfte die Unterschreitung sogar deutlich ausfallen). Da noch 4,8 Milliarden Mark Gewinnüberweisungen der Bundesbank ausstehen, wird sich das optische Bild der Bundeseinnahmen im zweiten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr nunmehr positiv verzerren.

Es sei denn, daß die Streikfolgen doch noch zu gewissen Einbußen bei den Steuereinnahmen führen, die Steigerungsrate gegenüber 1983 also nicht ganz so hoch ausfallen wird wie erwartet. Auch bleiben gewisse Haushaltsrisiken, vor allem bei Zahlungen an die EG sowie bei Verpflichtungen des Bundes aus Exportbürgschaften und -garantien.

Seite 2: Tatsächlich gespart

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ehemaliger Rumasa-Chef erhält Haftverschonung

Frankfurt (rtr) – Der ehemalige Chef des inzwischen enteigneten spanischen Mischkonzerns Rumasa, José Maria Ruis Mateo, der im April dieses Jahres in Frankfurt verhaftet worden war, hat Haftverschonung erhalten. Wie der Pressesprecher des Oberlandesgerichts in Frankfurt mitteilte, soll Mateo, dessen Auslieferung die spanischen Strafverfolgungsbehörden wegen des Verdachts verschiedener Wirtschaftsdelikte verlangen, für eine Kaution von zehn Mill. DM aus der Haft entlassen werden. Sein Anwalt rechnet in Kürze mit Freilassung. Die Stadt wird er nicht verlassen dürfen. Einmal wöchentlich muß er sich bei der Staatsanwaltschaft melden. Wegen eines spanischen Auslieferungsbegehrens hat der Senat weitere Unterlagen aus Madrid angefordert, teilte der Sprecher weiter mit.

Wird Vollkasko teurer?

Bonn (dpa/VWD) – Vollkaskoversicherungen für Personenwagen, Motorräder, Campingfahrzeuge und Wohnwagen dürfen vom 1. Oktober an bis zu 3,7 Prozent steigen. Für alle anderen Fahrzeuge, darunter Lastkraftwagen, müssen die Versicherungsprämien dagegen um 3,6 Prozent gesenkt werden, teilte der Verband der Haftpflichtversicherer HUK mit. Für die meisten Autofahrer werde sich die Beitragsänderung allerdings erst 1985 auswirken. Ob und wie weit die einzelnen Versicherungen von der Möglichkeit der Beitragserhöhung Gebrauch machen, liege in deren Ermessen.

Gegen Kurzarbeitergeld

Frankfurt (VWD) – Die Metall-Arbeitgeber wollen verhindern, daß mittelbar vom Streik betroffene Metallarbeitgeber Kurzarbeitergeld von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten. Die Arbeitgeber *streben dazu eine Rücknahme der einstweiligen Anord*nung an, mit der das Sozialgericht Frankfurt den „Franke-Erlaß" ausgesetzt hatte. Verhandlungstermin sei der 9. August, teilte der Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie mit. Da die Sozialgerichte (Frankfurt und später Darmstadt) ihre Eilentscheidung mit dem Hinweis auf die Gefahr begründet hatten, daß der Franke-Erlaß die IG Metall in ihren Arbeitskampfmaßnahmen berühre, müsse die einstweilige Anordnung inzwischen hinfällig sein.

BDI kritisiert Kuponsteuer

Köln (dpa/VWD) – Mit Nachdruck hat sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Köln, für die Abschaffung der Kuponsteuer – der Kapitalertragssteuer auf Anleihen – ausgesprochen. Der BDI schloß sich damit der Empfehlung von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl an, der dies kürzlich unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten gefordert hatte. Ihre Abschaffung wäre, so der BDI, auch ein Signal, durch vermehrte Kapitaleinfuhr dem Zinsanstieg entgegenzuwirken.

Importpreise gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Preise für in die Bundesrepublik eingeführte Güter sind von Mai auf Juni 1984 um 0,2 Prozent gefallen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lagen die Importpreise im Juni damit nur noch um 6,6 Prozent höher als vor einem Jahr. Im Mai und April hatte die Teuerung noch 7,7 beziehungsweise 6,6 Prozent betragen.

Pläne für Creusot-Loire

Paris (VWD) – Für die symbolische Summe von einem Franc soll die Creusot-Loire an eine neue Gesellschaft übergehen, deren Aktionäre Unternehmen wie die Framatome, Fives-Cail-Babcock, Usinor und die Banken sind. Dies zumindest sieht der Plan vor, den der vorübergehende Unternehmensverwalter Hubert Lafont nach Angaben von Les Echos ausgearbeitet hat. Das Stammkapital dieser Gesellschaft solle bei 2,5 Mrd. Franc liegen. Damit könnten nicht nur die Zulieferer bezahlt werden, sondern das Unternehmen würde nach Ansicht von Lafont auch seine Glaubwürdigkeit gegenüber *ausländischen Kunden wahren.*

Moratorium beantragt

San José (AFP) – Costa Rica sei nicht mehr in der Lage, den Rückzahlungsverpflichtungen, die sich aus den Außenschulden von vier Mrd. Dollar ergeben, zu erfüllen. Es fordere ein Moratorium von mindestens zehn Jahren oder Rückzahlungsfristen von 40 bis 50 Jahren sowie eine Zusicherung weiterer Bankkredite, um die schwere Finanzkrise zu überwinden, erklärte der Präsident der Staatsbank, Marcos Lopez.

GROSSBRITANNIEN

Reform der Bausparkassen

WILHELM FURLER, London

Die Regierung Thatcher hat beschlossen, dem Drängen der Bausparkassen nachzugeben und sie im Prinzip auf eine Stufe mit den Geschäftsbanken zu stellen. Ein entsprechendes Diskussions-Papier ist jetzt von der Regierung vorgelegt worden. Danach sollen den Bausparkassen (building societies) weitreichende Möglichkeiten eingeräumt werden, auf dem Finanz-Dienstleistungssektor mit den dort bereits tätigen Instituten in Wettbewerb zu treten. Seit hundert Jahren ist die Tätigkeit der „building societies" im Kreditbereich auf die Vergabe von Hypothekenkrediten beschränkt.

Den wichtigsten Änderungs-Vorschlägen zufolge soll den Bausparkassen auch die Vergabe ungesicherter Darlehen in Höhe von bis zu 5000 Pfund (19 000 Mark), zweiter Hypothekenkredite und weiterer Formen der Zwischenfinazierung ermöglicht werden. Des weiteren sollen sie Immobilien erwerben und besitzen können und damit veranlaßt werden, bei der Entwicklung des regionalen Wohnungsbaus mitzuwirken.

Grundsätzlich soll, so heißt es in dem jetzt veröffentlichten „Grün-Papier", die Hauptrolle der Bausparkassen weiterhin darin bestehen, Hypothekenkredite zur Finanzierung von Haus- und Wohnungseigentum zu vergeben und Sparern als „sichere Häfen" zu dienen. Das bislang effektiv bestehende und von der Kartellaufsicht ausgenommene Zinskartell der rund 225 „building societies" in Großbritannien soll den Regierungsvorschlägen zufolge beendet werden.

Außerdem fordert die Regierung alle Beteiligten auf, in eine öffentliche Diskussion über weitere Rechte für die Bausparkassen einzutreten. Sie habe dazu noch keine feste Meinung bezogen. In dem Grün-Papier werden folgende Möglichkeiten aufgeführt: Überweisungsverkehr, Ausgabe von Scheckbüchern und Scheckkarten, Vergabe von Kreditkarten, Wertpapierhandel für Kunden, Zugang zum Versicherungsgeschäft und schließlich das Angebot von Hauskauf-Paketen unter dem Motto „alles unter einem Dach", also einschließlich der bislang in Großbritannien streng getrennten rechtlichen Seite (Grundbucheintragung etc.) und der ausschließlich von der Gutachter-Branche ausgeführten Haus-Schätzungen.

JAPAN / Nähmaschinenhersteller Riccar beantragt Vergleichsverfahren – Unterstützung der Banken steht in Frage

Neue Produktlinien wurden zu spät eingeführt

FRED de LA TROBE, Tokio

Japans drittgrößter Nähmaschinenhersteller, die Riccar Co., hat beim Bezirksgericht von Tokio ein *Vergleichsverfahren* beantragt. Als Begründung wurde Zahlungsunfähigkeit angegeben. Durch diesen Schritt hofft das Unternehmen, die Liquidation zu verhindern. Denn die Geschäftsführung ist überzeugt, daß eine Sanierung möglich ist.

Der Antrag von Riccar sieht vor, daß 40 Prozent der Schulden erlassen werden. Bei den restlichen 60 Prozent ist vorgesehen, sie für drei Jahre zu stunden und dann in den folgenden sechs Jahren zurückzuzahlen.

Die ausstehenden Verbindlichkeiten der Firma werden auf 1,2 Mrd. DM veranschlagt. Die Schulden der Tochtergesellschaften eingeschlossen, beträgt die Summe etwa 1,5 Mrd. DM. Zu den 500 größeren Kreditoren Riccars zählen auch 50 Geschäftsbanken, unter denen sich ebenfalls ausländische Institute – unter anderem die Paribas – befinden.

Der finanzielle Zusammenbruch Riccars gewinnt Bedeutung, weil es sich um die viertgrößte Insolvenz der japanischen Nachkriegsgeschichte handelt. Die Nöte des Unternehmens wurden ausgelöst durch den schrumpfenden Absatz bei Nähmaschinen – der Besitz von Nähmaschinen hat in Japans Haushalten den Sättigungsgrad erreicht – und durch die Verluste, mit denen die 21 Tochtergesellschaften die Mutter in der Vergangenheit belastet haben. Hinzu kam, daß Riccar sicht zu spät auf neue Produktlinien – wie etwa Geräte für die Büroautomatisierung oder Computerzubehör – konzentriert hat. Dadurch fehlte dem Unternehmen in der Krisenzeit ein gesundes Bein, auf das es sich hätte stützen können.

Die Hotelkette der Firma, Rich Co., mit 12 Häusern in Japan, wies im letzten Geschäftsjahr ein Defizit von 47 Mill. DM aus, der Riccar Transport Service erwirtschaftete einen Verlust von 11 Mill. DM und die US-Filiale Riccar America schloß mit einem Minus von 8 Mill. DM ab. Kommissionsgeschäfte mit Elektrogeräten über Riccars Kreditabsatzsystem erbrachten nur kleine Gewinne.

Als Nachteil erwies sich auch, daß Riccar keine eigentliche Hausbank als starke finanzielle Stütze besitzt, sondern sich bisher immer auf eine Vielzahl von Kreditgebern verließ. Sprecher der größten Bankkontakte der Firma, die Mitsui Bank und die langfristige Kreditbank Japans, kritisierten jetzt heftig, daß sie von Riccar nicht im voraus über die Absicht informiert gewesen seien, beim Bezirksgericht in Tokio ein Vergleichsverfahren zu beantragen. Es wird daher als unwahrscheinlich angesehen, daß die Banken diesen Antrag unterstützen werden. Die Mitsui Bank, die langfristige Kreditbank Japans und die Toho Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit haben inzwischen ihre Mitglieder aus dem Vorstand der Riccar abgezogen.

Im vergangenen Geschäftsjahr 1983/84 (April–März) nahm der Umsatz der Riccar um drei Prozent auf 676 Mrd. DM ab, während ein Verlust von 9,7 Mill. DM ausgewiesen wurde. Das Kapital der Riccar beträgt 94,4 Mill. DM. Nur etwa 0,2 Prozent des Aktienkapitals befindet sich in ausländischen Händen.

Ungefähr 600 000 japanische Konsumenten beteiligten sich an einem Anzahlungsprogramm zum späteren Erwerb von Nähmaschinen mit monatlichen Raten über zwei bis drei Jahre. Die Verpflichtungen hieraus erreichen etwa 75 Mill. DM.

Vor einigen Wochen hatte die Riccar einen Plan vorgelegt, der dem Unternehmen aus der Krise helfen sollte. Danach war der Verkauf des großen Bürohauses im Zentrum Tokios vorgesehen, das auf einen Wert von 235 Mill. DM geschätzt wird, doch fand sich bisher kein Käufer. Von den 2300 Beschäftigten sollten 500 entlassen werden. Außerdem war vorgesehen, 100 Einzelhandelsgeschäfte Riccars zu schließen. (SAD)

CONTINENTAL ILLINOIS / Teilung vorgesehen

Rettungsplan steht jetzt fest

VWD, Washington

Die Federal Deposit Insurance Corp (FDIC) will nicht, wie es noch vor kurzem hieß, nur rund drei Mrd. Dollar an faulen Krediten von der Continental Illinois National Bank + Trust Co übernehmen, sondern etwa 4,5 Mrd. Dollar. Außerdem plane die FDIC, eine weitere Mrd. Dollar in die Bank zu investieren, verlautete aus informierten Kreisen. Die FDIC erhält im Gegenzug eine Beteiligung, die etwa 80 Prozent des Aktienkapitals entspricht.

Vorgesehen ist, die Bank in zwei Institute aufzuteilen: Dem einen werden die faulen Kredite aufgebürdet, das andere – die „Neue Continental Illinois" – soll, stark abgespeckt, die Chance erhalten, als lebensfähige Bank neu zu beginnen. In US-Bankkreisen schätzt man die Bilanz der neuen Bank auf rund 30 Mrd. Dollar, die alte Continental hatte zuletzt eine von 41 Mrd. Dollar.

Im einzelnen sieht die Vereinbarung vor, daß die FDIC sofort Problemkredite, die mit drei Mrd. Dollar zu Buche stehen, für zwei Mrd. Dollar übernimmt. Continental schreibt also eine Mrd. Dollar ab. Im Laufe der nächsten drei Jahre geben weitere 1,5 Mrd. Dollar faule Kredite an die FDIC.

Die FDIC übernimmt für eine Mrd. Dollar zwei Serien von Vorzugsaktien der Continental. Die erste Serie besteht aus stimmrechtslosen Vorzugsaktien im Volumen von 724,5 Mill. Dollar, die bei Umwandlung in Stammaktien 80 Prozent des Aktienkapitals der Continental entsprechen. Die zweite Serie bilden Vorzugsaktien mit variablem Satz im Volumen von 275,5 Mill. Dollar. Die Auslandskredite von Continental bleiben unberührt. Das bedeutet, daß auch die neue Continental weiter mit Problemen zu kämpfen haben wird – wie fast alle anderen US-Banken auch.

Die jetzigen Aktionäre erhalten Sonderrechte zum Erwerb von Anteilen an der „Neuen Continental Illinois" innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren und zu noch nicht festgesetzten Konditionen. Die Vereinbarungen sind mit den 21 000 Aktionären der Continental zwar noch nicht abgestimmt, jedoch haben sie – trotz der massiven Verwässerung, die ihnen zugemutet wird – kaum eine andere Wahl.

AUTOMARKT / Einbußen bei deutschen Herstellern

Zuwachs für Ausländer

rtr, Flensburg

Die japanischen Hersteller von Personenwagen haben nach der Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes im ersten Halbjahr 1984 mit zwölf Prozent ihren höchsten Marktanteil in der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Sie verkauften insgesamt 163 368 neue Wagen nach 137 213 oder 9,7 Prozent Marktanteil im gleichen Zeitraum 1983 und 110 947 oder 8,9 Prozent in den ersten sechs Monaten 1982.

Auch der Gesamtanteil ausländischer Produzenten am geschrumpften deutschen Markt stieg deutlich im ersten Halbjahr 1984, in dem in der deutschen Automobilindustrie Arbeitskämpfe ausgetragen wurden. Von den 1364 (Vorjahr 1408) Mill. in der Bundesrepublik neu zugelassenen Personenwagen stammten nach der Statistik des Bundesamtes in Flensburg 410 052 oder 30,1 Prozent aus ausländischer Produktion nach 361 009 oder 25,6 Prozent von Januar bis Juni 1983.

So verkauften französische Firmen in dieser Zeit 106 146 neue Wagen in der Bundesrepublik, 2878 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, und erhöhten ihren Marktanteil um 0,5 auf 7,8 Prozent. Die italienischen Firmen verkauften 71 521 Wagen, 6704 mehr als im ersten Halbjahr 1983, und weiteten ihren Anteil am bundesdeutschen Markt von 4,6 auf 5,2 Prozent aus.

Der größte deutsche Autohersteller, das Volkswagenwerk, hielt vor allem durch starke Verkaufserfolge der Typen „Golf" seinen Marktanteil bei 21,6 (Vorjahr 21,5) Prozent und verkaufte 294 842 (302 443) neue Personenwagen. Die VW-Tochter Audi/NSU hatte einen Rückgang ihres Marktanteils von 7,3 auf sechs Prozent hinzunehmen. Der Anteil des zweitgrößten Produzenten Opel, von dem nach der Statistik des Bundesamtes 214 158 neue Wagen, 46 616 weniger als ein Jahr vorher, zugelassen worden waren, verringerte sich von 18,5 auf 15,7 Prozent.

Ford dagegen weitete seinen Anteil am geschrumpften Markt leicht um 0,2 auf 10,7 Prozent aus, während der Anteil von Daimler-Benz von 9,4 auf 8,7 Prozent zurückfiel. BMW erhöhte vornehmlich durch gute Verkäufe des kleinsten Modells den Anteil leicht von 6,4 auf 6,6 Prozent.

MARTIN BRINKMANN / Massenentlassungen

Produktion nur in Berlin

JAN BRECH, Hamburg

Mit drastischen Maßnahmen im Personalbereich reagiert die Martin Brinkmann AG, Bremen, auf die veränderten Bedingungen am deutschen Zigarettenmarkt. Nach Angaben des Vorstands, der sein Konzept am Dienstag der Belegschaft vorgetragen hat, wird die Gesamtbelegschaft von 3100 auf rund 2150 reduziert. Der größte Teil der Entlassungen betrifft den Standort Bremen. Nach Abschluß aller Maßnahmen sollen dort von zur Zeit 1700 Mitarbeitern nur noch rund 800 verbleiben; davon etwa 450 in der Produktion und 350 in der Verwaltung.

Die Zigarettenproduktion für den Inlandsmarkt wird vollständig in Berlin konzentriert. In Bremen verbleiben die Exportproduktion und die Lohnherstellung bestimmter Mengen für die Rothmans-Gruppe. Außerdem wird Brinkmann die Rauchtabakproduktion und die Kartonagenfertigung in Bremen belassen. Die Hansestadt bleibt ferner Sitz der Verwaltung.

Die Aufrechterhaltung von Teilen der Produktion in Bremen ist nur durch einen zusätzlichen sozialen Verzicht der Gesamtbelegschaft ermöglicht worden. Danach werden alle Mitarbeiter des Konzerns sowohl in der Produktion als auch in der Verwaltung, befristet bis 1987, auf einen Teil des 14. Gehalts verzichten. Das Unternehmen, so heißt es, werde im Gegenzug einen „adäquaten Verzicht auf weitere Effizienzsteigerungen" leisten. Noch in dieser Woche sollen mit dem Betriebsrat Verhandlungen über einen Interessenausgleich beginnen.

Die notwendigen Anpassungen im Personalbereich, so erklärt der Vorstand, sollen die volle Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens im Markt wieder sicherstellen. In den vergangenen Jahren sind bei Brinkmann sowohl im Zigarettengeschäft als auch bei Rauchtabak die Positionen erheblich ins Wanken geraten. Bei Zigaretten sank der Marktanteil innerhalb der letzten 5 Jahre von 18,5 Prozent auf 13 Prozent, bei Rauchtabak von 34 auf 26 Prozent.

Mit der in diesem Jahr einsetzenden Beruhigung am Gesamtmarkt hat sich der Zigaretten-Absatz bei Brinkmann wieder stabilisiert. Der Inlandsabsatz ist in den ersten 6 Monaten dieses Jahres um 3,1 Prozent auf 7,5 Mrd. Zigaretten gestiegen, der Marktanteil lag stabil bei 13 Prozent. Brinkmann rangiert damit an vierter Stelle unter den deutschen Tabakkonzernen.

Von den beiden Hauptmarken weitete die Leichtmarke Lord Extra den Absatz um 10,5 Prozent auf rund 3,9 Mrd. Stück aus und verbesserte den Marktanteil von 6,4 auf 6,8 Prozent. Sie ist jetzt die viertgrößte deutsche Marke, nachdem sie während der siebziger Jahre auf Platz zwei lag. Absatz (1,26 Mrd. Stück) und Marktanteil (2,2 Prozent) der Lux Filter (Platz 11) blieben nahezu unverändert.

LEHNDORFF / Über zwei Milliarden Dollar verwaltet

Auf erste Lagen konzentriert

JAN BRECH, Hamburg

Der nordamerikanische Grundstücksmarkt hat die schwere Rezession der Jahre 1981 bis 1983 noch nicht überwunden. Da die Märkte sowohl *auf die Rezession als auch auf* die Aufschwungphase mit zeitlicher Verzögerung reagieren, wird eine volle Erholung erst für die Jahre 1985/86 erwartet. Am schnellsten dürften von der starken Konjunkturbelebung die Shopping-Center profitieren, da sich der private Konsum in Nordamerika sehr robust entwickelt und das Angebot in den vergangenen Jahren nur wenig erweitert worden ist.

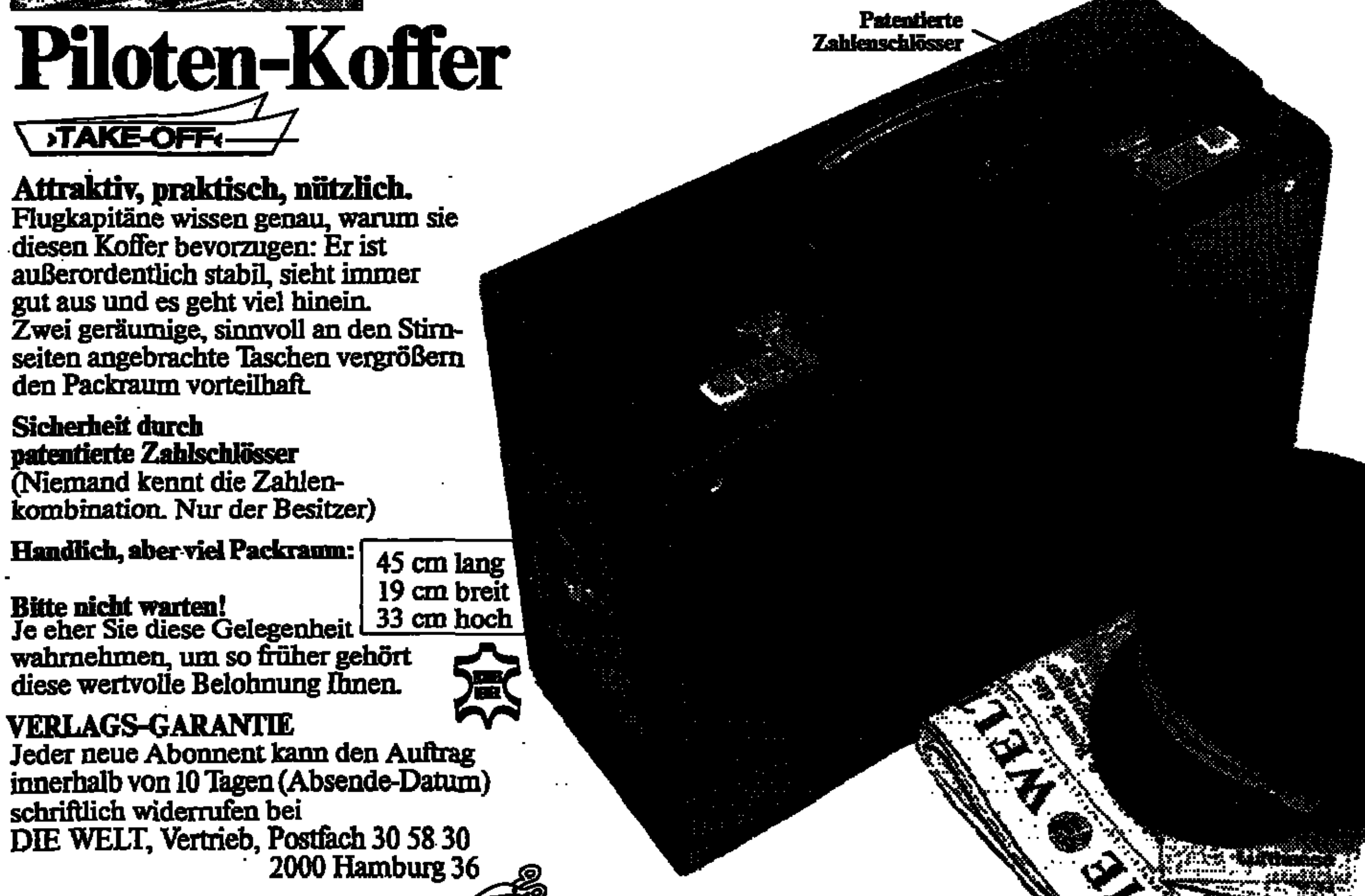
Diesen Lagebericht zum amerikanischen Immobilienmarkt hat die Hamburger Lehndorff-Gruppe in ihrem Bericht 1983 gegeben. Die schwierigen Bedingungen habe die Gruppe zwar auch verspürt, betonen die beiden Geschäftsführer Hans Günther Abromeit und Jan van Haeften, doch vergleichsweise gut abgeschnitten. Die verwalteten Objekte seien zur Jahresmitte 1984 zu 95 Prozent vermietet.

Die Anlagegesellschaften der Gruppe erhöhen denn auch für 1983 wieder die Ausschüttung um 6,7 Prozent auf 37 Mill. Dollar. Darin sind zum ersten Mal Ausschüttungsbeträge aus dem Bereich der Öl- und Gasanlagen enthalten, die Lehndorff seit Mitte 1982 anbietet. Bezogen auf das durchschnittlich verfügbare Eigenkapital betrug die Ausschüttung 11,3 (i. V. 11,2) Prozent. Veräußerungsgewinne von 4,4 Mill. Dollar sind in die Rücklagen eingestellt worden.

Stark gestiegen ist 1983 das Anlegerkapital der Gruppe. Zum Jahres*ende verwaltete Lehndorff ein Ei*genkapital von 963 Mill. Dollar (plus 28 Prozent). Ein wesentlicher Teil des neuen Kapitals stammt wieder von institutionellen Anlegern, deren Investitionen in Immobilien sich ständig vergrößern. Die betreuten Direktinvestitionen institutioneller Anleger erreichten 1983 rund 504 (326) Mill. Dollar.

Diese Eigenmittel, so Abromeit, fügten sich nahtlos in den Gesamtfinanzierungsrahmen ein. Angesichts hoher Hypothekenzinsen ergebe sich die wirtschaftliche Notwendigkeit, die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Bei den Anlagegesellschaften ist das Vermögen von 933 Mill. Dollar zu 49 Prozent eigenfinanziert, bei den Direktinvestitionen (913 Mill. Dollar Vermögen) zu 55 Prozent.

In der Investitionspolitik hat sich Lehndorff 1983 auf den Kauf von größeren Objekten in ersten Lagen konzentriert, betont von Haeften. Das gesamte verwaltete Vermögen stieg um 21 Prozent auf 1,845 Mrd. Dollar und hat zur Jahresmitte 1984 zum ersten Mal 2 Mrd. Dollar überschritten. Zum Jahresende betrug die Zahl der Liegenschaften 469 (476), davon 363 in Kanada, 91 in den USA, 15 in der Bundesrepublik.



USA: Engagement im Ausland steigt

dpa/VWD, Brüssel

Für 1984 wird nach drei Jahren erstmals wieder mit einem leichten Anstieg der US-Auslandsinvestitionen gerechnet. Wie die New Yorker Wirtschaftsforschungsgesellschaft, The Conference Board, mitteilte, wurden 1983 nur 187 Investitionsmeldungen registriert, schon zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Nach Westeuropa gingen 56 Prozent der im Jahre 1983 in der verarbeitenden Industrie gemeldeten Investitionen, wobei Großbritannien mit 31 Projekten – vor Frankreich mit 20, der Bundesrepublik mit 17 und Italien mit 12 Projekten – an der Spitze stand. Asiatische und pazifische Länder zogen 25 Prozent der US-Auslandsinvestitionen an, vor Kanada mit 13 Prozent und Lateinamerika mit fünf Prozent. Bei 34 Prozent der registrierten 187 Auslandsinvestitionen handelte es sich um den Aufkauf bestehender Firmen, bei 18 Prozent um Gemeinschaftsprojekte und bei 16 Prozent um Neuinvestitionen. Weitere zwölf Prozent entfallen auf Erweiterungen und zwei Prozent auf Modernisierungen.

KONKURSE

Konkurs beantragt: Düsseldorf: I.P.D.(Deutschland) –Maschinen– GmbH; **Gelsenkirchen:** Ruhr-Ei Paul Festing oHG; Mineralölgesellschaft Paul Festing OHG; **Hagen:** Nachl. d. Helmut Stöcker, Kranvermietung-Kranarbeiten, Herdecke; **Neustadt:** Nachl. d. Karl Ludwig Dietrich, Wunstorf 1; **Schweinfurt:** Georg Schmitt, Bäckerei, Obbach; **Tübingen:** Nachl. d. Alfred Richter, Kaufm., Rottenburg a.N.; **Weilburg:** Holl-Brieskorn Massivbau GmbH, Beselich 4; **Wuppertal:** Nachl. d. Meinolf Johannes Ritter.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Überlingen: Tuschka Gerätetechnik GmbH.

Vergleich eröffnet: Fulda: Chris Devi-Moden GmbH; **Kaiserslautern:** BVG Bauregie- u. Verwaltungs-GmbH & Co. KG; **Lübeck:** Frauke Schnack geb. Hochwald, Ahrensbök.

Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg: Hans Jämmrich, Inh. d. Tapeten Welt; **Gütersloh:** Metallbau Führer KG, Verl 1; **Königstein:** elogica Ges. f. Elektronik, Eppstein 2; **Walsrode:** Hans Schwabe GmbH, Rethem/Aller.

WEINWIRTSCHAFT / Mehrheit der Winzer will Lage aus eigener Kraft verbessern

Rückbesinnung auf die Qualität

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Ignaz Kiechle hat die Ohrfeige, die *er sich in Brüssel bei seinem Vorstoß* für den Moselwein pflichtgemäß einhandelte, genau so wenig verdient wie die Mehrheit der deutschen Winzer das unerwartet heftige, geradezu verheerende Echo dieses Vorgangs in der Öffentlichkeit. Die Kommentare im In- und Ausland zu dem Versuch, entgegen allen Sparbeschlüssen noch einmal die Erlaubnis für eine subventionierte Sonderdestillation herauszuschinden, reichten bis zu der Behauptung, deutscher Wein sei nur noch ein Verschnitt aus Panschen und Jammern. In Wirklichkeit empfindet die Mehrheit der deutschen Weinleute das fortgesetzte Jammern einiger Kollegen längst als Geschäftsschädigung.

Hier wird wegen vergleichsweise lächerlicher 10 Mill. DM aus Steuerzahlers Gießkanne alles aufs Spiel gesetzt, was die deutsche Weinwirtschaft aus eigener Kraft zur Verbesserung der Lage tut und noch tun will. In Vergessenheit gerät die Tatsache, daß die Winzer hierzulande ihr Produkt – und das unterscheidet sie grundlegend von Teilen ihrer Zunft in Frankreich und Italien – im Normalfall immer noch auf dem Markt verkaufen müssen, zu Preisen, die durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden.

Man muß sich einmal vor Augen halten, daß zur selben Zeit, da die *Mosel bei der EG diesen Hilferuf aus*richten läßt, im Lande Rheinland-Pfalz eine gewaltige Werbekampagne speziell für den Moselwein anläuft – ebenfalls finanziert mit 10 Mill. DM Steuergeldern. Wer erklärt den Kunden, daß der güldene Tropfen, der ihnen von einer Reklamefigur „Der fröhliche Winzer" offeriert wird, der gleiche ist, den gar nicht fröhliche Moselwinzer in Brüssel zwecks gut bezahlter Verwandlung in Sprit abzuladen versuchen?

Daß es an der Mosel schlechter steht als anderswo, ist bekannt. Aber auch die anderen haben Probleme. Wenn die Badische Zentralkellerei in Breisach (die fünftgrößte Kellerei der Welt) für das erste Halbjahr 1984 gleiche Mengen-, aber um 6 bis 8 Prozent niedrigere Wertumsätze als im Vorjahr meldet, dann zeigt das, wie tief die Mengen- und Billigpreiskrise des deutschen Weins auch in einst kerngesunde Gebiete eingedrungen ist.

Aber es wird etwas getan. In Baden wollen die Genossenschaften in diesem Herbst, falls das Wetter sich noch bessert und erneut eine große Ernte angeliefert wird ihren Mitgliedern notfalls auf schmerzhafte Weise deutlich machen, daß die Überschreitung der zunächst freiwillig verabredeten Höchsterträge sich nicht lohnt. Auch in Franken und an der pfälzischen Mittelhaardt hat man die Zeichen der *Zeit erkannt. Neu gegründete* Vereine wie „Der klassische deutsche Wein" oder beginnende Bestrebungen, das Ansehen der deutschen Rieslingrebe auf umfassende Weise wieder zu heben, und eine breite Rückbesinnung auf die Qualität werden eines Tages auch den Gesetzgeber dazu bringen, die nötigen, ergänzenden Maßnahmen zu ergreifen.

Jede Subventions-Mark, wem immer sie in die Tasche rutscht, stiftet da ein Vielfaches an Schaden. Wer dauernd nur um Hilfe ruft, dem kauft keiner etwas ab. Auch die Motivation der Winzer, sich durch marktgerechtes Verhalten selbst zu helfen, wird nur gebremst.

Jahrzehntelang hat der deutsche Weinbau dadurch, daß hier theoretisch auf jedem Quadratmeter Weinberg Qualitäts- oder gar Prädikatswein geerntet werden kann, im wesentlichen große Vorteile gehabt. Wenn nun das „demokratischste Weingesetz der Welt" sich für einige als ernstes Problem erweist, ist das nur die Kehrseite. Jene Funktionäre, die sich jetzt aus der Marktwirtschaft verabschieden möchten, versuchen nur auf ein sinkendes Schiff zu springen. Man sollte sie wenigstens daran hindern, andere mitzuzerren, die gar nicht springen wollen.

NORDLAND PAPIER / Im Export erfolgreich

Nachfrage kräftig gestiegen

DOMINIK SCHMIDT, Dörpen

Die Nordland Papier GmbH, Dörpen/Ems, einer der führenden europäischen *Hersteller holzfreien Papiers*, profitiert von der kräftig gestiegenen Nachfrage. Wie es in dem Geschäftsbericht 1983 heißt, zeigt sich die Geschäftslage „wesentlich besser als noch ein Jahr zuvor". Hohe Auftragsbestände und längere Lieferzeiten ermöglichten Preisanhebungen und führten zu inzwischen wieder befriedigenden Erlösen.

Differenziert beurteilt die Geschäftsführung die Ergebnisse des Jahres 1983. Mengenmäßig könne von einem „recht erfolgreichen" Geschäftsjahr gesprochen werden. Der Papierabsatz erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Prozent auf 285 379 (281 556) Tonnen. Wesentlichen Anteil daran haben die um 10,7 Prozent gestiegenen Exporte, die inzwischen einen Anteil von 45,4 Prozent am Gesamtumsatz haben.

Unbefriedigend dagegen verlief die Umsatzentwicklung. Die Steigerung *des Nettoumsatzes um 1,5 Prozent* auf 418 (412) Mill. DM bedeutet, daß die Durchschnittserlöse um rund 7 Prozent unter denen des Vorjahres liegen. Der Versuch, höhere Preise durchzusetzen, scheiterte. Zur *Ertragsentwicklung nennt Nordland* Papier als Tochtergesellschaft der finnischen Unternehmen Kaukas und Kymi Kymmene traditionell keine Zahlen. Offenbar ist es dem Dörpener Papier-Hersteller 1983 aber gelungen, trotz des Erlösverfalls ein positives Ergebnis zu erwirtschaften, nachdem im Jahr davor noch von einem „negativen Gesamtergebnis" gesprochen wurde. Der im ersten Halbjahr 1983 noch niedrige Dollar-Kurs, so heißt es, habe die Rohstoffkosten günstig beeinflußt.

Nordland Papier investierte im Berichtsjahr 13,4 (7,8) Mill. DM. Die Abschreibungen erreichten mit 16,4 Mill. DM wieder das Vorjahresniveau. Die *Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich* geringfügig auf 840 (825) Personen. Sorge bereitet dem Unternehmen mit Blick auf den deutschen Markt die hohen Importe, die den Mehrver*brauch 1983 fast völlig abdeckten und* ihren Anteil am deutschen Holzfrei-Markt auf 40 (35) Prozent erhöhten.

HERLITZ / Gratisaktien und Optionsanleihe vorgeschlagen – Erlöse stark erhöht

Große Umsatzchancen in den USA

PETER WEERTZ, Berlin

Über eine ungewöhnlich starke Geschäftsbelebung in diesem Jahr berichtet die Herlitz AG, Berlin. Vorübergehend hatten sich im Vorjahr Umsatz und Ertrag abgeschwächt. Seit Oktober registriert jedoch der frühere Hersteller von Lehrmitteln, Schreibwaren und Büroartikeln nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Günter Herlitz infolge des besseren Auslandsgeschäfts wieder eine deut*liche Aufwärtsentwicklung. Im* ersten Halbjahr sind die Umsätze über die volle Breite des Sortiments um rund dreißig Prozent gewachsen, während sich der Ertrag sogar verdoppelte. *Für 1984 wird ein Konzern*umsatz von mehr als 400 Mill. DM erwartet.

Bei dieser Expansion spielen die Länder des Nahen Ostens ebenso eine besondere Rolle wie die Vereinigten Staaten, Österreich und die Schweiz. Voraussichtlich wird der Anteil des Auslandsgeschäfts am Umsatz von 30 auf 35 Prozent zunehmen. *Große Umsatzchancen sieht* Herlitz in den USA. Ursprünglich sollte die Tochtergesellschaft in Dallas/Texas Neuheiten und Spezialartikel der Muttergesellschaft vertreiben. Im vergangenen Jahr wurde aber gleichzeitig die Fertigung modernisiert und neue Absatzgebiete erschlossen. Aufgrund dieser Entwicklung wird 1984 mit einem Umsatz der US-Tochtergesellschaft von 70 (Vorjahr 49) Mill. DM gerechnet.

Mit dem Konzernumsatz, der 1983 auf 338 (336) Mill. DM zunahm, ist der Vorstand weniger zufrieden; denn *das Umsatzziel von 370 Mill. DM wur*de nicht erreicht. Dies gilt auch für den Ertrag. Als Gründe hierfür nennt Finanzvorstand Peter Herlitz die schwierigen Marktverhältnisse *(Preisverfall), die für die Expansion* erforderlichen Vorleistungen und Sonderfaktoren wie der Ausfall der Öllånder im Nahen Osten. Inzwischen profitiert jedoch das Unterneh*men von den vielen Vorleistungen in* Fertigung und Vertrieb. In drei Jahren wurden zusammen 192 Mill. DM investiert, in vier Jahren hat sich das Produktionsprogramm erheblich *ausgeweitet* und die Zahl der Mitarbeiter mit 2250 mehr als verdoppelt.

Der AG-Umsatz ist 1983 um 10 Prozent auf 261,8 Mill. DM gestiegen. Das Aktienkapital, das je zur Hälfte aus stamm- und stimmrechtslosen Vorzugsaktien besteht, wurde 1983 von 60 auf 80 Mill. DM aufgestockt. Aus dem Jahresüberschuß von 16,07 (15,7) Mill. DM wird der Hauptversammlung am 31. August für 1983 eine Dividende von 7 (8) DM je 50-DM-Vorzugsaktie vorgeschlagen. Die jungen Vorzugsaktien aus der Kapitalerhöhung 1983 erhalten 4 DM je Aktie.

Den Aktionären wird außerdem vorgeschlagen, das Aktienkapital aus Gesellschaftsmitteln (Rücklagen) im Verhältnis 4:1 zu erhöhen. Damit will die Gesellschaft ihre Aktionäre an der *erwarteten Ertragsverbesserung* beteiligen. Zu Beginn von 1984 weist dadurch die Bilanz ein Aktienkapital von 100 (80) Mill. DM und offene Rücklagen von 86 (91) Mill. DM aus.

Der Vorstand schlägt den Aktionären vor, ihm bis zum 31. 7. 1989 die Möglichkeit einzuräumen, eine Optionsanleihe mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren im Betrag von 50 *Mill. DM (bedingtes Kapital) oder* dessen Gegenwert auch in Dollar zu begeben.

KODAK / Wieder schwarze Zahlen geschrieben

Zweistelliges Umsatzplus

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für die Kodak AG, Stuttgart, deutsche Tochter des amerikanischen Fotoriesen, gibt es wieder Lichtblicke: In der ersten Jahreshälfte 1984 verbuchte das Unternehmen einen zweistelligen Umsatzzuwachs, nachdem in der Zeit davor die Umsatzkurve nach unten tendiert hatte. Vorstandsvorsitzender Ernst Lieser erhofft auch eine Verbesserung des Ergebnisses; jedenfalls habe man in den ersten sechs Monaten schwarze Zahlen geschrieben.

Der Abschluß des Jahres 1983 wies immerhin einen Fehlbetrag von 76,6 Mill. DM aus, der zu seinem Ausgleich eine Kapitalherabsetzung um 90 Mill. mit anschließender Wiederaufstockung auf 160 Mill. DM nach sich zog. Der Umsatz belief sich 1983 auf 796 Mill. DM. Ein Vergleich ist dadurch erschwert, daß der Bilanzstichtag vom 31. Oktober auf den Jahresschluß verlegt worden ist. Gemessen am Umsatz des davorgelegenen vollen Geschäftsjahres 1981/82 (31. Oktober) lag der Umsatz des Kalender- und Geschäftsjahres 1983 um 5 Prozent niedriger.

Liesers Zuversicht basiert u. a. auf *„sehr guten Umsätzen"* mit den neuen höherempfindlichen Filmen. Auch bei Fotopapieren habe man gute Geschäfte im ersten Halbjahr getätigt. Aber das Geschäft mit der Disc-Kamera, die aus der Fabrikation der Muttergesellschaft in Rochester bezogen wird, heißt es umschreibend, daß man ursprünglich höhere Erwartungen gehabt habe. Man sei noch um eine neue Positionierung dieses Kameratyps, der für das Bildergeschäft von großer Wichtigkeit sei, bemüht.

Auf diesem Felde wirke sich natürlich auch der steigende Kurs des Dollar aus, wobei überhaupt die Ergebnisentwicklung von der Dollarkurs-Entwicklung beeinflußt werde. Dies ergibt sich schon aus der Aufschlüsselung des Umsatzes der deutschen Gesellschaft in ein Viertel Eigenfertigung plus Dienstleistungen zu drei Viertel Handelswaren. Die Fertigung von Sofortbildkameras, in der Vergangenheit einer der großen Verlustfaktoren, der inzwischen aber ausgeräumt ist, wird Ende dieses Jahres auslaufen.

Die Auslastung des Zentrallabors wurde inzwischen verbessert durch die Mitbedienung des italienischen Marktes. In derUmsatzentwicklung der Fachmärkte registriere man Licht und Schatten.

Vom Inlandsgeschäft – der Exportanteil liegt bei 11 Prozent – entfallen 60 (Vorjahr 66) Prozent auf die Amateursparte und 40 (34) Prozent auf die Berufsfotografie. Für das laufende Jahr rechnet man mit einem Anstieg der Exportquote auf 14 bis 15 Prozent.

Bei der aufwendigen Umstrukturierung der Eigenfertigung, die für den relativ hohen Verlustausweis eine wesentliche Ursache war, wird der Montage der Hochleistungskopierer, die in ihrem Marktsegment überproportionale Erfolge (sie werden größtenteils vermietet) vorweisen, besonderes Gewicht begemessen.

Zur „photokina 84" im Oktober in Köln (Lieser: „Wir haben einige neue Produkte im Köcher") präsentiert Kodak sein neues „Kodavision"-Programm, das auf einem leicht zu handhabenden Camcorder (Videokamera mit integriertem Recorder) auf der 8-Millimeter-Band-Technologie basiert. Die Hardware bezieht Kodak von Matsushita, das Bandmaterial von TDK. Zusätzliche Impulse verspricht sich Kodak von der Filmcodierung.

Die Investitionen sollen 1984 in der Größenordnung des Vorjahres (67 Mill. DM) liegen. Kodak beschäftigte zur Jahresmitte 3664 (Ende 1983: 3593) Mitarbeiter.

HUK COBURG / Kfz-Versicherung dominiert

Erfreuliches Neugeschäft

dpa/VWD, Coburg

Von einem erfreulichen Neugeschäft berichtet die HUK-Coburg Versicherungsgruppe für die ersten drei Monate 1984. Die Schadenentwicklung in der Kfz-Versicherung zeige keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Wie aus dem Geschäftsbericht 1983 hervorgeht, sei auch der Schadenverlauf in den übrigen Versicherungszweigen bislang zufriedenstellend. Im vergangenen Geschäftsjahr verzeichnete die Gruppe ein, wie es heißt, beachtliches Neugeschäft, überdurchschnittliche Bestands- und Beitragszuwächse sowie Beitragsrückvergütungen.

Die Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands AG in Coburg und die drei Tochtergesellschaften Lebensversicherungs-AG der HUK-Coburg, Allgemeine Versicherungs-AG der HUK-Coburg und Corag Coburger Rechtsschutzversicherungs AG ver*zeichneten eine Beitragssteigerung* um 12,4 Prozent auf rund 1,87 (1,66) Mrd. DM. Der Hauptanteil von 1,49 (1,34) Mrd. DM entfiel auf die nach wie vor dominierende Kfz-Versicherung. Etwa die Hälfte des Neuzugangs in der Kfz-Versicherung brachte die HUK-Coburg-Allgemeine, deren Bestand um 20,5 (23,2) Prozent auf 565 000 Fahrzeuge wuchs. In den sonstigen Schadenversicherungen stiegen die Beiträge um 18,1 Prozent auf 153 (129,6) Mill. DM .

Die Coburg-Leben erreichte eine Neugeschäftszunahme von fast 40 Prozent und einen Bestandzuwachs von über einer Mrd. DM Versicherungssumme. Zum Jahresende betreute sie 175 000 Verträge mit einer Versicherungssumme von rund 6 Mrd. DM. Die Kapitalanlagen der Gruppe nahmen 1983 um 13,9 Prozent auf 3,1 (2,7) Mrd. DM zu. Die Erträge daraus stiegen auf 251 (218) Mill. DM. Als Beitragsrückvergütung werden wieder rund 125 Mill. DM gezahlt, davon 96 Mill. DM an die Autofahrer. Der Jahresüberschuß der Gruppe wird mit 65,5 (77,2) Mill. DM angegeben und der Bilanzgewinn mit 43,6 (69,1) Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neun Ausfallschichten

Essen (dpa/VWD) – Auf den Zechen und sonstigen Betrieben der Ruhrkohle AG wird im zweiten Halbjahr 1984 die Arbeit an insgesamt neun Werktagen ruhen. Damit soll wegen der noch anhaltenden Absatzschwierigkeiten die Förderung gedrosselt werden. Im ersten Halbjahr hatte es bereits zwölf Ausfallschichten gegeben. Für 1985 sind weitere 15 vorgesehen.

Rekord bei Auszahlungen

Bonn (dpa/VWD) – Über deutlich gestiegene Baugeldauszahlungen und Neuabschlüsse im ersten Halbjahr 1984 berichten die Bausparkassen in der Bundesrepublik. Wie der Verband der privaten Bausparkassen in Bonn berichtete, haben die Bau*geldauszahlungen mit einem Zu*wachs von über 7 Prozent auf fast 18 Mrd. DM ein neues Rekordniveau erreicht. Dazu hätten sowohl die Zuteilungen als auch die Gewährung von Zwischenkrediten beigetragen. Die Zuteilungen erhöhten sich bis Mai um 6,4 Prozent, die Zwischenkreditgewährungen sogar um 8,5 Prozent. Die Neuabschlüsse von Bausparverträgen seien im ersten Halbjahr ebenfalls erneut angestiegen: Nach der Bausparsumme um 4,8 Prozent, nach der Anzahl sogar um 8 Prozent.

Olympus zuversichtlich

Hamburg (VWD) – Die Olympus Optical Co. (Europa) GmbH, Hamburg, erwartet für das am 31. Oktober zu Ende gehende Geschäftsjahr einen Umsatz von etwa 400 (340) Mill. DM. Das entspräche einer Steigerung um mehr als 15 Prozent. Im ersten Halbjahr war bereits Plus von 15 Prozent auf 195 Mill. DM erzielt worden. Aufgrund der Arbeitskämpfe hatte das Unternehmen zunächst eine Verschlechterung des Konsumklimas befürchtet.

Leichter Umsatzanstieg

Münster (hdt) – Die in der Westfälischen Central-Genossenschaft eG, Münster, zusammengeschlossenen 209 Raiffeisen-Warengenossenschaften konnte 1983 ihren Umsatz auf 1,55 Mrd. DM leicht erhöhen. Ihre Mitglieder erhalten neben einer Warenrückvergütung von 0,2 Prozent eine Nettodividende von sechs Prozent aus dem mit 2,97 Mill. DM ausgewiesenen Gesamtgewinn. Auf der diesjährigen Generalversammlung wurde die Ungewißheit auf dem Getreidemarkt beklagt, vor allem aber die schlechten Voraussetzungen für den Export in Drittländer.

Lack-Kooperation

Düsseldorf (Py.) – Die Ewald Dörken AG, Herdecke, einer der wenigen noch konzernunabhängigen Hersteller von Industrielacken, Bautenfarben und Kunststoffen in der Bundesrepublik, hat mit der britischen Familiengesellschaft Sonneborn & Rieck Ltd, Ilford, eine gesamte Tochtergesellschaft, die DSR Gesellschaft für Kunststoffbeschichtungen mbH, Herdecke, gegründet. Der britische Partner (Umsatz 1983: 55 Mill. DM) gilt weltweit führend in der Entwicklung und Herstellung industrieller Anstriche für Kunststoffoberflächen. Dörken (Umsatz 1983: 125 Mill. DM) beschäftigt zur Zeit 350 Menschen.

Aktien nur technisch erholt

Anfangsgewinne wurden im Verlaufe größtenteils aufgezehrt

DW.– Nach den Kursrückgängen der vorangegangenen Tage kam es am deutschen Aktienmarkt am Dienstag auf der ermäßigten Basis zu einigen Meinungs- und zu Deckungskäufen der Börsenkulisse. Dabei zeigte sich, daß der Markt zu den niedrigen Kursen unergiebig geworden ist. Denn kleine Umsätze genügen schon, um die Notierungen relativ kräftig nach oben zu bringen. Zur Enttäuschung des Berufshandels blieben Anschlußkaufaufträge aus dem Bereich der institutionellen Anleger aus.

Ausgeprägt war die Kurserholung bei den Bankaktien. Ähnlich stand es bei den in jüngster Zeit überdurchschnittlich gedrückten Autowerten. Dagegen schlossen Siemens nach anfänglicher Kursbesserung um rund vier DM zur Vortagsnotiz. Hier – wie bei der Deutschen Bank – sollen weitere Auslandsabgaben den Handel beeinflußt haben. Im Maschinenbaubereich liegt die Tendenz noch uneinheitlich. Die relativ deutliche Erholung der IWKA-Aktien läßt erkennen, daß die spekulativen Aktienkäufer den Mut keineswegs völlig verloren haben. Auf der ermäßigten Basis erinnerte man sich der Lufthansa-Vorzüge, die sich um fast fünf DM verbesserten.

Düsseldorf: Ascag erhöhten um 6 DM und Rhenag um 4 DM. Aigner gaben um 6 DM und Bilfinger um 3,50 DM nach. Conc. Chemie, Hochtief und Isenbeck verminderten je um 5 DM. Keramag verloren 5,50 DM auf 119 DM und Buckau 3,50 DM auf 125,50 DM. Bei den Versicherungen gaben Köln. Rück, Magdeburger Feuer und Nordstern um je 10 DM nach.

Frankfurt: Großchemiewerte tendierten bis zu 2,60 DM fester. Daimler holten 7 DM, Deutsche Bank 4 DM und Siemens 2 DM auf. Porsche notierten zuletzt 9 DM und Heidelzement 10 DM höher. Hoesch verbesserten sich um 3,50 DM und Industrie Karlsruhe um 5,50 DM.

Hamburg: HEW wurden mit 83,50 DM gehandelt, während NWK-Vorzüge zu 156 bis 157 umgingen. Markt und Kühlhallen gaben um 2 DM auf 308 DM nach. Bremer Vulkan setzten mit 55,50 DM ein. Phoenix Gummi waren mit 105,10 DM etwas leichter veranlagt. Beiersdorf konnten sich um 2,50 DM erholen.

München: Agrob St. verminderten um 1 DM und Augsburger Spinne um 1,80 DM. Deckel AG verloren 2,90 DM und Dywidag um 3 DM. Energie Oberbayern stockten um 11 DM und Kolbermoor um 13 DM auf. Süd Chemie erhöhten um 2,50 DM und Wanderer AG um 6 DM. Zahnräder Renk verbesserten sich um 7 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 10 DM höher taxiert. Herlitz St. erholten sich um 4 DM, Schering um 2 DM, Herlitz Vz. um 1,60 DM. DeTeWe büßten 7 DM, Berliner Bank, Kempinski und Kötitzer Leder je 2 DM und Berliner Kindl 1 DM ein.

Nachbörse: etwas erholt

WELT-Aktienindex: 135,4 (134,7)
WELT-Umsatzindex: 1660 (1410)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Freiverkehr

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 24. 7. 84: 544 Optionen = 29 650 (42 500) Aktien, davon 159 Verkaufsoptionen: = 8850 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-85/4, 10-100/1,2, 1-85/8, 1-100/2,5, 4-90/9,6, 4-100/4, BASF 10-150/5,5, 10-160/2,4, 10-170/1,1, 1-150/9,5, 1-160/5, Bayer 10-160/3,9 10-170/1,7 1-150/12, 1-160/7,6, 1-170/3,9 4-170/7, Bay. Hypo. 4-280/5,3, BMW 1-360/28, 1-380/9, 1-390/5,1, 1-400/3,3, Commerzbank 10-130/12, 10-140/7,4, 10-150/4,1, 10-160/2,1, 1-150/6,4, 1-170/2, 4-150/9,9, 4-170/3,4, Conti 10-120/1,5, 10-120/5,9, 1-120/4,4, 4-120/7,5, Daimler 10-560/4,5, 1-570/10, Dt. Babcock St. 10-150/4,2, 4-150/3, Deutsche Bank 10-330/7, 1-340/18, 1-350/9, 1-370/4, 4-330/25, Dresdner Bank 10-140/8,1, 1-150/5, 1-170/2,5, Hoechst 10-160/6, 10-170/3, 1-140/5,4, 1-150/3, 4-170/8,9, 4-180/4, Hoesch 10-110/3,5, 1-100/5,4, 4-120/3,3, Kaufhof 1-220/6, Klöckner 10-55/3, 10-60/1,5, 1-55/4,9, 1-60/2,95, 4-50/10, 4-55/7, 4-65/3,2, Lufthansa ST 10-135/5,8, 1-140/10,4, Mercedes 1-490/5, Mannesmann 10-130/5, 1-140/5,4, 1-150/3, 4-140/7,6, Schering 10-320/9, Siemens 10-370/14,4, 10-390/3,4, 10-400/1,7, Thyssen 10-70/5, 1-80/2,4, Veba 10-170/2, 1-170/3,5, 4-180/3,5, VW 10-170/5, 10-180/2,2, 1-160/15, 1-170/9, 1-190/3,4, 1-200/2,5, 4-200/5, Alcan 1-80/3,5, 4-80/5, Chrysler 10-70/7,6, 10-75/4,4, 10-80/3,45, 1-70/9,6, 1-75/6,85, 1-80/5, 4-75/9, 4-80/6,5, IBM 10-320/5, 1-320/12, Philips 10-40/2, 1-40/3, Royal Dutch 10-130/5, Sperry 1-100/13,9, Xerox 1-100/11.

Verkaufsoptionen: AEG 10-85/5,5, 1-80/6, BASF 10-150/4, Bayer 1-150/3, 4-150/5, BMW 1-358/14,5, 4-350/11,5, Commerzbank 1-140/6, 4-140/8, Conti 10-110/6, 1-110/7, Daimler 10-510/8, 10-539,5/22, Deutsche Bank 10-310/7,9, 10-318/12,2, 10-330/21, 1-330/25, Dresdner Bank 10-130/15, 1-140/5,5, 4-140/7,4, Harpener 1-280/12, Hoechst 10-170/12,6, 1-160/6,6, KHD 10-230/18, Klöckner 10-50/2, 10-55/3,6, 1-55/4, Lufthansa ST 10-140/5,6, 1-140/7, 4-130/4,2, Mannesmann 10-130/2,9, 10-136/4, 4-130/5, Schering 10-310/5,6, Siemens 10-382/22, 10-390/30, Thyssen 10-70/3, Varta 10-75/5, Veba 10-160/3,5, 1-160/4,3, 4-160/6,6, VW 10-170/9, 10-180/18, 1-170/9,9, 4-170/14, Chrysler 10-70/1,4, 10-75/2,6, 1-70/3, 1-75/5,5, 1-80/7,2, General Motors 10-200/13,2, 1-180/6,8, Litton 1-210/14,6, Norsk Hydro 10-200/9,4, Philips 10-40/2,5, 1-40/3,2. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5⅛–5⅜	4⅞–5
3 Monate	11⅞–12⅛	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛
6 Monate	12½–12¾	6⅛–6⅜	4⅞–5¼
12 Monate	13⅛–13⅜	6⅜–6⅝	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1505,00	1853,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1514,05
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	225,00	279,30
1 £ Sovereign Elizabeth II.	219,00	272,46
20 belgische Franken	173,00	224,58
10 Rubel Tscherwonez	237,00	297,54
2 südafrikanische Rand	220,00	272,46
Krüger Rand, neu	988,00	1168,22
Maple Leaf	988,00	1168,22
Platin Noble Man	982,00	1150,38
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	243,00	304,38
20 schweiz. Franken „Vreneli"	175,00	223,44
20 franz. Franken „Napoléon"	176,00	222,30
100 österr. Kronen (Neuprägung)	910,00	1101,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,00	229,14
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,00	127,68
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	421,00	530,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	101,00	137,94

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24. 7. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs4)	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York2)	2,8751	2,8831	2,8345	2,83	2,92
London1)	3,792	3,806	3,742	3,73	3,88
Dublin1)	3,068	3,082	3,021	2,98	3,13
Montreal2)	2,1740	2,1820	2,1403	2,11	2,21
Amsterd.	88,505	88,725	88,456	87,75	89,75
Zürich	117,430	117,630	117,53	116,50	119,25
Brüssel	4,940	4,960	4,879	4,81	5,01
Paris	32,510	32,670	32,075	31,75	33,50
Kopenh.	27,315	27,435	27,030	26,25	28,00
Oslo	34,645	34,765	34,115	33,75	35,50
Stockh.**)	34,285	34,355	33,825	33,25	35,00
Mailand3) **)	1,624	1,634	1,580	1,59	1,69
Wien	14,231	14,271	14,216	14,18	14,37
Madrid**)	1,767	1,777	1,732	1,74	1,86
Lissabon**)	1,899	1,909	1,809	1,45	2,35
Tokio	1,1665	1,1695	–	1,13	1,19
Helsinki	47,410	47,610	46,32	46,35	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,5030	2,5570	–	2,10	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3505	2,3785	–	2,29	2,40
Johannesbg.*)	1,8380	1,8550	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Nach einer technischen Reaktion bis tiefst 2,8660 wurde der US-Dollar im Laufe des Geschäfts wieder mit dem alten Höchstkurs von 2,8815 bezahlt. Eine Abschwächung des US-Dollar-Kurses hatte die Bekanntgabe der Neuaufträge für langlebige Wirtschaftsgüter zur Folge, die im Juni 1984 um 3,2 Prozent niedriger genannt wurden. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,8791 wurde die Deutsche Bundesbank am 24. 7. mit US-Dollar-Abgaben von 35,9 Mill. beobachtet. Auch gegen die anderen amtlich notierten Währungen konnte sich die D-Mark nicht behaupten. So wurde das englische Pfund mit 3,799 um 0,29 Prozent und der canadische Dollar mit 2,1780 um 0,82 Prozent höher genannt. US-Dollar in: Amsterdam 3,2510; Brüssel 58,20; Paris 8,8370; Mailand 1768,25; Wien 20,2170; Zürich 2,4497; Ir. Pfund/DM 3,075; Pfund/Dollar 1,3195; Pfund/DM 3,799.

Ostmarkkurs am 24. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Nach Bekanntgabe der Zahlen für Durable Goods in den USA kam es am 24. Juli zu einer deutlichen Schrumpfung der Dollar-Termin-Deports gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,57/1,47	4,47/4,37	8,80/8,60
Pfund/Dollar	0,08/0,05	0,03/pari	0,41/0,46
Pfund/DM	2,90/1,50	6,70/5,30	11,1/8,70
FF/DM	26/10	60/44	118/100

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 7.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,00–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,62, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	23. 7.	20. 7.
Sept.	342,50	345,50
Dez.	358,50	361,00
März	367,75	–

Weizen Winnipeg (can. $/t)	23. 7.	20. 7.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	249,89	245,89
Amber Durum	241,35	241,35

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	133,50	133,40
Okt	139,50	136,50
Dez	144,50	144,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	126,30	125,89
Okt.	124,00	122,50
Dez.	121,90	121,00

Hafer Chicago (c/bush)	23. 7.	20. 7.
Sept	172,50	173,50
Dez.	174,50	175,50
März	178,00	–

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	299,75	307,25
Dez.	282,73	286,50
März	292,50	–

Gerste Winnipeg (can. $/t)	23. 7.	20. 7.
Juli	134,20	132,00
Okt	134,30	131,00
Dez	135,40	132,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	23. 7.	20. 7.
Terminkontr. Sept.	143,60	142,00
Dez.	139,75	138,30
März	137,90	–

Kakao New York ($/t)	23. 7.	20. 7.
Terminkontr. Sept.	2230	2150
Dez.	2182	2151
März	2180	–
Umsatz	–	3054

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept	4,57	4,60
Okt.	4,80	4,84
Jan.	5,34	5,35
März	5,97	5,95
Mai	6,28	6,24
Umsatz	6850	6450

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	23. 7.	20. 7.
	4,37	4,32

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	23. 7.	20. 7.
Juli	2200–2205	2188–2192
Sept.	2232–2234	2201–2201
Nov.	2261–2262	2216–2219
Umsatz	2825	1754

Kakao London (£/t) Terminkontrakt		
Juli	1795–1808	1763–1765
Sept.	1839–1840	1782–1783
Dez.	1733–1736	1700–1701
Umsatz	4910	3389

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	126,00–128,00	123,80–124,40
Okt.	132,60–133,00	129,80–130,00
Dez.	140,80–141,20	137,80–138,80
Umsatz	2928	2068

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	23. 7.	20. 7.
schw. Sarawak spez.	347,50	352,50
weißer Sarawak	590,00	595,00
weißer Muntok	597,50	602,50

Orangensaft New York (c/lb)	23. 7.	20. 7.
Sept.	172,40	168,00
Nov.	169,70	167,25
Jan.	159,70	156,90
März	168,50	157,65
Mai	168,50	–
Umsatz	1500	2500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	23. 7.	20. 7.
Südstaaten fob Werk	56,00	56,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,25	27,75

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Aug.	28,10	28,63
Sept.	28,80	27,20
Okt.	25,20	25,37
Dez.	23,85	23,55
Jan.	23,85	23,60
März	24,05	23,70
Mai	24,10	–

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	35,00	35,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	26,50	26,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,75	19,75

Talg New York (c/lb)		
top white	21,25	21,25
fancy	21,00	21,00
bleichfähig	19,25	19,25
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	53,85	54,00
Okt.	49,80	50,50
Dez.	51,20	–

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	58,25	58,25
Aug.	55,80	55,80
Febr.	67,25	67,25

Häute Chicago (c/lb)	23. 7.	20. 7.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	67,00
Kühe einh. schwere River Northern	57,00	58,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	660,00	659,00
Sept.	643,00	642,00
Nov.	635,00	627,00
Jan.	644,50	639,00
März	658,00	654,00
Mai	669,00	663,50
Juli	675,00	–

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	164,80	165,50
Sept.	167,50	167,50
Okt.	168,50	167,50
Dez.	173,00	171,00
Jan.	175,00	173,00
März	178,00	175,00
Mai	180,00	–

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	23. 7.	20. 7.
Juli	363,00	353,00
Okt.	372,00	362,00
Dez.	377,00	367,00

Kokosöl New York (c/lb)	23. 7.	20. 7.
Westküste fob Werk	86,00	86,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	24. 7.	23. 7.
jegl. Herk. cif	1025,00	1025,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	570,00	565,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	660,00	670,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
mit Niederl. fob Werk	225,00	240,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	–	1510,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	305,00	295,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	23. 7.	20. 7.
Okt.	66,67	67,30
Dez.	67,20	68,10
März	69,20	70,15
Mai	70,45	71,15
Juli	71,55	72,25
Okt.	71,00	71,80

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1:	46,25	46,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	23. 7.	20. 7.
Aug.	482	477–484
Okt.	496–500	491–493
Dez.	497–504	496–500
Umsatz	222	300

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	23. 7.	20. 7.
Okt.	geschl.	51,60
Dez.	geschl.	51,40
März	geschl.	53,00
Mai	geschl.	53,20
Umsatz	0	0
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	23. 7.	20. 7.
Juli	542,0–550,0	546,0–554,0
Okt.	570,0–571,0	569,5–571,0
Dez.	570,0–571,0	573,0–575,0
Umsatz	141	43

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	23. 7.	20. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	23. 7.	20. 7.
Juli	13 415	13 415
Aug.	13 448	13 416

Kautschuk London (p/kg)	23. 7.	20. 7.
Nr 1 RSS loco	67,50–71,50	72,25–73,25
Aug.	68,80	68,00–71,00
Sept	67,00–69,50	68,00–71,00
Okt	68,00–69,50	68,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	23. 7.	20. 7.
Aug.	208,00–209,00	207,25–208,00
Sept.	214,00–215,00	212,50–213,50
Nr 2 RSS Aug.	202,00–203,00	201,00–202,00
Nr. 3 RSS Aug.	198,50–199,50	197,50–198,50
Nr. 4 RSS Aug.	191,50–192,50	190,50–191,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	23. 7.	20. 7.
BWC	590,00	590,00
BWD	515,00	515,00
BTC	590,00	590,00
BTD	515,00	515,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	24. 7.	23. 7.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	138,92–139,11	141,55–141,74
drittfolg. Monat	137,40–137,59	139,85–140,03
Zink: Basis London		
laufend. Monat	250,82–251,20	253,70–253,89
drittfolg. Monat	249,67–249,86	252,37–252,58
Produz.-Preis	285,43	284,58
Reinzinn 99,9%	3912–3951	3892–3931

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24. 7.	23. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	392,02–393,92	395,62–397,52
Blei in Kabeln	148,75–157,75	149,25–150,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	404,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	24. 7.	23. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	384–385	385–388
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	429–431	430–433
MS 63	415–419	417–421

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	23. 7.	20. 7.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	24. 7.	23. 7.
Leg. 225	413–430	413–430
Leg. 226	415–432	415–432
Leg. 231	445–452	445–452
Leg. 233	455–472	455–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	24. 7.	23. 7.
Platin (DM je g)	33,40	33,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 700	31 400
Rücknahmepr.	30 950	30 650
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 830	31 610
Rücknahmepr.	31 130	30 810
verarbeitet	33 500	33 160
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 400	31 060
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	679,60	681,70
Rücknahmepr.	659,50	661,50
verarbeitet	709,50	711,60

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	24. 7.	23. 7.
10.30	337,75	335,25
15.00	338,50	335,00
Zürich mittags	337,25–337,75	335,25–336,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 500	95 350
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	542,30	554,95
3 Monate	558,35	560,65
6 Monate	574,80	576,35
12 Monate	606,25	608,00

Platin (£-Feinunze) London	23. 7.	20. 7.
fr. Markt	248,85	254,55
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	99,30	103,10

New Yorker Preise	23. 7.	20. 7.
Gold H & H Ankauf	335,00	342,00
Silber H & H Ankauf	715,00	738,00
Platin fr. Händlerpr.	340,00–344,00	340,00–344,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	133,50–134,50	137,50–138,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juli	718,50	734,50
Aug.	718,00	734,80
Sept	724,00	740,00
Dez	746,00	762,00
Jan	754,70	772,50
März	770,30	792,00
Mai	786,90	805,30
Umsatz	22 000	31 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	23. 7.	20. 7.
Juli	58,50	59,15
Aug	59,05	59,70
Sept	60,70	61,60
Dez	61,35	62,15
Jan.	62,50	63,25
März	63,75	64,55
Mai	64,95	65,80
Umsatz	7500	7000

Londoner Metallbörse

	24. 7.	23. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	877,50–878,00	880,00–881,00
3 Monate	902,00–902,50	905,00–906,00
Blei (£/t) Kasse	365,00–365,00	370,00–371,00
3 Monate	361,00–361,50	364,50–365,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1017,0–1018,0	1030,0–1030,5
3 Monate	1034,5–1035,0	1045,0–1045,5
abends Kasse	–	1022,5–1023,5
3 Monate	–	1038,5–1039,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1020,0–1022,0	1025,0–1027,0
3 Monate	1038,0–1038,0	1041,0–1043,0
Zink (£/t) Kasse	659,00–660,00	665,00–666,00
3 Monate	656,00–656,50	662,00–663,00
Zinn (£/t) Kasse	9375–9380	9365–9375
3 Monate	9320–9321	9320–9321
Quecksilber $/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	77–79

FINANZANZEIGEN

AUSSCHREIBUNGEN

Bundesanleihen

		24. 7.	23. 7.
F 6 Bund 78 III	9/84	99,9	99,95
8¼ dgl 76	9/84	100,2	100,25G
6 dgl 78 IV	12/84	99,95	99,95
6¾ dgl 79	1/85	99,9	99,95
8½ dgl. 73 I	3/85	101,2	101,2
7 dgl. 79	4/85	100,1	100,15
7½ dgl 79 II	6/85	100,4	100,4G
7¾ dgl 79 I	7/85	100,85	100,85G
8 dgl 76 IV	10/85	101,3	101,3G
5½ dgl 78 II	3/86	97,5	97,5
5¼ dgl 78	5/86	97,6	97,6
7¼ dgl 76 I	12/86	99,8	98,85
6½ dgl 79	1/87	98	98,2
7¼ dgl 76 II	1/87	99,6	99,6
6¾ dgl 77	4/87	98	98
6½ dgl 77	7/87	97,5G	97,6
6 dgl. 77	10/87	95,4	95,5
6 dgl. 78 I	1/88	94,85	94,85
6½ dgl 78 I	9/88	95,65	95,7
6½ dgl 78 II	12/88	95,5G	95,5
6¾ dgl 79	1/89	96,4	96,4
7¼ dgl 79 I	4/89	97,75G	97,85G
10 dgl. 81	4/89	107,35	107,35
7½ dgl 79 I	6/89	98,7	98,8G
8 dgl. 79 I	7/89	100,4	100,5
8 dgl. 79 II	8/89	100,35	100,2
7½ dgl 79 II	9/89	98,25	98,25
7¾ dgl 79 II	11/89	99	99,2
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,25	99,25
10 dgl. 80	4/90	108,05	108,3
5¾ dgl. 78	5/90	91,95	92,2
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,9	101,9
8¼ dgl 80 II	11/90	101	101
7¾ dgl. 82	11/90	98,35	98,35
9 dgl 81	2/91	104	104
10¼ dgl 81	7/91	110,2	110,4
10¾ dgl 81	9/91	113G	113
10 dgl 81 II	12/91	109,35	109,35
9¾ dgl 82 I	1/92	108,05	108,05
9¾ dgl 82 II	3/92	108,25	108,25
6 dgl. 78 II	3/93	88,8	89,15
9,5 dgl 82	4/92	106,8	106,8
9 dgl 82	5/92	103,85	104,05
8½ dgl 82	6/92	101,45	101,5
9 dgl. 82	8/92	104,2	104,2
8¾ dgl. 82	9/92	102,85G	102,85
7¾ dgl. 82	12/92	96,85	97,1
7½ dgl. 83	1/93	95,3	95,35
7½ dgl. 83 II	3/93	96,25	95,3
7½ dgl 83 III	6/93	96,55	96,75
8¼ dgl 83	6/93	99,85	99,95
8 dgl. 83	7/93	98,5	98,55
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,85	99,9
8¼ dgl. 83 III	10/93	99,85	99,9
8¼ dgl. 83 IV	11/93	99,85	99,85
8¼ dgl 83 V	12/93	99,85	99,9
8¼ dgl 84	1/94	99,8	99,9
8¼ dgl 84 II	2/94	99,8bG	99,85
8 dgl 84	3/94	98,1	98,2
8¼ dgl. 84	6/94	99,85	99,95
F 7¾ B Obl 79 S.1	12/84	100,5	100,55
8 dgl 80 S.2	2/85	100,9	101
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	101,1	101,1
9¼ dgl 80 S.4	3/85	101,35	101,4
8¾ dgl 80 S.5	4/85	101,25	101,25
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,1G	101,1G
8 dgl 80 S 7	6/85	100,95	101
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,8	100,8
8¼ dgl 80 S.9	10/85	101,55	101,55
8¾ dgl 80 S 10	1/86	102,5	102,6G
9 dgl. 81 S 11	1/86	102,5	102,5
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,9	103,9
10 dgl. 81 S 13	3/86	104,05	104,1
9½ dgl. 81 S 14	4/86	103,45G	103,45
10 dgl 81 S.15	4/86	104,2	104,2
10½ dgl 81 S.16	6/86	105,6	105,6
11 dgl 81 S 17	8/86	106,9	107
10½ dgl. 81 S 18	10/86	106,45	106,45
10 dgl 81 S.19	10/86	105,45	105,45G
9½ dgl 81 S 20	11/86	104,65G	104,65G
10¼ dgl 81 S.21	11/86	105,75	105,75
10 dgl. 81 S 22	11/86	105,35	105,35G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,5	104,5
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,65	104,65
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,45	104,45G
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	104G	104
9 dgl 82 S 27	4/87	103,5G	103,5
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,2	102,2
9½ dgl 82 S 29	7/87	105	105
9 dgl 82 S.30	8/87	103,2	103,2
8¾ dgl. 82 S 31	9/87	102,6	102,6
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	101,3	101,35
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,5	100,5
7¾ dgl. 82 S 34	11/87	99,85	99,95
7½ dgl 82 S 35	12/87	99,2	99,3
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	97,95	98,05
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	96,6	96,6
7 dgl 83 S 38	5/88	97,25	97,3
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	98,8G	98,8G
7½ dgl 83 S.40	6/88	99,4	99,4
8 dgl. 83 S.41	6/88	100,2	100,3
8 dgl 83 S.42	9/88	100,15	100,15
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,2G	100,2
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,05	101,15
8 dgl. 84 S 45	3/89	99,9	99,95
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,15	98,15
7¾ dgl 84 S 47	7/89	99,1	99,15

Bundesbahn

		24. 7.	23. 7.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,15G	100,15G
8¼ dgl. 76	9/84	100,2	100,2
6 dgl. 78 III	11/84	99,95	99,95

		24. 7.	23. 7.
F 6½ dgl. 79	2/85	100	100G
8½ dgl 73	2/85	100,9	100,9G
7 dgl. 77	2/87	99,1G	99
6 dgl. 77	9/87	95,6	95,7
6 dgl. 78 II	7/88	94,3	94,55
6½ dgl 77	5/89	94,7G	94,8
8 dgl 79 I	7/89	100,2	100,35
6 dgl. 78 I	2/90	91,65	91,9
8 dgl. 80 II	7/90	99,85	100,05G
9 dgl. 81	3/91	104	104,15
10½ dgl 81	9/91	111,75G	111,75G
10¼ dgl. 81	11/1	110,8G	110,7
8 dgl. 80 I	2/92	99,1	99,1
10 dgl. 82	2/92	109,45	109,45G
9½ dgl 82	7/92	107	107,15
8 dgl. 82	11/92	98,3G	98,45
7¾ dgl. 83	1/93	96,75	96,75
8¼ dgl 83	10/93	99,85bG	99,9G

Bundespost

		24. 7.	23. 7.
F 6½ Bdpost 68	6/88	98,55G	98,75
8 dgl. 72 I	9/87	100,7	100,7
10 dgl. 81	3/89	107,6	107,8
10½ dgl. 81	6/89	108,35	108,45
8 dgl. 80	3/90	100,05	100,05
7¾ dgl. 80	9/90	98,75	98,75
8¾ dgl. 80	12/90	102,9	103,05
10½ dgl. 81	10/91	111,7	111,7
9¾ dgl. 82	2/92	107,85	108,1
8¾ dgl. 82	8/92	102,65bG	102,65
8½ dgl. 82	10/92	101,2	101,3
7¾ dgl. 83	2/93	96,8	96,85
8½ dgl. 83	9/93	101,3	101,55
8¼ dgl. 84	2/94	99,9	99,9

Länder – Städte

		24. 7.	23. 7.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	97,8	97,8
8¼ dgl 82	92	100,2	99,95
M 7 Bayern 66	86	100,4G	100,4G
6½ dgl. 67	87	101G	101G
8 dgl. 68	85	98,75G	98,75G
6 dgl. 78	88	94,5	94,5
8¾ dgl. 80	90	103	102,75G
8¾ dgl. 82	92	102,5G	102,5
7½ dgl. 83	93	95,1	95,1G
8 dgl 84	94	98,6	98,5G
B 8½ Berlin 70	85	102	101,8
8 dgl. 72	85	101G	101G
7 dgl. 77	85	100G	100G
6½ dgl. 78	88	97,5G	97,5G
8¾ dgl 80	88	104G	104G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,65G	100,65G
8 dgl. 72	87	101	101G
7½ dgl. 83	93	94,9G	94,9
H 8½ Hamburg 70	85	101,2G	101,2G
6¼ dgl. 77	92	96,15	96,1G
8 dgl. 80	92	99,75G	99,75G
9¾ dgl. 82	92	107,85G	107,85G
7½ dgl. 83	92	94,7	95
8¼ dgl. 84	94	99,75G	99,75G
F 8 Hessen 71	86	101	101G
6¼ dgl. 78	88	94,5	94,75
Hn 8½ Nieders. 70	85	101,3	101,3G
7½ dgl. 72	87	100G	100G
8 dgl. 72	87	101G	101G
7½ dgl. 79	87	99,25	99,35
7¾ dgl 82	92	96,75G	96,75G
8 dgl. 83	93	98,1G	98,1G
8 dgl. 84	94	98,5	98,5G
D 7½ NRW 83	93	95,2	95,35
7¾ dgl. 83	93	96,6	96,75G
8½ dgl 83	93	101,2G	101,25G
8¼ dgl 83	93	99,7G	99,85
8¼ dgl 84	92	99,95	100,1G
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8G	99,8G
8 dgl. 71	86	100,5	100,5
F 8½ Saar 70	85	100,75G	100,75G
7 dgl. 72	87	99,25G	99,25
6 dgl. 78	88	94,1	94,4
H 7¼ Schl.-H 72	87	99,5G	99,5G
6½ dgl. 73	85	100,75	100,75G
8 dgl. 84	94	98G	98G
D 7 Essen 72	85	100,25G	100,25G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,5G	100,5G
7¾ dgl. 72	87	100,5G	100,5G
8 dgl. 83	93	98,25	98,5G

Bankschuldverschreib.

	24. 7.	23. 7.
F 6 Allg. Hypo Pf 1	82,5	82,5G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 188	102,15G	102,15G

Öffentliche Anleihen schwächer

Die anfänglichen Hoffnungen auf eine Stabilisierung des Rentenmarktes erfüllten sich nicht. Bei den öffentlichen Anleihen verstärkte sich im Verlaufe das Angebot zum Teil aus dem Ausland stammen und führte in diesem Bereich zu Abschlägen bis zu einem Viertelpunkt. Bei den DM-Auslandsanleihen scheint die Verkaufswelle aus dem Ausland zunächst gestoppt zu sein. Auf der ermäßigten Basis gab es einige Meinungskäufe, die jedoch die Kurse nicht bewegten. Pfandbriefe bröckelten bei ruhigem Geschäft ab.

	24. 7.	23. 7.
M 5½ Bayer.Hdbs Pf 14	97,75G	97,75G
6 dgl Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	85,5T	85,5T
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
[illegible]		

	24. 7.	23. 7.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,3G	90,3G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	–	–
8 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl KO 5	102G	102G
H 8 Hyp.L.Hbg. Pf 96	81,5	81,75
6½ dgl. Pf 80	90,2G	90,5
[illegible]		

	24. 7.	23. 7.
M 5 Verbank Mbg. Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,75G	100,75G
6¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
8½ dgl. Pf 1007	105,85G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05G
7 dgl. KO 558	99,9bG	99,9G
6¼ dgl. KS 420	96,2G	96,2G
9¼ dgl. KO 1301	104,5G	104,5G
[illegible]		

	24. 7.	23. 7.
6 NWK 81	98,75G	98,75G
8 dgl. 82	97,75G	97,75G
8 ObDon. Krwk. 64	95G	95G
F 6 Rh.Briw. 63	95,25	95,3T
6 dgl 65	95T	95G
6 RWE 63	96,25G	96,25G
6 dgl. 65	95,25	95,5T
7¾ dgl. 71	100G	-Zhg.
7 dgl. 72	98,9G	98,9G
6 Rh.-M.-Don. 62	97G	97G
6½ dgl. 68	99,4G	99,4G
8 Schleswag 71	100,1G	100,25
7½ Thyssen 71	99,8G	99,8G
8 dgl. 72	100T	100T
7¼ dgl. 77	97,5G	97G
8 VEW 71	100,1T	100,1T
6¾ dgl. 77	95,8G	95,8G
7 VW 72	98,65	98,75T

Optionsscheine

	24. 7.	23. 7.
F 11 BASF Over Zee 82	53,5	53,8
7¼ Bayer Fin. 79	54,7	56
10½ Bayer Fin. 82	60	59,5
7½ BHF Bk. Int. 83	75,5	71
6¾ Ciba-Geigy 75	940	980
3½ Commerzbk. 78	39,5	38
7 Combk. Int. Lux. 83	41,1	43bB
4½ Dt. Bk. Comp. 77	108	104
3½ Dt. Bk. Int. 83	98,5	98,5
8¼ Degussa 83	133	137
4 Dresdner Bk. Int. 83	41,1	42
4 dgl. 83 II	45	43
10 Hoechst 75	275	286
6¾ dgl. 79	61	57,3
8 Hoechst 83	77,5	73
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1705	1770
5¼ Jusco 83	3200	3150
Mitsubishi 84	490bG	501
Mitsui 82	180bG	188G
7¾ Siemens 83	167	162,5
8,875 Schering 83	85,5	86
4 Veba 83	47,5	47,3
6½ Wells F. 73	249	246,5
F 8¾ BASF 74	57,3	58,8
Bayer 84	54	55,2
5 Conti 84	53,1	54,8
Stumpf 78	60bG	60bG

Optionsanleihen

	24. 7.	23. 7.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	103G	103
7½ dgl. 83 oO	77	78T
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	110,5G	110,5G
F 3½ dgl. 78 oO DM	90bG	90,1
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	115G	115G
4½ dgl. 77 oO $	83,1	83,5
3¾ Dt. Bk. 83 mO	113,25	112
3¾ dgl. 83 oO	84	84
6¼ Dt. Bk. 83 mO	95G	95
6¼ dgl. 83 oO	72,3	72,3G
4 Dresd. Bk. 83 mO	103	103G
4 dgl. oO	86,65	86,7
7½ Jap. Synth. 82	1778	1788
7½ dgl. 82 oO	99	99,5G
5¾ Jusco 83 mO	147,5G	149,5G
5¾ dgl. 83 oO	93,25	94,1
3½ Mitsubishi 84 mO	95	98
3½ dgl. 84 oO	86,25	86,5bG
4 Veba 84 mO	114,5	114,25
4 Veba 84 oO	77,1	77bG
F 6½ Wells F. 73 mO DM	120G	120G
6½ dgl. 73 oO DM	95G	95G
F 8½ BASF 74 m O	139G	140
8½ BASF 74 oO	101,5G	101,5
3¼ Bayer 84 mO	110,25	111
3¼ Bayer 84 oO	72,85	72,9
5 Conti 84 mO	129	132
5 Conti 84 oO	79,5G	79,75
M 3½ Stumpf 88 mO	172B	172B
M 3½ Stumpf oO	85G	88G

Währungsanleihen

	24. 7.	23. 7.
6¼ Kopenhagen 72	198G	198G

Wandelanleihen

	24. 7.	23. 7.
F 5 Bayer 69	–	–
H 8 Beiersdorf 82	160	159
D 8 Girmes 74	72,85	72,9
6½ KSB 83	121G	123
F 6 Pfaff 84	116,6	119

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	24. 7.	23. 7.
F 4¾ AKZO 69	94T	94T
F 5 Asics Corp. 83	98,5	98
F 3½ All Nippon 78	96,25	96,75G
F 3½ Asahi Opt. 78	108,5G	110G
F 4¾ Canon Inc. 77	322G	320G
F 3½ Cas. Comp. 78	223T	220G
F 5¼ Daon Inc. 80	128T	127G
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	600G	590G
F 5 dgl. 79	395T	395G
F 5¼ Hoogovens 58	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	118G	116G
F 3½ Jusco Co. 78	105T	103,5G

	24. 7.	23. 7.
F 6 Komatsu 76	152T	150T
F 6 Konishiroku Pho. 81	106T	106T
F 6¾ dgl. 82	104	101,5
F 3½ Kocaleen 78	101,5	103T
F 7½ Kraft Inc. 70	125G	125G
F 3½ Marudai F 78	100G	98,5G
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	174G	172G
F 4 dgl. 79	134G	135G
F 6,75 Mitsub. H 81	130G	130G
F 6 dgl. 81	109,5	111
F 6 Nichii Co Ltd 80	134,5G	134,5G
F 3¾ Nippon Sh 78	128G	125G
F 3½ Nissan Mot. 78	96G	96G
F 4 Nisshin Steel 78	169G	169G

	24. 7.	23. 7.
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	125T	125T
F 3½ Olympus 78	209G	210G
F 3¾ Omron Tat 79	360G	360G
F 4¾ Orient Fin 79	220G	220G
F 3½ Ricoh Comp. 78	175	174G
F 6¾ Rothm. Int. 72	97,5	97,75
F 3¾ Sanden Corp. 78	102,5T	102,5T
F 6¼ Sekisui 76	140T	136T
F 3½ Stanley 78	117	117G
F 6 Taiyo Yuden 82	116T	116T
F 5 Texaco Int. 66	96,35	96,35
F 3½ Tok. Elec. 78	385T	385T
F 4 Tokyu Land 79	105T	105T
F 3½ Trio Kenw. 78	95	96G
F 6½ Ucy Ltd. 79	195G	195G

Ausländische Aktien in DM

	24. 7.	23. 7.
F L'Air Liquide	160G	160G
D Akzo	89,5	89
F Alcan	71,1	72
F Alcoa	94,5	93G
F Alg.Bk.Nedld.	261	260
F All Nippon Air	3,6	3,7T
M ALPS El.	22	21,9
F Amax	51,4	51,4
F Am. Cyanamid	128G	128G
F Ameritech	200	197,9
D American Expr.	74bG	75
D Am Motors	12,1	11,75
F Am. T & T	52	51,7
F Amro Bank	46,4	47
F Anglo Am. Corp.	39,4	40
M Anglo Am. Gold	267,5	266,5
F Arbed	66G	66G
D Armco	38	37,8
F Asahi Chem.	6,5	6,6G
M Atl. Richfield	123,5	123,8
H Atlas Copco	40G	42G
M Avon	65,7	64,8
D Baker Int.	51G	50,8
F Ball Canada	20bB	21,1
F Banco de Bilbao	29,5	29,5
F Banco Central	29,5	28,7
F Banco Hisp. Americ.	21,4	21,1
F Banco de Santander	22,8	22,5
F Banco de Vizcaya	34,5	34,2
F Barlow Rand	24T	24T
M Baxter Trav. Lab.	40,9	40,4
D Beatrice Foods	74G	75,5G
F Bell Atlantic	208	203
D Bell Canada	67G	66
F Bell South	82	83,8
D Bethlehem Steel	49bG	50,3
F Black & Decker	54	56,6T
F Boeing	124,5	126
M Bougainville Copper	3,6	3,55
F Bowater	5,5T	–
D BP	16,6	16,8
M Broken Hill	22,2	22G
F Bull	10,7	10,65
F Cdn. Pacific	82,2	82G
F Canon	12,3	12,5
F Casio Comp.	13	13,2
F Caterpillar	100,1	100,5
D Ch. Manhattan	109	109
F Chrysler	75	76
M Citicorp.	80,4	82
F City Investing	113	114G
F Coca-Cola	164,5	166G
D Colgate	53	54G
M Commodore Int.	62,8	59,1
M Comm. Satellite	70,6	71,2
F Cons. Gold F.	18	18,05
D Cont. Group	159G	158G
F Control Data	75,5	78,5
H Courtaulds	4G	4G
M CRA	10,4	10,05
M CSR	7,2bG	7,2bG
F Dalei	7,8G	7,8G
F Dart & Kraft	214G	216
M De Beers Cons.	15,7	16,1
F Deere Comp	75	73
F Delta Air Lines	82	82,5
F Diam. Shamrock	55,2	55,2
M Digital Equipm.	225,2	222,2
M Disney Prod.	154,3	150
H Distillers	108	108
M Dome Petroleum	5G	5,05
D Dow Chemical	78	75G
D Dresser	54bG	55
M Driefontein Cons.	82,5bG	82,4
D DuPont	131,5	128
H Dunlop	1,55G	1,55G
D Eastern Air Lines	11,55	11,65
F Eastman Kodak	205	205
F Eaton	120T	118
F Elf Aquitaine	66,6	65
F Emhart	81	81G
D Ericsson	107T	108T
D Esmark	170T	170T
D Exxon	117	116,5
F Fertalfa Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,3	6,3G
D dgl Vz.	5,3G	5,3G
F Fircader	–	–
D Fisons	6,5T	6,75T
M Fluor	46,7	48
D Ford	105,5	108
F Fujitsu	13,4	13

	24. 7.	23. 7.
F General Electric	141	140G
F General Foods	155G	154G
F General Mining	46	45,5
D General Motors	191	193G
D Gen. Shopping	335T	335T
D Gestetner	149G	149G
[illegible]		

	24. 7.	23. 7.
F Pakhoed	50	50,2
F Pakhoed Z.	–	–
M PanAm	12bG	12,1
D Parker Drilling	24	25,8
F Peko Wallsend	9,85	9,8
M Pepsi	117,5	117
[illegible]		

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".

Heft 20 der „Orientierungen" enthält einen Beitrag von Nobelpreisträger Friedrich A. von Hayek über die Grenzen der individuellen Vernunft sowie die Macht und die Labilität der Moral, bringt Beiträge über Freiheit und Gebundenheit wirtschaftlicher Betätigung und über die „Selbstverwaltung des Wettbewerbs", diskutiert Fragen der Beschäftigungspolitik und der Freizeitpädagogik und berichtet über eine Veranstaltung der Ludwig-Erhard-Stiftung zum Thema „Eigentum als Grundrecht und Element der Ordnungspolitik". Dem Heft liegt die Jahresbibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1983 bei, die mehr als 1200 Titel umfaßt.

Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden?
Schreiben Sie uns:
Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8,
5300 Bonn 1.

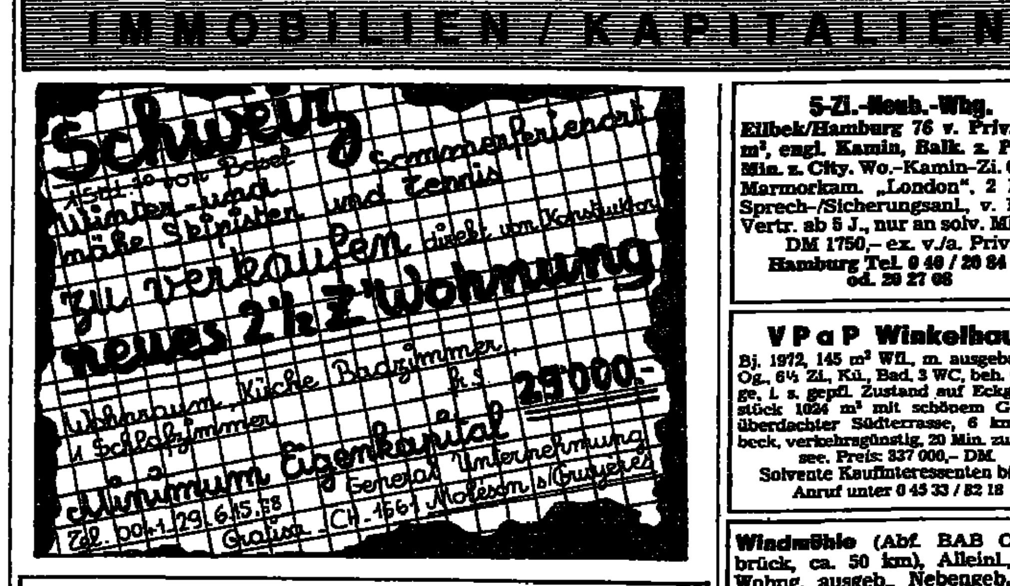


Laßt uns Brücken bauen über Gräber hinweg, von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Str. 2 · 3500 Kassel · Postscheckkonto Hannover 103360-301

IMMOBILIEN / KAPITALIEN



ACHTUNG! ANLAGEBERATER!
Im Hochschwarzwald können ca. 6 Mio. Kommanditistenanteile an einem gut gehenden Gästehaus mit sehr guten Konditionen plaziert werden.
Weitere Informationen unter S 8235 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GOMS / WALLIS / SCHWEIZ
direkt vom Ersteller zu verkaufen
EINZELCHALET
in sehr schöner Hanglage. Rustikale Ausstattung mit viel Holz.
Interessenten melden sich bei:
Lauber Anton
Nordstraße 11, CH-3900 Brig, Tel. 00 41 / 38 23 30 64

5-Zi.-Neub.-Whg.
Eilbek/Hamburg 76 v. Priv.! 170 m², engl. Kamin, Balk. z. Park/5 Min. z. City. Wo.-Kamin-Zi. 65 m², Marmorkam. „London". 2 Eing., Sprech-/Sicherungsanl., v. Einb., Vertr. ab 5 J., nur an solv. Mieter! DM 1750,– ex. v./a. Priv.
Hamburg Tel. 0 40 / 20 84 93 od. 29 27 08

V P a P Winkelhaus
Bj. 1972, 145 m² Wfl., m. ausgebautem Og., 6½ Zi., Kü., Bad, 3 WC, beh. Garage, i. s. gepfl. Zustand auf Eckgrundstück 1024 m² mit schönem Garten, überdachter Südterrasse, 6 km Lübeck, verkehrsgünstig, 20 Min. zur Ostsee. Preis: 337 000,– DM.
Solvente Kaufinteressenten bitte Anruf unter 0 45 33 / 82 18

Windmühle (Abf. BAB Osnabrück, ca. 50 km), Alleinl., zur Wohng. ausgeb., Nebengeb., ca. 2000 m² Grdst., von Priv. zu verk. DM 500 000,–. Nähere Info. Sa./So. Tel. 0 59 09 / 649, werktags 05 91 / 6 32 35.

HH-Eilbek am Park
5-Zi.-Neub.-Whg. m. Kamin DM 1750,–, 170 m², 5 Min. v. Zentrum, Wo.-Zi. 65 m², Büro, 2 Eing., v. Einb./Extraanl., engl. Marmorkam., Sprech-/Sicherheitsanl., ruh. Wohng., S-/U-Bahn, an solv. Mieter! Vertr. ab 5 J. Echte Chance!!! Eilt, umzugsh.
Tel. 0 40 / 20 84 93, 29 27 08

Leistungsstarke Beratungsgesellschaft, welche sich u. a. mit Versicherungsvertrieb im Bereich LV, Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Gewerbetreibende etc. beschäftigt, sucht bewegliche
Versicherungsgesellschaft zur Zusammenarbeit.
Angebote an die von uns beautragte Anwaltskanzlei Thomas Günther, pp. Mendstr. 67, 4400 Münster

Adriatische Küste - Porto S. Margherita - Venezia, Agentur Marchesan, Tel. 00 59 42/18 15 84 von 9.00 bis 12.00
verkauft Haus mit Blick auf den Hafen, Garage, Küchenecke, Wohn- u. Speisezimmer, 3 Schlafzimmer, Mansarde, 2 Bäder. Ital. Lire 80 Millionen zuzügl. Überschreibungskosten. Chiff. MOTTA
verkauft Geschäftsräume, geeignet als Eissalon-Bar-Pizzeria, mit 180 m² Innen- und 200 m² Außenfläche. Ital. Lire 250 Millionen zuzügl. Überschreibungskosten. Chiff. UFFICIO
verkauft möbl. Haus, 500 Meter vom Meer entfernt, Garten, Küchenecke, Wohn- und Speisezimmer, 1 Bad, 2 Schlafzimmer. Ital. Lire 60 Millionen zuzügl. Überschreibungskosten. Chiff. BUTO
verkauft Haus mit Garten, überdachter Autoabstellplatz, Wohnküche, 3 Schlafzimmer, 2 Bäder, Mansarde, Bootsliegeplatz 4 x 10 Meter. Ital. Lire 100 Millionen zuzügl. Überschreibungskosten. Chiff. ACCO
verkauft möbl. Haus mit Garten, Wohnküche, 3 Schlafzimmer, 2 Bäder, Balkon, Schwimmbadbenutzung in der Anlage der Wohngemeinschaft. Ital. Lire 100 Millionen zuzügl. Überschreibungskosten. Chiff. BAR
verkauft Wohnung in einem App.-Haus, 3. Stock, 100 Meter vom Meer mit Bootsliegeplatz 2,50 x 10 Meter. Ital. Lire 70 Millionen zuzüglich Überschreibungskosten. Chiff. RANZOLIN
Agentur Marchesan - ITALIEN -
Adria: Viale Venezia Nr. 32 – I-30020 CAORLE PORTO S. MARGHERITA/VENEZIA
Sofern Sie eine Wohnung oder ein Geschäftslokal erwerben möchten, so schreiben Sie uns Ihre Wünsche und Vorstellungen. Wir werden Ihnen auf kurzem Postweg antworten.

CHALET, Grächen/deutschspr. Wallis, SCHWEIZ, 112 m², ca. 3,5 Ar Grund, beste Ausst., z. B. off. Kamin, Holzküche usw. von Privat zu verk. Ausk.: 07 11 / 51 48 48

Holland
6 km v. d. Grenze bei Goch: freist. Luxusbungalow m. exkl. Ausst.: 175 m², Sonnenterr. 60 m², Garten 1240 m² m. Schwimmb. u. Grillplatz im Freien, am Rande gr. Naturschutzgeb., 2 km v. Wassersp.zentrum „Leukermeer". Zu beziehen nach Vereinbarung. DM 395 000,–. Maklerfrei.
Tel. 00 31/88 54-14 37

Süd Ostbayern
in liebenswerter Landschaft
APPARTEMENT
Bad Füssing/Kurzone
Wfl. 27 m², Einbauküche, Neubau, nur 54 000,–
DOPPELHAUSHÄLFTE
Landhausstil am Rande von Bad Füssing/ruhige Wohnlage
Komfort-Ausstattg., Kachelofen, DG-Studio m. Bad/WC, Gge., Bj. 83, DM 284 000.
Raiffeisenbank Kößlarn-Eriag e.G.
Tel. 0 85 73 / 2 14

NL-VLISSINGEN
ETW am Meer, 4 Zi., 80 m², 3 Min. v. Strand, sehr schöne Lage. DM 57 500,– zzgl. Kosten.
Tel. 00 31 / 11 84 - 7 00 26

Ibiza i-Punkt
Direkt vom Bauherrn
Traumhafter Terrassenbungalow, mit Garten und Pool, 100 m zum Sandstrand, in kleiner gepfl. Wohnanlage, gr. Wohn-/Eßsalon, 2 Doppelschlafzimmer, 2 Bäder, Küche, Dachterrasse, Garten, mit Blick aufs Meer. DM 161 000,–.
IBIZA I • PUNKT GmbH
Postfach 19, 8063 Egenburg
Tel. 0 81 34 / 15 57 auch Sa. u. So.

Sardinien/Porto Cervo
in einzigartiger Lage, wenige Schritte von der Piazzetta, mit Aussicht auf den Hafen und Cala Romantica, „IL GABBIANO 81" S.r.l. verkauft
Reihenvillen
aus Stein, luxuriöse Verschönerung des Handwerkes, Kamine, Terrassen, Privatgärten in geschütztem Park.
Auskünfte erteilt gerne:
„IL GABBIANO 81"
Via Aracoeli 3, I-00186 Roma
Tel. 06 / 678.1916-6 79 62 09

Sylt/Wenningstedt
2½-Zi.-Ferienwohnung, 58 m², im Friesenstil. Ideale Lage in kleiner Wohnanlage – 300 m zum Strand, für
DM 276 000,–
zu verkaufen.
Hohe Steuervorteile bei Vermietung (MwSt.-Option).
GVW
Schloßgarten 6, 2300 Kiel
Tel. 04 31 / 55 30 64

CANNES
Gipfel
„Croix des Gardes"
Priv. verk. wunderschönes Herrenhaus, 250 m² Wfl., gr. Wohnzi., Eßzi. 90 m² auf prachtvoll. Terrasse, unverbaubarer Blick auf Meer und Esterel. 4 Schlafzi., 2 Bäder, Wohnzi., gr. einger. Küche zum Garten. Grundst. 3300 m². 4,5 Mio. FF. Zuschrift. an:
Havas, Nr. 9605, 5 Rue du Mal Foch, 06400 Cannes, F. o.: Tel.: 00 33 93/45 40 01

Schweiz
Sonnenterrasse Beatenberg, Sommer- u. Wintersport. Komfort-Eigentumswhg. (59 m²), m. eleg. Innenausbau, Garagenplatz, gelegen in einem sehr schönen Appart.-Hotel, zu verkaufen. VB 250 000 SFr. Zuschr. unt. T 8256 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Tessin-Immobilien
Was Sie auch suchen, wir haben es!
Rund um den Lago Maggiore
RDM-Büro Dipl.-Ing. K. Kops
Ruf: 0 22 61 / 6 40 61-62

An alle Bauherren u. Hausbesitzer!
Hypotheken-Sonderkonditionen
6% – 95 Ausz. – 10 Jahre fest
Gewerbe-Finanz.
7% – 95 Ausz. – 10 Jahre fest
vermittelt: Fa. M. Borst
Graf-Adolf-Str., 4630 Bochum
Tel. 0 23 27 / 6 15 14 od. 6 14 61

HOLLAND – OUDDORP
a. d. Nordsee, z. verk. Luxus-Stein.- Ferienbung. im Bungalpark auf ca. 340 m² Eigengr. VB 105 000 hfl.
Tel.: 00 31-22 09 28 37

Bad Laasphe
großzügiges Einfam.-Haus, 180 m², Grdst. 1000 m², beste Lage, 335 000 DM. Zuschriften unter W 8217 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Münster Innenstadt
Apartement zu verkaufen: 4. OG, 22 m², vollmöbliert, Kochnische, Bad, Keller, Pkw-Abstellplatz, nur geringes Eigenkapital erforderlich.
Tel. 05 41 / 12 40 01 oder 02

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Zwangsversteigerung
eines 19-Millionen-Objektes in der Bonner City
mit Tiefgarage – 179 Plätze – Oxfordstraße 12-16, Erbbaurecht bis 2057 an 28,71Ar –
am 7. August 1984, 9.00 Uhr
vor dem Amtsgericht Bonn, Wilhelmstr. 23, Saal 30 – 23 K 73/83 – jährl. Reinertrag: DM 1 130 075,–. Erdgeschoß: Laden, Restaurant, Hotel: 1567 m², 1.–5. Obergeschoß: 1855 m² Hotelzimmer, 2580 m² Bürofläche

BÜROFLÄCHEN
in der City KARLSRUHE am Kronenplatz zu vermieten.
701,02 m² Bürofläche + Nebenräume. Bürofläche ist auch teilbar zu 205,98 m², 198,10 m², 166,23 m² und 130,71 m², auch für Praxen geeignet.
HAUSVERWALTUNG EPPLE, Postf. 34 65, 75 Karlsruhe 1, Telefon 07 21 / 37 43 37

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Ab Januar/Februar 1985
Praxisräume
in Topzentrumslage
einer ideal gelegenen großen Kreisstadt in besonders reizvoller Umgebung (Baden-Baden) Süddeutschlands sehr günstig zu vermieten. Einzugsgebiet 20 000 Ew. (u. mehr), beste Entwicklung, alle Schulen, beste Parkmöglichkeiten direkt dabei. Besonders günstig für Kinderfacharzt, Neurologen, Lungenfacharzt, Hautarzt. Frdl. Anfragen unter R 8234 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Was ohne Sardi's tun?

rz – Die Preise sind hoch, das Essen mittelmäßig, die Bedienung unfreundlich: Wenn ein Restaurant in New York, wo es deren fast 15 000 gibt, dennoch seit Jahrzehnten fast regelmäßig nicht alle Gäste unterbringen kann, die sich um einen Tisch bemühen, muß es damit seine eigene Bewandtnis haben. Sardi's, inmitten des Times-Square-Theaterviertels in der 44. Straße gelegen, ist eben kein gewöhnliches Restaurant. Man sucht es nicht nur, vielleicht überhaupt nicht des Essens und Trinkens wegen auf, sondern weil man die Prominenten des New Yorker Theaters sehen will, die es zu ihrem Stammlokal erkoren haben. Jetzt wurde Sardi's von seinem 68jährigen Eigentümer Vincent Sardi, dessen Vater es gegründet hatte, verkauft und soll einer gründlichen physischen wie kulinarischen Renovierung unterzogen werden. Das bedeutet, daß es in absehbarer Zeit einige Monate geschlossen werden muß.

Hoffentlich wird diesem Neubeginn nicht die Sardi-Tradition zum Opfer fallen. Hier finden seit Jahren nach Broadway-Premieren die von Produzenten veranstalteten Parties für das Ensemble und die übrigen Beteiligten statt. Hier werden die ersten Exemplare der „New York Times" mit der Kritik gegen ein Uhr morgens abgeliefert. Und angesichts der zunehmenden Bedeutung der Theaterkritiken im Fernsehen – etwa ein bis zwei Minuten während der regulären Nachrichtensendungen um 23 Uhr –, werden im ersten Stock von Sardi's an den Premierenabenden sogar mehrere Fernsehgeräte intensiv genutzt.

Bei Sardi's treffen sich schon zum Mittagessen die Leute vom Bau; hier bringen sich Schauspieler, die noch genügend Geld für die hohen Sardi-Preise haben, den vielleicht anwesenden Regisseuren und Produzenten in Erinnerung; hier werden Besetzungen ausgehandelt und Einzelheiten bevorstehender Aufführungen geregelt, kurzum, bei Sardi's muß man sich sehen lassen, wenn man gesehen werden will.

Was also tun in der schrecklichen, der Sardi-losen Zeit?

Von der Konkurrenz beflügelt: Klett-Cotta's Bibliothek der Moderne

Mit dem Fundus wuchern

Ein Verleger muß wissen, was er tut. Ob er auch tut, was er weiß? Michael Klett zumindest glaubte, zu wissen, daß er recht damit tat, als er 1982 eine neue Buchreihe vorstellte. Es war dies „Cotta's Bibliothek der Moderne". Und sie ist dies noch immer; mittlerweile ist sie bei der Nummer 27 angelangt.

Mehr als zwei Dutzend Titel: da hat eine Reihe schon ein Gesicht. Auch äußerlich. Angesiedelt zwischen Taschenbuch und Hardcover reihen sich die handlichen, stabilen Bändchen aneinander, ohne uniform zu wirken. Dafür sorgt die unterschiedliche Einfärbung des ansonsten einheitlichen Layouts auf den Schutzumschlägen.

Farbe, die muß man schon bekennen: im typographisch angewandten wie im programmatisch inhaltlichen Sinne. Denn schließlich gibt es Nachbarn, friedliche zwar, aber gleichwohl konkurrierende. Brechen die „Manesse Bibliothek der Weltliteratur" und „Winkler Weltliteratur", deren Programm durch alle Zeiten und Zonen geht, nur gelegentlich in das Revier der Moderne ein, so verfolgt dies die im Walter Verlag erscheinende und von Bernd Jentzsch herausgegebene Reihe „Walter Literarium" ganz konsequent. Sie legt mit Vorliebe vergessene Bücher und Autoren aus dem deutschsprachigen Raum, von diesem Jahr an auch aus dem fremdsprachigen Bereich vor. S. Fischer tut das mit seiner Bibliothek schon ein paar Jahre länger, und die „Bibliothek Suhrkamp" ist geradezu ein Synonym für moderne Weltliteratur geworden.

Das hat den Klett-Cotta Verlag aber offenbar nicht bekümmert, vielleicht eher beflügelt. Zudem wollte man mit dem Pfunde, hier: dem Fundus, wuchern. Denn das Gesamtprogramm des Verlages enthält z. B. 18 Bände von Ernst Jünger, 12 von Rudolf Borchardt, 7 von Gottfried Benn. Daraus lassen sich schon Häppchen schneiden und (aus Käufersicht) Schnäppchen machen.

Ökonomisch riskant dürfte die Reihe also kaum sein. Ein ästhetisches Risiko ist, im Unterschied zur graphischen Behandlung des restlichen Verlagsprogramms durch Heinz Edelmann, auch nicht zu erkennen.

Wie steht es mit dem inhaltlichen, dem literarischen Risiko?

Werfen wir einen Blick auf die Liste der ersten sieben Nummern: Ernst Jünger, Gilbert K. Chesterton, Jean Améry, Pierre Jean Jouve, Doris Lessing, Edward E. Cummings und Wilhelm Lehmann. Gewiß ist Jean Améry ein Autor der Moderne. Aber ist er auch ein moderner Autor? Und Doris Lessing? Sie ist eine Schriftstellerin von Weltrang, Verfasserin meisterlicher Romane. Aber ihre Geschichten sind eher konventionell als modern. Und Chesterton, der Erfinder des Pater Brown, ein Moderner? Und – um weitere Autoren der Cotta-Reihe zu nennen – Britting, Marinetti, George?

Aber was oder wer ist schon modern? Marinetti mochte es gewesen sein, als er in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg die Worte in eine anarchistische Freiheit katapultierte. Aber 1932, als seine „Futuristische Küche" erschien, die jetzt bei Cotta wiederveröffentlicht wurde, war er mit seiner Moderne immer noch nicht am Ende. Vielmehr glaubte er sie allen Ernstes in einem „Optimismus bei Tisch" aufheben zu können, was zu kulinarischen Komplikationen, wenn nicht Katastrophen führen mußte. Dennoch kann heute amüsant sein, was schon damals als Delikatesse galt: ein Menü mit „kandierter atmosphärischer Elektrizität" etwa oder „rohes Fleisch, vom Klang der *Trompete aufgeschlitzt*" oder auch nur ein sogenanntes „Extremistenmahl".

Aber das macht ja gerade den Reiz dieser Bibliothek aus: hineingreifen zu können ins volle Literaturleben – ohne zu merken, daß es „nur" Klett-Cotta's Bibliothek ist. Ob dies nun wichtige Autoren mit wichtigen Büchern sind, wie Gottfried Benn mit seinem „Doppelleben" (1934 bzw. 1950), ob dies wichtige Autoren mit unbeachteten Publikationen sind, wie Ilja Ehrenburg mit seinem 1929 geschriebenen Roman „Das Leben der Autos", oder ob dies unbekannte Autoren mit originellen Beiträgen sind, wie der 1918 in Paris geborene Louis-René des Forêts mit seinem Monolog „Der Schwätzer" (1946).

Zwei Wiederauflagen aus dem kürzlich erschienenen Fortsetzungspaket seien besonders herausgegriffen. Eine empfehlenswerte Urlaubslektüre. Sie macht Taucherferien überflüssig. Sie garantiert, daß man erst dann wieder Luft holt, wenn man die Buchdeckel zugeklappt hat.

Da ist einmal Karel Čapek, dieser großartige tschechische Schriftsteller, das düstere, unheilvolle Alter ego seines Landsmannes Jaroslav Hašek. Er erfand das Wort „Roboter", 1920, ein Wort, das sich wie ein Eintrag in das Buch der Menschheitsgeschichte liest. Aber er konnte auch anders. 1933 hat er seinen „Hordubal" geschrieben: ein Buch, strotzend vor Sinnlichkeit. Man merkt dem Roman nicht an, wie kunstvoll er gebaut ist. Ein herzensguter Mann, zu scheu, aber auch zu schwach, um die Dinge wieder vom Kopf auf die Beine zu stellen, verwegen nur in seinen Träumen: das ist Hordubal, der in Amerika harte Dollars verdient hat und auf seinen Bauernhof zurückkehrt. Aber der Platz an der Seite seiner Frau ist bereits besetzt ...

Demgegenüber ist Louise de Vilmorin eine Meisterin der anmutigen Causerie. 1954 sind in Frankreich ihre „Belles Amours" erschienen. Ein Roman von heiterer Köstlichkeit, ein Buch über die Liebe. Das bißchen Traurigkeit, das es auch geben muß, wird rasch wieder wettgemacht. Ein verwirrend konventionelles Buch. Man lebt (in gutem Hause) und liebt (aus vollen Zügen) irgendwo im Frankreich des 19. Jahrhunderts. Man wundert sich über beiläufig eingestreute Hinweise, daß es in Wirklichkeit das 20. Jahrhundert ist.

Natürlich kann „Cotta's Bibliothek der Moderne" nur einen Ausschnittsblick auf die literarischen Vorratskammern bieten. Genau genommen ist es nicht einmal ein Türspalt. Gleichwohl ermöglicht die Reihe eine Optik, die es gestattet, Facetten der literarischen Wirklichkeit zu erkennen, die zugleich unser aller Wirklichkeit ist. Große Namen laufen neben Außenseitern, Essays neben Gedichten, schwere Brocken neben leichter Kost. Cottas Bibliothek ist eine bunte Sammlung, ohne scheckig zu sein, eine Reihe mit Anspruch, aber ohne Hochmut.

WOLFGANG MINATY

„Eine Kinderlehre auf dem Lande von einem Dorfpfarrer" (1815), Titelkupfer, aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

München: „Von der Aufklärung zur Romantik"

Protokolle des Geistes

Von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war München ein zentraler Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen rationalistischer Aufklärung und romantisch-restaurativem Weltverständnis, die von Klerikern und Laien, Einheimischen und Berufenen mit äußerster *Schärfe und Polemik* geführt wurde. Die Ausstellung „Von der Aufklärung zur Romantik – Geistige Strömungen in München" in der Bayerischen Staatsbibliothek versucht diese geistesgeschichtliche Epoche mit 300 Exponaten (Drucke, Handschriften, Graphiken und Gemälde) präzise zu dokumentieren. Die „Protokolle des Geistes", die hier *in hellen Vitrinen ausgebreitet sind*, zeigen, wie mit der Überwindung der Aufklärung durch die Romantik in Bayern und wohl in ganz Süddeutschland ein erneuertes Christentum *auf alle Bereiche des öffentlichen* Lebens, auf Staat und Volk, aber vor allem auf Künste und Wissenschaft fruchtbar einzuwirken begann.

Die Ausstellung ist chronologisch *in drei Abschnitte* gegliedert. Im ersten Teil erleben wir den unter den Kurfürsten Maximilian III. Joseph und Karl Theodor (1745–1799) einsetzenden kirchenpolitischen Wandel, der auf eine immer stärkere Zurückdrängung des Einflusses der Kirche in weltlichen Angelegenheiten abzielte. Vor allem das bis dahin von den Jesuiten und ihrem scholastischen Lehrsystem geprägte Schul- und Bildungssystem wurde damals von einer staatlich gelenkten Schulpolitik abgelöst. Höhepunkte dieser frühen Phase der Aufklärung in Bayern, die durch reiche Literatur auf dem Gebiet des Romans, des Schauspiels und Zeitschriftenwesens hervorsticht, waren die Gründung der Kurbayerischen Akademie der Wissenschaften 1759 und der 1776 von Adam Weishaupt ins Leben gerufene radikale antiklerikale Geheimbund der Illuminaten. Fasziniert liest man die akademischen Reden von Ickstatt, die hier ebenso ausgebreitet sind wie *der Romanentwurf zum* „Leben des guten Jünglings Engelhof" von Lorenz von Westenrieder, der Illuminaten-Roman par excellence.

In jenem Jahrhundert breitete sich *von Bayern aus auch der mystische* Orden der Gold- und Rosenkreuzer aus; ebenso griff eine neue Welle pietistisch-mystisch gefärbter Gläubigkeit um sich, für die der Vorarlberger Pfarrer Johann Joseph Gassner die Leitfigur wurde; und im Kreis um Deutschlands bedeutendsten katholischen Theologen Johann Michael Sailer kündete sich bereits die geistige Gegenbewegung an.

Mit dem Regierungsantritt König Maximilians I. Joseph und seines allgewaltigen Ministers Montgelas setzte dann die Epoche forcierter aufklärerischer Kulturpolitik ein. Unter der so radikal durchgeführten Säkularisation ging die barocke „Bavaria sancta" im Sturm unter. Doch schon bricht gegen alle offiziellen, straffen Intentionen der neue Geist der Romantik auf, der von den Studenten begeistert aufgegriffen wird.

Schelling, der große Philosoph der Romantik, der Jurist Savigny, mit dem Clemens und Bettina Brentano nach Bayern kommen, sind die Bannerträger der neuen Geistesströmung. So schreibt Clemens Brentano an Savigny 1808: „... dann komme ich in ein Land, wo mir alles neu und *unbekannt ist, Menschen, Gegend*, die benachbarten Städte, München usw., und dennoch ist es mir nicht heimatlos, denn ich habe meine besten Freunde dort, einen sowohl ernsten als erregenden, als leichten und vertraulichen Umgang ..."

Der Regierungsantritt König Ludwigs I. (1825–1848) leitet dann endgültig den Siegeszug der Münchener Spätromantik und Restauration ein. Unter diesem Herrscher wird München zur leuchtenden Metropole der bildenden Kunst in Deutschland, in der Klassizismus und Romantik in lebendigem Wechselspiel stehen. Görres' Berufung an die Münchner Universität wird als programmatische Zielsetzung empfunden. Baader, Möhler, Döllinger, Ringseis scharen sich um ihn. Auch auf literarischem Gebiet wächst München in die Rolle eines führenden „restaurativen" Zentrums: Grillparzer, Eichendorff, Hebbel, Lenau, Andersen, aber auch Heine und Keller werden Residenten der Stadt.

In dieser Münchner Ausstellung liegen sie sorgfältig ausgebreitet, all die Dokumente, die Geschichten erzählen und Geschichte sind und deren *Signaturen bis in die Gegenwart* reichen. *(Bis 24. 8., Katalog 32 DM.)*

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Sommerliche Musiktage in Hitzacker

HOS, **Hamburg**

Die 39. Sommerlichen Musiktage Hitzacker finden vom 28. Juli bis zum 5. August statt. Das Programmschema umfaßt Kammermusik vom Barock bis heute. Zu den Höhepunkten der *Konzerte* gehören Goethes Singspiel „Erwin und Elmire" mit Musik von J. F. Reichardt wie auch die Uraufführung der im 6. Kompositionswettbewerb der Sommerlichen *Musiktage mit Preisen* ausgezeichneten Werke.

Eartha-Kitt-Tournee in der Bundesrepublik

dpa, **Berlin**

Die amerikanische Pop- und Chansonsängerin Eartha Kitt wird auf ihrer Europatournee im September in der Bundesrepublik gastieren. Ab 8. 9. wird sie neben Hamburg, Stuttgart, Köln und Düsseldorf auch München, Berlin, Ludwigshafen und Frankfurt besuchen.

Neue Transkription chinesischer Schrift

AFP, **Peking**

Neue Systeme zur Transkription chinesischer Schriftzeichen per Computer sind von zwei chinesischen Forschern in getrennter Arbeit entwickelt worden. Mit dieser Methode können im Computer gespeicherte Programme mit Hilfe einer Tastatur mit den Buchstaben des lateinischen Alphabets auf den Bildschirm geholt werden.

Stefan Diestelmann: Plattenvertrag

ow, **Hamburg**

Der vor kurzem aus der „DDR" in den Westen übergesiedelte Bluessänger *Stefan Diestelmann* hat einen langjährigen Schallplatten- und Verlagsvertrag mit dem Münchner Musikproduzenten Ralph Siegel unterschrieben. Er brachte dem *Sänger eine sechsstellige Voraus*zahlung ein. Diestelmann will demnächst in seine Geburtsstadt München übersiedeln.

John Huston erhielt französische Ehrung

AFP, **Puerto Vallarta**

Dem amerikanischen Filmregisseur John Huston (77) sind von der französischen Regierung die Insignien eines „Commandeur des arts et des lettres" für seine „herausragenden Verdienste auf dem Gebiet der Kultur" verliehen worden. Von Huston stammen Leinwandklassiker wie „Der Malteserfalke" aus dem Jahre 1937, „Key Largo" und „The African Queen". Als nächstes Projekt hat er die Verfilmung des Romans von Gabriel Garcia Marquez „El otono del patriarca" (Der Herbst des Patriarchen) vor.

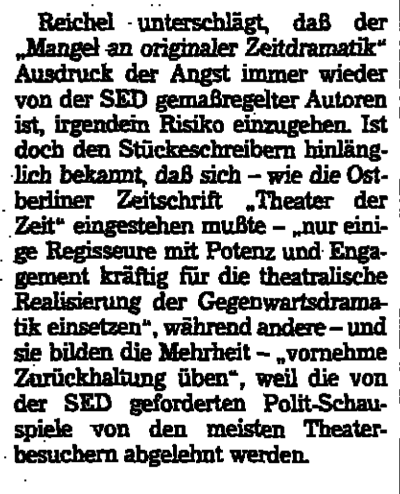
Ausstellungen zu Beginn der Bayreuther Festspiele

dpa, **Bayreuth**

Mit den Ausstellungen „Welt Theater-Welt, Wolfgang Wagner – *Stationen einer Biographie" und* „Richard Wagner und Dresden" ist in Bayreuth die 73. Festspielsaison eingeläutet worden. Die Festsspielleitung zeigt im neuen Rathaus Leben und Werk des Leiters der Bayreuther Festspiele, der am 30. August seinen 65. Geburtstag feiert. Die Parallelausstellung „Richard Wagner und Dresden" ist eine Leihgabe der Dresdner Staatsoper. Neben einer umfassenden Bilddokumentation steht im Mittelpunkt der farbige Orginalentwurf zum Schmuckvorhang des ersten Semperbaus in Dresden.Beide Ausstellungen sind bis zum 30. August zu sehen.

Werkstatt-Tage des „DDR"-Schauspiels in Leipzig

Wasch mir den Pelz . . .



Auch in unserem Theater gibt es *Angst, Neigungen zum Pessimismus*", erklärte Christoph Schroth, Schauspieldirektor des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin, während einer Diskussion im Rahmen der unlängst in Leipzig stattgefunden IV. Werkstatt-Tage des „DDR"-Schauspiels, an denen sich etwa 180 Theaterkünstler von nahezu allen „DDR"-Bühnen beteiligten.

Zur Diskussion gestellt wurde in Leipzig zeitgenössische „DDR"-Dramatik in der Interpretation von sieben Ensembles, die sich – so die Veranstalter – „um die Stücke unserer Gegenwartsautoren besonders verdient gemacht haben", darunter das Leipziger Theater mit seinen Inszenierungen „Flugversuch" von Uwe Saeger und „Leo und Rosa" von Helmut Baierl, das Schauspielhaus Karl-Marx-Stadt mit „Denkmal" von Jürgen Groß, das Schwedter Theater mit „Legende vom Glück ohne Ende" von Ulrich Plenzdorf, das Staatstheater Schwerin mit Volker Brauns „Dmitri" (basierend auf Schillers „Demetrius"-Fragment) sowie das Potsdamer Hans-Otto-Theater mit Armin Stolpers „Das Gemälde" (nach dem gleichnamigen Roman von Daniil Granin).

Sämtliche Aufführungen und die sich ihnen anschließenden Diskussionen verdeutlichten einmal mehr, daß die „DDR"-Gegenwartsdramatik in einer tiefen Krise steckt, die selbst von einem linientreuen SED-Funktionär wie Prof. Wolfgang Heinz, Präsident des „DDR"-Theaterverbandes, nicht verschwiegen werden kann: „*Das vielleicht schwerwiegendste* Problem besteht wohl darin, daß in den letzten Jahren unser Theater in seiner Wirksamkeit nicht Schritt gehalten hat mit den Erfordernissen unserer Gesellschaftsentwicklung – im quantitativen Sinne wie im qualitativen, wenn ich zum Beispiel an die neue Dramatik denke."

Zu den Fakten: Beweis für die reale Situation ist u. a., daß die meisten „DDR"-Stücke auf literarischen Vorlagen beruhen und keine „DDR"-Alltagsprobleme behandeln. In diesem Zusammenhang betonte Peter Reichel, Dozent an der Karl-Marx-Universität Leipzig: „Der direkte Zugriff auf DDR-Wirklichkeit, die unvermittelte dramatische Aneignung von Stoffen und Sujets unserer unmittelbaren Gegenwart erweisen sich momentan offenbar als besonders schwierig ... Während in den Vorjahren überwiegend Prosawerke des deutschen kritischen Realismus und dominierend solche der DDR-Literatur selbst dramatisiert wurden (Berlin-Alexanderplatz, Das siebte Kreuz, Franziska Linkerhand, Kippenberg, Gatt), sind die Quellen der jüngsten Dramatisierungen zeitlich-räumlich weniger markant zu bestimmen, unsere sozialistische Nationalliteratur fehlt sogar ganz."

Reichel unterschlägt, daß der „*Mangel an originaler Zeitdramatik*" Ausdruck der Angst immer wieder von der SED gemaßregelter Autoren ist, irgendein Risiko einzugehen. Ist doch den Stückeschreibern hinlänglich bekannt, daß sich – wie die Ostberliner Zeitschrift „Theater der Zeit" eingestehen mußte – „nur einige Regisseure mit Potenz und Engagement kräftig für die theatralische Realisierung der Gegenwartsdramatik einsetzen", während andere – und sie bilden die Mehrheit – „vornehme Zurückhaltung üben", weil die von der SED geforderten Polit-Schauspiele von den meisten Theaterbesuchern abgelehnt werden.

Sind neue Stücke aber nicht auf eine Kommentierung sattsam bekannter SED-Parolen aus, sondern stellen sie eine vorsichtige Widerspiegelung der Wirklichkeit im System des real existierenden Sozialismus dar, oder erfinden sie eine eigene, eine Wirklichkeit des Spiels, dann werden sie von den SED-Kulturfunktionären scharf kritisiert oder gleich ganz vom Spielplan abgesetzt. Wen wundert's also, wenn von den rund 40 Aufführungen der letzten beiden Jahre ganze sieben Inszenierungen die sogenannte „zentrale Ebene des Leistungsvergleichs" der Leipziger Werkstatt-Tage erreichten? Daß deren Ergebnis zudem überaus mager war, darf ebensowenig wundernehmen.

HARALD BUDDE



Sein Stück „Dmitri" kam zuerst in Westdeutschland heraus: „DDR"-Dramatiker Volker Braun
FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Kunst im Vorbeifahren: „Die Anweisung" in Berlin

Süchtig nach Pesthauch

Heute nacht wird sich zeigen, was es *heißt, jung zu sein*" – die Reklamedevise für einen Kinofilm bekam plötzlich ganz neuen Sinn: Die Künstler-Kooperative „Anweisung" hatte frech ihre eigene Werbung in *das Kinoposter hineingekleistert*. Es war noch längst nicht Nacht, aber das junge Publikum strömte am vergangenen Wochenende an die Yorckstraße. Ausgerechnet dort, wo man sonst auf die Tube drückt, um möglichst schnell durchzukommen, staute sich eine unkonventionelle Kunstszene. Kein Vernissagenparfüm. Keine Professorenrede.

Schauplatz: Ein Horrortrip auf dem Berliner Stadtplan, der miese, kaputte Korridor zwischen Kreuzberg und Schöneberg, unter den meistenteils abgewrackten Eisenbahnbrücken. Lagerplätze, verbarrikadierte Fassaden, U- und S-Bahn. Pommes-Bude. Odeur von ranzigem Fett, Auto-Abgasen und Urin. Für zehn Tage atmet das Kunstvolk diesen Pesthauch beinahe süchtig: Der morbide Schlauch hat Großstadt-Air. Er ist auf scheußliche Weise schön. Die meisten der feschen Plakatfritzen haben Urlaub, wie die tausend Türken, die rundum ihr Gepäck auf Autodächer schnüren. Aber der Camel-Mann ist noch da: „Der Weg lohnt sich" – da hat er recht.

Schon Wochen zuvor hatte ein Werbetransparent am Bahnhof Zoo Pas*santen und Autofahrer rätseln lassen*, was denn hinter „Die Anweisung" und dem avisierten Ereignis unter den Yorckbrücken stecken könnte. Nun wissen wir's.

Rund fünfzig Künstler sind mit von der Partie, darunter gut bekannte Namen, aber auch viele, von denen die Galerienpupille noch nie etwas wahrgenommen hat. Alle haben sie in die Kasse gezahlt, um die Plakatwände für eine gute Woche anzumieten. Manche haben allerdings einen freundlichen Kunstverein als Sponsor im Rücken.

Wo sonst für Suppe und Nikotin, für Kräuterlikör und Deo geworben wird, ist die Rennstrecke frei für Collage, Bild- und Fotokopien-Puzzle. *Die einen greifen zur Spraydose und* lassen allerdollsten Tachismus leuchten. Andere gehen klebend in die dritte Dimension, halb Malerei, halb Skulptur. „Kunst ergreift Dich", steht unter einer *in leuchtenden Farben* treibenden Mädchengestalt.

Mit Laser und Mikrophonen schleudert H. P. Kuhn den Lärm der Kräder, Mofas, PS-Schlitten und Pe*terwagen über Lautsprecherbatterien* zurück ins Gewühle. Über allem die alten Graffitti: „1000 Küsse für Isabell" und „Bernhard – was sonst".

Das Unternehmen hat Pep. Und Witz. Zwischen den blitzschnellen Hervorbringungen eines Rush-hour-Informel und den Figuren, die aus dem Unterbewußtsein gestiegen scheinen, funkt Humor. Da hat jemand einen goldenen Rahmen, Typ Barock, an die Wand gehängt. Wer ihn klaut, löst Alarm mit Blaulicht aus. Christian Hasucha, der Neu-Dada, hat schlichtweg die fiesen Röhren vor hellem Hintergrund märchenhaft blau gepinselt. Ein Kollege überklebt die trostlose Unfall-2 CV am Rande des Trottoires zur regelrechten Zeitungs-Ente.

Der eine sieht mehr black und monochrom, der andere bedient den Metallic-Sprüher, und ein Mann mit dem italo-deutschen Namen Tedesco pinnt unerhört leckere Setzeier aus Plastik an die Wand. Von pastellgetönten Farbfeldern bis zur brennenden Synthetik-Attacke ist alles da. Beifahrer haben es besser unter den Yorckbrücken: Gut anschnallen und in Ruhe hinausschauen.

Einen Vogel hat wiederum Raffael Rheinsberg abgeschossen, jüngster Kunstpreisträger der Deutschen Kritiker: Er breitete oben auf einer lahmgelegten Brücke, zwischen den Geleisen, *rostige Fundstücke des Terrains* aus, poetisch und archäologisch.

Und noch was: Aus einer Collage sieht man sogar den ollen Rubens blitzen. Raub der Sabinerinnen – und das an der Yorckstraße!

PETER H. GÖPFERT

KULTURNOTIZEN

Rose Ausländer (83) erhielt das Große Bundesverdienstkreuz. Die Lyrik der Dichterin wird vom Fischer-Verlag in einer mehrbändigen Werksausgabe neu herausgebracht.

Die Stadtsparkasse Hannover hat einen Kunstpreis in Höhe von 10 000 DM gestiftet, der im Rahmen der „Herbstausstellung niedersächsischer Künstler" alle zwei Jahre vergeben werden soll.

Antoine Vitez, der Direktor des Pariser „*Théâtre National de Chaillot*", (TNC) ist für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Das Vivaldi-Festival von Venedig (3.-11. 9.) beginnt mit Roland Petits Balletttruppe, die seine neue Choreographie nach den „Vier Jahreszeiten" auf dem Markusplatz tanzt.

Die 8. Europäische Sommerakademie für bildende Kunst ist in Trier eröffnet worden.

Die **Detmolder Martin-Luther-Kantorei** hat eine dreiwöchige Konzertreise nach Brasilien begonnen.

Eine neue „Faust"-Übersetzung des Franzosen Jean Malaplate (61), *der Deutsch studierte* und die Elitehochschule ENA absolvierte, wurde im Verlag Flammarion herausgegeben.

Neue Penderecki-Platte löst in Polen heftige Musik-Diskussionen aus

Umkehr zu nationalen Tönen

In der jüngsten Nummer der polnischen Musikzeitschrift „Ruch Muzyczny" findet eine bemerkenswerte Diskussion über klassizistische Tendenzen in der gegenwärtigen polnischen Musik statt. Als wichtiger Kronzeuge zitiert wird unter anderem immer wieder der ehemalige Avantgardist Krzysztof Penderecki mit seinem „Te Deum". Diese lateinische Hymne wurde, so schreibt Regina *Chlopicka im Begleittext zur jüngst* erschienenen Plattenaufnahme bei EMI, in Polen immer dann gesungen, wenn das Land seine Unabhängigkeit verlor oder bei Feierlichkeiten zum Jahrestag eines großen historischen Ereignisses.

Die Besucher des Musikfestivals „Warschauer Herbst" 1981 erinnern sich eindringlich der polnischen Erstaufführung inmitten des hungernden Landes als eines glühendes Symbols der Hoffnung und der ungebrochenen christlichen Beziehung und europäischen Latinität dieser westslawischen Kultur; der „Warschauer Herbst" wurde danach zu einer Art Gottesdienst. Drei Monate später wurde das Kriegsrecht verhängt – „der Krieg", wie die Warschauer spöttisch sagen.

Ursprünglich war die Komposition gedacht anläßlich der Berufung Johannes Pauls II. zum Papst. Ebenso war das zweite Stück auf der Platte, „Lacrimosa", eine Auftragskomposition aus speziellem Anlaß: Die Gewerkschaft „Solidarität" hatte es nämlich zur Einweihungsfeier des Danziger Denkmals zu Ehren der 1970 ums Leben gekommenen Arbeiter bestellt. Geschichtsträchtige Stücke – und Geschichte ist eine Dimension polnischen Denkens – wurden *hier dokumentiert: die Revolu*tionsetüden des 20. Jahrhunderts.

Ihre Sprache ist eher subtil, mitunter auch „flächig" und von einer barocken, konventionellen Monumentalität. Ein entscheidender Grund dafür scheint, daß die polnische Kultur ihre tiefen festen Wurzeln in der italienischen Kultur hat – ihr Katholizismus war Bindeglied und Identitäts-Zuflucht in all den Jahrhunderten der Teilung, und diese Zuflucht ist gerade unter den heutigen polnischen Musikern wieder recht aktuell geworden.

Die polnische Musik hatte 1956 einen Höhenflug angetreten, ihre experimentierende Avantgarde erlangte Weltbedeutung, und Krzysztof Penderecki gehörte zu ihren Gründern. In Spuren von Paris und Darmstadt verwirklichte man hier ein Kunstideal, über das man in Osteuropa den Atem anhielt. Wie ein gewaltiger Magnet zog der „Warschauer Herbst" die selbständigen Musiker aus den Nachbarländern an.

Man begegnete in Warschau Stockhausen, Boulez, Cage und Nono. Und dann dieser „Umfall" gerade der polnischen Wegbereiter? Pendereckis Oper vom Verlorenen Paradies, Henryk Mikolaj Góreckis „Sinfonie der Klagelieder" waren Stationen einer *Umkehr zu einer international kaum* verstandenen nationalen Musiksprache.

Diese Musiksprache – anknüpfend an die kirchlichen Hymnen und die weihnachtlichen Kollenden, ist in Polen überall verständlich. Penderecki wurde zum Nationalheiligen wie Chopin; es gibt keine Aufführung, zu der das Publikum nicht hinströmte. Die prominentesten Sänger stehen bereit – hier Jadwiga Gadulanka, Ewa Podlés, Wieslaw Ochmann und Andrzej Hiolski, der Polnische Rundfunkchor Krakau und das Sinfonieorchester des Polnischen Rundfunks haben unter Leitung des Komponisten die Stücke aufgenommen. Klangtechnisch ist die Aufnahme mit westlicher Tontechnik aus den Kattowitzer Studios allerdings nicht optimal geraten (EMI 1 C 067/1 43 62 31).

DETLEF GOJOWY

Sympathie und Mitleid für „Bubi“ Scholz

F. DIEDRICHS, Berlin

Mord oder Unglücksfall? Diese Frage stellen sich seit gestern in Berlin nicht nur die Beamten der Mordkommission, die den früheren Meisterboxer Gustav „Bubi“ Scholz vernehmen. Der 54jährige Geschäftsmann war am Montag unter dem Verdacht festgenommen worden, seine 49jährige Ehefrau Helga mit einem Schuß in den Kopf aus seinem Kleinkalibergewehr getötet zu haben.

„Unvorstellbar, Bubi würde doch nie seine Frau erschießen“, ließ unmittelbar nach der Tat Schauspieler Günther Pfitzmann über seinen Freund wissen. Auch andere Bekannte, die regelmäßig auf den Partys von Gustav und Helga Scholz anzutreffen waren, können nicht glauben, daß Bubi Scholz mit voller Absicht zum Gewehr griff. Boxer Max Schmeling: „Bubi und Helga waren doch so glücklich. Bubi war einer der wenigen Boxer, die immer einen klaren Kopf behielten.“ Und Harald Juhnke sicherte seinem Freund zu: „Ich werde Bubi auf jeden Fall im Gefängnis besuchen, er war und bleibt mein bester Freund.“

Berlins Schickeria rätselt über die Vorfälle

Während so Berlins Schickeria über die Hintergründe der Vorfälle in der Grunewald-Villa weiter rätselt, gab einer der Mieterinnen des Hauses eine Zeugenaussage, die etwas mehr Licht in das bisherige Dunkel brachte. Die Mitbewohnerin der Villa sprach mit Bubi Scholz nicht nur kurz nach der Entdeckung des Todes seiner Ehefrau, sondern hatte Gelegenheit, ihn in einer Vernehmungspause im Gebäude der Kriminalpolizei zu sprechen. Sie berichtet von diesem Treffen: „Ich kam von meiner Vernehmung und traf Bubi Scholz, der auf einer Bank im Flur saß. Bubi sagte zu mir: Du weißt, ich tue doch der Helga nichts. Ich konnte wieder einmal nicht schlafen, deshalb habe ich meine Gewehre geputzt. Dabei muß sich ein Schuß gelöst haben. Aber dadurch kann es doch nicht so ein Unglück geben.“

Scholz, der am Tattag wegen starken Alkoholgenusses nicht von der Polizei vernommen werden konnte, wurde gestern im Beisein seines Verteidigers von der Kriminalpolizei zu den Geschehnissen befragt. Er lehnte jedoch jede Aussage zu der verhängnisvollen Nacht ab. Fest steht mittlerweile, daß er den tödlichen Schuß mehrere Stunden vor der Entdeckung der Leiche abgefeuert hatte. Das Geschoß vom Kaliber 22 durchschlug den Schädel der Frau in Höhe des rechten Ohres und zerstörte lebenswichtige Teile des Gehirns.

Alkohol und Psychopharmaka?

Als die Polizei kurz nach 7 Uhr morgens bei der Toten eintraf, war bereits die Leichenstarre eingetreten. Bubi Scholz, der mehrfach wegen einer Magenkrankheit das Krankenhaus aufsuchen mußte, soll zum Zeitpunkt der Tat nicht nur unter Alkoholeinfluß, sondern auch unter der Wirkung starker Psychopharmaka gestanden haben. Die Polizei nahm Blut- und Urinproben vor, um festzustellen, ob der Profiboxer voll zurechnungsfähig gewesen ist.

Die Ehe von Helga und Bubi Scholz, von Außenstehenden als „harmonisch“ bewertet, soll jedoch durch den Alkoholkonsum der beiden Ehepartner starken Belastungsproben ausgesetzt gewesen sein. Auch habe die einst erfolgreiche Werbeagentur des Boxers kurz vor dem Konkurs gestanden, da wichtige Kunden wie die Nordwestdeutsche Klassenlotterie und der größte Berliner Fotohändler verloren gingen und ein Werbevertrag mit einer Zigarettenfirma scheiterte.



„Je mieser die Zeiten, um so schöner die Feste“. So lautete das Motto der Pariser Modeschöpfer. Glanz und Gloria umgaben die jüngste Galaschau: Cardin (Foto ganz links) besticht durch kühle, exklusive Sachlichkeit. Der futuristisch anmutende Hut signalisiert Perspektive. Chanel (links) gelang die Symbiose aus Raffinesse und konservativem Schnitt. Scherrer (rechts) bot Kaschmir-Träume aus „1001er Nacht“, während Dior (ganz rechts) sich für schlichte Eleganz und gerade Formen entschied.





Lagerfeld bringt in Paris die Röcke zum Laufen

Von CONSTANCE KNITTER

Je mieser die Zeiten, desto schöner die Feste.“ Das ist das Leitmotiv der Pariser Couturiers. In dieser Woche hat die Haute Couture wieder ihre wunderbare Schau. Für Außenseiter der Modebranche ist es freilich ein Wunder, daß es soviel Luxus überhaupt noch gibt. Doch die Modeschöpfer frohlocken. Sie rechnen in diesem Jahr mit einem Umsatz von 80 Millionen Mark.

Für die Pariser Modehäuser ist die Haute Couture wieder ein auf Hochglanz poliertes Vehikel. In ihren Herbst- und Winterkollektionen zollen sie diesem Image des totalen Luxus gebührend Rechnung. Arabische Prinzessinnen und Dollar-Millionärinnen aus USA tragen ihren Teil zu dem Wunder bei. Sie sind die einzigen Frauen, die noch Wert auf große Garderobe legen. Sie bestellen in einer Saison oft Dutzende von Abendkleidern, möglichst schillernde und von brillantbestickte Exemplare. Frankreichs Stickerinnen hatten deshalb in den vergangenen Wochen Hochsaison.

Doch auch die Parfümbranche profitiert vom Ruhm der Haute Couture. So scheute man bei Chanel weder Kosten noch Luxus, um das neueste Chanel-Parfüm „Coco“ in Paris vorzustellen. Schon am Montag mittag lud Chanel die Vertreterinnen der Mode- und Kosmetikbranche zu einem Lunch in die Gärten des „Palais Royal“. In weißen Zelten, dekoriert mit Kopien der historischen Glasmalereien des Gourmet-Restaurants „Grand Vefour“, labte man sich an fünf Buffetts. Der Champagner floß wie Wasser. Zur Präsentation der Chanel-Kollektion, entworfen von Karl Lagerfeld, begab man sich in die Oper. Nach der Schau wurde den 700 Gästen im großen Foyer des „Palais Garnier“ ein Souper zu Barockmusik serviert.

Als Zauberer entpuppte sich auch der Hamburger Karl Lagerfeld. Ihm gelang es, den Chanel-Stil der Vergangenheit mit der Moderne zu vereinen. Noch immer gibt es die berühmten kleinen Chanel-Kostüme. Doch Lagerfeld erneuert die Proportionen: die Schultern sind breiter, die Röcke *sind zum Laufen gemacht.* Die moderne, aktive Frau von heute hat ein anderes Tempo drauf als die Damen, die Coco Chanel anzog. So sah man bei Chanel mehr Hosen als je zuvor, gepaart mit Tweed-Jacken und sportlichen Maxi-Mänteln. Man sieht weniger Goldkettchen in der Chanel-Kollektion, dafür aber traumhafte bestickte Abendkleider, mit Motiven des Zarenschatzes oder Samtroben mit aufgestickten Kamelien-Blüten aus Diamanten.

Jean-Louis Scherrer, Lieblingsschneider arabischer Prinzessinnen, träumt von einer Frau, die den Orient-Expreß benutzt, um in Venedig auf einem Kostümball zu tanzen. Schon am Morgen trägt sie Straußenfedern-Jacken über seidenen Kasack-Blusen und Tweedhosen. Auf ihren Reisen trägt sie Tweed-Paletots und Tweedjacken zu plissierten Röcken.

Am Abend erscheinen die Mannequins von Scherrer wie auf den Bildern von Guardi zu Kostümbällen aus „Tausend und einer Nacht“. Sie tragen weite Lamé-Hosen wie Sklavinnen aus dem Serail, goldbestickte Westen, bestickte weite Brokatröcke, drapierte Tuniken. Und wie es sich einst für die Schönen der Nacht gehörte, verbergen sie ihr Gesicht hinter goldenen mit Glasperlen bestickten Masken. Dann wieder kommen die Mannequins wie Königinnen der Nacht daher in schwarzen Samtkostümen. Die Jacken sind mit schwarzen Jett-Perlen bestickt.

Bei Dior zollten die Fotografen Prinzession Caroline von Monaco und ihrem Mann Stefano Casiraghi mehr Aufmerksamkeit als den vorgeführten Kleidern. Dabei defilierte unter den Mannequins die blonde Jerry Hall, Lebensgefährtin von Mike Jagger. Für Modeschöpfer Marc Bohan ist Caroline eine „Muse“. Für sie entwarf er schwarze Jersey-Kleider, die wie ein Handschuh am Körper sitzen. Dazu gehören weite Mohairmäntel in safran-gelb, himbeer-rot, königs-blau und grau, Hosenanzüge mit taillenkurzen Flauschjacken sind ein anderes Dior-Thema. Wie in den fünfziger Jahren tippeln die Mannequins bei Dior in engen wadenlangen Bleistiftröcken daher.

Schmal und lang ist auch die neue Silhouette bei Cardin. Selbst Andree Courreges, der in den sechziger Jahren die Mode mit seinen Minis revolutionierte, verhüllt die Knie. Schwarz und alle Herbsttöne sind die klassischen Winterfarben. (SAD)

Mann mit „Spendierhose“ irritiert Polizei

dpa, Tucson

Wie in einem schönen Traum kam sich die 24jährige Serviererin Michele Lee vor. Sie hatte dem Gast ein Frühstück für umgerechnet knapp neun Mark gebracht. Nun lag ein Trinkgeld von rund 3800 Mark auf dem Tisch. Kurz darauf bezahlte gleichfalls ein männlicher Gast in einem Café einige Straßen weiter für zwei Schmalzkuchen 2,20 Mark und legte ein Trinkgeld von 1700 Mark auf den Tisch. Wie die 18jährige Bedienung Stephanie Cormaci später sagte, kaufte der Mann die beiden Kuchen „für den Weg“. Er habe ihr ein zusammengeknülltes Bündel Dollarscheine zugeschoben und gesagt „Kleingeld“. Nach Vermutungen der Polizei stammen die beiden Trinkgelder von demselben Mann. Bereits in der vorigen Woche habe ein ähnlich aussehender Gast in einem Restaurant ein Trinkgeld von 3500 Mark hinterlassen. Stephanie Cormaci übergab das Geld dem Geschäftsführer, der die Polizei alarmierte. Deren Analyse: wahrscheinlich echt. Wenn sich noch herausstellt, daß es nicht gestohlen ist, erhalten es die Serviererinnen zurück.

Pfarrer-Statistik

AP, Hannover

In der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) ist 1983 die Zahl der Seelsorger um zwei Prozent auf 16 302 gestiegen. Damit betreut jeder Gemeindepfarrer im Schnitt 2120 Gemeindemitglieder. Das teilte die EKD in Hannover mit. Etwa jeder zehnte Geistliche im Pfarrdienst ist eine Frau. Sprunghaft angestiegen ist 1983 die Zahl der bestandenen Zweiten Theologischen Examina. Sie lag mit 695 um 183 über der Vergleichszahl des Vorjahres.

Mord aufgeklärt

dpa, Düsseldorf

Das Sexualverbrechen an der 20jährigen Lehrerstochter, die am 15. Juli an den Düsseldorfer Rheinwiesen mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden worden war, ist geklärt. Der 18jährige Gelegenheitsarbeiter Dieter Becker, der am Montag abend nach einer Fernsehfahndung in Dortmund festgenommen werden konnte, hat die Tat gestanden.

Bankräuber erschossen

DW. Montpellier

Mit einem Toten und einem Schwerverletzten endete gestern in der südfranzösischen Stadt Montpellier ein Banküberfall. Eine Polizeistreife, die den Überfall zufällig beobachtete, erschoß einen der beiden Gangster. Ein Kunde wurde lebensgefährlich verletzt. Bei einem Überfall auf die Raiffeisenbank in Mömbris im Landkreis Aschaffenburg (Unterfranken) erbeuteten zwei maskierte Männer kurz vor Schalterschluß 360 000 Mark.

Löschflugzeug abgestürzt

AP, Athen

Bei den anhaltenden Waldbränden in Griechenland ist gestern der Pilot eines Löschflugzeugs abgestürzt und schwer verletzt worden. Das am Montag ausgebrochene Großfeuer, rund 50 Kilometer nordwestlich von Athen, hat bisher 400 Hektar Kiefernwälder und Weinberge vernichtet. Für die Löscharbeiten wurden französische und polnische Spezialflugzeuge eingesetzt. Die Polizei schließt Brandstiftung nicht aus.

Zwei Zugunglücke

DW. New York

Bei einem Zugunglück im New Yorker Stadtteil Queens sind am Montag ein 53jähriger spanischer Diplomat getötet und 115 weitere Fahrgäste zum Teil schwer verletzt worden. Zwei aus Boston und Washington kommende Personenzüge stießen frontal zusammen. Der aus Boston kommende Zug hätte auf einem eingleisigen Streckenabschnitt die Durchfahrt des Gegenzuges abwarten sollen.

Job verweigert

AFP, Los Angeles

Ein ungewöhnlicher Job ist einem amerikanischen Nobelpreisträger angeboten worden, der bei den Olympischen Spielen von Los Angeles seine Hilfe angetragen hatte. Dem Kandidaten wurde großzügig ein Platz als Parkwächter an der Universität von Cal State in Fullerton angeboten, wo das Handballturnier ausgetragen wird. Der Wissenschaftler lehnte ab.

LEUTE HEUTE

Abgedankt

Die 21jährige **Vanessa Williams**, die im vergangenen Sommer als erste Farbige zur „Miss America '84“ gekürt wurde, hat am Montag „abgedankt“. Sie ist damit die erste Titelträgerin, die freiwillig auf ihre Krone verzichtet. Anlaß dafür sind Nacktfotos von ihr, die das Magazin „Penthouse“ in seiner nächsten Nummer veröffentlichen will. Miss Williams hatte dazu versichert, die Bilder seien ausschließlich für den Privatgebrauch bestimmt gewesen. „Es ist die Erfüllung meines Lebens*traumes“, freute sich die ebenfalls* schwarze **Suzette Charles** als automatische Nachfolgerin.

Mun als Tellerwäscher

Der koreanische Sektengründer **Sun Mjung Mun** arbeitet seit Montag als Küchenhelfer im Gefängnis von Danbury (Staat Connecticut), wo er sich wortlos eingeordnet haben soll. Der Prophet, der wegen Steuerhinterziehung 18 Monate abzusitzen hat, trägt die braune Kluft der Häftlinge. Da der 64jährige Gründer der „Vereinigungskirche“ kaum Englisch spricht, sind ihm Arbeiten übertragen worden, die keine Sprachkenntnisse erfordern.

Warum soll ein Papst nicht Ski laufen?

Italien ist über die sportliche Einlage des Heiligen Vaters in zwei Lager zerfallen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Man werde Skandal rufen, hatte der Skiläufer Karol Wojtyla prophezeit, als er nach einigen Abfahrten und Slalomläufen auf den Gletscherfeldern des Adamellomassivs seinem Gast Sandro Pertini beim Mittagessen auf der Schutzhütte zutrank. Die päpstliche Jet-Tour in die Alpen hat tatsächlich einige Skandalrufe provoziert. Sie hat aber auch Beifall und Verständnis gefunden – nicht nur bei den Hoftheologen, die für alles, was ein Papst tut, stets mit einem rechtfertigenden Zitat aus der Bibel oder den Schriften der Kirchenväter schnell bei der Hand sind und diesmal flugs auf den Heiligen Thomas von Aquin verwiesen haben, der das „Sich-Vergnügen-Können“ eine der Tugenden nannte.

„Warum eigentlich nicht!“, ist die weitverbreitete Reaktion. Warum soll ein Papst unserer Zeit zur Erholung nicht schwimmen, Ski laufen und vielleicht auch Golf- und Tennis spielen? Warum soll er sich dafür nicht auch sportgerecht kleiden – sei es in Badehose, sei es im Anorak?

Rebell zeigt Gelassenheit

Die Überängstlichkeit der Aufsichtsorgane des vatikanischen „Ossavatore Romano“, die aus der schon druckfertigen Zeitung ein Foto des Papstes in Skikleidung wieder herausnehmen ließen, wirkte auf die meisten, die davon Kenntnis erhielten, eher lächerlich als weise.

Dem Vernehmen nach soll nicht einmal der erztraditionalistische französische „Bischofsrebell Marcel Lefèbvre am skilaufenden Papst Anstoß genommen haben. Er zeigte damit mehr Gelassenheit als mancher Eiferer auf der anderen Seite des breiten kirchlichen Spektrums, der einen Kontrast konstruiert zwischen der Anpassung an die moderne Sportwelt und der Starrheit Karol Wojtylas in Fragen der Moraltheologie und der Kirchenzucht.

Diese Gegenüberstellung wird weithin als unangemessen empfunden. Sie ist kaum Thema einer ernsthaften Diskussion. Diskutiert jedoch wird im Vatikan und in seinem Bannkreis – unter der Oberfläche – über die Fragen, die mit dem Wie der päpstlichen Spritztour in die Alpen zusammenhängen. Kritik entzündet sich dabei vor allem an zwei Aspekten des Skiausflugs:

1. Der Aufwand – um einem einzigen Skiläufer einen 2-Tages-Aufenthalt im sommerlichen Gletscherschnee zu ermöglichen, wurde ein ganzes Bergmassiv abgesperrt, ein Touristengebiet quasi in Belagerungszustand versetzt, eine DC 9 aus italienischen Staatsmitteln zur Verfügung gestellt, eine Hubschrauberstaffel eingesetzt, eine Berghütte freigemacht und noch einiger anderer nicht eben billiger Aufwand getrieben. Bei alldem, so argumentieren die Kritiker, *gehe es zwar ganz gewiß nicht* um Fragen des Glaubens, aber doch um die Glaubwürdigkeit gewisser kirchlicher Sozialpostulate.

Als Gegenargument wird ins Feld geführt, daß schließlich auch der Papst ein Recht auf Erholung und Entspannung habe und daß dieses Recht ohne enormes Sicherheitsrisiko, ohne Beeinträchtigung durch einen Massenansturm von Neugierigen gar nicht anders zu verwirklichen sei.

2. Die „Vermarktung“. Dem Papst wird nach diesem Skiausflug in einigen italienischen Zeitungen direkter als bisher sein angeblicher „Protagonismo“ vorgeworfen, eine Vorliebe, sich im Rampenlicht zu präsentieren. Diesmal fehle der „Schau“ sogar jeder religiöse Bezugspunkt, der bei den päpstlichen Reisen stets gegeben sei und der selbst beim Zusammentreffen mit dem türkischen Attentäter Ali Agca im Gefängnis trotz der publikumswirksamen Ausstrahlung des Ereignisses über das Fernsehen noch hätte ausgemacht werden können. Während einige Laizisten ganz offen von einem Hang zum „Personenkult“ sprechen, gibt es innerhalb der Kirche Stimmen der Befürchtung, daß sich diese Art von „Imagepflege“ auf die Dauer eher als schädlich denn als förderlich erweisen könnte.

„Schuld“ der Medien

Diese Vorwürfe und Befürchtungen werden auf der anderen Seite mit dem Hinweis als unberechtigt beziehungsweise unbegründet zurückgewiesen, daß es ja die Medien seien, die dem Papst auch in seiner privaten Sphäre eine „Protagonisten“-Rolle aufzwängen. Er könne nichts tun, ohne daß sich ganze Heerscharen von Fotografen, Kamerateams aus aller *Welt und Reporter aller möglichen* Presseorgane in Bewegung setzten. Jeder Abschirmversuch werde als Behinderung der Informationsfreiheit kritisiert, jede Erleichterung der Medientätigkeit aber bringe in ihrem Ergebnis Wasser auf die Mühlen des „Protagonismo“-Vorwurfs.

Mancher römische Priester trauert angesichts der heutigen Medienzwänge den Zeiten Pius IX. nach, als der Papst noch, ohne eine ganze Stadt zu lähmen und ohne auch in aller Welt der Vorliebe für die große Schau verdächtigt zu werden, gelegentlich wie jeder andere Bischof auch durch die Straßen und Gassen seines Diözesansitzes spazieren konnte.

Seite 2: Skiheiligkeit

Die Post schmeichelt ihren Kunden

Rei. Bonn

Was unterscheidet das bayerische St. Ottilien von Wanne-Eickel im Ruhrgebiet? Nicht die idyllische Landschaft oder die gute Luft, auch nicht die Bevölkerungsdichte oder das Pro-Kopf-Einkommen. St. Ottilien darf seine Identität, zumindest postalisch, behalten und eine eigene Postleitzahl führen, während Wanne-Eickel sich postalisch nur noch Herne 2 schreiben darf. Doch das soll anders werden. Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU), der sich jüngst durch seltenere Briefkastenleerung den Zorn der Bürger zuzog, möchte sich jetzt bei denselben einschmeicheln, indem er die im Zuge der Gebietsreformen wegrationalisierten Ortsteilnamen als Postanschrift zuläßt.

Nach der Anhörung eines vielköpfigen Gremiums aus „politischen Mandatsträgern, Vertretern sozialer Einrichtungen, der Wirtschaftsverbände, der Kirchen, des Versandhandels“ und so fort, will der Postminister kulturhistorisch wertvolle Ortsnamen erhalten. Weil „das historische Bewußtsein und der Wunsch nach Identifizierung mit der Umgebung“ im Steigen begriffen sei, will die Post auf etwas hinweisen, was schon seit 1977 gilt: Möchte jemand nach Wanne-Eickel schreiben, dann darf er das, wenn er den alten Ortsnamen zwischen den Namen des Adressaten und dessen Straße klemmt und als letzte Zeile wieder „Herne 2“ schreibt. Bis zum Ende der 80er Jahre soll ein System von Postleitzahlen und eventuell Buchstaben eine genauere Auffächerung der Ortsteilnamen erlauben. Wenn sich ein Ort jetzt schon kulturhistorisch benachteiligt fühlt, kann er eine eigene Leitzahl für den alten Namen beantragen.

WETTER: Im Süden Gewitter

Wetterlage: Ein von Frankreich ostwärts ziehendes Gewittertief beeinflußt Süddeutschland, während von der Nordsee her kühlere Luftmassen nach Norddeutschland vordringen.

Vorhersage für Mittwoch:
Im Norden allmähliche Bewölkungszunahme, im Süden und Südwesten wechselnd bewölkt und Gewitterschauer. Tageshöchsttemperaturen im Norden 16 bis 20 Grad. Sonst 21 bis 26 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zwischen 14 und 10 Grad. Im Norden mäßiger Nordwestwind, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Meist stärker wolkig, vereinzelt Schauer, allgemein kühler.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	30°
Bonn	21°	Kopenh.	16°
Dresden	16°	Las Palmas	26°
Essen	18°	London	19°
Frankfurt	22°	Madrid	29°
Hamburg	14°	Mailand	27°
List/Sylt	15°	Mallorca	34°
München	20°	Moskau	18°
Stuttgart	21°	Nizza	27°
Algier	32°	Oslo	19°
Amsterdam	16°	Paris	20°
Athen	31°	Prag	18°
Barcelona	28°	Rom	30°
Brüssel	19°	Stockholm	17°
Budapest	20°	Tel Aviv	31°
Bukarest	22°	Tunis	31°
Helsinki	17°	Wien	20°
Istanbul	27°	Zürich	19°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.37 Uhr, Untergang: 21.18 Uhr; **Mondaufgang:** 2.43 Uhr, Untergang: 20.20 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Was tut Simón Bolivar im Vorgarten der „Allianz“?

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine überlebensgroße Bronzefigur, Denkmal für den 1830 gestorbenen Führer der Befreiung vieler südamerikanischer Staaten vom spanischen Kolonialjoch Simón Bolivar, ist gestern in Bonn am Eingang zum Regierungsviertel durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker der Öffentlichkeit übergeben worden. Das Monument, an dessen Sockel auf die Beziehungen zu dem deutschen Universalgenie Alexander von Humboldt hingewiesen wird, ist ein Geschenk der Regierung von Venezuela an die Stadt Bonn – ein Vorgang, der nur protokollfernen Laien als einfach erscheinen kann.

Vor exakt einem Jahr wurde in Venezuela des 200. Geburtstages des großen Sohnes gedacht, auf dessen Wirken auch Panama, Kolumbien, Ecuador, Peru oder Bolivien (Bolivar!) ihre heutige Freiheit zurückführen. Damals hat Venezuela über das Auswärtige Amt Erkundigungen eingezogen, ob ein Bolivar-Denkmal in Bonn Aufnahme finden könnte. Die Antwort war positiv: Die Bedeutung des Befreiers für die Selbstbestimmung der südamerikanischen Staaten, seine demokratische Gesinnung und sein republikanisches Bekenntnis sollten auch in Deutschland gewürdigt werden, in deren Schulunterricht der große Mann kaum eine Rolle spielt.

Am Rande beschäftigte man sich dabei im Bonner Rathaus auch mit der Frage, wie man es in Zukunft mit ähnlichen Gaben aus entfernten Weltteilen halten wolle. Darüber zog sich die Sache ein wenig hin, schließlich wurde für das Bolivar-Denkmal ein Standort an der Ecke Heuss-Allee und Konrad-Adenauer-Allee bestimmt. Das Grundstück nahe dem Regierungsviertel gehört der Stadt, der Raum dahinter der Allianz-Versicherungsgesellschaft in Köln.



Falsch und doch geglückt plaziert: Simón Bolivar FOTO: DPA

Deren Grundstücksverwaltung stellte nun fest, daß der Sockel für das Denkmal offensichtlich versehentlich 20 Meter entfernt vom eigentlich festgelegten Standort auf Allianz-Grund gemauert worden war. Statt auf einer Wiese steht Bolivar nun hinter einer Hecke, die ihn von der Schwedischen Botschaft trennt. Die Versicherung beließ es bei den Fakten. Für die Stadt ergab sich daraus, daß es sich nun um ein Monument auf Privatgrund handelt, daß mithin nicht der gesamte Rat, sondern nur der Hauptausschuß befaßt werden mußte.

Für den Botschafter von Venezuela in Bonn, Adolfo Aristeguieta Gramcko, steht das Denkmal freilich optimal – „an der Kreuzung von drei Straßen mit großen Namen: Adenauer, Heuss und Ebert.“ Wenn er selbst Bonn verlasse, bleibe Bolivar „als der beste Botschafter von Venezuela“ in der Stadt zurück. Eine seiner Lebensweisheiten ist auf einer Messingtafel am Sockel zu lesen: „Schwieriger ist es, das Gleichgewicht der Freiheit zu erhalten, als die Last der Tyrannei zu ertragen.“

Warum Bonn ein Bolivar-Denkmal brauchte, zeigte Bundespräsident von Weizsäcker bei der Übergabefeier mit dem Rückfragesatz: „Warum haben wir Simón Bolivar nicht schon früher ein Denkmal errichtet?“ Seine überragende Bedeutung für Lateinamerika „und damit auch für uns“ hätte es wohl gerechtfertigt. Er sei eine morderne Gestalt, und mehr als das: „Der Zukunft erst bleibt es vorbehalten, sein weltpolitisches Vermächtnis einzulösen. Im Jahrhundert der Nationen und Nationalstaaten dachte Bolivar in Kontinenten.“

Für die „Allianz“ bleibt das, was ihrer Bestimmung nach „das Hauptproblem“ genannt wird. Ungeklärt ist für die Gesellschaft, die gegen Demonstrationsschäden nur in Zusammenarbeit mit Lloyds in London versichert ist, wer angesicht der Tatsache, daß sie ein Denkmal vorgesetzt bekam, für die dafür anfallende Prämie aufkommt.

ZU GUTER LETZT

Kohl und Strauß wollen wieder wandern – „unter vier Augen und auf vier Beinen“, wie es bei dpa heißt.